C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg.4 Nr. 50 1.10.'74
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Westberlin:

Massenausschluß aus der IG-Metall

Bekanntlich haben die sozialdemokratischen Führer der IG Metall auf dem 11. Gewerkschaftstag in Hannover (15.-21. September 74) sich die Zustimmung der „Delegierten" zu dem berüchtigten „Extremistenerlaß" geholt, den der IGM-Beirat bereits im April letzten Jahres verabschiedet hat – wonach in Zukunft fortschrittliche Mitglieder satzungsgemäß „ohne Verfahren" aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden können (siehe dazu auch den Artikel in dieser Ausgabe des AK!).

Aber auch ohne das ausdrückliche Votum des Gewerkschaftstages haben die IGM-Führer in den zurückliegenden Monaten bereits mehrfach von der selbstfabrizierten Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich linke Opponenten ohne großes Staubaufwirbeln vom Hals zu schaffen (erinnert sei hier nur an die „Fälle" im Hamburger Organisationsbereich der IGM – HDW, HSW und Hanomag Henschel).

In Westberlin, wo traditionell der Anti-Kommunismus von den bürgerlichen Politikern besonders intensiv betrieben wird, haben die Gewerkschaftsführer unlängst auf anschauliche Weise demonstriert, was für oppositionelle Gewerkschafter n a c h Verabschiedung des „Extremistenerlasses" durch den IGM-Gewerkschaftstag zur Regel werden kann: In einer Beilage zur „Metall" veröffentlichte der Westberliner Verwaltungsstellenvorstand der IGM am 20. August 1974 die Namensliste von 37 (in Worten: siebenunddreißig) Gewerkschaftern, deren Ausschluß aus der Organisation auf diesem Wege „der Öffentlichkeit" bekanntgegeben wurde (siehe obenstehend den Faksimile-Abdruck).

Die Tatsache, daß die IG Metall-Führer nicht nur die vollständigen Namen sondern auch noch die Betriebe der geschaßten Kollegen veröffentlicht haben – eine bewußte Denunziation also – zeigt deutlich, wozu die heutigen Gewerkschaftsführer fähig sind. Diese „Bekanntmachung" ist nicht nur eine Aufforderung an die Kapitalisten, die Linken zu kündigen und ihnen damit die Lebensgrundlage zu entziehen, sondern sie dient ganz offensichtlich auch dazu, die „Schwarzen Listen" der Bourgeoisie zu vervollständigen – nach denen auf höherem Niveau der Klassenkämpfe verhaftet, deportiert und gemordet werden könnte (wie in den letzten Monaten und derzeit noch in Chile!).

Mehrere der betroffenen Kollegen, die alle gewerkschaftliche Funktionen hatten oder Betriebsräte waren, haben sich in einem Offenen Brief an ihre Westberliner Kollegen gewandt (auszugsweise Abdruck dieser Erklärung in „Rote Fahne", 5. Jhg./35). Darin heitß es u.a.: *„Die meisten von uns haben erst durch diese Veröffentlichung erfahren, daß wir endgültig ausgeschlossen sind. In einigen Fällen liegen unsere Beschwerden seit Monaten unbeantwortet beim Beirat der IGM."*

Am Schluß des Offenen Briefes erklären die Kollegen ihre feste Absicht, auch unter den erschwerten Bedingungen weiterhin für die Sache der Arbeiterklasse zu arbeiten – und sie appellieren *„an jeden Gewerkschafter, gegen die Bonzen Front zu machen: Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Sofortige Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Kollegen!"* ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Ausgeschlossen

Die nachstehenden ehemaligen Mitglieder der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin, wurden in den letzten eineinhalb Jahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens aus der Organisation ausgeschlossen. Die Mehrzahl der Betroffenen hatten gegnerische Organisationen unterstützt bzw. kandidierten auf gegnerischen Listen zur Betriebsratswahl.

Name	bei Verfahrensbeginn beschäftigt in Firma	Verfahrensart
Adomatis, Werner	Osram	Beiratsbeschluß
Blüchert, Horst	AEG-Telef.	§ 30 Ziff. 1
Boeck, Ursula	Siemens Z-Betr.	§ 30 Ziff. 1
Boguslaw, Peter	Osram	§ 30 Ziff. 1
Bono, Jean-Claude	Krone	§ 30 Ziff. 1
Borgmann, Matthias	AEG-Telef.	§ 30 Ziff. 1
Bräuer, Werner	Volta-Werke	§ 30 Ziff. 2
Féard, Christian	AEG-Telef.	Beiratsbeschluß
Fees, Karl-Wilhelm	AEG-Telef.	§ 30 Ziff. 1
Grunwaldt, Erich	Krone	§ 30 Ziff. 1
Gutowski, Egon	DeTeWe	§ 30 Ziff. 1
Hartung, Hans-Peter	Osram	§ 30 Ziff. 1
Heist, Ursula	DeTeWe	Beiratsbeschluß
Henkel, Asmus	DeTeWe	§ 30 Ziff. 1
Lechner, Helmut	Krone	§ 30 Ziff. 1
Lehmann, Bernd	Krone	Beiratsbeschluß
Majenz, Hans	AEG-Telef.	§ 30 Ziff. 1
Manske, Peter	Osram	§ 30 Ziff. 1
Neubauer, Konrad	DeTeWe	§ 30 Ziff. 1
Patzeld, Klaus	AEG-Telef.	§ 30 Ziff. 1
Plass, Volker	DeTeWe	Beiratsbeschluß
Riede, Bernd	Osram	§ 30 Ziff. 1
Seguin, Frank	Bosse	Beiratsbeschluß
Seidel, Manfred	Permutit	§ 30 Ziff. 2
Schaberg, Wolfgang	AEG-Telef.	§ 30 Ziff. 1
Schäfer, Burkhard	SEL	Beiratsbeschluß
Kuhmichel, Andreas	unbekannt	§ 30 Ziff. 1
Schael, Klaus	AEG-Telef.	§ 30 Ziff. 1
Scheffer, Thomas	AEG-Telef.	Beiratsbeschluß
Schmidt, Klaus-Jürgen	Siemens	Beiratsbeschluß
Schukai, Dieter	Osram	§ 30 Ziff. 1
Schulze, Andre	Osram	§ 30 Ziff. 1
Schwarz, Ulrich	Osram	§ 30 Ziff. 1
Schweiger, Ulrich	Borsig	Beiratsbeschluß
Thomas, Martin	AEG-Telef.	§ 30 Ziff. 1
Tietz, Uwe	Krone	§ 30 Ziff. 1
Weinmann, Bernd	AEG-Telef.	§ 30 Ziff. 1

aus der Westberliner Beilage zur „Metall" (20. August '74) – ausgeschlossene Gewerkschafter werden den Kapitalisten zur „weiteren Bearbeitung" bekanntgemacht

PORTUGAL:

FASCHISTEN SUCHEN MACHTPROBE

Vor einer scharfen Kraftprobe standen die demokratischen Kräfte in Portugal am Sonnabend, dem 29. September. Sämtliche faschistischen Organisationen des Landes hatten zu einer Großkundgebung vor dem Präsidentenpalast in Lissabon aufgerufen. Die Regierung rechnete mit 300.000 Teilnehmern aus dem ganzen Land. Nur fünf Monate nach dem Sturz des Faschismus in Portugal wagten sich damit die Reaktionäre zum ersten Mal wieder an die Öffentlichkeit. Unter dem Schutz und auf Einladung von Juntachef Spinola. Schon am Donnerstag davor hatte es massive Auseinandersetzungen, die teilweise den Charakter von Straßenschlachten annahmen, zwischen Faschisten und Demokraten in den Straßen von Lissabon gegeben. Anläßlich einer „Frontkämpferveranstaltung" in der Lissaboner Stierkampfarena waren Tausende Faschisten zusammengeströmt, wo sie der reaktionären Gallionsfigur der Junta minutenlange Ovationen bereiteten. Am 28. September spitzte sich die Lage zu. Die Massen strömten in die Lissaboner Innenstadt und machten deutlich, daß sie für die Demokratie kämpfen wollten. Panzer zogen vor den Regierungsgebäuden auf. Die Front zwischen Faschismus und Demokratie lag klar zutage.



Autosperren an allen Ausfallstraßen Lissabons: Soldaten durchsuchen jeden Pkw nach Waffen. Sie wurden teilweise,gegen den Willen der Regierung,von Arbeitern unterstützt, die eine Bewaffnung faschistischer Demonstranten verhinderten.

Am 10. September hatte Junta-Chef Spinola, faschistische Gallionsfigur der „Bewegung der Streitkräfte" (MFA) in Portugal die „schweigende Mehrheit" zu politischer Aktivität aufgerufen.

Dies war ein offener Apell an die faschistischen Kräfte, die seit dem Sturz des Caetano-Regimes am 25. April zunächst wohlweislich auf jedes öffentliche Auftreten verzichtet hatten, jetzt offensiv gegen die Linke vorzugehen und Stärke zu demonstrieren.

Spinola machte sich damit zum Initiator einer faschistischen Großkundgebung, die am Sonnabend, dem 28. September in Lissabon direkt vor dem Präsidentenpalast stattfinden sollte.

Getragen wurde diese Kundgebung von allen faschistischen Organisationen des Landes, bis hin zur sogenannten „Liberalen Partei", die am äußersten rechten Flügel der heute in Portugal zugelassenen Parteien operiert.

Die Veranstalter versuchten ihre wahren Absichten damit zu verschleiern, daß sie angaben, die Kundgebung solle General Spinola und die „Bewegung der Streitkräfte" bei der Schaffung eines demokratischen Portugal unterstützen.

Damit wollten sie das Volk betrügen und den demokratischen Kräften in der Regierung die Hände binden. Diese Rechnung schien auch zunächst insofern aufzugehen, als die Minister der Sozialistischen Partei PSP und der revisionistischen PCP in der Regierung eher vorsichtig

Forts. Seite 8

Griechenland, Italien und Jugoslawien

Das Mittelmeer im Zentrum imperialistischer Widersprüche

Innerhalb dieses Jahres wurden in zwei Ländern des Mittelmeers, Portugal und Griechenland, die faschistischen Militärdiktaturen beseitigt.

Die neue griechische Regierung, unter dem pro-„europäischen" (d.h. dem EG-Imperialismus verbundenen) reaktionären Präsidenten Karamanlis, gab darüber hinaus den Austritt Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO bekannt.

Dieser Vorgang ist, ebenso wie der kriegerische Konflikt um Zypern, der israelisch-arabische Oktoberkrieg vom letzten Jahr, die folgende 'Friedenslösung' und die Wiederannäherung der ägyptischen Bourgeoisie an den EG- und US-Imperialismus, die neuen Kriegsdrohungen im Nahen Osten u.a.m. Ausdruck einer Umgruppierung der Kräfte im Mittelmeer.

Dieser Artikel soll einige Aspekte dieser Entwicklung beleuchten.



Der griechische Außenminister Mavros zu Besuch bei Genscher–mehr als 180 Mio. Mark sprangen dabei nicht raus

Verstärkter Einfluß der EG-Imperialisten in Griechenland

Nachdem die Karamanlis-Regierung Mitte August den Austritt Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO bekannt gab, wurden im September die griechischen Vertreter aus dem Verteidigungsplanungsausschuß der NATO abberufen, doch bleiben noch weiterhin griechische Offiziere in den höheren NATO-Stäben.

NATO bzw. USA unterhalten zahlreiche Stützpunkte in Griechenland, von deren Räumung bisher noch nicht die Rede war. Dazu gehören Flottenstützpunkte der VI. US-Flotte (Mittelmeer), u.a. in Piräus und auf Kreta; Luftwaffenstützpunkte, Abschußrampen für Atomraketen, u.a. auf Kreta (wo ein auch von der Bundeswehr benutztes Raketen-Übungsgelände existiert), Radarstationen (vor allem das Radarzentrum auf der Insel Rhodos). Nach eigener Auskunft beabsichtigt die US-Regierung vorläufig n i c h t, atomare Sprengköpfe aus Griechenland abzuziehen.

Obwohl die NATO-Stützpunkte in Griechenland noch nicht wirklich zur Diskussion stehen, boten bereits israelische und türkische Politiker eine Verlagerung von Stützpunkten in ihre Länder an. U.a. war von einem Flottenstützpunkt im israelischen Hafen Haifa und von einem Stützpunkt im türkisch besetzten Teil Zyperns die Rede. Später war auch von einer Verstärkung der US- und NATO-Positionen in S p a n i e n die Rede.

Im Zentrum aller Überlegungen stand jedoch sogleich I t a l i e n.

Forts. Seite 7

CHILE-SOLIDARITÄT

Chile - Solidarität in Hamburg

Am 11.9. jährte sich der Tag, an dem das chilenische Militär unter Mitwirkung und im Auftrag des US-Imperialismus seine blutige faschistische Diktatur in Chile errichtete.
Aus diesem Anlaß fanden in aller Welt an diesem Tage Protestaktionen und Demonstrationen gegen die faschistische Junta statt, auf denen das internationale Proletariat seine Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen Faschismus und Imperialismus ausdrückte.
In Hamburg riefen an diesem Tage KB, „KPD" und RBJ-BDJ zu einer Demonstration von den Landungsbrücken nach Eimsbüttel auf. Auf der Abschlußkundgebung bei der Apostelkirche sprachen Vertreter der drei Organisationen zu den etwa 1.500 Teilnehmern der Demonstration.
Am 13.9. führte der KB mit etwa 1.800 Teilnehmern im Audi Max der Universität eine Chileveranstaltung durch.



In drei Referaten wurden die Fragen des Klassenkampfs in Chile in Verbindung mit dem Kampf des internationalen Proletariats gegen Kapitalismus und Imperialismus behandelt, insbesondere unter dem Aspekt, welche Lehren wir für den Kampf in Westdeutschland ziehen müssen. Die anschließende Diskussion wurde durch längere Beiträge von RBJ und „KPD" eröffnet.

Während der Veranstaltung wurde eine Geldsammlung durchgeführt, bei der die etwa 1.800 Teilnehmer über DM 5.000,– für den chilenischen Widerstand spendeten.

... und die Spaltungsversuche von KBW und Trotzkisten

Zur selben Zeit, zu der die Chile-Demonstration von KB, „KPD" und RBJ stattfand, hatte das „Chilekomitee", das aus KBW, AELA und GIM besteht, ebenfalls zu einer Demonstration aufgerufen. Ein kleines Trüppchen führte von der Innenstadt zum chilenischen Konsulat in Hamburgs Villenviertel Harvestehude.

Dieses traurige Resultat der Spaltertätigkeit von KBW und Trotzkisten hat eine interessante Vorgeschichte.

Wie in AK 47 berichtet wurde, verschickten Anfang Juli verschiedene westdeutsche „Chile-Komitees" einen Aufruf zu einer „nationalen" Chiledemonstration am 14.9. in Frankfurt. (Der KB hat seine Auffassung dazu in einem Offenen Brief an die westdeutsche Linke dargelegt; siehe AK 47).

Anfang August lud das oben erwähnte Hamburger „Chile-Komitee" zu Aktionseinheitsgesprächen zur Chile-Solidarität ein.

Es fanden dann insgesamt drei Gespräche statt, an denen in wechselnder Besetzung „Chilekomitee" (KBW, AELA, GIM), KB, SSB (Schüler), SSB (Studenten), RBJ, „KPD" und „Liga gegen den Imperialismus" teilnahmen.

Nach den Vorstellungen der „Chilekomitee"-Koalition sollten gemeinsame Kundgebungen vor den „Agenturen der chilenischen Bourgeoisie in Hamburg" und eine gemeinsame Veranstaltung durchgeführt werden. Beides mit dem Ziel, möglichst vielen „fortschrittlichen Menschen in Hamburg" eine Fahrkarte nach Frankfurt für die „nationale" Demonstration zu verkaufen.

Der KB vertrat, gemäß dem Offenen Brief, den Standpunkt, es gehe in erster Linie darum, in Hamburg Solidaritätsaktionen zu organisieren, darunter eine Demonstration in Hamburg. Die Teilnahme an der Frankfurter Demonstration lehnte er aus den bekannten Gründen ab. Denselben Standpunkt bezog der RBJ.

In der Frage der Hamburger Demonstration wurden wir von der „KPD" unterstützt, die jedoch auch in Frankfurt nicht fehlen mochte, um „die vielen fortschrittlichen Menschen nicht dem rechtsopportunistischen Einfluß des KBW zu überlassen".

KBW wie Trotzkisten argumentierten gegen eine Demonstration am 11.9. in Hamburg, weil sie „spalterisch" sei, da sie von der Frankfurter Demonstration am 14.9. „ablenke"! Da sie selbst schnell merkten, daß diese Argumentation zwar originell, aber nicht nachvollziehbar war, wechselten sie flugs die Taktik und erklärten sich bereit, an dieser Demonstration teilzunehmen, wenn sie unter der Führung des Chilekomitees stünde, da man ja damit eine gute Möglichkeit zur Werbung für das Frankfurter Unternehmen habe.

Als diese „zweckentfremdende Einengung" einer Hamburger Chiledemonstration von den übrigen Organisationen zurückgewiesen wurde und überdies die rechtsopportunistische „Plattform für die Aktionseinheit" von KBW/GIM in der Luft zerfetzt wurde, heckten sie schließlich zum dritten Termin einen neuen und letzten Coup aus.

Dem Vorschlag von KB, „KPD" und RBJ, auf der Kundgebung sollten von den relevanten politischen Strömungen der Aktionseinheit, Chilekomitee, KB und „KPD" mit je einer kurzen Rede, der RBJ mit einer Grußadresse sowie gegebenenfalls offizielle Sprecher von MIR und/oder MAPU vertreten sein, setzte die „kleine Koalition" KBW/GIM eine handfeste Provokation entgegen.

Die Trotzkisten von der AELA, die zuvor schon von KB und „KPD" verlangt hatten, in ihrer Agitation und Propaganda auf den Begriff Faschismus zu verzichten (!!), da es sich um die „bürgerliche Terrorherrschaft" in Chile handle, forderten eine Rede für die AELA, eine für das Chile-Komitee und eine gemeinsame (!) für KB, RBJ und „KPD".

Für den Fall, daß dies nicht angenommen würde, „drohten" sie, sie würden das an die Zentralen von MIR und MAPU berichten, was zur Folge haben würde, daß nie wieder Vertreter dieser Organisationen auf Veranstaltungen von KB oder „KPD" sprechen würden!

Und der KBW bot als „eleganten Ausweg": je 10 Minuten Redezeit für KB, KBW, „KPD", AELA, Chilekomitee, RBJ, zusätzlich eventuell MIR und MAPU, also eine Abschlußkundgebung von 60 - 80 Minuten Länge, das gebiete nun mal das Prinzip von der Gleichberechtigung aller Organisationen einer Aktionseinheit!

Daß eine solche „Aktionseinheit" eine Farce gewesen wäre, ist natürlich auch den KBW-Strategen klargewesen, aber sie hatten wieder einmal ihr Ziel – Aktionseinheit unter „Führung" des KBW oder gar nicht – erreicht. ●



Provokateure am Werk

Vor der Chile-Veranstaltung des KB am 13.9.74 in Hamburg bekam ich ein Flugblatt vom trotzkistischen „Bund Sozialistischer Arbeiter". Mit der Hauptüberschrift „Nieder mit dem Stalinismus" und darauffolgender übelster Hetze gegen die „Stalinisten" (womit im übrigen alles links der Sozialdemokratie gemeint ist), die angeblichen Alleinschuldigen des Militärputsches in Chile, lud dieser Verein zu einer Chile-Veranstaltung am 17.9.74 im „Z" ein.

Auf dieser Veranstaltung anwesend waren: vier Hamburger „BSA"-Mitglieder; der Hauptredner, der gerade aus Berlin (gemeint ist wahrscheinlich Westberlin – Anm. d. Redaktion) kam, ein unorganisierter Trotzkist, ich und zwei Sympathisanten des KB, die mit mir gekommen waren.

Das Referat des Obertrotzkisten und die anschließende Diskussion brachten folgende Linie dieses Vereins ans Tageslicht: wir befinden uns in einer Weltwirtschaftskrise, die immer schärfere Ausmaße annimmt; der Imperialismus befindet sich in einer Schwächeposition, ja er ist nur noch eine Farce (30.000 Tote in Chile sind wohlgemerkt eine Farce). Folglich steuern wir automatisch auf eine revolutionäre Situation zu, in der der Sieg des Sozialismus einzig und allein noch von den Stalinisten, den alten Führern der Arbeiterbewegung, verhindert werden kann. Denn diese, egal ob „Moskau- oder Pekinghörig", haben nicht das geringste Interesse am Sieg des Sozialismus und versuchen diesen folglich mit allen Mitteln zu verhindern.

Aus dieser Ideologie zieht dieser Verein dann auch seine Hauptlosung: Nieder mit dem Stalinismus! Und da alles andere (Niederlage des Imperialismus usw.) von alleine geht, beschränken sich diese Vögel konsequent darauf, die „Stalinisten" als Hauptfeind zu bekämpfen.



Obwohl diese Provokateure in Hamburg noch nicht weiter Fuß gefaßt haben, sollte man sie aufmerksam beobachten, denn sie versuchen durch verstärkten Verkauf ihres „Funken" (übrigens eine mit hohem technischen und finanziellen Aufwand hergestellte und 14-tägig erscheinende Zeitung) an vorhandenen Antikommunismus in der Bevölkerung anzuknüpfen und ihre provokatorische Tätigkeit auch in Hamburg zu betreiben.

Ein Genosse des Sozialistischen Schülerbundes (SSB) Hamburg

Anmerkung der Redaktion

Um den Rang der übelsten Provokateure wetteifert mit den Trotzkisten natürlich die immer mehr im rechten Sumpf versackende Rest-„KPD/ML". In einem Flugblatt unter der Überschrift „Revisionisten – Verräter am revolutionären Kampf des chilenischen Volkes" (und mit knackigen Zwischenüberschriften wie „Die KPD/ML ist der härteste Feind der DKP") führte dieser Haufen beherzt den „Hauptstoß" gegen die DKP und die Revisionisten, die „Verantwortlichen" für den faschistischen Putsch. Ein weiterer Feind der unversöhnlichen „KPD/ML" sind daneben die „opportunistischen Gruppen" (wie KB und „KPD", die doch tatsächlich die ‚Frechheit' besitzen, anläßlich des 1. Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile den „Hauptstoß" nicht etwa gegen die DKP, sondern gegen die Faschisten und ihre imperialistischen und großkapitalistischen Auftraggeber zu führen.

Ablenkung vom Hauptfeind der Arbeiterklasse, Imperialismus und Bourgeoisie, das ist offenbar der gemeinsame Nenner der trotzkistischen und Pseudo-„ML"-Provokateure. ●



CHILE - SOLIDARITÄT

Provokateure der Jungen Union rausgeschmissen

Am 13.9. fand im Hamburger Audimax eine Chile-Veranstaltung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES mit 1.800 Beteiligten statt. Zu dieser Veranstaltung erschienen drei Mitglieder der Jungen Union (JU), einer hatte sich zur Tarnung sogar einen roten Stern an die Jacke geheftet. Der Zweck ihres Kommens war klar:

„Informationen" für ihre Auftraggeber zu sammeln (die JU beliefert z. B. die Springer-Presse regelmäßig mit Hetze gegen die demokratischen Schüler, gegen Kommunisten etc.), um Putz zu machen.

Die drei Provokateure (Heiko Piossek vom Ernst-Schlee-Gymnasium, Wolfgang Schloh vom Wirtschaftsgymnasium Schlankreye und Jürgen Grosse vom Gymnasium Bondenwald) wurden daraufhin von Besuchern der Veranstaltung zu den Türen geführt.

Die „Junge Union" hat, neben den ständigen Hetzartikeln, die sie der Springer-Presse liefert, kürzlich ein Pamphlet gegen den RBJ (ein demokratischer Jugendverband) verbreitet, und damit ihren angemessenen Beitrag dazu geleistet, daß dem RBJ jetzt vom Hamburger Senat die staatliche Förderung entzogen werden soll. In diesem Pamphlet heißt es u. a., der RBJ sei in der „linken Szene" als **„Jugendverband des maoistischen KB"** bekannt (als der RBJ dagegen juristisch vorging, berief sich die JU übrigens zum „Beweis" ihrer Behauptung interessanterweise auf **„Verlautbarungen der KPD/ML"** – man sieht also, daß die Zuarbeit der Super-„Linken" für die Rechten gut funktioniert!); ferner heißt es in diesem Pamphlet, der RBJ würde *„99,5 % der Bevölkerung der BRD"* als Faschisten bezeichnen, etc. – Das Pamphlet gipfelte in dem Aufruf, der Staat sollte dem RBJ *„nicht auch noch finanzielle Unterstützung gewähren."*

Solche Schweine, die ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen die demokratischen Jugendorganisationen sehen (und die dies Geschäft mit der geballten Macht des Staates im Rükken betreiben), haben auf demokratischen Veranstaltungen in der Tat nichts zu suchen. Ihr Platz ist vor der Tür. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Beiersdorf, Hamburg: Chile-Solidarität à la DKP

Unter den Hamburger Chemiebetrieben gilt Beiersdorf als eine Art Hochburg der Revisionisten; es existiert eine DKP-Betriebszelle (als einzige in der Hamburger Chemie-Industrie!), und somit kann man die Öffentlichkeitsarbeit dort als repräsentativ bewerten.

Nachdem die DKP am Anfang der Chile-Solidaritäts-Woche unter dem Pseudonym „Chile-Solidaritäts-Komitee Hamburg" in der Innenstadt ein Chile-Flugblatt verteilt hatte, meinten die „Genossen" wohl ihre Pflicht getan zu haben.

Am 11.9., also am Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile, bekamen die Kollegen von Beiersdorf eine zweiseitige „DKP-Extra-Information für Arbeiter und Angestellte" vorm Tor in die Hand gedrückt. Chile-Solidarität? Denkste! Es war das jährlich wiederkehrende Flugblatt „Strom, Gas, Wasser und Mieten teurer – Jetzt Preis- und Mietstopp" mit der Hauptparole: „Das arbeitende Volk muß bestimmen".

Auch in den folgenden Tagen wußte die DKP nichts zu Chile zu sagen. Ihr kleiner Bruder, die SDAJ, verteilte dann am 13.9.74 seine Zeitung „Knallgas". Drei Seiten zur Berufsausbildung, 19 Zeilen „Für eine weltweite Chile-Solidarität". Davon 13 Zeilen: die Fortschritte der Unidad Popular Regierung wurden rückgängig gemacht, und dann folgt lediglich: *„...sollte es unsere Aufgabe sein, die Solidarität mit dem chilenischen Volk zu verstärken. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag des Verwaltungsstellen-Jugendausschuß der IG Chemie, Aktivitäten zur politischen und materiellen Unterstützung für das chilenische Volk zu ergreifen".*

Bisher hat man weder von diesen Aktivitäten des Jugendausschusses (in dem sich praktisch bloß eine Handvoll SDAJ'ler tummeln) etwas gehört, noch von der Unterstützung der SDAJ. ●

Betriebszelle II Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Chile-Woche in Göttingen

Aus Anlaß des faschistischen Militärputsches in Chile am 11. September vorigen Jahres wurde in Göttingen eine Solidaritätswoche zugunsten des chilenischen Volkes durchgeführt. Verschiedene Solidaritätsaktionen wurden von fast allen Organisationen der Linken getragen. An Info-Ständen und auf Veranstaltungen wurde Geld für den chilenischen Widerstand – insbesondere für MIR und MAPU – gesammelt (die Sammelergebnisse stehen noch nicht fest). Der KBW hatte darüber hinaus zu einer Blutspendeaktion aufgerufen, deren Erlös dem chilenischen Widerstand zufließen soll. Rund 350 Menschen besuchten eine Veranstaltung des örtlichen Chile-Komitees, auf der die Veranstalter peinlich genau an den chilenischen Lehren vorbeiredeten. Über 200 Menschen kamen zu einer Diskussionsveranstaltung über die Lehren aus dem chilenischen Putsch, zu der KAG, SSB, IK/KHB, KSV, Liga, AStA der Uni, Jusos, GIM und Chile-Info-Zentrum (Soz. Büro) aufgerufen hatten.

Den Höhepunkt der Göttinger Chile-Woche bildete eine Demonstration, an der sich ca. 1.000 Menschen beteiligten. Auf dem Boden der Resolution des „Nationalen Chilekomitees" marschierten mit dem KBW u.a. Jusos und GIM. Auf dem Boden eindeutiger antifaschistischer und antiimperialistischer Aussagen bildeten KAG, Liga, KSV, IK/KHB und SSB einen Block mit ca. 350 Menschen.

Häufig gerufene Sprech-Chöre waren: „Nieder mit der faschistischen Junta", „Tod dem Faschismus in Chile", „Hoch die internationale Solidarität".

Wie bereits zum 1. Mai, gab es im Anschluß an die Demonstration zwei Kundgebungen: nachdem der KBW sein „Programm" beendet hatte, erklärte er die Kundgebung für beendet und forderte seine Studenten
det und forderte seine Studenten
auf, sich zu trollen. Vor rd. 350 Menschen hielten dann KAG und KSV abschließende Reden.

Ein Bild völliger Abgewracktheit bot erneut die DKP. Sie hatte von vornherein jeden Versuch unterlassen, in die Auseinandersetzungen um die Chile-Solidarität einzugreifen – in der realistischen Einschätzung, politisch mit Sack und Perücke unterzugehen. An einem Info-Stand am Markt offerierten sie einem Genossen ihre Ausrede: Gen. Altamirano (SP Chile) habe in Berlin in der Seelenbinderhalle vor der „falschen Solidarität gewisser maoistischer Kreise" gewarnt – na, und wenn das so ist, dann mußten die Revis eben auch ihre eigene Chile-„Solidaritäts"veranstaltung machen. Diese lockte ganze 40 Leute an. ●

Ein Göttinger Genosse

Ein Boykott wird vorbereitet

Internationale Transportarbeiter-Föderation
Einunddreißigster Kongreß
Stockholm, 7. – 15. August 1974

ENTSCHLIESSUNG BETREFFEND CHILE

Der 31. Kongreß

BEKRÄFTIGT VORBEHALTLOS die vom ITF-Vorstand auf seiner Sitzung am 30. und 31. Oktober 1973 in Paris abgegebene Erklärung zur Lage in Chile:

VERURTEILT ERNEUT, daß die Chilenische Militär-Junta den chilenischen Arbeitern grundlegende Bürgerrechte und Freiheiten vorenthält;

STELLT MIT TIEFER BESORGNIS FEST, daß trotz der weltweiten Verurteilung und Proteste gegen die gegen chilenische Gewerkschafter und Arbeiter ergriffenen Unterdrückungsmaßnahmen, die Unterdrückung von Tag zu Tag schlimmer wird;

BESCHLIESST DAHER:

(a) alle der ITF angeschlossenen Gewerkschaften aufzufordern, einen für den 18. und 19. September vorgeschlagenen Boykott gegen alle chilenischen Transporte zu unterstützen;

(b) den Vorstand zu beauftragen, nach diesem Boykott eine Mission nach Chile zu entsenden mit dem Auftrage, die dortige Lage in Bezug auf bürgerliche und gewerkschaftliche Rechte zu untersuchen; und

(c) ersucht alle Mitgliedsverbände der ITF, die Maßnahmen, die der ITF-Vorstand nach Prüfung des Berichts der genannten Mission vorschlägt, mit aller Energie zu unterstützen.

Antragsteller:
ITF-Vorstand

Von diesem Beschluß des ITF-Kongresses erfuhren die ÖTV-Kollegen erstmals durch die Septemberausgabe des „ötv-magazin". Der Beschluß kam zustande unter Mitwirkung der ÖTV-Führung. Heinz Kluncker ist Mitglied des Vorstandes der ITF. *„Vor dem Plenum des Kongresses bekannte sich der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, zur Solidarität mit dem unterdrückten chilenischen Volk, seinen verfolgten Arbeitern und seinen unterdrückten Gewerkschaftern"* („ötv-magazin" 9/74).

Daraufhin beschloß der geschäftsführende Hauptvorstand in seiner Sitzung am 9.9.74:

„Im Namen der ITF erläßt der GHV der Gewerkschaft ÖTV einen Aufruf zum Boykott chilenischer Schiffe und Flugzeuge am 18. und 19. September 1974."

Dieser Aufruf wird am Montag, dem 16. September 1974, durch den GHV der Presse gekanntgegeben.

Sollten während dieser Zeit chilenische Schiffe deutsche Seehäfen anlaufen, muß der Versuch unternommen werden, das Einlaufen der Schiffe zu verhindern bzw. die Schiffe nicht zu entladen. Die Bezirksleitungen Hamburg, Nordwest und Weser-Ems werden angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß Schiffe, die während des Boykotts deutsche Seehäfen anlaufen, am 18. und 19. September 1974 nicht entladen werden.

Für eine Aktion auf dem Flughafen Frankfurt/Main werden noch neue Weisungen erteilt.
Karl Heinz Hoffmann
Stellvertr. Vorsitzender

(aus einer Mitteilung des geschäftsführenden Hauptvorstandes an die betroffenen Bezirksleitungen)

Scheinbar konsequent heißt es dann in einem Flugblatt, das am 17.9., also einen Tag vor dem Boykott, vereinzelt im Hamburger Hafen auftauchte:

„Kollegen, die chilenischen Arbeitnehmer müssen durch internationale Solidarität der Arbeitnehmer in ihrem Kampf gegen die faschistische Militärdiktatur unterstützt werden. Die Gewerkschaft ÖTV ruft deshalb alle Kollegen in dem Bereich Seehäfen auf, am 18. und 19. September 1974 das Be- und Entladen chilenischer Schiffe zu verhindern."

Wachsame Kollegen erinnern sich

In der Vergangenheit war es immer die ÖTV-Führung gewesen, die die Solidarität westdeutscher Transportarbeiter mit ihren kämpfenden Klassenbrüdern in anderen Ländern „erfolgreich" sabotiert hat. Das herausragende – und von den Hafenarbeitern unvergessene Beispiel war der große englische Dockerstreik 1972.

Damals tönte ÖTV-Vorstandsmitglied Merten: „ÖTV zum Sympathiestreik bereit", und in der ‚Hamburger Morgenpost' hieß es: *„Die Gewerkschaft ÖTV und die DAG stehen schon ‚Gewehr bei Fuß': wenn von der englischen Hafenarbeitergewerkschaft ein ‚Solidaritätsersuchen' eingeht, dann werden die für England bestimmten Schiffe auch hier nicht gelöscht."*



Doch als wenige Tage später die ITF in Londen zum internationalen Boykott aller Englandfahrer aufruft, war für die ÖTV-Führer die Stunde der Wahrheit gekommen.

„Ihre große Ankündigung, zum Streik aufzurufen, erwies sich als ganz billiger Spruch, mit dem sie ehrliche Arbeiter hinters Licht führen wollten.

Zunächst wurde den westdeutschen Hafenarbeitern verschwiegen, daß ein Ersuchen um solidarische Hilfe an die ÖTV ergangen ist. Sodann beeilten sich andere Wortführer der ÖTV, in Rundfunkinterviews wortreich zu „begründen", warum man ja eigentlich gar nichts machen kann. Die „rechtliche Situation" in Westdeutschland ließe Solidarität nicht zu.

In den Springer-Blättern konnten wir dann lesen: ‚Eine Sympathie-Bewegung ähnlich wie die der Belgier wird es nach Auskunft der Gewerkschaft ÖTV nicht geben. In der Bundesrepublik gelten andere Verträge.
desrepublik gelten andere Verträge.
Die ÖTV wird ihre Mitglieder von einer Protesthaltung abraten (!), da sonst Schadenersatzforderungen auf sie zukommen." („Bild" vom 1. August!!!)

Und weil es an Lumperei bei den Gewerkschaftsführern offenbar keine „Schallgrenze" gibt, erklärten die Hauptverantwortlichen vom Vorstand Springerjournalisten gegenüber: „Sie (die ÖTV) habe bislang nur ein Sympathietelegramm nach England geschickt." („Welt" vom 2.8.72). Das kostet bekanntlich pro Wort 60 Pfennige. Das ist den ÖTV-Führern die Solidarität mit unseren englischen Klassenbrüdern wert."
(HAFENARBEITER 6/72 des KB in Hamburg)

Das haben westdeutsche Gewerkschaftsführer vor wie nach diesem Beispiel zum Prinzip erhoben: das bürgerliche Recht wird vorgeschoben, um jede solidarische Aktion abzuwiegeln, anstatt durch die Aktion den arbeiterfeindlichen Charakter des bürgerlichen Rechts vor allen Arbeitern deutlich zu machen.

Heißt der Aufruf zum Chile-Boykott nun, daß in der Politik der ÖTV-Führung ein grundsätzlicher Wandel eingetreten ist? Die Vorbereitung und der Verlauf der Aktion beweisen das Gegenteil: die ÖTV-Führer wollen auf billigste Art und Weise ihr lädiertes Image auch gegenüber den klassenbewußten Arbeitern aufpolieren.

So fällt als erstes die willkürliche Beschränkung der Aktion durch die ÖTV-Führer auf. Richtet sich der Boykott-Plan gemäß ITF-Beschluß noch „gegen alle chilenischen Transporte", so ist im Beschluß des geschäftsführenden Hauptvorstandes nur noch vom „Boykott chilenischer Schiffe und Flugzeuge" die Rede. Nun wissen gerade die Hafenarbeiter aus eigener Erfahrung, daß nur ein minimaler Prozentsatz der Chile-Ladung auf chilenischen Schiffen transportiert wird – der weit überwiegende Teil dagegen auf Schiffen des westdeutschen Reederei-Riesen HAPAG-LLOYD oder Charterschiffen europäisch-südamerikanischer Gemeinschaftsdienste! Diese Transporte wurden durch den verfälschten Beschluß des GHV von vornherein vom Boykott ausgenommen.
kott ausgenommen.

Entsprechend „einfach" verlief dann auch in Hamburg die Aktion: am 18./19.9. befand sich nur ein einziges Schiff unter chilenischer Flagge im Hamburger Hafen. Die Geschäftsleitung der Hapag-Lloyd, an deren Kai das Schiff beladen werden sollte, wurde von dem Beschluß des GHV in Kenntnis gesetzt und setzte sich ihrerseits mit ihren „chilenischen Freunden" ins Benehmen. Das Schiff wurde daraufhin ohne Aufhebens für zwei Tage im Kaiser-Wilhelm-Hafen im Strom an die Pfähle gelegt – das war's!

Kein Schade für die eigenen Kapitalisten – keine Aktivierung der Kollegen: das sind Bedingungen, unter denen auch die ÖTV-Führer zu Solidaritätsaktionen bereit sind. Beim Dockerstreik waren eben diese Bedingungen nicht herstellbar – die Solidarität unterblieb. ●

Hafen-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Chile – Solidarität in Flensburg

Aus Anlaß des Jahrestages des faschistischen Militärputsches in Chile führte die Flensburger Gruppe des KB eine Chile-Solidaritätskampagne durch, in deren Verlauf eine Diskussionsveranstaltung (ca. 1oo Teilnehmer) und eine Kundgebung (ca. 12o Teilnehmer) stattfanden. Vorher informierten wir durch unsere Branchenzeitungen und Flugblätter über die einjährige faschistische Herrschaft in Chile. In den Tagen vor den Veranstaltungen wurde in der Innenstadt ein Info-Stand aufgebaut. Die Benutzung einer Stellwand mit Bildern und Texten, die den faschistischen Terror und den Widerstand in Chile darstellten, erwies sich dabei als gutes Mittel, um mit Passanten ins Gespräch zu kommen.

Auf unserer Veranstaltung gingen wir in den Referaten auf folgende Themen ein: 1) Die Entwicklung in Chile vor dem Putsch, der faschistische Militärputsch, der antifaschistische Widerstand in Chile. 2) Die imperialistische Putschpolitik allgemein, die Beteiligung des BRD-Imperialismus, Solidarität mit Chile, 3) Die Lehren der Ereignisse in Chile.

Das Hamburger „Straßentheater", zum erstenmal in Flensburg, wurde für seine Darbietungen antifaschistischer Lieder mit viel Beifall bedacht. Eine Spendensammlung für den MIR erbrachte etwa 19o Mark.

Der KB hatte auch das Flensburger „Chile-Komitee", das sich aus DKP, SDAJ und anderen reformistischen Kräften zusammensetzt, eingeladen – da ein solches „Komitee" doch am Jahrestag des Putsches für Solidaritätsaktionen und Diskussionen über die zu ziehenden Lehren zu haben sein müßte. Aber weit gefehlt. Offenbar besteht dieses „Komitee" nur auf dem Papier. Weder ist jemand von diesen Herrschaften erschienen, noch waren irgendwelche anderweitigen Aktivitäten zu spüren.

Der KB war überhaupt die einzige Organisation in Flensburg, die bereit war, zum Jahrestag des Militärputsches ihre Solidarität mit dem chilenischen Widerstand zu demonstrieren. ●

KB-Gruppe/Flensburg

CHILE-SOLIDARITÄT

Chile-Solidarität in München

Zum 1. Jahrestag des Putsches in Chile fanden in München mehrere Veranstaltungen und Demonstrationen statt. Sie geben ein ungefähres Bild der Situation der Münchner Linken ab.

... der Revisionisten und Reformisten

Das Chile-Komitee München und die AELA (Vereinigung lateinamerikanischer Sutdenten) veranstalteten zusammen mit den Unterbezirken der SPD, den Jusos und einem Flüchtlingskomitee der Chilenen eine Veranstaltung in dem Arbeiterviertel Giesing und eine in Schwabing. Über die Zusammenarbeit mit den Jusos und dem Chile-Komitee hatten die DKPler ihre Finger drin.

In Giesing war die Veranstaltung von ca. 30 Menschpn besucht, eine Diskussion gab es nicht und Verteiler von anderen Gruppen wurden bei der Veranstaltung verscheucht. Im mehr studentischen Schwabing (der SPD-Unterbezirk Schwabing-Nord ist bekannt für seine wilden Diskussionen) wurde dagegen eine Diskussion auf der Veranstaltung erlaubt. 70 Menschen aus dem kleinbürgerlich-studentischen Milieu Schwabings waren erschienen. Das große Wort führten aber die „Arbeiterführer" der DKP und einige besonders kluge Jusos. Diskutiert werden sollte über eine Resolution an die Landesdelegiertenkonferenz der DGB-Jugend in Bayern. Während die Resolution die CDU/CSU als Komplizen der Faschisten darstellt, kritisiert sie die SPD-Regierung wegen ihrer außenpolitischen Unterstützung der Junta. Die Resolution fordert *„konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um die Geschäfte der chilenischen Machthaber mit den Großbanken (?!) in unserem Lahd wirksam zu stören."* Zu den Lehren aus Chile allgemein und für die BRD natürlich kein Wort. Der Kritik an der UP und an dem Fehlen eines Bezuges zur Faschisierung in der BRD wurde mit äußerster Demagogie begegnet.

Ein Beitrag, der auf den niedrigen Stand der Chile-Solidarität einging und die Notwendigkeit des politisch-ideologischen Kampfes betonte, fand ein reiches Echo. Die Revis begegneten ihm mit dem demagogischen Hinweis auf die „vielen, vielen" Aktionen (in München? ?). Andererseits beschimpfte ein Juso die Arbeiter, sie seien „verschlafen" und man müsse „neue Formen der Solidarität" (? ?) finden, um sie aufzuwecken. Ein dritter, ein besonders schlauer Juso, wollte die Kritiker mit dem „Argument" einschüchtern, wenn schon Kritik geübt würde, dann müsse sie aber auch gleich durch eine polit-ökonomische Analyse der chilenischen Situation ausgewiesen werden können.

Diese „Diskussion" wurde aber erst richtig interessant, als sich einige Revis dazu veranlaßt sahen, auf den MIR einzuschlagen. Nach einem wüsten Ausfall gegen die „maoistischen Spalter und ihre Auftraggeber in Peking" begann so ein Vogel, den MIR zu „loben": er sei zwar früher gegen das Bündnis mit den Kleinbürgern gewesen; aber das hätte sich jetzt geändert. Eine chilenische Genossin erwiderte darauf in spanisch. Sie sagte, daß der MIR seine Position nicht geändert hat, daß er für die Einheit sei, aber eine Einheit mit den Verrätern der Christdemokraten könne es nicht geben. Diese Verdrehung der Position des MIR sei aber kein Wunder, da die Schriften des MIR nicht breit genug verteilt werden könnten. Auch auf dieser Veranstaltung hätten die Schriften des MIR nicht verteilt werden dürfen!!!

Während vorher alle Beiträge übersetzt worden waren, verlor der Übersetzer plötzlich die Sprache! Nach eingehenden Fragen aus der Versammlung mußte dann zugegeben werden, daß die deutschen Organisationen im Bündnis den chilenischen Flüchtlingen „erlaubt" hatten, ihr Material zu verteilen. Außerdem durfte eine Juso-Schrift und ein Schwarzbuch zu Chile vertrieben werden. Die Genossen hatten aber nicht damit gerechnet, daß unter den Flüchtlingen auch Sympathisanten des MIR dabei sind. Deshalb hatten sie zu Beginn der Veranstaltung versucht, die Verteilung einer MIR-Erklärung und den Verkauf von Plakaten zu verhindern. Das gelang ihnen nicht, weil die Genossen klar machten, daß man es ihnen nur durch physischen Zwang verbieten könne. Die Revis und Jusos versuchten, eine Diskussion und Abstimmung um diese Ungeheuerlichkeit zu verhindern. Das dabei entstehende Durcheinander benutzten sie dann, um erleichtert das Ende der Diskussion zu erklären.

Nach diesem beschämenden Auftakt der Chile-Woche konnte man mit Recht auf die am nächsten Tag folgenden Demonstrationen und Kundgebungen gespannt sein.

... auf Demonstrationen

Zu einer kurzen Demonstration hatten die KPD/AO, KBW und Studenten der ABGs und des KAB„D", sowie einige ausländische Organisationen aufgerufen. Diese Demo führte zu einer Kundgebung von Jusos, Falken, Flüchtlingskomitee der Chilenen, zu der auch die ABG's aufgerufen hatten. Daran schloß sich deren Fakkelzug zum Gewerkschaftshaus an, wo die „Jugend HBV, Gew. Holz und GdED (Eisenbahner) im DGB" eine Veranstaltung machten. Insgesamt nahmen maximal 1000 Leute an diesen Veranstaltungen teil.

Die „ML"-Demo war maximal 300 Mann stark, hauptsächlich Studenten und Schüler, denen ca. 50 Bullen gegenüberstanden. Lediglich die „KPD/ML" tat sich besonders hervor, als sie auf der Anfangsansprache mit eigenem Lautsprecher auftauchte und die Revisionisten und die UP zum Hauptschuldigen am Putsch in Chile erklärte. Ansonsten fiel diese Demonstration nur durch ihre Unauffälligkeit auf, nach ca. 20 Minuten war sie schon am Ziel. Von der Kundgebung am Marienplatz, auf der ca. 800 Menschen waren, zogen dann ca. 400 – 500 Leute zum DGB-Haus. Vorneweg die DGB-Jugend, 150 Leute weiter schon die ABG's, dann die Trotzkisten. Die ausländischen Genossen waren die einzigen, die Parolen und Lieder wirklich drauf hatten. Das mag einer der Anlässe dafür gewesen sein, daß aus dem Lautsprecherwagen der DGB-Jugend alle 5 Minuten die „Münchner Bevölkerung" aufgeklärt wurde, daß hier „Demokraten marschieren", die mit den „Chaoten dahinten nichts zu tun haben"! Wenn das die „Demokraten in München" sein sollten, dann Gnade Gott dem Land der Bayern!

Die feinen „Demokraten" hatten es dann natürlich auf der Veranstaltung der DGB-Jugend auch nicht nötig, eine Diskussion zuzulassen. Leute, die auf der Demo vorher irgendwie „unangenehm" aufgefallen waren, z. B. durch das Rufen revolutionärer Parolen wie „uniqua solucion – revolucion!" (einzige Lösung – Revolution!), wurden bereits am Eingang peinlichst begutachtet und bei Mißfallen auf evtl. in Taschen usw. mitgebrachtes „feindliches" Material wie Flugblätter usw. angesprochen – „so kommst du da nicht rein!" Markige Sprüche wie „für mich ist der KSB/ML der Klassenfeind!" begleiteten dann die obligate Rangelei. Die Einheitsschreier am Werk!

Viele in der Veranstaltung anwesende Kollegen und Genossen verlangten dann erst mit Anträgen, dann mit Sprechchören und schließlich mit einem Gang zum Mikro, daß diskutiert wird. Der Versammlungsleiter teilte „Watschen" aus und die Veranstaltung, ca. 300 Leute, konnte nur durch den Einspruch eines chilenischen Genossen zu einem friedlichen Abschluß geführt werden. Bemerkenswerterweise unterließ der chilenische Genosse, wohl zum Mißvergnügen der Revis, jede Kritik an der Forderung nach Diskussion.

... des KBW

Neben einigen kleineren Veranstaltungen von KPD/AO und den KAB„D"-Studenten (KSG) war dann zuguterletzt die KBW-Veranstaltung noch fällig (die ABGs hielten es nicht für nötig, ähnliches zu unternehmen).

Dem KBW folgten ca. 150 Menschen, hauptsächlich aus dem kleinbürgerlichen Milieu. Eine massenfeindliche Planung der Veranstaltung, die die Diskussion erst um viertel vor elf beginnen ließ, sorgte dafür, daß dann der harte Kern, KBWler und enge Sympathisanten, unter sich war, ca. 40 Leute.

Beiträge von MAPU- und MIR-Genossen sowie Filme des MIR über Landbesetzungen bildeten den Rahmen des Abendprogramms. Der Kern waren aber die „allerneuesten" Lehren, die der KBW aus den chilenischen Erfahrungen zieht. Als wichtigsten Punkt nannte der KBW-Genosse in seinem einleitenden Referat den „raschen Aufbau" der Partei, damit die Massenarbeit mit der richtigen Linie durchgeführt werden kann! Welch ein Trost – haben wir erst die Partei – dann geht es auch in München voran!

Aber nein – die Massen lösen sich schon heute von ihren Führern, sie lassen die Führer früher hinter sich als sich die revolutionären Führer das denken. Man muß eben nur die Massen kühn zusammenfassen!

Solcherart gestärkt konnten dann die Genossen über einige Unstimmigkeiten dieser irren Aussagen mit den Positionen, die die MIR und MAPU vortrugen, mit Großmut hinwegsehen. Mehrfach hob der Genosse des MAPU hervor, daß die Junta nicht von alleine fällt, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Organisationen ist, die Bedingungen für eine Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse zu schaffen. Nur so kann eine starke proletarische Einheitsfront als Kern eines breiteren Bündnisses geschaffen werden.

Aber nach drei Stunden Reden, Musik und Film, als dann endlich die Diskussion eröffnet wurde, war man dann so schlaff, daß man zum Geschichtenerzählen überging. Die obligaten Geschichten über andere Organisationen in anderen Städten und ihre Schandtaten, (diesmal mußte der KB-Westberlin herhalten) und die obligaten Beiträge der anderen Organisationen (wobei natürlich die ABGs wieder fehlten) beendeten diesen Abend.

Dieser Bericht mag die Verhältnisse in der Münchner Linken in einem etwas traurigen Licht erscheinen lassen. Offensichtlich ist aber die Isolation der Linken in einem so stark von faschistischen und faschistoiden Elementen durchsetzten Teil der BRD noch stärker als sonst. Das läßt die politischen Fehlströmungen in der kommunistischen Bewegung in einem noch krasseren Licht erscheinen und treibt sich auch mit Macht voran – wohl mit der „Haupttendenz Rechtsopportunismus"! ●

Die eilfertigen Distanzierer - KSG (KAB„D") im Schlepptau der bürgerlichen Propaganda

In einem Flugblatt der „Kommunistischen Studentengruppe" in München zur zentralen Demonstration in Frankfurt am 14.9. wird KBW, KPD/AO und GIM vorgeworfen, „daß Frankfurt ein ‚neues Bonn' werden soll." Unter Hinweis auf ein „verstärktes" Risiko eines „brutalen Vorgehens von Seiten des staatlichen Gewaltapparates" wird kritisiert, daß ein „geordneter Ablauf" der Demo nicht gewährt sei!

Bei KSG/KAB„D" scheint die Einschüchterungstaktik der Bourgeoisie besonders gut angeschlagen zu haben.

Weiterhin wird einem KSV-Vertreter vorgeworfen, ungeheuerlicherweise „Steinwürfe auf die chilenische Botschaft für einen Beitrag zur Solidarität" zu halten!

„Laßt die Sektierer ihre Provokation alleine versuchen", diese Parole kennen wir aus der revisionistischen Ecke sehr gut!

Mit diesen Worten forderte die KSG auf, der Demonstration in Frankfurt fernzubleiben.

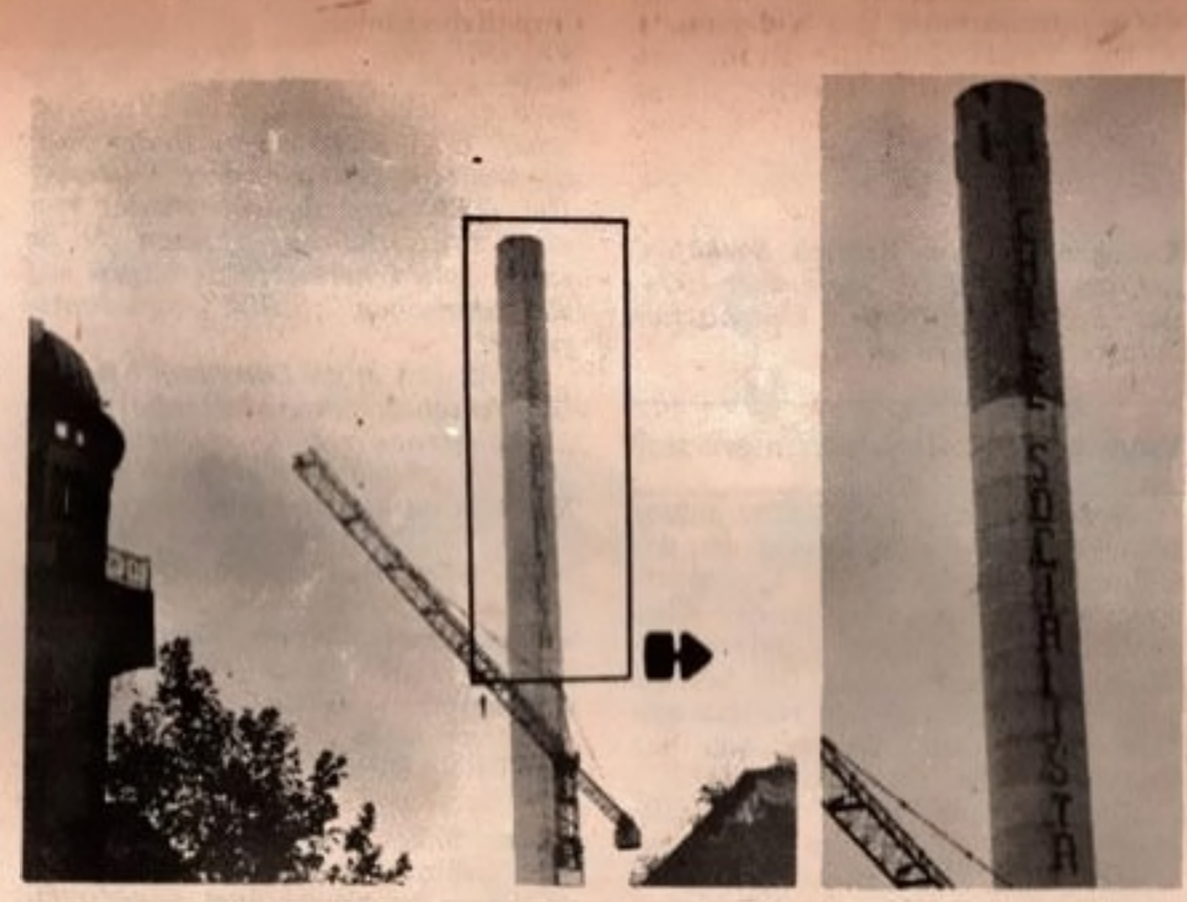
Provokativ, allerdings aus der rechtsopportunistischen Ecke, ist die offene Unterstützung der bürgerlichen Hetze gegen die Linke, die in folgendem Schlußsatz des Flugblatts gipfelt:

„Eine Demonstration, die von vornherein (!!!) auf Straßenschlacht und Prügeleien aus ist, schadet dem heldenhaften Kampf des chilenischen Volkes und bringt unsere Solidarität keinen schritt voran."

Wer sagte da eben – ihr seid doch selber schuld! ? ? ? ? ? ? ? ●

Ein Hamburger Genosse

Chile-Solidarität in Frankfurt



In der Nacht zum 10.9. wurde von Genossen des RK die Parole CHILE SOCIALISTA an den rund 100 m hohen Schornstein des Heizwerks der Frankfurter Uni gemalt.

In Frankfurt fand am 11. September, dem Jahrestag des chilenischen Putsches, eine Demonstration mit rund 1.500 Teilnehmern statt. Organisiert war diese Demonstration von einem Bündnis im wesentlichen reformistischer, antifaschistischer Organisationen und Gruppen; darunter auch der Kreisjugendausschuß des DGB und die DAG-Jugend. Die DKP war offiziell nicht mit dabei, sondern hatte sich daraug beschränkt, den MSB und die SDAJ vorzuschicken. Andererseits hatten auch der „Revolutionäre Kampf" und der KB zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen und dafür mobilisiert.

Wir hielten eine Beteiligung an dieser Demonstration unter revolutionären Parolen für richtig, weil wir der Auffassung waren, daß am 11. September in möglichst vielen Städten die Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes zum Ausdruck kommen sollte. Dabei hatten wir zunächst noch versucht, ein möglichst geschlossenes Vorgehen der revolutionären Linken in Frankfurt zu erreichen, was entweder durch eine zum Reformismus alternative Demonstration hätte geschehen können, zumindest aber durch eine eigene Kundgebung der revolutionären Organisationen neben der Kundgebung der Reformisten. Das ist indes am Verhalten aller anderen Organisationen gescheitert, die unserem Vorschlag entgegenhielten, daß sie sich auf die Mobilisierung für die „nationale Demonstration" am 14. September konzentrieren wollten und deswegen „nicht die Kraft" hätten, auch noch (!) für den 11. September etwas zu organisieren – abgesehen von kleineren Aktivitäten wie eine Theateraufführung und Kundgebung vor den Hoechster Chemiewerken (die nur für die Hoechst-Arbeiter gedacht war) usw.

Die Abschlußkundgebung auf dem Römerberg, auf der u.a. der Frankfurter Juso-Vorsitzende Armin Kleist und der Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „Metall", Jakob Moneta, sprachen, stand ganz im Zeichen eines bloß moralischen Protests gegen den faschistischen Terror in Chile. Da wurden keine Lehren aus der chilenischen Erfahrung für die westdeutsche Arbeiterklasse gezogen, sondern im wesentlichen der in Chile gescheiterte „friedliche Übergang" zum Sozialismus verteidigt.

Während der Demonstration wurden von einigen Genossen revolutionäre Parolen des chilenischen Widerstands an Häuserwände und Straßenbahnen gemalt, ohne daß die Polizei dies verhindern konnte.

Zu der vom „Koordinierungsausschuß der Chile-Komitees" (hauptsächlich von KBW und GIM getragen) aufgerufenen „nationalen Chile-Demonstration" am 14. September in Frankfurt versammelten sich rund 20.000 Menschen, die mit Bussen und Sonderzügen aus mehreren Orten herangefahren kamen (der KBW nannte in der KVZ 25.000, während am 14.9. selbst noch von 33.000 gesprochen wurde). Auf der Abschlußkundgebung sprachen neben einem Vertreter der Chile-Komitees noch je ein Vertreter des MIR und der MAPU sowie ein Genosse im Namen verschiedener ausländischer Organisationen. Unsere Organisation, die zu dieser Demonstration nicht mit aufgerufen hatte (siehe dazu unsere Auseinandersetzung in den letzten drei Ausgaben des ARBEITERKAMPF), versuchte hier vor allem über den Verkauf unserer Zeitungen und durch Flugblattverteilen eine Diskussion über die Aufgaben der Chile-Solidarität mit einzelnen Demonstrations-Teilnehmern zu führen.

Am 13. September hatten wir darüber hinaus noch eine eigene Diskussionsveranstaltung in Frankfurt durchgeführt, die allerdings selbst für den noch niedrig entfalteten Stand unserer Arbeit in Frankfurt nur sehr schlecht besucht war.

An der ganzen Chile-„Kampagne" sind so auch noch einmal die Mängel unserer bisherigen Arbeit in Frankfurt zu Tage getreten. Diese Mängel liegen nicht einfach darin, daß die Frankfurter Gruppe unserer Organisation immer noch eine relativ kleine Gruppe ist und somit über wenig „Gewicht" innerhalb der Frankfurter Linken verfügt (wo doch die allgemeine Mentalität in der revolutionären Bewegung in unserem Land gegenwärtig immer noch so ist, daß weniger die politische Linie als die quantitative Größe einer Gruppe ihre „Bedeutung" ausmacht ...). Vielmehr zeigten sich diese Mängel in einer ziemlich unterentwickelten Selbständigkeit unserer Politik in Frankfurt, in den politischen Schwächen unserer organisatorischen Arbeit in den Betrieben, in den Wohnvierteln, in den Schulen, der Universität usw. Dies wird nach den Erfahrungen der Chile-„Kampagne" (und ähnlichen Erfahrungen in der Vergangenheit, z.B. bei der antifaschistischen Aktion gegen den NPD-Aufmarsch am vergangenen 16. Juni) in unseren eigenen Reihen verstärkt diskutiert werden müssen.

Die Chile-Demonstration am 11. und 14. September waren übrigens die ersten wieder „erlaubten" linken Demonstrationen in Frankfurt, nachdem seit den Auseinandersetzungen um die Fahrpreiserhöhungen (Mai dieses Jahres) ein generelles Demonstrationsverbot gegen die Linken praktiziert wurde. ●

KB/Gruppe Frankfurt

CHILE-SOLIDARITÄT

Vorwärts mit der antifaschistischen Front in Chile!

Wir veröffentlichen hier zwei Erklärungen des chilenischen Widerstands. Dabei handelt es sich zum einen um die sogenannte „Budapester Erklärung" vom 26. August dieses Jahres, ein gemeinsamer Aufruf der Parteien der „Unidad Popular" (also der Regierungskoalition Allendes) zusammen mit der revolutionären Organisation MIR. Die zweite Erklärung stammt aus einem Bulletin des MIR.
Die beiden Erklärungen zeigen zum einen das Bestreben zur Vereinheitlichung des antifaschistischen Widerstands, zum anderen bestehende Meinungsverschiedenheiten (in der Erklärung des MIR) z.B. über das „Bündnis" mit der Christdemokratischen Partei.
Die beiden Erklärungen wurden von uns aus dem italienischen übersetzt nach „Lotta continua" vom 5. und 6. September.

„Budapester Erklärung" der UP-Parteien und des MIR vom 26.8.74

Wir, Vertreter der Sozialistischen, Radikalen und Kommunistischen Partei, der Christlichen Linken, des Mapu, des Mapu-Arbeiter und Bauern und der Bewegung der revolutionären Linken (MIR), die damit beauftragt sind, im Ausland die Solidarität mit Chile zu koordinieren, klagen vor der Weltmeinung an, daß die faschistische Militärjunta, die die Regierung in unserer Heimat an sich gerissen hat, den Terror und die Unterdrückung in unserem Land steigert – die einzigen Mittel, mit denen sie sich weiter an der Macht halten kann.

Die 15.000 neuen Gefangenen der letzten Wochen bekräftigen, daß die brutale Unterdrückung der bleibende Wesenszug des in Chile errichteten faschistischen Regimes ist.

Chile erlebt die schlimmste Zeit seiner Geschichte. Sein Gebiet ist verseucht von Konzentrationslagern, sein Volk ist der grausamsten Diktatur unterworfen.

Dennoch hat der Faschismus das Volk von Chile nicht brechen können. Er hat die Arbeiterklasse nicht unterwerfen können. Er hat es nicht geschafft, die revolutionären Organisationen auszulöschen.

Im Gegenteil! Das Volk Chiles steht nicht mit gekreuzten Armen da, sondern baut seine Kampforgane wieder auf. Immer mehr wird das gemeinsame Bestreben, die gemeinsame Aktion aller revolutionären, patriotischen und antifaschistischen Kräfte koordiniert. Man zeigt der Welt das historisch bedeutende Verdienst des Ausharrens der Führungen und Parteien der Linken auf nationalem Territorium, die aus tiefer und risikoreicher Illegalität die Volkskämpfe beflügeln, orientieren und organisieren.

Dieser Stand der Dinge und die wachsende heldenhafte Antwort des Volkes erbittern die Junta. Ihre völlige gesellschaftliche und politische Isolierung und ihre Unfähigkeit, den Widerstand zu zerschlagen, sind der Grund dafür, daß die Faschisten die Unterdrückung zu noch größerer Brutalität und Barbarei steigern.

In diesen letzten Tagen wurden Hunderte von Häusern durchsucht; Männer, Frauen und Kinder gequält und beschimpft. In vielen Fällen wurden Hinrichtungen gleich am Ort vorgenommen, an dem die Patrioten verhaftet wurden; die Folter ist das normale Mittel, mit dem die Junta ihre Opfer behandelt.

Die faschistischen Generäle haben ihre Absicht erklärt, die chilenischen Patrioten innerhalb zweier Jahre auszulöschen. Pinochet hat erklärt, daß „der Marxismus niemals mehr zurückkehren wird", und daß „im Land der innere Kriegszustand noch für mindestens zwei Jahre in Kraft bleiben wird".

Zum Mord und den physischen Foltern fügen die chilenischen Faschisten heute, in massenhafter Form, raffinierte psychische Foltern und widerliche Methoden des Betrugs, im aussichtslosen und verzweifelten Versuch, die Einheit der Volkskräfte zu untergraben.

In diesem Sinn haben die Anklagen gegen die politischen Parteien, sich gegenseitig zu denunzieren, einen teuflischen Charakter; die unanfechtbare Willkür der Schergen, Anklagen derselben Art gegen die Gefangenen zu formulieren. So passiert es z.B. während der Durchsuchungen in Fabriken und Wohngebieten, daß bekannte Führer an diese Stellen geschleppt werden und dann behauptet wird, sie seien die Denunzianten.

Wir wollen vor der Welt anklagen, daß die Faschisten gegenwärtig mit widerlicher Feigheit nicht nur die gewerkschaftlichen und politischen Führer einkerkern, sondern auch deren Frauen, Mütter und sogar deren kleine Kinder, um den Willen der Opfer zu brechen.

Diese teuflischen hitleristischen Methoden haben die chilenischen Werktätigen nicht betrogen und werden sie nicht betrügen, die sehr gut die revolutionäre Gradlinigkeit und Moral der Kämpfer des Volkes kennen.

Kurz vorm 1. Jahrestag des Sturzes der Unidad Popular-Regierung und der Ermordung des Präsidenten Allende vervielfachen sich in Chile die Manifestationen des Widerstands.

Die Antifaschistische Front entsteht und entwickelt sich in ganz Chile auf dem Boden des Kampfes, der Aktionseinheit aller Patrioten, die bereit sind, bis zur Vernichtung der Diktatur zu kämpfen, um eine neue Demokratie mit Volkscharakter zu errichten.

Die zunehmende Koordinierung und Einheit, seine heldenhaften Kämpfe gegen die faschistische Diktatur sind die Antwort des chilenischen Volkes auf die riesige Welle weltweiter Solidarität mit seiner Sache.

Diese Solidarität muß heute ein noch höheres Niveau erreichen. Die weltweite Mobilisierung konnte die Befreiung von Anselmo Sule, Präsident der Radikalen Partei, erreichen. Die weltweite Mobilisierung hat die vom Kriegsgericht zum Tode Verurteilten der chilenischen Luftstreitkräfte vor der Erschießung gerettet.

– Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die Befreiung aller politischen Gefangenen erreichen.
– Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die Befreiung von Luis Corvalan, Clodomiro Almeyda, Carlos Morales, Fernando Flores, Sergio Bitar, Bautista van Schouwen, Leopoldo Luna und der anderen Volksführer erreichen.
– Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die sofortige Befreiung der eingekerkerten Frauen erreichen.
– Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß den Mord an Gustavo Ruz, Jorge Montes, Arturo Villa Vela, Marcial Cortez Monroy und anderen verschleppten Führern verhindern, die die Faschisten im Stillen ermorden wollen.
– Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die Befreiung der Soldaten erreichen, die eingekerkert sind, weil sie loyal zur Regierung des Präsidenten Allende standen.
– Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß das Ende des „inneren Kriegszustands" und des Belagerungszustands erreichen.
– Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die Aufhebung der Kriegsgerichte erreichen.
– Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß verhindern, daß die Faschisten weitere Waffen erhalten.
– Das chilenische Volk hat sich dieser Solidarität durch seinen heldenhaften Widerstand gegen den Faschismus würdig gezeigt.

Gegen den Faschismus, Venceremos!
(Wir siegen)

Sozialistische Partei Chiles
Radikale Partei
Kommunistische Partei Chiles
Christliche Linke
MAPU-Partei
MAPU-Partei/Arbeiter und Bauern
Bewegung der revolutionären Linken

Budapest, 26. August 1974

CIA und Chile

Nach einem streng geheim („top secret") eingeordneten Bericht des CIA-Chefs William Colby hat der US-Geheimdienst für illegale Aktionen gegen die Unidad-Popular-Regierung Allendes ca. 2o Mill. DM umgerechnet für subversive Zwecke verwendet.
Geleitet und gebilligt wurden die CIA-Aktionen vom sogenannten „Vierziger-Komitee", dem US-Außenminister Kissinger schon vorstand, als er noch „Präsidentenberater für Sicherheitsfragen" war. Dieses Komitee wurde vom früheren US-Präsidenten John F. Kennedy eingerichtet, um die CIA-Wühlwarbeit nach der fehlgeschlagenen „Schweinebucht-Aktion" gegen die kubanische Revolution zu verbessern.

Der Bericht bestätigt noch einmal aus berufenstem Munde, was die Enthüllungen des Journalisten Anderson schon vor mehr als zwei Jahren ans Tageslicht gebracht haben: Daß der CIA US-Konzern ITT) schon die Bestätigung der Wahl Allendes durch den chilenischen Kongreß im Oktober 1970 durch Finanzierung des Terrors faschistischer Gruppen, Abgeordnetenbestechnung usw. zu hintertreiben versucht hatte.(„ITT-Dokumente"). Neu hinzu kommen offizielle Aussagen über die Wühlarbeit des CIA schon mehrere Jahre vor Allendes Wahl 197o und in den Jahren 1971, 1972 und 1973. Diese Wühlarbeit hat dann zum endgültigen Sturz der Unidad-Popular-Regierung und der faschistischen Terror-Junta geführt.

Die Aussagen Colbys legen natürlich nur einen kleinen Zipfel des Umfanges dieser Wühlarbeit offen. Doch auch diese Angaben sind nicht uninteressant, bestätigen sie doch ganz klar, wie richtig die Analysen der antiimperialistischen linken und kommunistischen Presse über das verbrecherische Wirken des US-Imperialismus und besonders seines Geheimdienstes CIA sind.

Schon 1964 bei Allendes erster fehlgeschlagener Präsidentenkandidatur gegen den Christdemokraten Frei war der CIA hinter den Kulissen mit von der Partei. Aufgrund der Aussagen Colbys berichtete die „New-York Times" Anfang September im einzelnen:

Bereits 1970 seien über 1 Million DM vom Kissinger-Komitee dem CIA zur Verfügung gestellt worden, damit er in den Wahlkampf „eingreife".

Die gleiche Summe sei schon 1968 zur Vorbereitung des Wahlkampfes gezahlt worden.

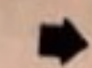
Nach der Wahl Allendes und vor seiner Ernennung durch den Kongreß seien nochmals knapp 1 Million zur Bestechung von Abgeordneten usw. ausgegeben worden.

Für sogenannte „Entstabilisierungsunternehmen" seien in den Jahren 1971, 1972 und 1973 vom Komitee 12 Millionen DM bewilligt worden. (Zur Finanzierung faschistischer Gruppen, Versorgungs„streiks" der Unternehmer, für Sabotage- und Terroraktionen, Falschgeldeinschleusung zur Anheizung der Inflation und Zerrüttung der chilenischen Währung, Subventionierung rechtsradikaler Rundfunksender und Zeitungen usw.)

Bei den Kommunalwahlen von 1973 habe der CIA noch einmal 3,5 Mill. extra erhalten.

– Kurz vor dem Putsch waren im August 1973 2,5 Mill. bewilligt worden.

Colby berichtete von einer Summe von insgesamt 20 Mill. DM. Auch wenn man berücksichtigt, daß diese Summe nur ein Bruchteil der tatsächliche aufgewendeten Beträge ist, da in aller Regel bei Aussagen vor parlamentarischen „Untersuchungsausschüssen" gelogen wird, was gute Holzbalken halten, ist dies eine recht hohe Summe. Denn der „New-York-Times" zufolge sind die Dollar auf dem schwarzen illegalen Devisenmarkt in chilenische Escudos umgetauscht worden, so daß dem CIA in Wirklichkeit nicht 20 Mio. DM, sondern das achtfache (!), also über 150 Mio. DM zur Verfügung standen. (Neben den Geldsummen berichtete Colby über weitere Aktionen auf Veranlassung des CIA wie die Wirtschaftsboykott-Politik, Nichteinhaltung von



Die Situation in Chile und die Aufgaben des Widerstands (aus einem Bulletin des MIR)

Die Gorilla-Diktatur in Chile ist seit kaum einem Jahr an der Macht, und schon macht sich unter den Gorillas Furcht vor dem Zusammenbruch und Angst breit – angesichts des immer offensichtlicheren Mißerfolgs ihrer Politik der Super-Ausbeutung, der Unterdrückung und des Terrors gegen die Arbeiterklasse und das Volk; eine Politik im Dienste einer Minderheit von Großkapitalisten und des nordamerikanischen Kapitals.

Die Gorilla-Tyrannei hat das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise gestürzt, die erbarmungslos die Sektoren des Volkes und der mittleren Bourgeoisie in der Bevölkerung mit der zügellosesten Inflation trifft, die Chile je erlebt hat. In den letzten Monaten hat die Preissteigerung bei dringenden Bedarfsgütern 1900% erreicht.

Die reale Kaufkraft der Werktätigen verringerte sich allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres um mehr als 40% gegenüber dem, was sie ein Jahr zuvor nach offiziellen Angaben erhalten hatten (... Diese und folgende Kürzungen sind im Text von „Lotta Continua" – Anm. AK).

Der Haß gegen die Diktatur hat nicht nur tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse, sondern entwickelt sich auch in jenen sozialen Sektoren, die bis vor wenigen Monaten die Junta unterstützt und bejubelt hatten. (...)

Die Unzufriedenheit mit der Politik der Diktatur, die zuerst in der mittleren und kleinen Handels- und Industriebourgeoisie entstand, weitet sich jetzt aus auf Sektoren der technologisch rückständigeren Großindustrie, die traditionell auf die Produktion von Gütern für den Volkskonsum auf dem inneren Markt ausgerichtet war. Diese Sektoren sind in einer Krise, seit die Inflation sogar sie trifft, indem sie die Produktionskosten erhöht und vor allem den inneren Markt auf ein Minimum einschränkt, in einem Moment, wo die Politik der Regierung, die auf die Aufhebung des Protektionismus gerichtet ist, diesen Sektor wehrlos läßt gegenüber der gefräßigen Konkurrenz der großen nationalen und ausländischen Monopole.

Den Putsch-Militärs ist praktisch keine andere Basis als eine Minderheit von Großkapitalisten und die Anwendung von Terror und bewaffneter Unterdrückung geblieben. Noch nie zuvor gab es in Chile eine so breite gesellschaftliche Kraft wie die, die sich heute der faschistischen Militärjunta entgegenstellt.

Die Aufgabe des Moments ist, diese noch zersplitterte soziale Kraft zu verwandeln in eine große politische Bewegung der Arbeiterklasse, aller Werktätigen und des Kleinbürgertums, die unter der revolutionären Führung des Proletariats diese Millionen von Kämpfern vereinigt im Widerstandskampf und im Zusammenstoß mit der Gorilla-Diktatur.

Wenn auch die Diktatur nicht in der Lage war, die Linke und die revolutionären chilenischen Organisationen zu zerschlagen, die in der Illegalität die Avantgarde einer breiten Widerstandsbewegung organisieren, so ist doch die Konsolidierung und Entwicklung dieses Prozesses nicht leicht und könnte durch die harte Repression gegen alle, die für die Freiheit kämpfen, verlangsamt werden.

Die Entwicklung und Vereinheitlichung der Widerstandsbewegung wird auch von schädlichen und unfruchtbaren Illusionen einiger Teile der traditionellen chilenischen Linken verzögert, die das Bündnis mit Sektoren der Bourgeoisie suchen, wie der christdemokratischen Strömung von Frei (Führer der christdemokratischen Partei, unterstützte den faschistischen Putsch – Anm. AK), die auch wenn sie in Widerspruch zur Diktatur stehen, deshalb nicht aufhören, sich – versteckt hinter einem doppelzüngigen und demagogischen Verhalten – jeder Art von Fortschritt und Stärkung der revolutionären Bewegung der Werktätigen zu widersetzen.

Die zunehmende Entwicklung von Komitees der Bewegung des Volkswiderstands während der letzten Monate zeigt, daß die Arbeiterklasse und die chileni- Volksmassen trotz der erhaltenen blutigen Schläge eine Kampfentschlossenheit behalten, die sie als einen Grundpfeiler des Kriegs gegen die Gorilla-Diktatur zusammenschließt.

Am letzten 1. Mai konnten wir Kämpfer des Movimente de Izquierda Revolucionaria (MIR) das Bewußtsein der der Zuversicht und Kampfentschlossenheit, mit der die Werktätigen unsere Propaganda aufnahmen.

Die Wandparolen und illegal verteilten Flugblätter, sowohl von unserer Partei wie von den Widerstandskomitees, kamen überall hin und riefen die Arbeiterklasse auf zu einem entschlossenen Kampf gegen die Diktatur, zur Organisierung einer unmittelbaren Mobilisierung für die Erhöhung der Löhne und zur Vervielfachung und Stärkung der Widerstandskomitees.

Angesichts dieser inneren Situation, die hervorgerufen ist von den Folgen der Wirtschaftskrise für die Arbeiterklasse, angesichts einer entschlossenen Ablehnung der Diktatur durch die Massen; angesichts einer immer ungewisseren internationalen Situation – beginnen sich innerhalb der herrschenden Klasse Panik, Verwirrung und Widersprüche bemerkbar zu machen.

Das ökonomische Modell der Diktatur und die „soziale Marktwirtschaft" bricht unter dem Druck der fürchterlichen weltweiten Inflation zusammen, so daß heute sogar die „konservativsten" Sektoren in den Seiten des „Mercurio" (großbürgerliche Zeitung, die den rechten Christdemokraten nahesteht und nach dem Putsch als einzige Zeitung nicht verboten wurde – Anm.AK) und in amtlichen Reden jene Bourgeois' hart angreifen, die eine Revision des ökonomischen Modells, die Wiederherstellung der Kontrollmechanismen für die Preise und die Aufrechterhaltung von Schutzzöllen wünschen, ohne die ein guter Teil der nationalen Industrie zum Untergang verurteilt ist.

Dieser Kampf zwischen verschiedenen bürgerlichen Sektoren und sogar innerhalb des Regierungsapparats verschärft sich Tag für Tag. Von seinem Ergebnis hängen die Möglichkeiten der Diktatur ab, für kürzere oder längere Zeit den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen aufzuhalten.

Zu den wirtschaftlichen Problemen kommt die Tatsache, daß praktisch kein Land, nicht einmal die USA, bereit ist, Kredite zu gewähren (? ? – Anm. AK), und daß nicht einmal die Privataktionäre daran interessiert sind, in einem Lande zu investieren, in dem die Brutalität und Blindheit der Diktatur eine scharfe politische Krise und unkontrollierbare Inflationsraten ankündigt.

Im Übrigen wird die internationale Stellung der chilenischen Gorilla-Diktatur von Tag zu Tag unhaltbarer – in dem Maß, wie in der Welt mit mehr Belegen die bestialischen Verbrechen und das Ausmaß der Unterdrückung durch die Diktatur bekannt werden, und in dem Maß, wie diese Realität nicht nur von den Revolutionären oder von der Linken bestätigt wird, sondern auch von „unverdächtigen" und reaktionären ausländischen Journalisten und Beobachtern.

In Lateinamerika hat die Gorilla-Diktatur nur zum brasilianischen Subimperialismus und zum Chef aller Gorillas, General Stroessner (Militärdiktator in Paraguay – Anm. AK) gute Beziehungen, während die Beziehungen zu Venezuela, Kolumbien, Peru und verschiedenen anderen Ländern sich ständig verschlechtern.



Gleichzeitig wird die internationale Bewegung zur Ablehnung der Junta immer breiter sowohl auf Massenebene, als auch was die Positionen der Regierungen angeht (...)

In diesem Zusammenhang entstand und entwickelte sich eine breite Bewegung des Volkswiderstands, deren organisatorisch höchster Ausdruck von den Widerstandskomitees dargestellt wird – Massen-Organe, um die Diktatur zu bekämpfen. Aber die Entwicklung des Widerstands des Proletariats und des Volks steht heute zwei Hindernissen gegenüber, die unbedingt überwunden werden müssen. Es bestehen alte sektiererische Erscheinungen in einigen Teilen der traditionellen Linken weiter, die die Bildung der Politischen Front und der Widerstandsbewegung verzögert haben. Die Politische Front ist angesichts der Entwicklung der Widerstandsbewegung an der Basis eine unverzichtbare Notwendigkeit, da sie die notwendige Basis für das Wachsen der Widerstandsbewegung insgesamt ist.

Andererseits gibt es einige, die immer noch hoffen, daß die Folgen der Wirtschaftskrise und die Verschärfung der innerbürgerlichen Widersprüche die Arbeiterklasse und Chile von der Diktatur befreien könnten, und die hoffnungsvoll auf den Ausgang dieser Schlacht warten, um sich dann mit dem „fortschrittlicheren" Sektor verbünden zu können.

Sie beharren auf der gescheiterten reformistischen Strategie und Taktik, indem sie versuchen, ein Bündnis mit der gesamten Christdemokratie herzustellen, statt zu versuchen, es mit deren fortschrittlichsten Sektoren zu verwirklichen.

In einem solchen Bündnis mit der gesamten Christdemokratie würde das Proletariat der Politik jenes bürgerlichen Sektors untergeordnet, und die Entwicklung einer eigenen revolutionären, selbständigen und unabhängigen Politik würde geopfert.

Der Kampf gegen die Diktatur, die Stärkung der Widerstandsbewegung des Volkes, die Herstellung der Politischen Front, die Vervielfachung und Entwicklung der Widerstandskomitees und der legalen und halblegalen Organisationen für den Widerstand, erfordern die Aktionseinheit um eine Plattform für den Kampf, um taktische Abkommen für den Kampf und für die Organisierung zwischen der revolutionären Linken, der traditionellen Linken und einigen Sektoren der Christdemokratie, die mit dem reaktionären faschistischen Flügel gebrochen haben und die, vor allem in der Praxis, bewußtes Bemühen gegen die Gorillas gezeigt haben, und darüber hinaus mit anderen revolutionären Christen.

Die Aktionseinheit darf jedoch die unabhängige Politik des chilenischen Proletariats weder ver- noch behindern. Wir sind sicher, daß die Hindernisse, vor denen heute das Proletariat im Prozeß des Zusammenschlusses der Widerstandskräfte steht, in kurzer Zeit überwunden werden können.

Es wird Zeit, sich klarzumachen, daß jeder Tag Verzögerung in der Überwindung dieser Hindernisse mit menschlichen Leben, Morden, Foltern, Verhaftungen, Arbeitslosigkeit, Hunger und Not zu bezahlen ist. Nur nach der Überwindung dieser Hindernisse können das Proletariat und die chilenischen Volksmassen ihren Kampf mit größerer Zuversicht in den eigenen Sieg fortsetzen und die Führung in der Widerstandsbewegung erobern.

Movimento de Izquerda Revolucionaria (MIR)

CHILE-SOLIDARITÄT

Forts. CIA und Chile

Kreditzusagen, Beschlagnahme chilenischer Konten im Ausland usw.)

Das US-Nachrichtenmagazin „Time" berichtete Mitte September des weiteren, **daß größere Teile dieser CIA-Gelder nach Santiago durch die „Vermittlung christdemokratischer Parteien in Europa" eingeschleust wurden. Das bezieht sich vor allem auf die CDU/CSU, die an der Gründung und Ausrichtung der chilenischen Christdemokratie nach eigenen Angaben direkten Anteil hatte. An den Händen von Strauß, Kohl, Dregger usw. klebt indirekt also ebenso das Blut der chilenischen Arbeiterklasse wie direkt an denen der faschistischen Generäle in Chile selbst.**



Colbys Bericht kam ans Tageslicht durch einen Brief des Abgeordneten Harrington der demokratischen Partei, der seit längerem die Politik der (derzeitig republikanischen) US-Regierung und insbesondere des CIA kritisiert. In diesem der Presse zugespielten Brief wurde über die Aussagen Colbys im April 1974 vor einem Senatsausschuß berichtet. Damit ist die US-Regierung wieder einmal zahlreicher Lügen überführt, die sie bisher offiziell über ihr Verhältnis zur Allende-Regierung verbreitet hatte. Einige Beispiele für diese Lügen:

- Im Februar 1973 erklärte der damalige CIA-Chef Helms vor einer geheimen Sitzung des außenpolitischen US-Senatsunterausschusses unter Eid, daß alle Berichte über Verwicklungen des CIA in Chile völlig falsch seien. (Zur gleichen Zeit liefen die Vorbereitungen des Putsches auf Hochtouren!)

Einige Erklärungen gleich nach dem Putsch:

- Der frühere US-Botschafter in Chile, E. Korry:
  „Die USA haben nie versucht, ein einziges chilenisches Parlamentsmitglied unter Druck zu setzen, zu beeinflussen oder zu untergraben."
- Der frühere Chef der Abteilung „Lateinamerika" des US-Außenministeriums, Charles Meyer:
  „Wir haben keine Stimmen gekauft, keine Kandidaten finanziert, keinen Putsch propagiert."
- Harry Shlauderman, Chef der „interamerikanischen" Abteilung des US-Außenministeriums:
  „Wir hatten nichts mit der politischen Destabilisierung in Chile zu tun."
- Und Kissinger selbst behauptete im September 1973 vor dem US-Senatsausschuß für Außenpolitik:
  „Der CIA hatte nach meinem besten Wissen und Glauben nichts mit dem Putsch zu tun."

Dabei kontrollierte und billigte Kissinger über das „Vierziger-Komitee" nicht nur die unmittelbaren CIA-Einsätze in Chile selbst, sondern hatte nach Allendes Wahl 1970 persönlich die Leitung und Überwachung des weltweiten Wirtschaftsboykotts gegen Chile übernommen. („FAZ" vom 16.9.74)

Nachdem durch die Aussagen Colbys die US-Regierung der systematischen Lügen nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern sogar der eigenen Parlamentsausschüsse überführt worden war, unternahmen Kissinger und Ford Rechtfertigungsversuche, die eine einmalig offen ausgesprochene Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker darstellen.

So erklärte Kissinger zynisch, die USA habe durch das Eingreifen des CIA die Opposition gegen Allende stützen wollen, *„um zur Bewahrung der Demokratie beizutragen"*. Ford befürwortete auf seiner zweiten Pressekonferenz den CIA-Chile-Einsatz mit folgenden Worten: *„Die Aktivität des CIA in Chile ist die Antwort auf Bemühen Allendes gewesen, oppositionelle Massenmedien, sowohl die geschriebene Presse als auch die elektronische Presse (Rundfunksender) zu zerstören und oppositionelle politische Parteien zu zerstören... Es ist darum gegangen, bei der Erhaltung der Oppositionspresse und der Oppositionsparteien mitzuhelfen. Ich denke, daß das im besten Interesse der Menschen in Chile ist und sicherlich auch in unserem besten Interesse."*

Angesichts der Tatsache, daß Allende (leider!) ständig auf dem „friedlichen", „demokratischen" Übergang zum Sozialismus unter Wahrung der vollen Rechte der Opposition (und damit der faschistischen Konterrevolution) bestanden hat und bis zuletzt noch nicht einmal gegen den Terror der offen faschistischen Organisationen und ihrer Hetzblätter vorgegangen ist, die Junta dann alle demokratischen Rechte in einem Blutbad ertränkt hat, angesichts dieser Tatsachen sind die Erklärungen Fords und Kissingers („Friedensnobelpreisträger" übrigens) nackter Zynismus.

Ford weiter: *„Es ist eine anerkannte Tatsache, daß in der Geschichte und Gegenwart solche Aktionen* (des CIA) *im besten Interesse der betroffenen Länder unternommen wurden und werden...* ***Auch in Zukunft müssen geheime Operationen des CIA möglich sein".***

Damit erklärt Ford die Wühlarbeit des CIA, die zur Errichtung zahlreicher faschistischer Regimes in vom Imperialismus abhängigen Ländern geführt hat, nicht nur zum Bestandteil der US-Politik, sondern auch noch als Dienst „zum Besten des jeweiligen Landes".

CIA-Chef Colby erläuterte die weitere Strategie seiner Organisation in Zukunft am Beispiel der seinen Angaben nach *„bisher erfolgreichsten geheimen CIA-Operation"*, dem Eingreifen in Laos: *„Die USA haben es als wichtig angesehen, daß ein Land gegenüber den USA seine freundschaftliche Haltung beibehalte und nicht von feindlichen Kräften übernommen werde. An Stelle des Einsatzes militärischer Stärke der USA und ungeheuren Anstrengungen versuche der CIA, einige Schlüssel-Personen und einige politische Schlüsselgruppen zu beeinflussen."* Dabei hätte *„die Operation in Laos beträchtliche Summen gekostet, war jedoch billig im Vergleich mit anderen Möglichkeiten des Einsatzes."*

Damit erklären die US-Imperialisten offiziell, daß sie mit allen Mitteln zu verhindern versuchen werden, daß es in irgendeinem Land im Einflußbereich des kapitalistischen Westen zu einer ihnen nicht genehmen Entwicklung kommt. **Wer jetzt noch als Kommunist die Arbeiterklasse auf einen wie auch immer gearteten „friedlichen" oder „parlamentarischen" Weg zum Sozialismus orientieren will, ist bestenfalls ein Ignorant, der sich indirekt zum Helfershelfer der faschistischen Konterrevolution macht.** ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Deutsche Chile-Kolonie,

Helfershelfer der Faschisten

Der Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Chile, Helmut Frenz, hatte sich nach dem Militärputsch als Leiter des Flüchtlingskomitees der Kirchen und anderer Organisationen für die unter der Allende-Regierung in Chile lebenden politischen Flüchtlinge aus ganz Lateinamerika eingesetzt. Unter Frenz' Leitung gelang es dem Komitee bis zur Beendigung seiner Arbeit Anfang dieses Jahres, rund 5.000 dieser Flüchtlinge zur Ausreise in verschiedene Länder zu verhelfen und sie damit aus den faschistischen Folterkammern Pinochets zu befreien.

Damit zog sich Frenz die Feindschaft der 25.000 Mitglieder seiner Kirche zu, die sich vor allem aus deutschen Großgrundbesitzern und Industriellen zusammensetzt. Diese christlichen Herren hätten lieber ein Blutbad an den politisch Verfolgten gesehen, denen Allende Asyl gewährt hatte und warfen Frenz „Unterstützung von Marxisten" vor, die sie nicht billigten.

Gleichzeitig wollen diese sauberen Christen verhindern, daß Frenz weiter als ein Präsident des kirchlichen „Friedenskomitees" politisch verfolgten Chilenen und deren Angehörige juristisch und sozial zu unterstützen versucht.

Hunderte von deutschstämmigen Lutheranern haben Frenz deshalb in den letzten Wochen in Zeitungsanzeigen in der faschistischen Juntapresse zum Rücktritt und zur Rückkehr nach Westdeutschland aufgefordert. Mit Unterstützung der Junta-Generäle durften – das ansonsten bestehende Versammlungsverbot hob der Innenminister eigens dafür auf – die faschistischen Lutheraner im September sich in Santiago einen „Kirchenvorstand" wählen, der nur aus erklärten Gegnern Frenz' bestand. ●

Äthiopien

Kaiser abgesetzt – jetzt: Weg mit der Militärdiktatur

Am 12. September wurde der Kaiser von Äthiopien, Haile Selassie, von den Militärs für abgesetzt erklärt und festgenommen. Dieser mittelalterliche Potentat, in dessen Land Hunderttausende allein im letzten Jahr an Hunger starben, und der ein Vermögen von gut 10 Mrd. Dollar sein eigen nannte, lebt jetzt in einer Hütte im Bereich einer Kaserne.

Etappen dieser Entwicklung waren:

- am 22. Februar beginnende Demonstrationen und Streiks von Studenten und Teilen der Werktätigen;





- am 26. Februar die Revolte der in Eritrea stationierten 2. Division des Heeres (in Eritrea operiert seit Jahren eine nationale Befreiungsbewegung), die sich zu einer Revolte im gesamten äthiopischen Militär ausweitete;
- die darauf folgende Bildung der Regierung Makkonen, die großzügige Versprechungen auf Lohnerhöhungen, Bodenreform etc. abgab;
- die Verhaftung zahlreicher Politiker, schließlich auch die Absetzung und Verhaftung von Makkonen und am 22. Juli die Ernennung von Imru zum neuen Ministerpräsidenten.

Nächstes Ziel war der Kaiser selbst. Sein Sturz wurde politisch-ideologisch u.a. durch die Enthüllung vorbereitet, daß er ein Privatvermögen von gut 10 Mrd. Dollar (auf ausländischen Banken) besitzt. Plakate zeigten auf der einen Seite einen vor Hunger verreckenden äthiopischen Bauern, auf der anderen Seite war der Kaiser beim Füttern seiner ‚kostbaren' Hunde mit großen Fleischbrokken zu sehen.

Der Sturz von Haile Selassie war besiegelt, als am äthiopischen Neujahrsfest (11. September) Patriarch Teowophlos (Chef der einflußreichen äthiopischen Staatskirche) die üblichen schleimerischen Sprüche auf den Kaiser ganz „vergaß" und stattdessen „Gottes Segen" auf „die große revolutionäre Bewegung, die von den Streitkräften geführt und vom Volk unterstützt wird", herabwünschte.

Die führenden Militärs sehen allerdings ihre Aufgabe nicht nur darin, das mittelalterlich-rückständige Gesellschaftssystem Äthiopiens umzuwandeln in einen ‚modernen' kapitalistischen Staat (die Hauptparole der Militärs heißt: „Äthiopien über alles"), sondern auch in der Unterdrückung jener Teile der Arbeiterklasse und der Intelligenz (Studenten u.a.), die die versprochenen Reformen – Bodenreform, Reform des Gesundheitswesens, Justizreform, Kampf gegen das Analphabetentum – einlösen und die Entwicklung in eine konsequent demokratische Richtung vorantreiben wollen.

So hat das Militärregime generell Demonstrationen und Streiks verboten – auch wenn es zeitweise die ihm genehmen Demonstrationen gegen den Kaiser trotzdem zuließ.

Dagegen setzen sich die Gewerkschaften ein für eine „Volksrepublik", für die Abschaffung der Monarchie (die Militärs haben einen kränklichen Sohn von Haile Selassie zum Marionetten-„Kaiser" ernannt), sofortige Versammlungs-, Vereinigungs-, Demonstrations- und Streikfreiheit.

Am 24. September wurden der Präsident und der Generalsekretär des äthiopischen Gewerkschaftsbundes CELU von den Militärs verhaftet. Die CELU rief daraufhin zum Generalstreik auf. Dieser wurde aber, falls die Berichte der bürgerlichen Presse zutreffen, ***„kaum befolgt"*** („FR" vom 26.9.). Eine Rolle dürfte dabei sicher spielen, daß die Gewerkschaftsführer unter dem (möglicherweise sogar durchaus zutreffenden!) Vorwand verhaftet wurden, *„eng mit dem alten Regime unter Kaiser Haile Selassie zusammengearbeitet zu haben"*. („FR"). Offensichtlich ist der Kredit dieser Gewerkschaftsführer in der Arbeiterklasse so gering, und andererseits das Vertrauen in die „Fortschrittlichkeit" der Militärs so groß, daß dieser Angriff auf die organisierte Arbeiterbewegung (denn darum handelt es sich in jedem Fall!) weitgehend widerstandslos hingenommen wurde.

Eine entscheidende Rolle spielt bei den Ereignissen in Äthiopien der US-Imperialismus. Er unterhält in Äthiopien einen Militärstützpunkt, der von großer strategischer Bedeutung für die militärische Präsenz in dieser Region (Rotes Meer) ist, und dessen Bedeutung nach der bevorstehenden Wiedereröffnung des Suez-Kanals, zweifellos noch steigen wird. Äthiopien hat seit langem ‚Militärhilfe' vom US-Imperialismus (und aus Israel) erhalten, diese ‚Militärhilfe' wurde im August (also nach dem Machtantritt der Militärs im Juli) noch beträchtlich erhöht. Im Übrigen ist der „starke Mann" der Militärs, General Andom, eng mit dem US-Imperialismus verbunden – wie auch sein Beiname „Held von Korea" (er hatte im Korea-Krieg auf Seiten der US-Aggressoren gekämpft), den ihm seine Speichellecker gegeben haben, signalisiert. Daneben gibt es jedoch offenbar – vergleichbar der Lage in Portugal – unter den Militärs, vor allem unter Soldaten und Unteroffizieren, wirkliche demokratische Bestrebungen. ●

Island:

Statt „Fischereikrieg" jetzt „ausgewogene Lösung" ?

1972, also vor gut zwei Jahren, dehnte Island den Hoheitsbereich seiner Gewässer von 12 auf 50 Seemeilen aus, um der drohenden Abfischung, vor allem des Kabeljaus, einen Riegel vorzuschieben.

Die Fischerei ist für Islands Bevölkerung eine Existenzfrage – die Wirtschaft ist zu ca. 80 % vom Fischfang bestimmt. Insbesondere Großbritannien und die BRD bestreiten durch Fänge vor Island einen nicht unbedeutenden Teil ihres Fischbedarfs.

Daher versuchten schon damals und während der letzten zwei Jahre die westdeutschen und britischen Fischereikapitalisten gegen diese Entscheidung des isländischen Parlaments zu intervenieren: durch Einschalten des „Internationalen Gerichtshofs" in Den Haag und gezielte Provokationen vor Islands Küste, indem konzentriert Fischfangflotten dort eingesetzt wurden. Die Isländer reagierten darauf mit dem Einsatz ihrer wenigen kleinen Küstenschutzboote, die den Raubbau an den Fischbeständen durch die großen ausländischen Trawler nach Möglichkeit einschränken sollten, z.B. durch Kappen der Fangnetze (siehe auch den ausführlichen Bericht in AK 23).

Vor kurzem fällte in Den Haag der „Internationale Gerichtshof" nach mehreren Zwischenurteilen ein endgültiges Urteil.

Die Haager „Weltrichter" fordern Island auf, „in gutem Vertrauen" mit den Klägern Großbritannien und BRD eine „ausgewogene Lösung" zu finden („NZ" vom 26.7.74). Gleichzeitig wird Island das Recht abgesprochen, seine Hoheitsgewässer von 12 auf 50 Meilen auszudehnen und diese gegen den Raubbau der westdeutschen und britischen Konzernflotten zu schützen.

Der Verband der deutschen Hochseefischerei hat den Spruch mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Verständlich – denn damit sind deren Profitinteressen „höchstrichterlich" legitimiert. Woher allerdings soll die isländische Bevölkerung das „gute Vertrauen" gegenüber den Fischkapitalisten nehmen, die nach wie vor ohne Rücksicht auf die Existenzgrundlage Islands die Fischbestände ausplündern? Betrachtet man dazu noch die schwache Verhandlungsposition des kleinen Island gegenüber den EG-Imperialisten Großbritannien und BRD, so mutet das Haager Urteil reichlich zynisch an.

Zuckerbrot und Peitsche

Als Island seine Territorialgewässer ausweitete, war damit ein Schritt zu größerer wirtschaftlicher Eigenständigkeit getan, da Island so über seine Fischbestände selbst verfügen konnte bzw. wollte. Dieser Schritt fand bei den EG-Kapitalisten natürlich keine Gegenliebe. Handfeste Drohungen wurden ausgesprochen, wie erst vor kurzem durch Dänemark anläßlich der Absicht Islands, die 200-Seemeilen-Grenze einzuführen. Dänemark droht nun mit Gegenmaßnahmen der EG, aus denen der „größte Fischereikrieg" entstehen könnte.

Und das Zuckerbrot? Island werden niedrige Einfuhrzölle im EG-Rahmen und bereits fertig vorliegende Verträge über Absatzmöglichkeiten für Fisch in der BRD angeboten. Diese Strategie zielt auf eine Bindung Islands an den europäischen Markt.

Inzwischen sieht es so aus, daß die EG-Kapitalisten damit Erfolg zu haben scheinen. Die neue Regierung unter Führung der Konservativen steht den EG-Plänen entschieden „aufgeschlossener" gegenüber als die alte, von den Linken gebildete Regierung. Das wird anhand des Programms der neuen Regierung deutlich, in dem es heißt, Island werde den USA gestatten, ihren strategisch wichtigen Stützpunkt Keflavik auf der Insel beizubehalten. (Die alte Regierung hatte demgegenüber gezielt die Diskussion über die Kündigung dieses Stützpunktes aufgenommen.) Die Konservativen wollten zwar die Hoheitsgewässer auf 200 sm ausdehnen, wobei aber die Fangrechte für Großbritannien und BRD noch völlig offen sind, d.h. daß hier für die EG günstige Entscheidungen zu erwarten sind. Abschließend bleibt festzustellen, daß die Eigenständigkeitsbestrebungen im isländischen Volk durch die „Kooperationsbereitschaft" der konservativen Regierung mit den EG-Kapitalisten einen ernsten Rückschlag erhalten haben. ●

Auffangzelle
KB / Gruppe Bremerhaven

Forts. Mittelmeer/ Nato

Tatsächlich geht es darum, unter dem Vorwand einer angeblichen „Schwächung der NATO" (durch den griechischen „Austritt") die Positionen der NATO im Mittelmeer insgesamt zu s t ä r k e n und auszubauen, Südeuropa noch e n g e r mit einem Netz von militärischen Stützpunkten zu überziehen.

Dabei scheint sich allerdings i n n e r h a l b der NATO das Gewicht zugunsten der EG-Imperialisten, vor allem des deutschen und französischen Imperialismus, zu verschieben.

Griechenlands Außenminister Mavros besuchte am 5./6. September Paris, am 9./1o. September Bonn, und danach war er bei der EG-Spitze in Brüssel. In Paris sagte Mavros u.a. *„Die Anwesenheit Europas in der Welt ist unerläßlich und sein Schicksal kann nicht von Moskau und Washington gestaltet werden", „Wir gehören zu Europa und sind für die europäische Integration".* In Bonn sagte Mavros u.a.: Griechenland *„habe die Absicht, an der Geltendmachung europäischer Interessen im Mittelmeerraum gegenüber den beiden Supermächten mitzuwirken"* (zit. nach „FAZ" vom 11.9.74).

Diese Äußerungen zeigen sehr deutlich, in welcher Weise die Karamanlis-Regierung die „europäische Karte" auszuspielen beabsichtigt.

Diese Politik wurde von bürgerlichen Kommentatoren als eine Art von „Gaullismus" bezeichnet (auch Frankreich ist ja aus der militärischen Integration der Nato ausgeschieden). Karamanlis hat im übrigen sein langjähriges 'Exil' gerade in Paris verbracht, die Beziehungen der neuen Regierung zur französischen Bourgeoisie sind relativ eng. Frankreich hat sich im Zypern-Konflikt klar auf die Seite Griechenlands gestellt – während sich die westdeutsche Regierung betont„neutral"verhält (mit Blick auf die seit Kaiser Wilhelm „traditionell guten deutsch-türkischen Beziehungen"); der türkische Ministerpräsident hat sich in einer persönlichen Botschaft an Kanzler Schmidt für diese **„ausgewogene Haltung"** (keine Verurteilung der türkischen Invasion!) bedankt (lt. „FAZ" vom 4.9.1974).

Die französische Regierung hat gleich erklärt, daß sie die Waffenlieferungen an Griechenland beschleunigen will: u. a. 50 Mirage-Düsenjäger, 100 Panzer, Schnellboote – Rüstungsaufträge für insgesamt 1,5 Mrd. Franc (etwa 700 Mio. Mark)!

Diese Tatsachen zeigen schon, daß keineswegs die Entfernung Griechenlands aus der „westlichen Verteidigungsgemeinschaft" ansteht, sondern in gewisser Weise sogar eine noch stärkere Bindung an diese. Dies wird u.a. auch daran deutlich, daß Griechenland im Oktober erstmals seit 1967 (!) wieder an einer Tagung des NATO-Parlaments" (in London) teilnehmen wird.

Auf Bitten der griechischen Regierung hin hat die Tagung der EG-Aussenminister am 17. September Grünes Licht für die Wiederannäherung an die EG gegeben. Griechenland hat

Auf Bitten der griechischen Regierung hin hat die Tagung der EG-Aussenminister am 17. September Grünes Licht für die Wiederannäherung an die EG gegeben. Griechenland hat

seit 1961 ein Assoziierungsabkommen mit der EG (EWG), dies wurde aber nach dem faschistischen Putsch „eingefroren". „Eingefroren" wurde damit auch eine nicht voll ausgezahlte Finanzhilfe von 14o Mio. Mark, die nun wahrscheinlich der Karamanlis-Regierung zur Verfügung stehen wird.

Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG soll, nach Angaben der griechischen Regierung, erst nach der Durchführung 'freier' Wahlen gestellt werden (die wiederum erst nach Aufhebung des Kriegszustandes, nach der 'Lösung' der Zypernkrise, stattfinden sollen). Offensichtlich sind die BRD-Imperialisten (und Imperialisten anderer EG-Staaten) momentan auch nicht für eine volle EG-Mitgliedschaft Griechenlands, vor allem wohl wegen der Komplikationen, die von dem stark auf den Export landwirtschaftlicher Güter orientierten Griechenland auf den ohnehin schon völlig chaotischen 'EG-Agrarmarkt' befürchtet werden.

Bei seinem Besuch in Bonn am 9./10. September (zusammen mit dem Minister für wirtschaftliche Koordination und Planung, Solotas, der vor dem Putsch lange Jahre Gouverneur der Bank von Griechenland war) vereinbarte Außenminister Mavros einen Kredit von 180 Mio. Mark der BRD an Griechenland; 60 Mio. Mark davon sind sofort fällig, der Rest wird über zwei Jahre verteilt. Westdeutsche Regierungssprecher nannten diesen Kredit ein **„einmaliges Entgegenkommen"**.

Tatsächlich sehen die 18o Mio. eher wie ein schäbiges A l m o s e n aus – gemessen an BRD-Krediten für Ägypten (5oo Mio. Mark), für Jugoslawien (1 Mrd. Mark) oder gar Italien (5,2 Mrd. Mark !!).

Auf den ersten Blick entspricht dieser 'Mini'-Kredit weder der politisch-militärischen Bedeutung Griechenlands aus der Sicht des BRD-Imperialismus, noch entspricht er den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die Karamanlis-Regierung von den Obristen übernommen hat: wirtschaftliche Stagnation, die höchste Inflationsrate in Europa (35 % im Frühjahr 74), ein Zahlungsbilanzdefizit von wahrscheinlich 8oo Mio. US-Dollar in diesem Jahr.

Die griechische Regierung hatte ihre Kreditwünsche auch weit höher angesetzt – es wurde von 8oo Mio. Dollar (mit 2ojähriger Laufzeit) als Wunschvorstellung gesprochen. Mavros untermauerte das mit der Erklärung, die Regierung Karamanlis sei 'die letzte Chance' (für die griechische Bourgeoisie!); wenn diese scheitere (z.B. an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten), so würde Griechenland„unverantwortlichen Kräften anheimfallen". Die „Bild" (vom 25.7. 74) brachte das auf die Formel eines neuen „Marshall-Planes" für Griechenland (und Portugal). „Wir" müßten *„den Griechen und Portugiesen unter die Arme greifen"*, denn sonst **„treiben wir sie dem Kommunismus in die Arme"**.

Warum also trotzdem nur ein so relativ geringer Kredit der BRD für die Karamanlis-Regierung?

Zum einen soll hier offenbar politischer Druck auf die griechische Regierung wegen der NATO-Stützpunkte ausgeübt werden – zuerst eine relativ 'kleine' Anzahlung, weitere Kredite nur bei Wohlverhalten. Die westdeutsche Regierung übernahm es in besonderer Weise, Mavros bei seinem Besuch in Bonn in diesem Sinn zu bearbeiten. So pries Genscher gegenüber Mavros in höchsten Tönen die NATO, *„deren Bestand die Sicherheit Europas garantiert und daher wesentliche Grundlage unserer eigenen Außenpolitik und eng auch mit dem europäischen Aufbauwerk verbunden ist"*. Er sei, sagte Genscher weiter, überzeugt, daß die Gespräche zwischen ihm und Mavros *„dazu dienen werden, die europäischen und atlantischen Gemeinsamkeiten zu verdeutlichen"*. Erpressung nennt man das gewöhnlich...

Ganz ähnlich arbeitete und arbeitet die westdeutsche Regierung übrigens auch mit ihrem Milliardenkredit gegenüber Italien, der von der italienischen Regierung mit innen- und außenpolitischen Zusagen erkauft werden mußte.

Ein weiterer Grund für die relativ geringe Höhe des westdeutschen Kredits an Griechenland könnte darin bestehen, daß die Kreditvergabe an Griechenland im wesentlichen g e m e i n s a m von den Imperialisten geplant ist (über die EG und über internationale Institutionen, an denen auch die USA beteiligt sind) – im Sinn einer gewissen Teilung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses, der von solchen Krediten ausgeht.

NATO-Positionen in Italien sollen ausgebaut werden

NATO-Positionen in Italien sollen ausgebaut werden

Ohne daß die NATO-Stützpunkte in Griechenland schon 'verloren' sind, haben sich die US-Imperialisten nach neuen Stützpunkten umgesehen, die vor allem in Italien angelegt werden sollen.

Italien ist, wie die Karte zeigt, schon heute mit NATO-Stützpunkten übersät, mit Abschußrampen für Atomraketen, Flottenstützpunkten, Stützpunkte für Atom-U-Boote, Militärflughäfen, Radarstationen und Nachschub-Einrichtungen.

Nachdem die griechische Regierung den Austritt aus der NATO bekannt gegeben hatte, nahmen die USA in den nächsten Tagen und Wochen ständig provokatorische Truppen- und Schiffsbewegungen sowie 'Manöver' auf und zwischen ihren Stützpunkten vor. Hier einige Meldungen: „Unità" vom 17.8.: Der Kreuzer „Little Rock" hat den Hafen von Gaeta (Süditalien) mit unbekanntem Ziel verlassen.

In Neapel läuft der Flugzeugträger „Forrestal" (68 Flugzeuge) der VI. US-Flotte ein.

„Lotta continua" vom 22.8.: Vier Kriegsschiffe und ein Hubschrauberträger laufen Brindisi an. Hubschrauber in großer Zahl fliegen zwischen den Schiffen und der nahegelegenen Nato-Basis von San Vito dei Normanni hin und her.

„Lotta continua" vom 25.8.: Sechs Kriegsschiffe mit amphibischen Landungsfahrzeugen laufen den Stützpunkt Priolo bei Siracusa (Sizilien) an.

„Lotta continua" vom 3o.8.: Der Hubschrauberträger „USS Inchon" taucht vor Reggio de Calabria auf. Das Schiff war bis vor wenigen Monaten in Vietnam und gehört jetzt zur VI. US-Flotte.

Drei US-Kriegsschiffe liegen im Hafen von Messina (Süditalien).

„Lotta continua" vom 5.9.: Auf der Insel Lampedusa wird ein Stützpunkt (Radarstation?) ange-Am 9.9. wird auf Sardinien ein 16-tägiges Nato-Manöver beginnen, u.a. Raketen-Schießen. An dem Manöver wird ein größeres Kontingent der der Bundeswehr teilnehmen.

„Lotta continua" vom 7.9.: Im Hafen von Brindisi liegen erneut US-Kriegsschiffe. Hubschrauber transportieren Soldaten von den Schiffen in den Stützpunkt von Oria, zwischen Brindisi und Taranto. Die US-Truppen ergreifen stillschweigend Besitz von der Kaserne von Pedagne.

US und NATO-Stützpunkte in Italien (unvollständig) nach „Lotta Continua" vom 14.9.1974

NATO-Kommando der Landstreitkräfte in Südeuropa
Verona
JUGOSLAWIEN
Rimini
Gaeta
Neapel
NATO-Kommando Zentrales Mittelmeer
Brindisi
SIZILIEN
Pantelleria
Atom-Raketen
Luftstützpunkte
Flottenstützpunkte
Atom-U-Boote (Polaris)
Radar, Funk u.a.

„Lotta continua" vom 14.9.: Eine Mole im Hafen von Brindisi soll der US-Flotte als fester Liegeplatz abgetreten werden.

„Il manifesto" vom 2o.9.: Auf der Insel Pantelleria wird ein 'atombombensicherer' unterirdischer Stützpunkt für 12.ooo Mann angelegt.

Diese Meldungen verdeutlichen das Bestreben von US-Imperialisten, NATO und italienischer Bourgeoisie, zum einen möglichst rasch und stillschweigend 'vollendete Tatsachen' (in Form neuer bzw. ausgebauter Stützpunkte) zu schaffen, zum anderen aber auch mit demonstrativen Flottenbewegungen und Manövern einschüchternd zu wirken. Die italienische Linke weist in diesem Zusammenhang darauf hin, wie sich die US-Imperialisten vor etwa zwei Jahren in Geheimverhandlungen den Stützpunkt isola della Maddalena (Sardinien) sicherten, wo jetzt Atom-U-Boote stationiert sind.

ren in Geheimverhandlungen den Stützpunkt isola della Maddalena (Sardinien) sicherten, wo jetzt Atom-U-Boote stationiert sind.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Reisetätigkeit von 'Verteidigungsminister' Andreotti (DC) zu sehen, der im September seinen griechischen (Averoff) und westdeutschen (Leber) 'Kollegen' zu militärpolitischen Gesprächen in Athen bzw. Bonn aufsuchte.

Übrigens besuchte auch der Chef des italienischen Generalstabs, Henke, im September die BRD.

Der massive Ausbau der NATO-Positionen in Italien ist nicht nur eine „Kompensation" (Ausgleich) für die – im Übrigen auch noch gar nicht verlorenen – Stützpunkte in Griechenland, sondern ist ein klarer Versuch zur S t ä r k u n g der NATO-Positionen im Mittelmeer insgesamt, zum Aufmarsch gegen Jugoslawien und zur weiteren Vorbereitung der bewaffneten Konterrevolution gegen eine revolutionäre Verschärfung der italienischen Arbeiterbewegung.

Jugoslawien – der Streit um die Beute hat begonnen

Jugoslawien, das eine weitgehend „unabhängige" (neutralistische) Außenpolitik verfolgt, spielt in den Überlegungen der US- und EG-Imperialisten sowie der Sowjetrevisionisten eine wichtige strategische Rolle. Beide Seiten hoffen – vor allem, sobald Tito gestorben sein wird – die inneren Widersprüche des Landes (Klassenwidersprüche, nationale Widersprüche zwischen den Regionen des Landes) ausnutzen zu können, um Jugoslawien aus seiner „unabhängigen" Position herauszulösen und auf ihre Seite zu ziehen.

Reaktionäre bürgerliche Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine" haben gefordert, daß die NATO eine eindeutige Erklärung für die jugoslawische „Unabhängigkeit" geben müßte und im Fall einer sowjetischen Invasion in Jugoslawien (wie 1968 in der CSSR) eingreifen müßte. An der italienisch-jugoslawischen Grenze findet sich ein enges Netz von NATO-Stützpunkten: Raketen-Abschußrampen, Lager für atomare Sprengköpfe, Radarstationen. In diesem Jahr fanden in Italien mehrere gegen Jugoslawien gerichtete Manöver statt, die z. B. vorsahen: Jugoslawien schickt Partisanenkämpfer nach Italien, die dort Anschläge verüben; daraufhin Kriegserklärung an Jugoslawien etc. – Oder: nach einer Spaltung der jugoslawischen KP, nach dem Tod Titos, entsteht in Jugoslawien eine „gespannte" Situation; die NATO interveniert etc. („Lotta Continua", 14.9.74). – Im Übrigen erhebt Italien gegenüber Jugoslawien absurde „Gebietsansprüche" im Gebiet von Triest.

Eine andere Seite der Entwicklung wurde unlängst wieder im Prozeß gegen eine Gruppe angeblicher „Stalinisten" deutlich. Diese Gruppe, 30 bis 40 Personen aus Montenegro, soll eine neue „Kommunistische Partei" gegründet und einen „Parteitag" abgehalten haben. Der Prozeß endete mit Urteilen zwischen einem und 14 (!) Jahren. Tito hatte vorher angekündigt, daß die Mitglieder der Gruppe, denen außer politischer Betätigung offenbar kein „Verbrechen" nachgewiesen werden konnte, „exemplarisch bestraft" werden würden.

Die Kennzeichnung als „Stalinisten" läßt die Frage nach dem politischen Standort der Gruppe offen. Als die Tito-Gruppe 1948 mit der

Die Kennzeichnung als „Stalinisten" läßt die Frage nach dem politischen Standort der Gruppe offen. Als die Tito-Gruppe 1948 mit der

Sowjetunion und dem sozialistischen Lager brach, ging dies unter schärfster Repression gegen alle Kommunisten vor sich, die diesen Kurs ablehnten. Tausende von Kommunisten wurden damals eingekerkert oder mußten aus Jugoslawien flüchten, zum Teil in die Sowjetunion, nach Ungarn u.a., wo sie entsprechend der Entwicklung des modernen Revisionismus in der Sowjetunion usw. offenbar weitgehend zu Agenten sowjetrevisionistischer Großmachtbestrebungen verkamen.

Die Vorwürfe gegen die Montenegriner „Stalinisten"-Gruppe (sie seien Feinde der jugoslawischen Unabhängigkeit, sie hätten im Ausland gedrucktes Material verbreitet) legt den Gedanken an eine „pro-sowjetische" Gruppe nahe, die letzten Endes auf die Einbeziehung Jugoslawiens in den „Einflußbereich" der Sowjetunion und des Warschauer Pakts hinarbeitete.

Wie weit dies allerdings wirklich zutrifft, oder ob hier nicht vielmehr eine fortschrittliche Opposition gegen den Revisionismus der Tito-Gruppe getroffen werden soll, läßt sich bisher nicht sagen.

Die starken Widersprüche in der jugoslawischen Gesellschaft sind an verschiedenen Ereignissen der letzten Jahre deutlich geworden:

- Die Studentenstreiks und -demonstrationen in Belgrad im Juni 1968.
- Die „Säuberung" des „liberalen" Parteiapparats in Kroatien 1971.
- Die „Säuberung" des serbischen Parteiapparats 1972, der u.a. der serbische Parteichef Nikezic zum Opfer fiel, dem „Liberalismus" vorgeworfen wurde.
- Die „Säuberung" des slowenischen Parteiapparats 1972, der u.a. der slowenische Parteichef Kavcič zum Opfer fiel. Wie es hieß, habe die Gefahr einer Loslösung Sloweniens (an Italien und Österreich grenzend) aus dem jugoslawischen Staatsverband bestanden; Slowenien habe zu einem „Bollwerk des Imperialismus" in Südeuropa, zu einer Art zweites Israel gemacht werden sollen.
- Die Auseinandersetzung mit der sogenannten „Praxis-Gruppe", eine Intellektuellen-Gruppe an der Belgrader Universität, die einen pseudo-„links" verbrämten Sozialdemokratismus vertritt. Diese Gruppe hat anscheinend auch an den Universitäten von Zagreb und Ljubljana einigen Einfluß.

Weiter sind u.a. zu nennen: Die Absetzung von Rankovic, Chef der Geheimpolizei, 1966; Beschlagnahme von Zeitungen und Parteiverfahren gegen Journalisten, die Karten veröffentlicht hatten, auf denen entweder die inneren Sprachgrenzen des Landes oder die Grenze zu Italien falsch dargestellt waren; die Zerschlagung bewaffneter faschistischer Banden von Kroaten (Ustascha), die vom Ausland aus (die BRD, speziell München, ist ein Stützpunkt dieser Mörderbanden!) nach Jugoslawien geschickt wurden; Prozesse gegen kleine konspirative Gruppen angeblicher „Trotzkisten" . . .

Hinzu kommen erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten, die sich u.a. in einer Inflationsrate von 18% 1973 ausdrückten – eine der höchsten in Europa. Die Preissteigerungen veranlaßten die jugoslawische Gewerkschaftszeitung „Borba" schon 1973, vor der Unzufriedenheit der Arbeiter zu warnen, die zu einem „politischen Problem" geworden sei und zu einer „Revolte" führen könnte.

Es zeigt sich also, daß dieses strategisch zentrale Mittelmeerland ein Pulverfaß innerer Widersprüche ist. Es gibt innerhalb der Partei und des Landes genügend Gruppen, die entweder dem US- und EG-Imperialismus oder dem Sowjetrevisionismus

Es gibt innerhalb der Partei und des Landes genügend Gruppen, die entweder dem US- und EG-Imperialismus oder dem Sowjetrevisionismus

den Vorwand für seine politisch-militärische Intervention geben könnten, sobald sich die inneren Widersprüche zuspitzen. Damit droht der Balkan, wie schon 1914, zum Brandherd eines neuen imperialistischen Krieges zu werden, wenn die Völker die Kriegstreiber nicht daran hindern.

(Zur Widerspruchsentwicklung im Mittelmeer finden sich im AK u.a. folgende Artikel: „Italien – Bourgeoisie in der Krise" in AK 46; „NATO greift nach Zypern" und „Verschärfte Widersprüche in der kapitalistischen Welt" in AK 47; „Athener Faschisten abgetreten" in AK 48; „Die NATO im östlichen Mittelmeer" und „Bonn kauft sich in Italien ein" in AK 49.)

Forts. Portugal

taktierten und in langen, immer wieder vertagten Kabinettssitzungen nach einem „Ausweg" suchten, der sie um die Konfrontation herumführte. Die gesamte portugiesische Linke und große Teile des Volkes hatten jedoch sofort begriffen, daß hier eine faschistische Provokation gegen die demokratischen Kräfte Portugals geplant war.

In der Woche vor der Kundgebung mobilisierte die Linke die Massen. Während die Faschisten tonnenweise Flugblätter von Flugzeugen auf die Städte niederregnen ließen, und ihre bewaffneten Plakatkleber mit schweren Limousinen durch die Straßen fuhren, bereitete das Volk seine Antwort vor.

Antifaschistische Komitees wurden gebildet, die Ausstellungen und Informationstafeln in den Straßen aufstellten, in denen die Lehren aus dem chilenischen Beispiel gezogen wurden und der bewaffnete Widerstand propagiert wurde.

Außerdem stellten sie Trupps auf, die im Hafen und auf dem Flugplatz von Lissabon die portugiesischen „Flüchtlinge" aus Mozambique kontrollierten und mitgebrachte Waffen beschlagnahmten.

Außerdem wurden an den Ausfallstraßen von Lissabon und Porto Barrikaden errichtet, die, wie die bürgerlichen Nachrichtenagenturen meldeten, von „bewaffneten Linksextremisten" besetzt waren. Sie sollten Lissabon für die Faschisten sperren. Die Transportarbeitergewerkschaft hatte vorher schon einen Streik bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben organisiert, um so ein landesweites Zusammenkarren der Faschisten in Lissabon zu verhindern.

Am Sonnabendmorgen (28. Sept. 74) waren nach Korrespondentenmeldungen die Straßen von Lissabon Schauplatz breiter antifaschistischer Massenaktionen. In der ganzen Stadt wurden Kundgebungen, Flugblattaktionen und Straßendiskussionen durchgeführt.

Inzwischen hatten auch in der „Bewegung der Streitkräfte" heftige Auseinandersetzungen stattgefunden. Offenbar hatte sich die demokratische Fraktion, gestärkt durch die Mobilisierung des Volkes, durchgesetzt.

In den frühen Morgenstunden umstellten Militäreinheiten mit Panzern Spinolas Präsidentenpalast und besetzten den Rundfunk. Als die faschistische Sonderpolizei PSP begann, die Barrikaden in den Vororten anzugreifen, übernahmen Soldaten den Schutz dieser Barrikaden.

Soldaten und bewaffnete Antifaschisten aus der Bevölkerung patrouillierten gemeinsam durch die Strassen, kontrollierten Lastwagen, mit denen die Faschisten in die Stadt transportiert werden sollten und beschlagnahmten Waffen der Faschisten.

Nach Meldungen des Lissaboner Rundfunks verhafteten sie über 300 bewaffnete Faschisten, darunter 70 bekannte Führer. Unter ihnen befinden sich Prominente, wie der Sohn des früheren Diktators Caetano, Caulza de Arriaga, früherer Oberbefehlshaber von Mozambique, und Franco Nogieira, früherer Außenminister unter Caetano.

Als die „Bewegung der Streitkräfte" über den Rundfunk die Bevölkerung zu antifaschistischen Aktionen aufrief, und erklärte, sie werde den reaktionären Umtrieben der Faschisten „revolutionäre Gewalt" entgegensetzen, erkannte Spinola, daß das faschistische Komplott für dieses Mal gescheitert war.

Er „verbot" den von ihm bestellten Aufmarsch der Reaktion.

Damit hat das portugiesische Volk einen großen Sieg in seinem Kampf gegen faschistische Diktatur und für ein demokratisches Portugal errungen.

Aber das ist noch lange kein endgültiger Sieg. Die Faschisten sind keineswegs entscheidend geschlagen worden, sie wurden lediglich gezwungen, eine besonders dreiste Provokation zu unterlassen. Es kommt jetzt darauf an, diese gewonnene Position zu nutzen und weiter in die Offensive zu gehen.

Außenminister Soares, Vorsitzender der Sozialistischen Partei, hat bereits zu erkennen gegeben, daß er die Lage für „normalisiert" hält, die Bedrohung sei damit ausgestanden. Er selbst hielt es auch in der Stunde der Kraftprobe für besser, vor dem Europarat in Straßburg Reden über die demokratische Entwicklung in Portugal zu schwingen, statt an der Seite der Antifaschisten zu stehen.

Damit wird bereits klar, daß zumindest die Reformisten, aller Erfahrung nach aber auch die Revisionisten der PCP jetzt bemüht sein werden, die Massen wieder zu demobilisieren und zurückzuzerren.

Vieles hängt auch davon ab, wie sich die Widersprüche innerhalb der „Bewegung der Streitkräfte", die sich nach langem Zögern unter dem Eindruck der Stärke der antifaschistischen Bewegung auf ihre Seite geschlagen hat, weiter entwickeln.

Alles hängt davon ab, ob es den revolutionären Kräften gelingt, die spontane Kampfbereitschaft der portugiesischen Arbeiterklasse und des ganzen Volkes weiter zu organisieren und für den weiteren Kampf für Demokratie und Sozialismus zu mobilisieren. ●

Spanien/Portugal-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Argentinien
Peronistische Linke geht in den „Untergrund"

Anfang September gab Eduardo Firmenich, Führer der linksperonistischen „Montoneros" bekannt, daß seine Organisation in den „Untergrund" gehen und den bewaffneten Kampf wieder aufnehmen würde – wie zu Zeiten der Militärdiktatur, die 1973 durch den Regierungsantritt des Peronismus abgelöst wurde. Diese Entscheidung der Montoneros bringt besonders klar zum Ausdruck, daß der Auftrag des Peronismus gescheitert ist, im Sinn der Bourgeoisie und des Imperialismus die gesellschaftlichen Widersprüche in Argentinien mit der Ideologie des „Sozialpakts" zu verkleistern.

Firmenich erklärte, die Montonetos wollten sich jetzt „an die Spitze des Widerstands stellen" und „einen totalen Krieg bis zur Vernichtung jeder Form von Unterdrückung führen". Dabei sei eine Zusammenarbeit mit der revolutionären Organisation ERP (die den bewaffneten Kampf nie eingestellt hat) nicht ausgeschlossen.

Zunächst hieß es, daß u. a. auch die Peronistische Jugend, die Peronistische Arbeiterjugend, die „Gruppe Evita" (Evita war die schon in der ersten Regierungsperiode Perons, Anfang der 50er Jahre, verstorbene erste Frau Perons; sie galt als Vertreterin einer „sozialen", arbeiterfreundlichen Politik), sowie die Universitäre Peronistische Jugend dem Schritt der Montoneros in den „Untergrund" folgen würden. Jedoch erklärten später zumindest die Peronistische Arbeiterjugend und die Universitäre Peronistische Jugend,
Universitäre Peronistische Jugend,
daß sie zwar ihre engen freundschaftlichen Beziehungen zu den Montoneros aufrechterhalten, aber l e g a l weiterarbeiten würden. Dies kann möglicherweise im Sinn einer konsequenten „Arbeitsteilung" und Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten durch die peronistische Linke verstanden werden.

In den letzten Wochen nahmen bewaffnete Angriffe auf Vertreter und Filialen des Imperialismus und der argentinischen Bourgeoisie zu. So gab es teilweise 20 – 50 Anschläge innerhalb eines einzigen Tages (auf Filialen von Coca Cola, Philips, Boston Banc, auf Filialen der Regierungsnachrichtenagentur „Telam" etc.) Die im September verbotene ERP unternahm zahlreiche militärische Aktionen in großem Maßstab (z. T. mit mehreren Dutzend Genossen); zuletzt gab es bei einem Feuergefecht zwischen ERP und Polizei bei Josè Leon Suarez (25 km von Buenos Aires) Mitte September 2 Tote und 2 Verletzte.

Eine Reihe von militärischen Aktionen wurde auch von der peronistischen Linken unternommen: so die Hinrichtung des Personaldirektors von Renault in Cordoba (dort war zuvor bei einem Polizeiüberfall auf streikende Arbeiter ein Kollege getötet worden); und ein Bombenanschlag auf die chilenische Botschaft in Buenos Aires, pünktlich zum Jahrestag des Putsches der faschistischen Junta; die Entführung der Brüder Born, die zu den größten Grundbesitzern des Landes gehör(t?)en.

Zugenommen haben auch die Streiks – so bei Renault und Fiat in Cordoba im August (vgl. AK 49, S. 8); im September streikten die Arbeiter der Zuckerfabrik von Tucuman – dieser Streik griff auf die 40 000 Zucker-Arbeiter der Provinz über. Die Polizei ging brutal gegen die Streikenden vor und nahm viele fest.

Die Linksperonisten erklärten Anfang September, eine eigene Gewerkschaft gründen zu wollen (die peronistische CGT ist weitgehend von den Rechten beherrscht).

In dieser Klassenkampfsituation nimmt in der Bourgeoisie naturgemäß die Tendenz zu einer faschistischen Wende, zu einer neuen Militärdiktatur zu. Bürgerliche Zeitungen schrieben, n o c h sei es nicht erforderlich, über Argentinien wieder das Kriegsrecht, d. h. den schrankenlosen faschistischen Terror zu verhängen. Die Bourgeoisie wird dies aber für umso „erforderlicher" halten, je mehr sich die Klassenkämpfe verschärfen. Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang die „Feiern", die einige Faschisten anläßlich des 19. Jahrestages der Beendigung der ersten Regierungsperiode Perons durch einen Militärputsch (19.9.1955) begingen: bei solchen „Feiern" wurde die Regierung beschimpft, da sie den „Marxisten" freien Lauf lasse;



Festnahme eines Guerillas

Festnahme eines Guerillas

es wurden Fahnen der ERP verbrannt: und es wurden Hochrufe auf den Henker des chilenischen Volkes, Pinochet, gegröhlt. Diese mörderischen Worte werden von ebenso mörrischen Taten begleitet: nachdem im August der populäre linksperonistische Abgeordnete Ortega Pena von Faschisten ermordet wurde, starben im September durch die Hand faschistischer Killer u. a.:

- Atilio Lopez; er war Vizegouverneur der linksperonistischen Regierung von Gouverneur Cano in der Provinz Cordoba, die im März dieses Jahres von Peron abgesetzt wurde. Sein Begräbnis wurde zu einer neuen machtvollen Demonstration der Linken;
- mit ihm zusammen Antonio Vara, ehemaliger Untersekretär für Wirtschaft der Provinz;
- der Gewerkschaftsführer Curutchet;
- Tomas Troxler; er war stellvertretender Polizeichef der Regierung Campora, die der Präsidentschaft Perons als kurzlebige Statthalterschaft vorausging (Campora selbst ist inzwischen scharfen Angriffen der Peron-Faschisten wegen „marxistischer Abweichung" etc. ausgesetzt, was fast einem Todesurteil gleichkommt).

Bei ihren faschistischen Plänen ist die Bourgeoisie allerdings mit der Tatsache konfrontiert, daß sie es mit einer relativ breiten Bewegung zu tun hat, die – anders als etwa in Chile – sich nie vom Traum eines „friedlichen Wegs zum Sozialismus" einfangen ließ: die ERP hat den bewaffneten Kampf niemals eingestellt; die Linksperonisten sind zweifellos noch in reformistischen Illusionen befangen – sie haben aber nie (auch nicht in der zweiten Regierungsperiode von Peron) ihre konspirative Struktur aufgegeben. Zusammen mit der erstarkenden Arbeiterbewegung (vor allem im traditionellen militanten Zentrum Cordoba, aber auch in anderen Teilen des Landes) bildet sich hier eine Kraft, gegen die Imperialismus und argentinische Bourgeoisie mit ihren reaktionären, putschistischen Plänen kein leichtes Spiel haben werden.

Die ERP hat angekündigt, daß für jeden ermordeten Genossen ein Offizier mit seinem Leben bezahlen wird. ●

Frankreich:
Die Arbeiter von Titan-Coder „auf den Barrikaden"



Zentrale Demonstration der Arbeiter von Titan-Coder am 20.9. in Paris



Demonstration der Arbeiter von Titan-Coder am 11.9. in Marseille

Titan-Coder ist eine LKW-Anhängerfirma mit 2.700 Arbeitern in den vier Werken Marseille (900), Villefranche-sur-Saone (350), Maubeuge (650) und Blanc-Mesnil (800).

Am 16. September beschloß das Pariser Handelsgericht die zwangsweise Stillegung der Betriebe. Daraufhin sind alle vier Werke von den Arbeitern besetzt worden. Schon vor dem Beschluß der Stillegung gab es am 11. September in Marseille eine Demonstration der Titan-Coder Arbeiter, die mit großen Lastzügen durch die Stadt fuhren. Am 20. September wurde in Paris eine zentrale Demonstration der Arbeiter aus allen vier Werken durchgeführt. Diese Demonstration sollte unter anderem auch zeigen, daß die Arbeiter nicht mit regionalen Einzellösungen einverstanden sind, die nur für ein oder zwei Werke gelten. In Marseille erklärten sich nämlich verschiedene Unternehmer bereit, das dortige Titan-Coder-Werk zu übernehmen. Die Arbeiter fordern aber eine Lösung für alle vier Werke, z. B. die Übernahme durch die staatlichen Renault-Werke.

Ein „Marxist" der „Sozialistischen Partei" (er war Journalist, kein Arbeiter von Titan-Coder) erklärte uns, für ihn geht der Kampf darum, daß Titan-Coder in französischen Händen bleibt und nicht von amerikanischen Konzernen aufgekauft wird. Seine Begründung: „Nur so können wir den Konzern kontrollieren, wenn wir die Macht errungen haben." Auf unsere Frage: „Bedeutet das die Unterstützung des nationalen Kapitals gegen das ausländische Kapital? ", antwortete er: „Ja"! – Wir saßen bei dieser Diskussion im Streiklokal in Villefranche-sur-Saone und gaben ihm den Tip, die Arbeiter mal zu fragen, ob sie das auch als ihr Kampfziel sehen. „Den Arbeitern geht es natürlich in erster Linie darum, daß ihre Arbeitsplätze überhaupt erhalten bleiben", sah er ein, aber: „Man muß das eben auch taktisch sehen".

Die Werke stehen still, in Villefranche-sur-Saone arbeitet nur eine Maschine. Mit der werden Aschenbecher gestanzt, die zugunsten einer Solidaritätskasse der Arbeiter verkauft werden. ●

Metaller-Genossen des
KB/Gruppe Hamburg

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

Hamburger Lehrlinge bereiten Metalltarifrunde vor

Unter den Hamburger Metall-Lehrlingen beginnt die Diskussion um die kommende Metalltarifrunde. Hierbei geht es nicht allein darum, wie hoch ihre Lohnforderung sein soll, sondern auch die Bedingungen zu prüfen, unter denen die Tarifrunde stattfindet, und welche politischen Fragen verstärkt diskutiert werden müssen.

Ein kurzer Rückblick

Während der letzten Tarifrunde fanden in den Betrieben zum Teil sehr rege Diskussionen darüber statt, welche Ziele die Lehrlinge in der Tarifrunde verfolgen sollten. Auf Jugendversammlungen und in Jugendvertretungen wurden Forderungen formuliert, die das Interesse der Lehrlinge an einem einheitlichen, existenzabsichernden Lehrlingslohn ausdrückten. Beispielhaft für eine Reihe von Betrieben nennen wir hier nur DEMAG CONZ und GUTMANN in Altona, wo die Lehrlinge die Forderung nach 180 DM mehr für die unteren und 150 DM mehr für die oberen Lehrjahre aufstellten, mit der Betonung, daß so die Unterschiede im Lehrlingslohn abgebaut werden können und ein Schritt hin zum Existenzlohn für Lehrlinge getan werden kann.

In einer Reihe von anderen Betrieben, wie z.B. HDW und KOLBENSCHMIDT stellten die Kollegen direkt die Forderung nach dem Existenzlohn, indem sie eine einheitliche „Ausbildungsvergütung" von 600 DM vorschlugen. Diese Forderung fand auf zwei Jugendmitgliederversammlungen der IG Metall rege Unterstützung von den anwesenden Kollegen – auch von denen, die konkret eine andere Forderung aufgestellt hatten, weil hier endlich einmal die Frage des existenzabsichernden Lohns für Lehrlinge massiv zur Sprache kam; dies sehr zum Verdruß der IGM-Führer und ihrer Nachkömmlinge im Ortsjugendausschuß (OJA), die diese Diskussionen bis zum Vorwurf der „Gewerkschaftsfeindlichkeit" verunglimpften. Offiziell wurde dann von der IGM eine Forderung von 140 Mark aufgestellt, was von der SDAJ und den JUSOS
was von der SDAJ und den JUSOS
im OJA schon als großer Erfolg gefeiert wurde.

Diese Gruppen begannen dann auch einen enormen Wirbel zu entfachen: Unter der „Kampflosung": „140 Mark aus dem Sack, zack, zack!" meinten sie, nun die Hamburger Lehrlinge auf die Tarifbarrikaden führen zu können (und sich selber aus der Isolation heraus!).

Die ca. 150 aktiven Metall-Lehrlinge, die auf den Versammlungen erschienen, hatten eine weitaus realistischere Einschätzung von den Aufgaben, die sich ihnen in der Tarifrunde und darüberhinaus für die gesamte gewerkschaftliche Arbeit stellten; zeigte sich doch nur zu deutlich, daß erst ein kleiner Teil der Lehrlinge bereit war, sich aktiv am Tarifgeschehen zu beteiligen und daß dieser Mißstand nicht mit der Versprechung auf auf einen kurzfristig möglichen Erfolg zu beheben war.

Auf den Versammlungen wurde aufgezeigt, daß die mangelnde Mobilisierungsbereitschaft der Metall-Lehrlinge unter anderem auf die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und ihrer Nachbeter zurückzuführen ist, die die Eigeninitiative der Kollegen in den Betrieben ständig abblocken, durch Ausschlüsse der Linken aus der Gewerkschaft die Kampfkraft der Arbeiter schwächen, dann hin und wieder bei einer Tarifrunde die Zügel für einen wilden Aktionismus lockern und schließlich, wenn bei den „zähen Verhandlungen" nur ein mageres Ergebnis rauskommt, den Kollegen in den Betrieben „mangelnde Unterstützung der Verhandlungskommission" vorwerfen.

Der folgende Abschluß von 70 Mark Erhöhung des Lehrlingslohns war für die aktiven Lehrlinge und die Kollegen, die mit ihnen in der Diskussion standen, nicht so eine „kalte Dusche" wie der niedrige Abschluß im Jahr davor, weil sie in die Auseinandersetzung ohne die Illusionen gegangen waren, die SDAJ und JUSOS ihnen vormachten.

Dagegen war die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie und gegen die Gewerkschaftsausschlüsse klarer geworden. Die Hebung der Eigeninitiative der Kollegen in den Betrieben, die Überwindung der betrieblichen Zersplitterung durch eine kontinuierliche gewerkschaftliche und politische „Kleinarbeit" wurde als Ziel erkannt, um die Bedingungen für eine Verbreiterung und Vertiefung des Kampfes der Arbeiterjugend zu schaffen.

Die heutigen Bedingungen

Die Situation, in der die kommende Tarifrunde stattfindet, stellt sich in mancher Hinsicht anders dar. Auf die gesamte wirtschaftliche Situation wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen (sie wird in anderen Artikeln im AK beleuchtet).

Auf der betrieblichen Ebene sind weitere Kollegen zur aktiven Gewerkschaftsarbeit im Jugendbereich hinzugekommen, die mithelfen werden, das Interesse aller Lehrlinge an ihrem Tarifkampf zu heben.

Weiterhin haben inzwischen Jugendvertreterwahlen stattgefunden, wobei in einer ganzen Reihe von Betrieben Jugendvertreter gewählt wurden, die ihre Aufgaben unmittelbar verbunden mit dem gewerkschaftlichen Kampf sehen.

Und nicht zuletzt gibt es die Erfahrungen gerade der letzten Tarifrunde, die einen Teil der Lehrlinge die Politik der Gewerkschaftsführer kritischer sehen lassen. Auf der anderen Seite werden die Lehrlinge es in diesem Jahr schwieriger haben, die Diskussion um die Metall-Tarifrunde überbetrieblich zu verbreitern.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsführung aufgrund der Schlappen, die sie in der Vergangenheit auf Jugendmitgliederversammlungen hinnehmen mußte, keine derartigen Veranstaltungen durchführen wird.

Wir müssen dagegen nachdrücklich die Einberufung solcher Versammlungen fordern, auf denen die Gewerkschaftsmitglieder und interessierte Kollegen ihre Aufgaben diskutieren können. Auf der anderen Seite ist es notwendig, daß die Lehrlinge sich schon heute andere Formen für die überbetriebliche Diskussion überlegen, wie z.B. Rundbriefe, Kollegentreffs, Schülerratssitzungen und Blockschülerversammlungen.

Die Gewerkschaftsführung setzt auch verstärkt die ihr willfährigen Betriebsräte und Vertrauenskörperleitungen ein, um die Aktivitäten der Jugendlichen zu erforschen: da ihr zwischenbetriebliche Aktivitäten von Jugendvertretungen und -vertrauensleuten ein Dorn im Auge sind, sofern diese nicht über den Tisch (und durch die Kontrolle) der Gewerkschaftsführer gehen, schickten sie z.B. im Sommer Briefe an die Betriebsratsvorsitzenden verschiedener Betriebe, worin sie auf die Aktivitäten def dortigen Jugendvertretungen eingingen und die BR- und VK-Vorsitzenden zu einer Jugendveranstaltung einluden.

Dies geschah sozusagen in „geheimer Absprache", denn die betreffenden Jugendvertreter wurden darüber nicht informiert.

Auf der Versammlung sollten nach dem Willen der Gewerkschaftsführer die linken und kommunistischen Jugendlichen eins übergebraten kriegen; die Linken erschienen aber nicht und ohne sie auch keine Kollegen!

Nicht zuletzt gehört auch das Ermächtigungsgesetz", das der gerade abgeschlossene Gewerkschaftstag der IGM für den Vorstand beschlossen hat (Ausschluß von ‚Extremisten' ohne Verfahren), zu den Bedingungen, unter denen diese Tarifrunde stattfinden wird. Möglicherweise wird es seine „Glanzprobe" schon in der nächsten Zeit bestehen ...

Die Gewerkschaftsführer, die in das kapitalhörige Stabilitätsgezank voll mit einstimmen, indem sie demagogisch die „Arbeitsplatzsicherung" gegen die berechtigten Lohnforderungen der Metaller ausspielen, versuchen dies auch im Lehrlingsbereich:

So wurde ein zaghafter Antrag des OJA Hamburg an den Gewerkschaftstag, in dem der Existenzlohn gefordert wird, mit der Begründung von der Antragskommission des Vorstandes abgewiesen, daß die Sicherung der Ausbildungsplätze gegenüber derartigen Forderungen zur Zeit Vorrang habe. Hier tischt man uns das Märchen auf, mit dem schon etliche Ausbildungsleitungen in den Betrieben versuchten, die Lehrlinge einzuschüchtern: „Wenn die Lehrlinge soviel fordern, verlieren die Unternehmer das Interesse an der Ausbildung".

Nicht irre machen lassen!

Für die Lehrlinge kommt es darauf an, sich dem Willen der Kapitalisten nicht zu beugen, die mit Hilfe der bürgerlichen Presse und – wie wir sehen – der Gewerkschaftsführung immer wieder „Begründungen" finden, warum die Arbeiter sich zurückhalten müssen.

Aufgabe der Lehrlinge in dieser Tarifrunde wird es sein, stärker noch als im vorigen Jahr den Willen zum einheitlichen Handeln aller Arbeiter zu dokumentieren. Allen Spaltungsversuchen zum Trotz sollten aus den Diskussionen in den Betrieben einheitliche, lineare Forderungen für alle Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge hervorgehen.

Spaltungsversuche sind es, wenn die Gewerkschaftsführer versuchen, die Kollegen der oberen Lohngruppen gegen die unteren auszuspielen, wenn sie versuchen, die unterschiedlichen Lehrlingslöhne aufrechtzuerhalten, „weil da doch Qualifikationsunterschiede sind."

In der Auseinandersetzung um eine einheitliche, lineare Forderung gilt es auch das Interesse aller Arbeiter an einem existenzabsichernden Lohn für Lehrlinge deutlich zu machen.

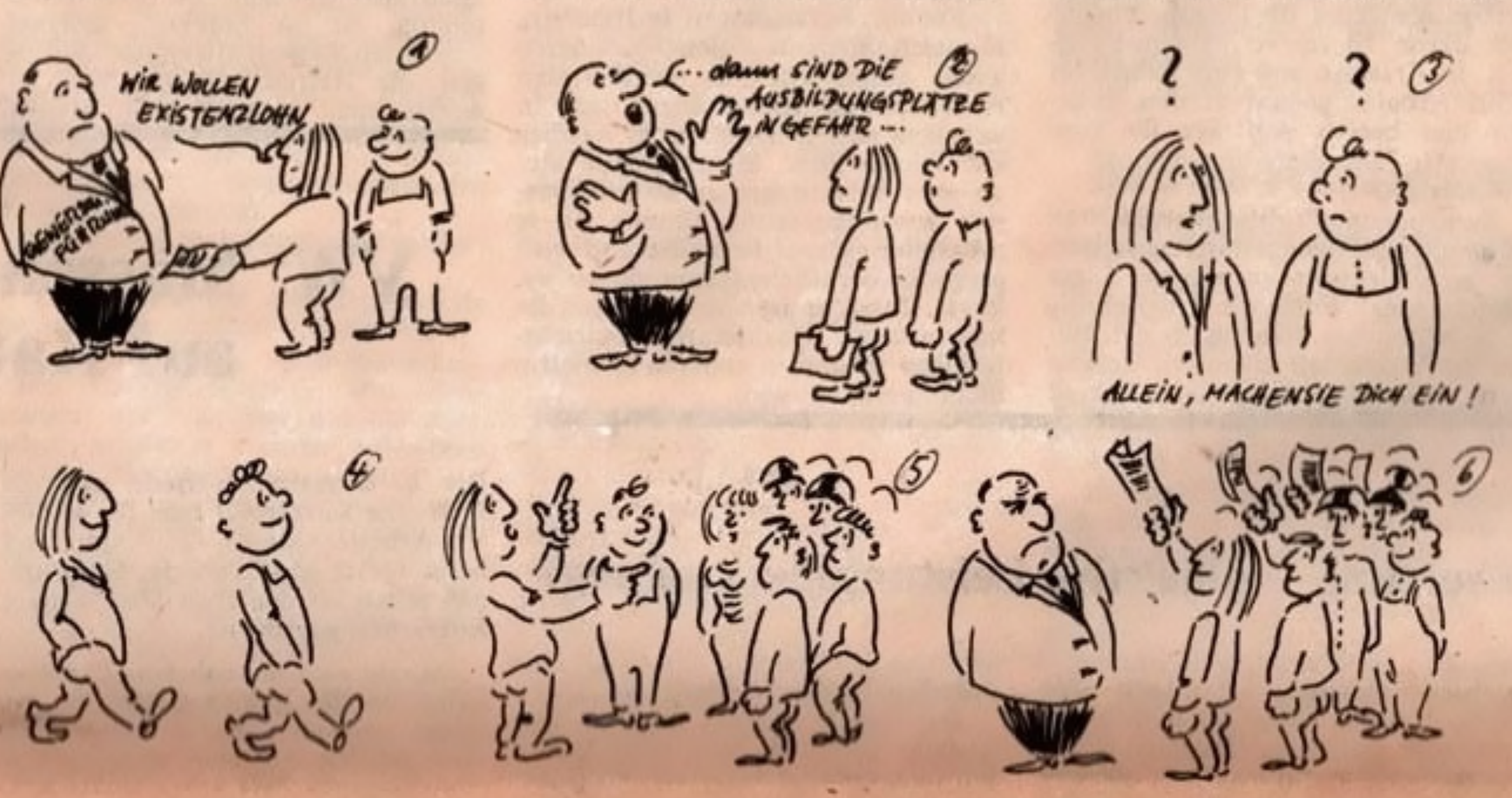
Mit der Forderung nach einem Lehrlingslohn, der die finanzielle Unabhängigkeit der Lehrlinge gewährleistet, und die werktätigen Familien vor den zusätzlichen Kosten bewahrt, die eine Ausbildung ihrer Kinder verursacht, müssen wir auch einer rückständigen Haltung entgegenwirken, die bei vielen älteren Kollegen noch vorhanden ist: Diese Haltung geht von den eigenen miesen Erfahrungen aus, die die älteren Kollegen als Lehrlinge gemacht haben („Wir haben damals nur 5 Mark die Woche gekriegt").

Wenn wir die damaligen Zeiten als Maßstab nahmen, stehen wir natürlich heute um einiges besser da; aber unser Maßstab liegt nicht nur in den Verbesserungen, die die Arbeiterbewegung in langem Kampf erreicht hat, sondern vor allem in der heutigen Lage und den anstehenden Aufgaben: Die Kapitalisten gehen verstärkt daran, das Lohnniveau der Arbeiterklasse zu drücken, die Ausbeutung zu verschärfen. Ein gemeinsames Klasseninteresse, für das es zu kämpfen gilt, ist daher auch die Bezahlung sämtlicher Ausbildungskosten der jungen Arbeiter durch die Kapitalisten.

In der letzten Tarifrunde ist die Forderung nach existenzabsicherndem Lohn für Lehrlinge noch zu abstrakt in die Diskussion geworfen worden. Sie wurde teilweise als unmittelbares Kampfziel in der Tarifrunde verstanden, was zum einen die Bemühungen um die Solidarität der Lehrlinge mit den älteren Kollegen erschwerte, zum anderen den Gewerkschaftsführern die Demagogie erleichterte daß das alles „Spinner" und „Utopisten" sind, die sowas fordern. Wenn wir heute als unmittelbares Kampfziel für die Tarifrunde eine einheitliche, lineare Lohnerhöhung für alle anstreben, machen wir keine Abstriche von dieser „Utopie", sondern gehen einen weiteren Schritt, um sie gemeinsam durchzusetzen.

Wenn die Lehrlinge auf Jugendversammlungen, Betriebsversammlungen, VK-Sitzungen und eventuell stattfindenden Gewerkschaftsversammlungen für den gemeinsamen Tarifkampf aller Arbeiter eintreten, gilt es auch zu fordern, daß weiterhin gemeinsame Tarifverhandlungen und Tarifverträge zustandekommen.

Ebenso gibt die Tarifrunde Gelegenheit, die Frage des Streikrechts für Lehrlinge verstärkt zu diskutieren. Dieses elementare Recht zur Verteidigung ihrer Lebenslage wird den Lehrlingen nicht nur von den Kapitalisten und der bürgerlichen Rechtsprechung verweigert; auch innerhalb der Gewerkschaft gibt es Widerstand dagegen: so untersagte die Gewerkschaftsführung beim Tarifkampf in Bremen-Unterweser den Lehrlingen die Teilnahme am Streik.



Auf diese Weise können die Lehrlinge zum Streikbruch eingesetzt werden, wenn sie dem Druck und den Erpressungen der Kapitalisten und ihrer Ausbildungsleitungen nicht standhalten.

Der OJA Hamburg hatte (welch löbliche Idee!) an den Gewerkschaftstag auch den Antrag auf Streikrecht für Lehrlinge gestellt; dieser Antrag wurde dem Vorstand wieder einmal nur als „Material" überwiesen, kam also garnicht zur Debatte!

Im Zusammenhang mit der aktuellen Bedrohung des Streikrechts der gesamten Arbeiterklasse, zum Beispiel durch das Schlichtungsabkommen, das die Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten eingegangen sind, oder durch die massiven Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter im vergangenen Jahr, ist die Frage des Streikrechts für Lehrlinge umso wichtiger.

Die Jungsozialdemokraten und ihr SDAJ-Anhang, die die Politik in den gewerkschaftlichen Jugendgremien heute ganz im Sinne der Gewerkschaftsführer betreiben, versuchen ständig, die materiellen Forderungen der Arbeiterjugend loszulösen von den politischen Aufgaben, die sich ihr heute stellen, und sie in das Programm ihres Parteiladens zu integrieren.

Im Gegensatz dazu ist es Aufgabe der fortschrittlichen Gewerkschafter, auf den Zusammenhang zwischen materieller und politischer Lage der Arbeiterjugend ständig hinzuweisen.

Deswegen gilt es auch die wesentlichen Fragen, die sich aus den kapitalistischen Rationalisierungen, wie die Einführung der Stufenausbildung, ergeben, in diesen Tarifkampf hineinzutragen und zu diskutieren. Denn die Stufenausbildung ist nicht nur ein massiver Angriff auf das Bildungsniveau der Arbeiterklasse, sondern vertieft in der Folge auch die Spaltung in ihr und gibt den Kapitalisten die Möglichkeit zu einem weitreichenden Lohnabbau, sowohl speziell bei den Lehrlingen, als auch im weiteren bei breiten Teilen der gesamten Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die kapitalistische Stufenausbildung ist somit eine weitere Aufgabe, die den Aufbau einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die Angriffe der Kapitalisten erforderlich macht.

- Einheitliche, lineare Lohnerhöhung für alle Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge!
und Lehrlinge!
- Gemeinsamer Tarifkampf!
- Gegen den Abbau des Streikrechts der Arbeiterklasse, Streikrecht für Lehrlinge!
- Gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, für eine konsequente Klassenpolitik in den Gewerkschaften!
- Kampf den kapitalistischen Rationalisierungen! Weg mit der Stufenausbildung! ●

Jugendkommission Metall
KB / Gruppe Hamburg

Der „uneigennützige" Retter Harms

Hamburger Reeder kauft Ahlmann

„Fabrik gerettet", wußte die „Bild"-Zeitung vom 9. September zu berichten.

Die Ahlmann-Carlshütte in Büdelsdorf hatte den Konkurs angemeldet (vergl. AK 49), 250 Arbeiter waren bereits entlassen. 1.400 weiteren drohte dasselbe. Da kam Harms!

Harms ist ein Allround-Kapitalist. Als Schiffbau- und Bergungsunternehmer, als Reeder und im Apparatebau hat er sich schon mit Erfolg versucht. Immer hat er seinen alten „Job" mit viel Gewinn aufgegeben. Zuletzt hatte er für viel Geld – die Summe ist nicht bekannt – sein Bergungsunternehmen nach Holland verkauft.

Ganz offensichtlich strebt er jetzt nach Höherem, denn Ahlmann ist bereits der dritte Betrieb, den Harms in diesem Jahr aufkaufte:

– im März kaufte er die Velox-Werke in Barmstedt (Schleswig-Holstein). Die Büro-Möbel-Fabrik hat einen Jahresumsatz von 30 Millionen Mark,

– im Mai kaufte er die Pohlschröder GmbH in Dortmund (vgl. AK 44). Die Büromöbelfabrik mit 1.700 Beschäftigten hat einen Jahresumsatz von 120 Millionen Mark.

Auf diese Art hat sich Harms für ca. sieben Millionen DM die Hälfte des Marktes für Büromöbel in der BRD erworben, ein Markt mit Zukunft! Die Masche war in allen drei Fällen dieselbe. Alle Betriebe waren intakt, sie waren nur hoch verschuldet und mußten den Konkurs und Liquidationsvergleich anmelden. Verhandlungen um die Weiterführung der Betriebe waren gescheitert, die jeweiligen Länderregierungen wollten keine weiteren Bürgschaften für Kredite geben. Erst zu dieser Zeit trat offiziell der „Retter" Harms auf die Bühne („Hamburger Abendblatt": „Der Retter von Pohlschröder"). Er bot sich an, die Betriebe weiterzuführen, um die Arbeitsplätze zu retten, versteht sich. Für wenig Geld kaufte er dann kurz vor dem Bankrott.

Im Falle Pohlschröder hatte die „Rettung in letzter Not" folgende für Harms erfreuliche Begleiterscheinungen: Das Land Nordrhein-Westfalen verzichtete auf eine Bürgschaft von 11,66 Millionen DM aus dem Jahre 1973, Banken und Lieferanten verzichteten angesichts des finanzkräftigen Harms und der Hoffnung auf große Aufträge auf 9,5 Millionen DM Ansprüche. Pohlschröder und Harms profitierten also gleichermaßen. Zur Aufhellung der Hintergründe dieser Rettungstat sei noch angemerkt: Bereits vor den Übernahmeverhandlungen waren Harms und Pohlschröder geheim zusammengetroffen (lt. „Industriemagazin" vom August 1974).

Im Falle Ahlmann profiliert Harms sich wiederum als Sicherer von 1.400 Arbeitsplätzen. Auch hier wieder auf Kosten unserer Steuergelder, denn das Land Schleswig-Holstein, Hauptgläubiger der Ahlmann-Carlshütte, hat in allerdings nicht genannter Höhe Schulden getilgt. Harms brauchte dafür nur die Weiterführung des gut laufenden Betriebes zu versprechen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Siemens will 6.000 Kollegen entlassen!

„Bereinigung" im Fernmeldewesen der Elektroindustrie

Siemens will im Bereich des Fernmeldewesens ein Viertel der Beschäftigten „einsparen". 6.000 Arbeiter und Angestellte sollen entlassen werden. Grundlage dafür ist eine Bereinigungspolitik, die die großen Elektrokonzerne im Fernmeldewesen vornehmen.

Die monatliche Zahl der Telefonneuanmeldungen sackte von 130.000 auf 50.000 im Bundesgebiet („Handelsblatt" 11.9.74), während die Abmeldungen von Telefonanschlüssen z.B. alleine in Hamburg im August 74 um 3.000 höher lagen als normal (d.h. doppelt so hoch). Diese Entwicklung kann man zu einem guten Teil auf die drei Gebührenerhöhungen der letzten drei Jahre, die Preissteigerungen bis zu 122 % e reichten, erreichten zurückzuführen.

Bei diesen Preissteigerungen und dem ständigen Abbau des Reallohns der Arbeiterklasse, muß es sich ein Arbeiter doch überlegen, ob er sich ein Telefon leisten kann oder nicht. Hier kann man eine Paralelle zur Automobilindustrie ziehen, wo schon viele tausend Kollegen entlassen worden sind und auch kurzarbeiten, die Autos auf Lager stehen, nicht weil der Bedarf an Autos gedeckt ist, sondern weil sich ein normal verdienender Arbeiter mit seinem Lohn und bei den Preisen gar kein Auto mehr leisten kann, obwohl er es vielleicht für den Arbeitsweg dringend brauchen würde. Genauso ist es in der Telefonbranche, denn hier steht die BRD international mit Telefonanschlüssen erst an 14. Stelle, d.h. der Bedarf an Telefonanschlüssen ist noch lange nicht gedeckt.

Die sich verschlechternde Lage der Arbeiterklasse ist eine der Ursachen für zunehmende Rationalisierungen im Fernmeldewesen. Die andere besteht darin, daß eine neue elektronische Technik entwickelt wurde, das ELEKTRONISCHE WAHLSYSTEM (EWS), das die bisherige Edelmetall-Motor-Drehwähler-Technik (EMD) ablösen soll. Durch EWS sollen etwa 50 % des Personals eingespart werden. Das System soll innerhalb der nächsten zehn Jahre voll eingeführt werden. So ist z.B. die Kurzarbeit im Münchener Siemens-Werk (vergl. AK 49), nicht auf die schlechte Auftragslage, sondern auf die Umstellung auf die neue Technik und den Abbau alter EMD-Lagerbestände zurückzuführen.

Von einer Flaute bei Siemens kann allerdings nicht die Rede sein. Die Firma wird auch in diesem Jahr einen hervorragenden Geschäftsabschluß aufweisen, die Dividende wird wiederum 16 % betragen. Das ist zum einen auf Siemens Monopolstellung, zum anderen auf seinen starken Kapitalexport zurückzuführen. Der größte Elektrokonzern der BRD besitzt 45 % des Marktanteils bei der Bundespost, 45 % seiner Fernmeldegeschäfte wickelt er allerdings im Ausland ab. In 15 verschiedenen Ländern hat Siemens Fertigungsstätten für Fernsprechanlagen, davon 13 eigene Siemens-Fabriken. In Brasilien soll eine Fabrik für 2.500 Arbeiter gebaut werden, es liegen hier bereits Aufträge für zwei komplette Jahreslieferungen vor. („Handelsblatt" 11.9.74)

Zunehmende Profitschwierigkeiten im Inland will Siemens durch gesteigerten Kapitalexport aufwiegen. Diese „Bereinigung" sollen die Arbeiter und Angestellten bei Siemens tragen. Neben der Kurzarbeit in einigen Werken (vergl. AK 49) werden jetzt überall Entlassungen vorbereitet. Gleichzeitig wird bei Siemens ein neues Entlohnungssystem eingeführt. Dieses beruht auf der „Analytischen Arbeitsplatzbewertung". Danach werden in der Bewertung z.B. die Ausbildung der Arbeiter relativ hoch bewertet, während körperliche Beanspruchung oder nervliche Strapazen (Monotonie etc) sehr gering bewertet werden. Diese Einteilung garantiert den Kapitalisten eine Lohnsenkung in großem Umfang, denn etwa 82 % aller bei Siemens Beschäftigten sind ungelernt, die meisten müssen monotone oder körperlich schwere Arbeiten verrichten.

In Hamburg passierte aufgrund der Lage bei Siemens folgendes:
Am 13. August fand eine Montagebesprechung für die Arbeiterinnen statt, auf der die Beschäftigungslage erläutert wurde. Der Montageleiter gab bekannt, daß nächstes Jahr nur noch für etwa 200 Kollegen der Montage Arbeit da ist, während momentan etwa 350 Kollegen in der Montageabteilung I arbeiten.

Mit einem Einstellungsstop sei dieses „Problem" nicht mehr zu lösen. Im Klartext:
Siemens will entlassen.

Für die Entlassungen in Hamburg hat sich Siemens einen besonderen Trick ausgedacht: Es werden den Arbeiterinnen Kurse angeboten, in denen sie sich in vier bis sechs Wochen zur Phono- bzw. Stenotypistin oder an acht Arbeitstagen zu Montiererinnen ausbilden lassen können. Diese „Ausbildung" sei freiwillig und wird als große berufliche Qualifikation verkauft. Tatsache ist allerdings, daß die hier erlangte Qualifikation betriebsbezogen ist und in anderen Betrieben nicht anerkannt wird.

In Wahrheit war das Kurs-Angebot ein übler Trick: die Geschäftsleitung hoffte, daß ältere Kolleginnen und Ausländerinnen (wegen Sprachschwierigkeiten) diese Kurse gar nicht erst besuchen und die Segel streichen. So wurde auf der Montagebesprechung beispielsweise auch zugegeben: **„Wir brauchen ohnehin nur sehr wenig Stenotypistinnen."**

Am 10.9.74 war dann eine Betriebsvollversammlung. Hier wurde zunächst über die Beschäftigungslage bzw. wirtschaftliche Situation im Fernmeldewesen kein einziges Wort verloren. Allerdings sprach eine Kollegin dieses Problem an, worauf der Montageleiter „tiefbetrübt" auf dieses „leidige Thema" antwortete. Er sagte, daß nächstes Jahr für ca. 240 Kollegen (von mittlerweile nur noch 300 Kollegen) noch Arbeit da sei. Die berühmten „natürlichen Abgänge" waren also schon in größerem Maße als erwartet eingetreten. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, zeigte hier bereits ihre Wirkung. Mit üblem Zynismus beteuerte er dann, daß in den kommenden Jahren keine Entlassungen vorgenommen würden, da sich das „Problem" durch die „natürlichen" Abgänge und dem wahrscheinlichen Rückgang der ausländischen Kolleginnen von allein lösen werde. Auch in Bezug auf die EWS-Technik werde man versuchen, Kolleginnen durch Kurse auch mit dieser Arbeit vertraut zu machen; die angebotenen Kurse seien also wirklich „nur zur Weiterbildung für die Frauen" gedacht.

Zu den Massenentlassungen schweigen die Herren offiziell noch, sie wollen nicht vorzeitig mehr Arbeiter verlieren, sondern erst im Rahmen ihres längerfristigen Rationalisierungsplans. Solange werden in einigen Bereichen kleinere Entlassungen vorgenommen, „natürliche Abgänge" nicht ersetzt etc. Auf diese Weise hat bereits die Automobilindustrie tausende von Arbeitern arbeitslos gemacht. Wir müssen bereits frühzeitig die Pläne der Siemens-Kapitalisten bekannt machen und entlarven, um zum Aufbau einer Abwehrfront gegen ihre Angriffe beizutragen.

Entlassungen auch bei SEL (ITT), De-Te-We und T & N

Die „Bereinigung" im Fernmeldewesen betrifft nicht nur Siemens. SEL/ITT entläßt 600 Arbeiter auf Außenmontage und führt seit Anfang September für 3.000 Beschäftigte Kurzarbeit durch.

Mit Massenentlassungen großen Ausmaßes arbeitet schon seit Jahresbeginn die TELEFONBAU & NORMALZEIT, T & N. 1.300 Kollegen (von insgesamt 22.000) wurden bereits entlassen oder nicht ersetzt, 800 weitere sollen in diesem Jahr noch folgen.

Bei DeTeWe in Berlin mußten bereits 1.000 Arbeiter kurzarbeiten, Entlassungen wurden durch die Übernahme der Fertigung von Computerteilen bisher nicht vorgenommen. ●

Betriebszelle Siemens
KB/Gruppe Hamburg

die BRD international mit Telefonanschlüssen erst an 14. Stelle, d.h. der Bedarf an Telefonanschlüssen ist noch lange nicht gedeckt.
Die sich verschlechternde Lage der Arbeiterklasse ist eine der Ursachen für zunehmende Rationalisierungen
Zunehmende Profitschwierigkeiten im Inland will Siemens durch gesteigerten Kapitalexport aufwiegen. Diese „Bereinigung" sollen die Arbeiter und Angestellten bei Siemens tragen. Neben der Kurzarbeit in einigen Werken (vergl. AK 49) werden jetzt überall
nen ausbilden lassen können. Diese „Ausbildung" sei freiwillig und wird als große berufliche Qualifikation verkauft. Tatsache ist allerdings, daß die hier erlangte Qualifikation betriebsbezogen ist und in anderen Betrieben nicht anerkannt wird.
VW: Massenentlassungen auf Raten

VFW-Fokker in Bremen:
Methodische Leistungsbewertung – objektive Leistungsbeurteilung?

Die vereinigten Flugtechnischen Werke (VFW-Fokker) in Bremen sind einer der größten Rüstungsbetriebe in der BRD. Sie sind beteiligt an der Herstellung des Mehrzweckkampfflugzeuges MRCA und der geplanten Weltraumstation „Spacelab"; außerdem bauen sie das Mittelstreckenpassagierflugzeug VFW 614.

Am 1. Juli ist bei VFW in Bremen eine Betriebsvereinbarung über die methodische Leistungsbeurteilung für die „gewerblichen Mitarbeiter" in Kraft getreten. Diese Vereinbarung ist vom Betriebsrat (BR) nicht nur mit eingeführt worden, sondern wird auch als „positiver Schritt zur objektiven Beurteilung" angepriesen, womit der BR diesen erneuten Angriff der VFW-Kapitalisten auf die Belegschaft zu bemänteln versucht. Auf einer Betriebsversammlung kurz nach Einführung dieses Systems war von der Geschäftsleitung und dem BR auf die „positiven Erfahrungen" im Zweigwerk Vahrel hingewiesen worden.

Wenn man die Inhalte dieses Systems aber genau untersucht, wird man feststellen, daß es sich dabei um einen Akt der verschärften Disziplinierung und noch weiteren Spaltung der Belegschaft handelt.

Bislang wurde auf den Tariflohn eine unterschiedlich hohe außertarifliche Zulage gezahlt, wobei die Zulage natürlich als Instrument zur Spaltung benutzt wurde. Das kam schon in der Tarifrunde Anfang dieses Jahres zum Ausdruck, als es gerade bei VFW zu scharfen Auseinandersetzungen mit Streikbrechern kam. Nach dem neuen System löst sich diese AT-Zulage auf in eine Gruppenzulage (für alle Arbeiter einer Tarifgruppe gleich) und eine „persönliche Zulage", deren Ergebnis von der „methodischen Leistungsbewertung" abhängig ist. Damit wird die Spaltung in einem System festgeschrieben, wobei die einzelnen Kollegen zu Gruppen zusammengefaßt und hier in einer Rangfolge von 20 Plätzen bewertet werden. Gleiche Plätze sind ausgeschlossen, so daß jeder „besser" oder „schlechter" sein muß als seine Kollegen. Die Bewertung ist abhängig von vier „Beurteilungsmerkmalen":

- Menge und Umfang der Arbeit
- Arbeitsgüte
- Wirksamkeit (Umgang mit Maschinen)
- Zusammenarbeit

Dabei steht die Gewichtigkeit der ersten beiden Merkmale zu den letzten beiden im Verhältnis 3 : 2. Die 20 Plätze werden nach einem bestimmten Häufigkeitsverhältnis (ist in der Betriebsvereinbarung nicht mit enthalten) aufgeteilt in 7 Stufen von DM 0,00, DM 0,25 ... bis DM 1,50! Die Einstufung wird vorgenommen vom direkten und nächsthöheren Vorgesetzten unter „Hinzuziehung eines Sprechers der Gruppe, soweit diese es wünscht"!! D. h., die vom BR angepriesene „objektive Beurteilung" wird wie bislang von den Handlangern der Geschäftsleitung durchgeführt!

Aber das System soll ja noch mehr Vorteile bringen, nämlich mehr Mitbestimmung! Dazu gibt es eine „paritätische Leistungsbeurteilungskommission", die die Anwendung „überprüfen" und „beanstanden" darf, die Durchführung „überwacht", Vorschläge zur Verbesserung macht, aber auch „entscheidet", allerdings nur über Anträge zur Neueinstufung. So erweist sich auch die „Mitbestimmung" als Windei!

Eine besondere Sauerei ist in der Anlage 3, Teil der Betriebsvereinbarung, enthalten. Da heißt es: *„Ergibt sich eine Leistungszulage, die unter seinen bisherigen Zulagen liegt, wird die Differenz als Sonderzulage ausgewiesen"* und weiter *„Die Sonderzulage wird schrittweise durch kollektive und individuelle Maßnahmen aufgelöst"*. Im Klartext heißt das: Um den Widerstand gegen dieses System im Griff zu behalten, kriegt im Augenblick keiner weniger als bisher. Bloß der Kollege geht bei der nächsten Tariferhöhung oder fälligen Höherstufung leer aus!

An diesen Punkten kann man schon sehen, was die VFW-Kapitalisten mit der Einführung dieses Systems bezwecken: durch das Aufstellen von „Rangreihen", in denen man durch gegebene Häufigkeitsverteilung sich nur auf Kosten seiner Kollegen verbessern kann, werden die Kollegen in ständiger Konkurrenz gehalten, schließlich wird jedes Jahr einmal eingestuft. Das bedeutet eine weitere Spaltung der Kollegen und damit eine Schwächung ihrer Kampfkraft.

Der zweite Aspekt ist eine verschärfte Disziplinierung jedes einzelnen; man muß stets Angst haben, bei der nächsten Einstufung schlechter wegzukommen.

Das hat gerade für einen Rüstungsbetrieb wie VFW eine besondere Bedeutung, denn diese Betriebe brauchen eine „krisenfeste" und ruhige Belegschaft.

Das Leistungsbewertungssystem wird aber auch in kommenden Tarifauseinandersetzungen eine große Rolle spielen, denn wer streikt schon für 50 oder 60 Pfennig, wenn er damit DM 1,50 „Zulage" auf's Spiel setzt? Ganz zu schweigen von spontanen Lohnkämpfen oder anderen Auseinandersetzungen!

Aber die Kollegen bei VFW haben sich mit der Einführung des Leistungsbewertungssystems noch nicht abgefunden, sie haben sogar erste Schritte unternommen, die dieses System zu Fall bringen sollen. Nachdem die ersten Einstufungen heraus waren, bildete sich ziemlich spontan eine Bewegung mit der Richtung: das Leistungsbewertungssystem muß weg! Eine Unterschriftensammlung mit der Forderung nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung für die rund 850 Arbeiter (außerdem sind fast 2.500 Angestellte im Bremer Werk beschäftigt) brachte in zwei Tagen über 200 Unterschriften, daraufhin stimmte der BR sofort zu (damit nicht noch mehr Kollegen in die Sache einbezogen werden natürlich).

Die Aufgabe der Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kollegen bei VFW muß es nun sein, auf dieser Betriebsversammlung klar darzulegen, welche Ziele die VFW-Kapitalisten mit der Einführung dieses Systems bezwecken, um die spontane Empörung der Kollegen in ein bewußtes Abwehren dieses Angriffes umzusetzen. Dabei gilt es, auch die Angestellten und die Kollegen in den Zweigwerken frühzeitig mit in den Kampf einzubeziehen, denn nach der Strategie der VFW-Kapitalisten soll nach und nach der ganze Konzern mit diesem Bewertungssystem „beglückt" werden. Verschont werden dürfen auch nicht die sozialdemokratischen Betriebsräte, die sich wieder einmal zu einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten zusammengefunden haben. Ziel dabei muß es sein, bei den BR-Wahlen im nächsten Frühjahr solche Leute zu ersetzen durch Kollegen, die eine Betriebspolitik im Interesse der Belegschaft vertreten! ●

Ein Genosse der Sympathisantengruppe des KB in Bremen

IMPRESSUM
Arbeiterkampf
Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 12.500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

VW: Massenentlassungen auf Raten

Die 6. Kurzarbeitsperiode und die 9. Woche Kurzarbeit fand für 46.500 VW-Arbeiter vom 23.-27.9. statt; und bereits jetzt gibt es wieder Gerüchte, daß schon für den Dezember weitere Kurzarbeit geplant ist.

Mittlerweile sind auch weitere Einzelheiten über neue Entlassungen bekannt geworden. Dabei vollzieht die Geschäftsleitung einen weiteren Teil ihres Plans, die Belegschaft durch Massenentlassungen in Raten zu reduzieren. Immer wieder hatte Boss Leiding geschworen, VW würde nicht entlassen, man stelle nur nicht neu ein. Mit diesen Beschwichtigungen sind bis heute mittlerweile 8.000 der für das Jahr geplanten 12.000 Entlassungen vollzogen (auf 114.000 in allen Werken). Die jüngste Meldung lautet nun:

„Das Volkswagenwerk hält seit gestern nicht mehr an der Behauptung fest, daß 114.000 Beschäftigte die angestrebte ‚Untergrenze' darstelle. Die neue Untergrenze werde künftig darunter liegen." („Westfälische Rundschau", 25.9.74).

Das bedeutet, daß bis zum Jahresende noch weit über 4.000 Arbeiter und Angestellte bei VW entlassen werden sollen. Allein bei den Angestellten und den Zeitlohnarbeitern wollen die Bosse 10 % an Personalkosten sparen. Ebenfalls wiederbelebt werden die sogenannten „Aufhebungsverträge", nach denen, wer freiwillig kündigt, je nach Alter und Betriebszugehörigkeit zwischen DM 5.000,– und DM 9.000,– erhält. Auf diese Art wurden im Juni bereits 3.500 Arbeiter entlassen; viele von ihnen sind heute noch arbeitslos. Sie bekommen in der Regel erst nach langer Zeit Arbeitslosengeld, da sie „freiwillig" gekündigt haben und durch die Kassierung von Abfindungen keinen Lohnausfall hätten – so die Arbeitsämter!

Im Betrieb setzen die Kapitalisten die Verunsicherung der Beschäftigten weiter fort. Jüngster Fall in Hannover: 60 italienische Arbeiter erhielten einen Brief der Geschäftsleitung, in dem es hieß:

„ ... mit Sorge haben wir feststellen müssen, daß Ihre persönliche Abwesenheitsquote weit über dem Durchschnitt aller Werksangehörigen liegt. In einem persönlichen Gespräch ... werden wir uns über die Gründe Ihrer Abwesenheit unterhalten."

Die Werksleitung hat bereits Entlassungen von „Krankmachern" angedroht.

Weitere Kurzarbeit fand auch in den Werken Ingolstadt und Neckarsulm der zum VW-Konzern gehörenden Audi/NSU-Werk statt (vom 16.-27. 9.) Für den Oktober ist erneut Kurzarbeit angekündigt.

Streik bei VW in Mexiko

Neben einer Reihe schon existierender Werke im Ausland, vor allem in Ländern mit niedrigen Löhnen, will VW weiteres Kapital exportieren. Die Pläne für ein Werk in den USA sind nicht aufgegeben, sondern zunächst einmal aufgeschoben. Verhandlungen um ein Werk im Iran sind bisher noch nicht abgeschlossen.

Doch in den Niedriglohnländern herrscht für die VW-Bosse nicht nur eitel Sonnenschein. Mitte September traten in Puebla in Mexiko 12.000 VW-Arbeiter in einen Streik und stellten die Forderung nach Lohnerhöhungen von 22 % auf. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

Rechtsschutz durch Gewerkschaft?

Wie frech und offen Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Interessen ihrer Mitglieder handeln und versuchen, solidarische Aktionen zu verhindern, zeigt folgende „Rechtsberatung", die ich vor einiger Zeit von einem Gewerkschaftsfunktionär (HBV) erhielt.

Folgendes war passiert: von Kolleginnen aus der Buchhaltung hatte ich gehört, daß ein Konkurs der Firma, in der ich arbeite, in nächster Zeit sehr wahrscheinlich war. Es schien fraglich, ob Löhne und Gehälter (incl. Urlaubsgeld) für Juni noch ausbezahlt würden. Ich bin daraufhin zur HBV-Rechtsstelle gegangen, um mich über Kündigungsfristen, Anspruch auf Urlaub, Urlaubsgeld etc. zu informieren.

Nachdem ich dem Gewerkschaftsfunktionär die Situation geschildert hatte, riet er mir dringend, keinem weiteren Kollegen von der eventuell bevorstehenden Pleite zu erzählen.

Mit haargenau den gleichen Methoden wie die Arbeitgeber, nämlich offener Drohung einerseits und Lockung durch den Anreiz von Geld andererseits, versucht hier „unsere" Interessenvertretung, die Gewerkschaft, uns zu spalten und gegeneinander auszuspielen.

Rationalisierung bei der Deutschen Bundespost

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Frage der Defizite bei der Bundespost und beleuchtet die unserer Meinung nach wichtigsten Aspekte. Das soll in einem der nächsten AK fortgesetzt werden mit einer speziellen Untersuchung der Rationalisierungsmaßnahmen sowie der Haltung von Gewerkschaftsführung und Sozialdemokratie dazu.

Wie in der gesamten übrigen Wirtschaft, so rollt auch bei der Bundespost die Rationalisierungswelle. Dort allerdings werden gerade zaghaft die ersten Schritte getan, das angestrebte Ausmaß dieser Politik ist für die Postkollegen jedoch kaum erkennbar. Durch falsche und unvollständige Informationen schaffen Bundespost und Deutsche Postgewerkschaft (DPG) Illusionen, die die Folgen dieser Politik für die Kollegen verharmlosen.

So wird seit einigen Jahren die Rationalisierung als unumgänglich, weil gesellschaftlich notwendig und produktivitätssteigernd – und damit fortschrittlich dargestellt. Als Begründung dienen die ständig steigenden Defizite der Bundespost. Sie zeigen „*deutlich, wo in Zukunft der Hebel für eine Gesundung der Bundespost anzusetzen ist: beim Personalbestand. Ohne durchgreifende, arbeitskräftesparende Rationalisierung wird sich die Schere zwischen zwar steigenden Einnahmen, aber wesentlich stärker expandierenden Kosten immer weiter öffnen*" („Süddeutsche Zeitung" v. 1.7.74).

Diese Defizite sind in den einzelnen Dienstleistungsbereichen unterschiedlich. Im Jahre 1971 ragten dabei vor allem folgende Bereiche heraus:

Paketdienst:	702,6 Mio DM
Zeitungsdienst:	517,7 Mio DM
Briefdienst:	469,4 Mio DM
Päckchendienst:	208,9 Mio DM

In diesen Bereichen werden die durch Beförderung, Zustellung usw., verursachten Kosten im Durchschnitt nicht durch die Postgebühren gedeckt. Es kommt zu roten Zahlen.

Gerade diese besonders defizitären Bereiche werden überwiegend von Wirtschaftsunternehmen genutzt. Der Paketdienst beispielsweise dient zu 80 % direkt den Kapitalisten („FR" v. 8.11.72), insbesondere dem Versandhandel (Quelle, Neckermann , Otto etc.). Darüber hinaus nutzen diese Kapitalisten die Bundespost natürlich kaum dort, wo sie ihre Waren selber billiger an den Mann bringen können. Die Versandriesen haben in den Ballungszentren eigene Beförderungs- und Zustellnetze eingerichtet. Im Bayrischen Wald etc. hingegen greifen sie auf die Dienste der für sie billigeren Bundespost zurück. Die Kataloge des Versandhandels werden überall durch die Post zugestellt, weil deren Gebühren weit unter den durch den besonders großen Arbeitsaufwand bedingten Kosten liegen. Auch der Zeitungsdienst steht vorwiegend im Dienste der Großverlage (Springer, Bertelsmann etc.). Dieses Defizit wird im Einzelnen nach politischen Überlegungen gestaltet in einer „gemeinsamen Kommission", die aus Vertretern des Postministeriums (BPM) und der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger besteht. Deren Aufgabe ist es, „*zu prüfen, wie die Zahl der zum Postzeitungsdienst zugelassenen 7 600 Verlagsprodukte verringert werden kann*" (Horst Ehmke).

An der Briefpost haben Werbung und Geschäftspost den größten Anteil. Die Gestaltung der Gebühren auch auf diesem Gebiet sind als gezielte politische Maßnahmen zu sehen. „*Mit Sicherheit wird diese politische, nicht der gegenwärtigen Wirtschaftssituation (Preissteigerungen) adäquate Gebührenerhöhung die Werbeaktivität besonders der kleinen und mittleren Unternehmen beeinträchtigen*" (Pressemitteilung der Firma „A-Z Direkt-Marketing-Adressen-Zentrale). Auf der anderen Seite schließt die Post mit einigen großen Firmen wie z.B. Neckermann besondere Kooperationsabkommen ab. Im Rahmen solcher Vereinbarungen „*wird von der Post ein gewisser Kostenausgleich gewährt*". (Presseabteilung der Firma Neckermann).

Beim Päckchendienst sieht es ähnlich aus.

Gerade die von den Kapitalisten besonders genutzten Versendungsarten (Drucksachen, Massendrucksachen, Briefdrucksachen, Warensendungen usw.) werden von der Post schon allgemein durch besonders niedrige Gebühren begünstigt. Diese Gebühren sind nicht kostendeckend, sondern werden von der Post direkt als „politische Gebühren" bezeichnet.

In den Defiziten der Bundespost und auch im Einzelnen in der Gebührenpolitik werden allgemeine ökonomische Interessen der Kapitalistenklasse durchgesetzt. „*Zweiffellos wird die Post kaum ein gewinnträchtiges Unternehmen nach privatwirtschaftlichem Muster sein können; dazu ruhen zu viele politische Lasten auf ihr*" „Süddeutsche Zeitung" vom 1.7.74). Die Defizite sollen also gar nicht angetastet werden, sondern vielmehr unter politischen Gesichtspunkten gezielt im Interesse der Kapitalisten gestaltet werden. Einen besonders zynischen Ausdruck findet dies in der „FAZ" vom 4.12.73, einem wichtigen Sprachrohr der Kapitalistenklasse: „*Die Post hat ihren Benutzern schon so manches Schnippchen geschlagen, am übelsten (!) hat sie jedoch den Besitzern von Autotelefonen (!!) mitgespielt". Auch hier hat es nämlich Gebührenerhöhungen gegeben.*

Das Fernmeldewesen ist übrigens der einzige Bereich der Bundespost, in dem die Einnahmen größer sind als die Ausgaben. Hier wird also ein Plus erwirtschaftet. Deshalb fordern der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und der ‚Verband der Postbenutzer' auch eine Privatisierung dieses Bereiches und eine stärkere Subventionierung der Defizite aus Steuermitteln. Die Gewinne sollen also in die Hände der Kapitalisten übereignet werden – auf der anderen Seite soll die Politik der Defizite aus Lohnsteuergeldern finanziert werden!

Als Dienstleistungsunternehmen ist die Bundespost für die Kapitalisten unentbehrlich. Als Auftragsgeber jedoch ebenfalls. Sie gehört neben Bundeswehr und Bundesbahn zu den größten öffentlichen Auftraggebern für die Wirtschaft. Die folgende Tabelle stellt die Ausgaben der Bundespost für Lieferungen und Leistungen der Industrie im Jahr 1972 dar (in Millionen DM):

Linien und Leitungsnetz	2764,9
Fernsprechanlagen	3033,5
Telegrafie, Funk und Fernmeldetechnik	594,0
Hochbau	1298,4
Dienstausstattung	462,1
Kraftfahrzeuge	246,7
Kraftfahrstoff f. Kfz.	82,8
Druckererzeugnisse	188,5
Bahnpostwagen, Postbeförderungsanlagen, Handfahrzeuge, Einrichtungen des Postscheck- u.-sparkassendienstes,	82,8
Mieten für Maschinen des Betriebs- und Verwaltungsdienstes	68,2
insgesamt in Mio DM:	8821,9

(aus: Wirtschaftsbericht der DBP für 1972)

Allein für Produkte des Fernmeldewesens vergab die Post 1972 Aufträge in Höhe von rund 6,4 Mrd. DM. „*Aufträge über Fernmeldeerzeugnisse gehen – branchenstrukturell bedingt – an großindustrielle Unternehmen*" (R. Meierose). Das sind etwa ein Dutzend (Siemens, AEG-Telefunken, DTW, T + N usw.)

Jede dieser Firmen ist jeweils auf bestimmte fernmeldetechnische Produkte spezialisiert. Deshalb brauchen sie auch kaum um die Aufträge der BP zu konkurrieren, solange sie ihr Spezialgebiet nicht verlassen. Das macht sie sehr frei in der Preisgestaltung nach oben.

Im Rahmen der Auftragsvergabe ist die Bundespost „*an der Durchsetzung wirtschaftspolitischer Ziele der Bundesregierung in hervorragendem Maße beteiligt.*" Sie verwirklicht die Interessen der Kapitalistenklasse, indem sie die Monopolisierung unterstützt und gezielt Aufträge dorthin vergibt, wo die Profitmöglichkeiten am größten sind. Allein im Jahre 73 vergab sie Aufträge in Höhe von 1 Mrd. DM nach West-Berlin. Neben den politischen Absichten, die dabei verfolgt werden, sind die Kapitalisten dort zusätzlich noch mit Steuervorteilen gesegnet.

Die Defizite der Post haben zur Folge, daß sie sich in großem Umfang verschulden muß. Diese Verschuldung stieg von 5,74 Mrd. DM im Jahr 1960 auf 36,15 Mrd. DM im Jahre 1973. Das entspricht einer Steigerung von 630 %. 1974 werden die Schulden erneut um 8,17 Mrd. DM auf insgesamt 44,32 Mrd. DM steigen. Dieser enormen Verschuldung begegnet die Bundespost mit der Aufnahme von Krediten und der Ausschreibung öffentlicher Anleihen. Allein 1971 betrugen die Zinsen (!) dafür 2,24 Mrd. DM. Und die Finanzkapitalisten reiben sich die Hände!

Doch die Zusammenarbeit zwischen Bundespost und Kapitalisten geht noch weiter. So wurde in der Vergangenheit ein bestimmter Fernsprechapparat wieder aus dem Verkehr gezogen, weil bei ihm der Verschleißfaktor zu niedrig war. Er ging einfach nicht kaputt und wurde deshalb durch eine andere Ausführung ersetzt, die schadenanfälliger war.

Für besondere Verdienste bei der Durchsetzung ihrer Interessen zeigen sich die Kapitalisten auch erkenntlich. So soll Staatssekretär Elias (BPM, zuständig u.a. für die Auftragsvergabe im posttechnischen Bereich, einer der Hauptproduzenten dafür ist die Firma Siemens AG) belohnt werden mit einem Sitz im Vorstand der Firma Siemens! („Stern" 27/74). Auf jeder Bühne die richtige Rolle – als Marionette der Kapitalistenklasse! ●

Postgruppe des KB
Gruppe Hamburg

Baden-Württemberg: 20.000 Metaller in Warnstreiks

Im letzten Herbst hatten die Metaller Baden-Württembergs zur Durchsetzung des Lohnrahmentarifvertrags II gestreikt. Das schließliche Ergebnis – von den Führern der IGM mit den Kapitalisten von Gesamtmetall ausgehandelt – war denkbar mager.

In den folgenden Monaten zeigte sich jedoch, daß die Kapitalisten nicht mal diesen „Verhandlungskompromiß" voll anzuwenden bereit waren, sondern Teile davon einfach ignorierten: Die vertraglich festgelegte Verdienstabsicherung für Arbeiter über 55 Jahre wurde von den Kapitalisten nicht eingehalten.

Über diesen Punkt wird darum bereits seit Monaten wieder verhandelt.

Aus Anlaß einer erneuten Verhandlungsrunde protestierten am 24. September rund 3.000 Metaller im Mannheimer Raum (davon 1,500 bei BBC) mit halbstündigen Warnstreiks gegen die Willkür der Kapitalisten.

Am 25.9. beteiligten sich bereits über 20.000 Kollegen an den befristeten Proteststreiks: 4.000 bei Daimler Benz in Mannheim, 2.000 in den Motorenwerken Mannheim, 2.500 bei Bopp & Reuther, 4.500 in der Zahnradfabrik Schwäbisch Gmünd, 4.000 bei Daimler Benz in Gaggenau, 900 bei Singer in Karlsruhe und 400 bei den Dreißwerken (Angaben nach „UZ" vom 26.9.74).

Nachdem die Verhandlungen zwischen Gesamtmetall und IGM zunächst am 25.9.74 für gescheitert erklärt worden waren, ließen die Tarifpartner am Abend des 26. September bereits übers Fernsehen mitteilen, daß man nun doch wieder eine Lösung auf dem Verhandlungswege herbeiführen werde. ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Texaco - Hamburg

Herr Obes macht „Kompromisse"

Am 19.9.74 fand vor dem Landgericht Hamburg der Prozeß des Kollegen Kynast (Betriebsrat der Texaco-Hauptverwaltung) gegen Herrn Obes statt. Dieser Obes hatte Anfang des Jahres mit tatkräftiger Unterstützung der IG-Chemie-Führer vor dem Betrieb des Kollegen Kynast – Texaco – ein Pamphlet verteilen lassen. Darin wurde übelste Hetze gegen den Kollegen Kynast betrieben, weil dieser ein wesentlicher Träger der linken Betriebsratsarbeit bei Texaco ist. Kostprobe aus dem Flugblatt: „Herr Kynast verteilte ein Flugblatt, welches bedauern läßt, daß dieser Mann Gewerkschaftsmitglied und Betriebsratsvorsitzender ist." Und „Sie sollten sich zurückziehen, Herr Kynast! Sie sind nämlich . . . Aber lassen wir diese Feststellung lieber. Eines müssen war aber doch fragen: Sind Sie krank, Herr Kynast? " ...
Derlei Schweinkram weiterhin zu behaupten, ist Obes durch eine Einstweilige Verfügung verboten worden. Gegen dieses Verbot hat Obes durch den schon sattsam bekannten Anwalt Weiland&Partner Widerspruch eingelegt: Er könne noch weitere ähnliche Behauptungen hinzufügen und habe schon gar nichts zurückzunehmen. Dieser Widerspruch war nun Gegenstand einer mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht gewesen.

Schon gleich zu Beginn des Termins wurde deutlich, worauf die Richter hinaus wollten: Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlung mit einem „verständnisvoll" gehaltenen Beitrag:

„*Tja, wissen Sie, meine Herren, ich hatte schon damals bei Erlaß der Einstweiligen Verfügung und auch heute nach gründlicher Durchsicht der Akten das Gefühl, daß Sie sich da etwas im Ton vergriffen haben, Herr Obes. Sowas wie Sie es da geschrieben haben, ist doch wohl nicht der richtige Stil einer politischen Auseinandersetzung.*

Wissen Sie, so ein Streit gehört doch im Grunde nicht in den Gerichtssaal, sowas macht man doch besser durch Flugblätter untereinander aus.

Muß man sich denn deswegen wirklich vor Gericht streiten?

Sie haben doch wohl wahrscheinlich nicht vor, Herr Obes, diese etwas mißglückten Äußerungen zu wiederholen, oder? Dann begräbt man doch den Streit besser durch eine friedliche Einigung."

Damit war der weitere Gang des Termins vorgezeichnet: Die Verhandlung sollte mit einem Vergleich zwischen Kynast und Obes „aus der Welt geschafft" werden. Der Vorsitzende Richter hatte für diesen Kurs auch gleich eine ungeheuer plausible Begründung parat:

„*Wissen Sie, im Grunde arbeiten Sie doch beide für die gleiche Sache; Sie wollen doch beide zum Wohl der Belegschaft Gewerkschaftsarbeit machen. Da ist es nicht sinnvoll, die bei allen Unterschieden eventuell noch vorhandenen Brücken zwischen Ihnen zu zerstören. Sie sollten die bestehenden Risse durch eine streitige Verhandlung nicht noch unnötig vertiefen. Wenn Sie starke Kampfeslust verspüren, haben Sie ja wohl anderweitig genug Streitgelegenheit.*"

Kollege Kynast war zum Abschluß eines Vergleiches auch durchaus bereit. Ein für ihn akzeptabler Vergleich hätte allerdings, wenn auch indirekt, zum Ausdruck bringen müssen, daß Obes die von ihm aufgestellten Behauptungen nicht mehr aufrecht erhält. Denn wenn Obes sich lediglich bereit erklärt hätte, ihre Verbreitung zu unterlassen, so hätte er immer noch sagen können: Ich darf die Behauptungen zwar nicht verbreiten, aber wahr sind sie trotzdem.

Auch Obes ließ durch seinen Rechtsvertreter Klooß (übrigens SPD-Funktionär in St. Georg) erklären, daß er nicht „jeglichen Kompromiß" ablehnen würde.

Der dann von Obes angebotene „Kompromiß" war aber gar kein Kompromiß. Obes erklärte sich nämlich bereit, Behauptungen zu unterlassen, die er gar nicht aufgestellt hatte. Das sah z.B. so aus: In seinem Schweinspapier hatte Obes behauptet: der Kollege Kynast „*arbeitet mit Chaoten zusammen.*" Im Prozeß erklärte Obes sich dann großzügigerweise bereit, er wolle nicht mehr behaupten, Kollege Kynast sei „Mitarbeiter der Chaoten." Die ursprünglich von ihm behauptete „Zusammenarbeit" stellt Obes damit natürlich keineswegs in Frage. Was daran ein „Kompromiß" sein soll, ist völlig schleierhaft.

Klar wird aber, daß Obes sich mit allen Mitteln die Möglichkeit offen halten will, linke Kollegen als „Chaoten" zu diffamieren. Der Kollege Kynast wies sehr richtig darauf hin, daß Obes damit bewußt an den allgemeinen Sprachgebrauch dieses Wortes anknüpft, wonach „Chaoten" eben notorische Kaputtmacher, destruktive Elemente (Volksschädlinge? !) sind, und daß Obes die innerbetriebliche Auseinandersetzung offenbar lieber durch das Umsichwerfen mit antikommunistischem Schmutz und Schund, als mit sachlichen Argumenten führt.

Sein Advokat Klooß wußte hierauf auch nur mit dem schwachen Winkelzug zu antworten, daß dieser Begriff bei Texaco einen konkreten Inhalt hätte; die Kollegen dort wüßten sehr genau, daß damit der KB und sonst niemand gemeint sei (!). Von Diffamierung könne deshalb keine Rede sein.

Am Schluß sagte Klooß dann auch, daß Obes diese Behauptung nicht unterlassen werde, da „Chaot" eine „übliche Bezeichnung" für links von der DKP stehende Gruppen sei.

Besonders „kompromißbereit" zeigte sich Obes hinsichtlich seiner Frage „Sind Sie krank, Herr Kynast? ".

Er ließ durch seinen Anwalt vortragen, erstens hätte er nicht die Absicht gehabt (?), die „geistige Gesundheit" des Kollegen Kynast in Frage zu stellen und zweitens sei aus dem Zusammenhang seines Flugblattes deutlich geworden, daß er nur (?) an dem gesunden politischen Verstand des Kollegen Kynast zweifle.

Fakt ist zunächst einmal, daß Obes in seinem Flugblatt seine Diffamierung so gebracht hat, daß der Leser den Eindruck gewinnen mußte und sollte (!), Kollege Kynast sei „nicht ganz dicht". So ging es auch dem Richter: „Sie (Obes) müssen doch sehen, daß sowas irgendwie nicht so richtig paßt."

Von Kompromiß also wieder keine Spur. Statt dessen eine nachträgliche Interpretation der alten Diffamierungen.

Aus der Art des von Obes&Co. vorgeschlagenen „Kompromisses" kann man aber entnehmen, daß Sozialdemokraten auch mit dem Mittel der übelsten persönlichen Diffamierung alle Ansätze einer klassenbewußten Betriebsratsarbeit in den Betrieben nach Möglichkeit zu zerschlagen versuchen. Das hat Klooß zwar nicht offen ausgesprochen, weil das taktisch unklug wäre, aber die Praxis der IG-Chemie-Führer und die sehr ausgefeilten Formulierungen der „Kompromisse" beweisen das. Bei diesen Manövern der Gegenseite war natürlich klar, daß ein Vergleich zwischen Kynast und Obes nicht zustande kommen konnte (über die Aufrechterhaltung der Einstweiligen Verfügung wird jetzt durch Urteil entschieden. Die Entscheidung wird Ende Oktober verkündet.)

Daran konnte auch das dauernde Bemühen des Richters um eine „friedliche Lösung" nichts ändern. Der alte Herr machte immer wieder neue „Kompromißvorschläge", um die Sache mit möglichst wenig Arbeit für ihn selbst über die Bühne zu bringen. „*Herr Obes rückt von der Behauptung ab, daß . . .*", „*Herr Obes hält die Behauptung, Herr Kynast arbeite mit ‚Chaoten' zusammen, nicht mehr aufrecht*", „*Herr Obes nimmt Abstand . . .*" und und und . . .

Und weil das nicht geklappt hat, war er auch sichtlich enttäuscht, daß die Sache ihm jetzt doch noch Arbeit machen wird: „Na gut, meine Herren, dann werden Sie eben noch in einigen Monaten darüber streiten müssen, wer wen wann als ‚Chaoten' bezeichnet hat, und ob Herr Kynast an krankhaftem Verfolgungswahn leidet. Welchen Nutzen das dann noch haben soll, ist jedenfalls äußerst unklar."

Klar geworden ist jetzt schon Folgendes: Solche schweinischen Angriffe unter der Gürtellinie, wie sie Obes gebracht hat, sind mit Sicherheit keine individuellen Fehlleistungen einzelner besonders reaktionärer Sozialdemokraten, sondern „offizielles" Mittel der Gewerkschaftsführung im Kampf gegen die Linken in den Gewerkschaften.

Obes prozessiert gegen Kynast keineswegs als Privatmann. Vielmehr übernimmt er hier nur einen Part in der offiziellen Strategie der Sozialdemokratie im Vernichtungskampf gegen links. So ist es auch kein Zufall, daß die rechtsanwältliche Vertretung des Herrn Obes von einem SPD-Funktionär übernommen wurde. Das erspart Herrn Obes die üblicherweise recht hohen Anwaltskosten. (Daß auch die SPD-Anwaltskanzlei bei solchen Prozessen nicht zusetzt, dafür sorgt schon das Gestrüpp undurchsichtiger Querverbindungen zwischen SPD- und Gewerkschaftsbürokratie . . . . immer frei nach der Devise: Eine Hand wäscht die andere).

Wie abhängig auch der Richter von der – in Hamburg alles überwuchernden – SPD-Bürokratie ist, zeigt die Tatsache, daß er die völlig haltlosen, durch überhaupt nichts bewiesenen Diffamierungen des Herrn Obes nicht unumwunden zurückwies, sondern sich – auf der Suche nach einem „Kompromiß" – gewunden hat wie ein Aal.

Prozeß-Beobachter war im Übrigen auch Herr v. Kodolitsch, IG-Chemie-Sekretär und zuständig für die Koordinierung der Kommunisten-Jagd in der Hamburger IG-Chemie. Dieser Vogel hatte vor allem die Aufgabe, durch seine bloße Anwesenheit zu verhindern, daß Obes irgendwann kalte Füße bekommen und Kompromisse eingehen würde, die Herrn v. Kodolitsch nicht in sein Konzept der kompromißlosen Hetze gegen die Kommunisten passen würden. Nicht zufällig wurde v. Kodolitsch (als der eigentliche Drahtzieher der Diffamierungs-Kampagne gegen die Texaco-Linke) in die Pausenberatung der Obes-Seite mit einbezogen. ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

Glashütte Hirschberg: Kollegen aufs Glatteis geführt

Nach mehrwöchigen Auseinandersetzungen um die Erhaltung des in Konkurs gegangenen Kristallglaswerks Hirschberg in Stadt Allendorf (Hessen), wurde am 14./15. September beschlossen, das Werk als Genossenschaft fortzuführen.

Der bisherige Besitzer, Haefeli, der das Kristallglaswerk 1972 vom VEBA-Konzern gekauft hatte (dieser wollte schon damals das Werk stillegen), hatte am 30. Juli Konkurs angemeldet, nachdem die Jahresbilanz von 1973 einen Betriebsverlust von 1,4 Mio DM auswies und sich kein Käufer bereitfand, das Werk zu übernehmen.

Die überwiegende Mehrheit der im Glaswerk beschäftigten 180 Kollegen war aber nicht gewillt, sich kampflos den Arbeitsplatz rauben zu lassen, zumal im nordhessischen Grenzgebiet zur DDR ohnehin bereits eine Arbeitslosenquote um 5% besteht.

160 Kollegen erklärten ihren Willen, das Glaswerk in eigener Regie fortzuführen und unterstrichen diesen Willen durch teilweise „illegale" Aktionen. So stellten die Kollegen bereits einen Tag nach der Anmeldung des Konkurs wichtige Produktionsmittel wie Formen, Diamantschleifgeräte und Designpläne sicher und organisierten eine Wache rund um die Uhr, um eine Ausplünderung des Werks zu verhindern. Diese Maßnahmen waren notwendig geworden, weil Haefeli entgegen früheren Zusicherungen den Versuch unternommen hatte, wertvolle Modelle aus dem Werk zu entfernen.

Außerdem forderten die Beschäftigten von der hessischen Landesregierung die Übernahme einer Kreditbürgschaft, die sie nicht schlechter stellen dürfe als seinerzeit den Kapitalisten Haefeli, der bei einem Eigenkapital von 50.000 DM eine Landesbürgschaft in Höhe von 2 Mio DM erhalten hatte. Die Beschäftigten selbst konnten zu diesem Zeitpunkt eigene finanzielle Mittel in Höhe von 150.000 DM aus einem VEBA-Restsozialplan und eine Bürgschaftserklärung der Belegschaft in Höhe von 160.000 DM vorweisen.

Nach wochenlanger Hinhalte-Taktik wurde diese Forderung von der Landesregierung mit Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Situation der Glashütte abgelehnt. Weiter erklärte der hessische Wirtschaftsminister Karry, daß ein Zuschuß von 500.000 oder



Demonstration der Kollegen der Glashütte Hirschberg gegen die Verweigerung einer Landesbürgschaft

700.000 DM den Richtlinien der EG widersprechen würde, da diese nur einen Finanzierungssatz von 25 % zulasse. Diese Behauptung ist angesichts der Finanzierungspolitik der Landesregierung gegenüber dem früheren Glaswerk-Besitzer Haefeli der reinste Hohn. Vor allem ging es der Landesregierung aber wohl darum, daß, wie Karry sagte, *„eine Abweichung von der bisherigen Linie zur Folge"* hätte, *„daß auch andere Betriebe einen solchen Anspruch geltend machen könnten"* (FR 28.8.74).

Im Klartext heißt das nichts anderes, als daß – gerade bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krisensituation, den zahlreichen Entlassungen usw. – auch andere Belegschaften zu einer „Unterschätzung unternehmerischer Funktionen" (FR, 14.9.74) kommen könnten, das kapitalistische „Eigentumsrecht" in Frage stellen und den Versuch machen könnten, die Führung des Betriebs in die eigenen Hände zu nehmen. Auch wenn solche Versuche innerhalb des Kapitalismus bestenfalls nur kurzfristig Erfolg haben können, wissen die „Landesväter" spätestens seit LIP sehr genau, was es für die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse bedeutet, wenn bewiesen wird, daß die Arbeiter die Kapitalisten nicht brauchen.

Die Kollegen gaben sich jedoch nicht geschlagen. Als Karry in Marburg ein Autobahn-Teilstück übergeben wollte, demonstrierte der größte Teil der Arbeiter der Glashütte mit Transparenten gegen die Entscheidung der Landesregierung, woraufhin Karry weiteren Verhandlungen zustimmte.

Angesichts des Kampfeswillens der Kollegen, der schlechten wirtschaftlichen Situation, aufgrund derer es sicherlich eine relativ breite Sympathie mit den Hirschberg-Kollegen gibt und der Tatsache, daß die hessischen Landtagswahlen bevorstehen, schien es der Landesregierung offenbar ratsam, einen Taktik-Wechsel vorzunehmen. Aus dem „Nein" zur Landesbürgschaft wurde ein unverbindliches „Vielleicht", das zudem an eine Reihe von Bedingungen geknüpft wurde. So will die Landesregierung nur dann ein Darlehen von 500.000 DM gewähren, wenn der Nachweis der Rentabilität des Werkes erbracht wird, ein Management zur wirtschaftlichen Führung des Betriebs geschaffen wird und wenn ausreichende Eigenmittel vorgewiesen werden können. Offenbar auf Anraten des BR-Vorsitzenden Max Kleiner hat die Belegschaft diesem Betrug zugestimmt.

Betrug deswegen,

- weil der „Nachweis der Rentabilität" auf Kosten der Kollegen geht. So soll der Umsatz von 5,2 Mio DM (1973) auf 5,6 Mio DM gesteigert werden, wobei die „Personalkosten" von 75 % auf 59 % des Umsatzes gesenkt werden sollen. Das heißt: 140 Kollegen sollen jetzt mehr produzieren als früher 180 Kollegen, was natürlich gesteigerte Arbeitshetze und Verschlechterung der Arbeitssituation bedeutet;
- weil die Einstellung eines Managements, bestehend aus sogenannten Fachleuten, überhaupt nichts mehr mit der ursprünglichen Forderung der Kollegen zu tun hat, die das Werk in eigener Regie fortführen wollten;
- weil die Notwendigkeit des Nachweises von „ausreichenden Eigenmitteln" dazu geführt hat, daß sich jetzt der Landkreis Marburg mit DM 75.000, die Stadt Allendorf mit DM 75.000, die SPD mit DM 50.000 und Karry mit DM 20.000 an der nun gegründeten Genossenschaft beteiligen. Was das für die „Eigenständigkeit" der Kollegen bedeutet, wird wohl am deutlichsten daraus ersichtlich, daß von drei Mitgliedern des neu gegründeten Aufsichtsrates zwei Vertreter des kapitalistischen Staats sind, nämlich Vertreter des Landkreises und der Stadt Allendorf.

Wie weit die Auseinandersetzung um die Glashütte Hirschberg ins Fahrwasser der „Sozialpartnerschaft" geglitten ist, macht wohl auch die Tatsache deutlich, daß es der ehemalige Bundesjustizminister Jahn war, der das Genossenschaftsstatut ausgearbeitet hat.

Die hessische SPD-Landesregierung will hier zumindest „beweisen", daß den Arbeitern die eigenständige Führung einer Fabrik unmöglich ist. Jedoch beweist das Beispiel Hirschberg allenfalls, daß eine sozialistische Insel – die Führung einer Fabrik durch Arbeiter im Interesse der Arbeiterklasse – im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft und eines kapitalistischen Staates nicht möglich ist, sondern daß es dazu des Sturzes der Kapitalistenklasse und der Zerschlagung ihres Staatsapparates bedarf.

Darüberhinaus drängt sich aber die Vermutung auf, daß die Landesregierung hier noch mehr „beweisen" will: nämlich, daß sich allein der Versuch der Übernahme einer Fabrik durch die Arbeiter für diese nicht lohnt, sondern im Gegenteil ihnen schadet. Denn zum einen ist die DM 500.000 Landesbürgschaft noch längst nicht gegeben. Aber selbst wenn diese Bürgschaft tatsächlich gegeben werden sollte, erscheint die dann vorhandene Summe von rund 1 Mio DM als zu gering, um, in Anbetracht der enormen Schulden aus früherer Zeit und des hohen Investitionsbedarfs (laut FR schätzen „seriöse Glasunternehmen" den Investitionsbedarf auf 2 Mio DM), die Glashütte wieder auf die Beine zu stellen. Ein erneuter Konkurs würde aber bedeuten, daß die Kollegen nicht nur die DM 150.000 aus dem VEBA-Restsozialplan verlieren würden, sondern zusätzlich noch die Bürgschaft von DM 160.000 aus eigener Tasche bezahlen müßten, was sie wirtschaftlich restlos ruinieren würde.

Diese Art der „Lösung" des Problems wird sich die SPD-Landesregierung aber sicherlich für die Zeit nach den Landtagswahlen aufheben. ●

KB/Gruppe Frankfurt
Branchenzelle Metall

Zum Gewerkschaftstag der NGG: Für die Kollegen nichts gebracht

Zwischen dem 1. und 5. September fand in Wolfsburg der 7. ordentliche Gewerkschaftskongreß der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten (NGG) statt. Rund 300 Delegierte, davon 203 stimmberechtigte und 53 ausländische, waren anwesend. Sie beschäftigten sich in erster Linie mit der Erhaltung des eigenen bürokratischen Apparats, anstatt die Probleme und Nöte der Kollegen in den Mittelpunkt eines derartigen Kongresses zu stellen.

Gewerkschaftliche Arbeit im Bereich der NGG findet unter sehr schwierigen Bedingungen statt. So gibt es trotz sinkender Tendenz immer noch etwa 250.000 Betriebe in dieser Branche (zum Vergleich: in der NGG sind 259.000 Kollegen organisiert). Davon sind 4.980 Industriebetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten.

Für die Kollegen in diesem Bereich hat zunehmende Rationalisierung und Monopolisierung natürlich auch weitreichende Folgen. Die Beschäftigungszahl ist im letzten Jahr von 505.000 auf 501.000 gesunken; dieser Rückgang setzt sich in diesem Jahr verstärkt fort. Bei den Arbeitern ist der Rückgang mit 15.000 wesentlich höher. Einzelne Bereiche verzeichnen wesentlich größere Zahlen von Entlassungen: die Zigarettenindustrie mit 35,4 %; die Zuckerindustrie mit 19 %; die Mühlenindustrie mit 16,9 %.

Der kapitalistische Konkurrenzkampf und die Konzentration gingen auch im NGG-Bereich weiter: von den Industriebetrieben gingen 936, das sind 15,8 %, pleite. Die Monopolisierung betraf vor allem die Zigarettenindustrie, die Margarineindustrie und die Brauwirtschaft. So beherrschen mittlerweile drei große Brauereien (Oetker, Dortmunder Union-Schultheiß, Reemtsma) 40 % des Marktes.

Die Arbeitsbedingungen im Bereich NGG sind zum Teil „kriminell". Wir wollen das anhand des Hotel- und Gaststättenbereichs aufzeigen. Die 6-Tage-Woche und „Normal"-Arbeitszeit von 45 - 48 Stunden sind hier noch üblich. Außerdem wird sonnabends und sonntags sowie im Schichtdienst gearbeitet. Der Tariflohn liegt im gesamten NGG-Bereich sehr niedrig, für Ungelernte nahe am Existenzminimum. Bevorzugt werden ausländische Arbeitskräfte (im gesamten NGG-Bereich etwa 15 % der Arbeitskräfte), die bis aufs Blut ausgenommen und bei Bedarf abgeschoben werden. Jugendliche genießen faktisch kaum Schutz. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist, soweit überhaupt bekannt, ein Fetzen Papier. Nachtarbeit, schwere körperliche Arbeit, Überstunden und Akkord sind für Jugendliche „normale" Bedingungen.

Die Hälfte der Beschäftigten sind Frauen, sie werden schlechter bezahlt als die Männer und vor allem für alle „minderen" Arbeiten eingesetzt.

An diesen wenigen Fakten ist offensichtlich, wie notwendig eine gewerkschaftliche Arbeit ist, die sich die Probleme und Nöte der Beschäftigten im NGG-Bereich zu ihren eigenen macht und bemüht ist, eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten zu sein. Daran haben wir Thema und Inhalt des NGG-Kongresses zu messen.

Im Juni weigerte sich der Schlachthof Haug & Sohn in Memmingen (Bayern), mit der NGG einen Tarifvertrag abzuschließen, in dem dieselben Erhöhungen wie in der bayrischen Fleischwarenindustrie gewährt werden sollten. Auch Zusatzforderungen über Urlaubsgeld und einen 13. Monatslohn wurden abgelehnt. In einer Urabstimmung stimmten alle 31 Beschäftigten der Firma für Kampfmaßnahmen. Nach erneuten Verhandlungen begann dann am 29. Juni der Streik, der erst am 26. Juli, nach vier Wochen, beendet wurde. Danach wurden die Stundenlöhne zwischen 78 und 85 Pfennig erhöht, das Urlaubsgeld beträgt – erstmals tariflich! – für 1974: DM 8,–, 1975: DM 10,– pro Urlaubstag, Weihnachten wird in den Jahren 1974 - 1976 stufenweise ein Nettobetrag zwischen 100 - 160 DM gezahlt.

In einer Urabstimmung wurde das Ergebnis einstimmig angenommen.



Streik der 31 Kollegen der Firma Haug & Sohn in Memmingen

	Std. löhne	Monatslöhne bei täglicher Arbeitszeit von 7 1/2 Std	8 Std	9 Std
27a) Näherin, Büglerin, Plätterin, alle gelernt	4,37	852,–	920,–	1068,–
27b) Wie 27a) ungelernt nach 5 Berufsjahren	4,37	852,–	920,–	1068,–
27c) Wie 27a) ungelernt sowie Manglerin und Presserin im 4. und 5. Berufsjahr	3,77	735,–	794,–	921,–
27d) Wie 27c) mit bis zu 3 Berufsjahren	3.37	657,–	710,–	824,–
28a) Portier vor der Tür (Uniform stellt der Arbeitgeber)	3,77	735,–	794,–	921,–
28b) Derselbe bei stundenweiser Beschäftigung	4,17	–,–	–,–	–,–
29. Garderobenfrau		freie Vereinbarung		
30. Sonstiges ungelerntes Hilfspersonal (z. B. Saaldiener, Nachtwächter, Hausdiener, Reinmachefrau)	3.35	653,–	706,–	819,–
31. Wie 30 bei stundenweiser Beschäftigung	3.57	–,–	–,–	–,–
32. Toilettenwärter(in)		freie Vereinbarung		
V. Handwerker, Hilfskräfte, Kraftfahrer				
33. Hausmeister mit Befähigungsnachweis		freie Vereinbarung		
34. Handwerker aller Berufszweige				
im 1. Jahr der Betriebszugehörigkeit	4,64	905,–	–,–	–,–
ab 2. Jahr der Betriebszugehörigkeit	5.11	996,–	–,–	–,–
35. Hilfskräfte (Hilfsarbeiter, Hilfsheizer, Wagenpfleger, Fensterputzer)				
im 1. Jahr der Betriebszugehörigkeit	3,68	718,–	–,–	–,–
ab 2. Jahr der Betriebszugehörigkeit	4,16	811,–	–,–	–,–
36. Gärtner, Blumendekorateure	5,11	996,–	–,–	–,–
37. Kraftfahrer				
im 1. Jahr der Betriebszugehörigkeit	4,16	811,–	–,–	–,–
ab 2. Jahr der Betriebszugehörigkeit	4,64	905,–	–,–	–,–

4

Auszug aus dem Lohn- und Gehaltstarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe Hamburgs."

Der Kongreß

In „einigkeit" Nr. 9, dem Organ der NGG, heißt es: *„144 Anträge liegen vor. Zur Satzung, zu Wirtschaftsproblemen, zur Sozialpolitik und nicht zuletzt auch zur Tarifpolitik. Nr. 1* (!) *der Anträge sieht aus wie eine Selbstverständlichkeit, ist aber keine: Eine weitere Voraussetzung (für die Mitgliedschaft) ist die Zahlung eines satzungsgemäßen Beitrags".* Unter dem Vorwand, „absolute Beitragsehrlichkeit" erreichen zu wollen, soll in Zukunft jeder Kollege 1 % seines Bruttoeinkommens als Beitrag zahlen, *„wer nicht satzungsgemäß zahlt, fliegt raus"* („Welt der Arbeit", 13.9.74).

Weiter heißt es in „einigkeit":

„Eine alte Forderung wird modifiziert: Die Differenzierungsklauseln in Tarifverträgen sollen wenigstens Einkommensunterschiede zu Unorganisierten in Höhe der Gewerkschaftsbeiträge möglich machen".

Man sieht hieran, daß den Herren der Bestand ihrer Organisation am meisten am Herzen liegt, denn dieser Antrag bildete in allen Veröffentlichungen über den Gewerkschaftstag den Mittelpunkt des Kongresses. Zu den entscheidenden Problemen der Kollegen wurden dann folgende Aussagen gemacht:

- Einführung einer Familienrechtsschutzversicherung

➡

Texaco, Hamburg: EIN BUMERANG

Gewerkschaftsführung macht Rechnung ohne den Wirt

Die Angriffe der Gewerkschaftsführung gegen die linken Vertrauensleute und Betriebsräte bei Texaco haben eine Lawine ausgelöst, bei der die Urheber die Begrabenen werden können. Neue Höhepunkte aus der rechten Ecke sind die endgültigen Ausschlußbestätigungen gegen die beiden linken Betriebsräte Kynast und Trampert aus der IG Chemie, der Funktionsentzug gegen den (nunmehr) ehemaligen Vertrauensleutevorsitzenden Henze sowie disziplinarische Verwarnungen gegen eine Reihe weiterer linker Vertrauensleute aus der Hauptverwaltung und Wilhelmsburg.

Nachdem durch Ausscheiden und Urlaub rechter Betriebsräte die Linken auch in diesem Gremium wieder die Mehrheit erhielten, haben sich die Führungen der Gewerkschaft IG Chemie und HBV der Forderung der Linken und dem Druck der Belegschaft gebeugt und den Betriebsrat für aufgelöst erklärt. Ein Wahlausschuß wurde gebildet, der Wahlkampf um einen neuen Betriebsrat hat bereits begonnen.

Nachdem die allgemeine Stimmung im Betrieb spürbar zugunsten der linken Gruppe um Kynast und Trampert ausschlug, haben sich die Führungen der Gewerkschaften IG Chemie und HBV einen neuen Trick einfallen lassen: Über das Arbeitsgericht wollen sie die Zerlegung des bisher einheitlichen Betriebsrates Wilhelmsburg und der Hauptverwaltung in fünf Einzelbetriebsräte bewirken. Die Geschäftsleitung zieht am gleichen Strang. Der angestrebte Vorteil wäre für die Bosse und Gewerkschaftsführer die Zerspaltung der bisher in allen Werksteilen einheitlich auftretenden Linken.

Gewerkschaftsausschluß perfekt

Wie nicht anders zu erwarten, hat inzwischen der Hauptvorstand der IG Chemie auf Anraten seiner Hamburger Sachwalter die Ausschlußanträge gegen die linken Betriebsräte Kynast und Trampert bestätigt. Sie hätten sich „gewerkschaftsfeindlich" verhalten, „das Ansehen der Organisation vorsätzlich geschädigt" und – last not least – „die Interessen ihrer Mitglieder verletzt". Begründet werden diese schweinischen Unterstellungen mit dem Verhalten von Kynast und Trampert in der letzten Aufsichtsratswahl-Kampagne, in der sie die Kollegen zum Boykott aufriefen.

Kurioserweise bestätigt der Hauptvorstand der IG Chemie in seiner Ausschlußmitteilung vom 18. September den beiden linken Betriebsräten, daß bei einer „Mitbestimmung im Aufsichtsrat" auch für die Gewerkschaftsführung „von einer Mitbestimmung im gewerkschaftlichen Sinne keine Rede sein kann". Eben das aber belegten Kynast und Trampert in ihren Flugblättern.

Daß 60 % der Kollegenschaft der Argumentation von Kynast/Trampert folgten und die Wahlen boykottierten, daß insbesondere die Vertreter der IG Chemie, die konzernbekannten Antikommunisten Kuch und Kosiedowski bei diesen Wahlen völlig abgebürstet wurden, scheint die Gewerkschaftsführung bei ihrer „Vertretung" von Kollegen-Interessen nicht weiter zu stören. Dasselbe gilt für die Tatsache, daß etwa 80 % der in der IG Chemie organisierten Kollegen der Hauptverwaltung durch Unterschrift gegen den geplanten Ausschluß protestierten und sich hinter Kynast und Trampert stellten. Ebenfalls ignorierte die Gewerkschaftsführung die Beschlüsse des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers, der sich ohne Gegenstimme mit der Kampagne Kynast/Trampert zur Aufsichtsratswahl identifizierte, wie auch – mit übergroßer Mehrheit – gegen den geplanten Gewerkschaftsausschluß protestierte.

Auflösung des Betriebsrates

Nachdem eine schwankende Betriebsrätin (Burfeind) auf die Seite der Rechten überlief, und die beiden DAG-Betriebsräte (auf Druck ihrer Gewerkschaftsführung) jede Zusammenarbeit mit den BR-Linken kategorisch ablehnten, verloren die Linken vorübergehend die Mehrheit im Betriebsrat. Unter Dirigentschaft von von Kodolitsch und H. Schmoldt (beides IG-Chemie-Sekretäre) nutzte die so gestärkte Betriebsrats-Rechte die Situation zu einem Coup, entzog zwei linken Betriebsräten ihre Freistellung, wählte Kynast als Vorsitzenden ab und Trampert als Mitglied des Gesamt-Betriebsrates.

Selbst nicht von einer langen Regentschaft im Betriebsrat (BR) überzeugt, weigerten sich allerdings alle in Frage kommenden rechten Betriebsräte konsequent, die zur Verfügung stehenden Freistellungen anzunehmen, was notwendigerweise zur Aufgabe ihrer zumeist ausgezeichnet dotierten Arbeitsplätze geführt hätte. Die Freistellungen blieben unbesetzt und die Arbeit im BR liegen.

Im Betrieb selbst verdienten sich die Rechten mit diesem Coup keine Lorbeeren, allzu dilettantisch und skurpellos war er durchgezogen worden. Unter den Kollegen organisierte sich daraufhin eine Gruppe linker Gewerkschafter, die aktiv und offen die Politik der Rechten bekämpfte, und sich für die Fortsetzung der bisher bewährten Betriebsratsarbeit einsetzte. Dieser Gruppe gehörten neben fünf Betriebsräten, darunter die beiden Ausgeschlossenen, die Mehrheit der gewerkschaftlich Aktiven aus den Vertrauenskörpern Wilhelmsburg und Hauptverwaltung an, dazu die Mehrheit der Jugendvertretung. Diese Gruppe forderte vor allem sofortige Neuwahlen des Betriebsrates, um der trickreichen Geheimdiplomatie der Rechten einen Strich durch die Rechnung zu machen und die Kollegen selbst entscheiden zu lassen, von welcher Gruppierung sie ihre betrieblichen Rechte in Zukunft am besten vertreten lassen wollen.

Der BR-Coup der Rechten war von Anfang an überstürzt und wenig durchdacht. Dies wurde auch den letzten klar, als bereits nach neun Wochen sich die Mehrheitsverhältnisse erneut zu wenden begannen. Der Zeitpunkt für das lang angekündigte Ausscheiden des rechten BR's Lindhorst – gewissermaßen Generalvertreter der IG-Chemie-Führung und Klammer des in sich sonst zerstrittenen Blocks der Rechten – war gekommen. (Lindhorst war seinerzeit von der Gewerkschaftsführung mit einem Platz in der sozialdemokratischen Kaderschmiede „Hochschule für Wirtschaft und Politik" (HWP) und dem Versprechen einer anschließenden Karriere innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie geködert worden, was überhaupt Triebfeder seiner gesamten arbeiterfeindlichen Politik im letzten Jahr war. Die Einlösung dieses Versprechens war dummerweise just zu diesem Zeitpunkt fällig.) Statt seiner rückte ein engagierter Linker in den BR nach. Just zum selben Zeitpunkt verabschiedete sich die frsich gebackene BR-Vorsitzende Frau Burfeind und trat einen längeren Urlaub an. Die Linken rückten automatisch in ihre alten Positionen nach, d.h. erhielten Mehrheit und Vorsitz im BR.

Frei nach der Devise „was man selbst tut, traut man auch anderen zu", stellten die Rechten verschreckt fest, daß die Linken ihrerseits nun in der Lage wären, die Rechten abzuservieren. „Freudestrahlend" erinnerten sie sich an die Forderung der Linken nach Auflösung des BR's und stimmten dieser schleunigst zu, um „zu retten, was zu retten ist", nachdem sie sich noch kurz zuvor mit Händen und Füßen gegen diese Forderung stemmten, sich der ergaunerten Mehrheit sicher wähnend.

Wahlkampf-Auftakt: Die Betriebsversammlung

Während die Linken in wenigen Tagen ihre Listen unter Dach und Fach hatten, kam für die Gewerkschaftsführung – insbesondere der IG-Chemie – die ganze Entwicklung offenbar zu überraschend.

Bei der Texaco kandidieren Arbeiter und Angestellte getrennt. Daraus ergibt sich für die Linken die Notwendigkeit, im Angestelltenbereich eine eigene Liste aufzustellen, um die beiden ausgeschlossenen Betriebsräte nicht zu isolieren, wie von der Gewerkschaftsführung beabsichtigt. (Im Arbeiterbereich sind die Mehrheiten zugunsten der Linken geklärt, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen ist noch niemand, so daß der Versuch, auf offizieller IG-Chemie-Liste zu kandidieren, gemacht wird.) Außer den beiden Ausgeschlossenen kandidieren im Angestelltenbereich 14 weitere Mitglieder der IG-Chemie – trotz ausdrücklichen Verbots ihrer Sekretäre – auf einer nicht offiziellen Gewerkschaftsliste. Da hinter diesen Linken praktisch – bis auf zwei, drei Ausnahmen – alle aktiven IG-Chemie-Mitglieder stehen, haben es Kodolitsch & Co. bisher nicht geschafft, auch nur eine offizielle Kandidatenliste – mit dem Segen der Verwaltungsstelle ausgerüstet – vorzustellen. Andererseits gehen die 16 linken Kandidaten bewußt das Risiko eines Gewerkschaftsausschlusses ein. Für sie ist die Solidarität mit den Ausgeschlossenen und die Fortsetzung der bisherigen, fortschrittlichen BR-Arbeit wichtiger als das Gewerkschaftsbuch. Das war für Kodolitsch & Co. eine böse Überraschung, mit der sie nicht gerechnet hatten und die ihr taktisches Konzept durchkreuzte.

Nach BR-Auflösung standen Kodolitsch & Co. mit bedepperten Gesichtern vor den Betriebstoren und verteilten ein Flugblatt, das sich zwar gegen die Linken richten sollte, aber im Großen und Ganzen nur die Perspektivlosigkeit der IG-Chemie-Führung ausdrückte. So heißt es u.a.: *„Nutzen Sie die Chance und unterstützen Sie Wahlvorschlagslisten* (welche auch immer – AK) *mit Kolleginnen und Kollegen, die ohne politisch motivierte Anschauungen die Probleme der Beschäftigten anpacken wollen"* – mit anderen Worten, „unterstützen Sie alles, was immer es auch sein mag, nur nicht die Linken". In dieser Aussage spiegelt sich auch die Unklarheit der IG-Chemie-Führung wieder, ob ihre zerriebene Anhängerschaft sich überhaupt noch einmal zu einer Kandidatur aufrafft.

Diese Situation der IG-Chemie bei der Texaco ist Ausdruck der Tatsache – wie wir immer wieder betont haben – daß es die IG-Chemie-Führung ist (und nicht irgendwelche „Chaoten"), die mit Arbeiterfeindlichkeit und Antikommunismus die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb systematisch zerschlägt. (Eine Aussage übrigens, die den Reichhold-Linken, die ähnliche Erfahrungen mit der IG-Chemie-Führung machen mußten, bei hoher Strafe verboten ist.)

In weiser Vorahnung versucht sich Kodolitsch in seinem Flugblatt noch in lauter Vorwärtsverteidigung: *„Wie schon gehabt, wird sicherlich die Gruppe um den ehemaligen Betriebsrats-Vorsitzenden* (Kynast – AK) *versuchen, den übrigen Mitgliedern des Betriebsrates* (die rechte Mafia – AK) *die Schuld an dieser Entwicklung* (Auflösung – AK) *zu geben. Die heutige Betriebsversammlung wird dazu wohl auch herhalten müssen."*

Das war in der Tat eine weise – wenn auch nicht besonders schwierige – Voraussage. Auf der Betriebsversammlung am selben Tag ging die rechte Rasselbande – und in ihrem Sog die Personaldirektion – mit Pauken und Trompeten unter.

Nach ihrem ersten – und hoffentlich letzten – Auftritt als Betriebsratsvorsitzende, gab Frau Burfeind einen „höchst interessanten" Rechenschaftsbericht, an dessen Inhalte sich wenige Minuten später schon niemand mehr erinnern konnte. „Rauschenden Beifall" erhielt sie dafür freundlicherweise von der Personaldirektion. Die restliche, mühsam von der rechten Betriebsratsclique ausgearbeitete Tagesordnung fiel per Abstimmung unter den Tisch. Einziger Diskussionspunkt: die neuere Entwicklung im Betriebsrat. Nachdem HWP-Lindhorst sich lächerlicherweise noch bemüßigte, die von ihm maßgeblich inszenierte „Entwicklung im Betriebsrat" zu „bedauern", legten die Kollegen los.

Ausführlich wurde von Vertretern der linken Gruppe der Coup der rechten BR-Gruppe entlarvt und darauf hingewiesen, daß dahinter die Führungen sämtlicher Gewerkschaften, also neben IG-Chemie auch HBV und DAG, stehen. Großen Beifall erhielt immer wieder die Forderung nach BR-Neuwahlen. Der Höhepunkt wurde erreicht, als die Linken die Pläne der Gewerkschaftsführungen offenlegten, den einheitlichen Texaco-Betriebsrat in vier oder fünf Einzel-Betriebsräte zerschlagen zu lassen. Dies wurde als Versuch gewertet, sich dem Votum der Kollegen zu entziehen und der Geschäftsleitung eine günstigere Operationsbasis für ihre Angriffe gegen die Kollegen zu bereiten. Mit unterschiedlichen Argumenten bemühten sich sowohl die Personaldirektion (natürlich!) als auch Sprecher der IG-Chemie (Lindhorst) und der HBV (deren Sekretär Claas) um eine Begründung für die BR-Zerschlagung, die offenbar aber nicht ankam, wie sich etwas später in einer Abstimmung zeigen sollte. Diese Abstimmung versuchte die rechte Bagage mit allen Mitteln zu verhindern, was ihrem Image aber offenbar nicht guttat. So wetterte Claas, daß er jegliche Abstimmungen „unter diesen Emotionen" ablehnen müsse. Die Personaldirektion bemüßigte sich, ein Exempel „demokratischer" Verhältnisse in dieser Gesellschaft zu geben, indem sie zum besten gab, daß „Abstimmungsergebnisse überhaupt keinen Wert" hätten, daß also die Meinung der Kollegen in dieser Sache (also ihrer betrieblichen Interessenvertretung) ohnehin „belanglos" sei.

So auf Schwung gebracht, stimmten die Kollegen schließlich ab: Von 500 - 600 Anwesenden stimmten alle – bis auf die Adlaten der Personaldirektion und die rechte BR-Clique – für die Forderung der Linken nach Beibehaltung eines einheitlichen Betriebsrates. Es gab zehn Gegenstimmen und zehn Enthaltungen. Die Für-Stimmen mochte niemand auszählen. Die Gewerkschaftsführer verließen fluchtartig die Stätte der Auseinandersetzung. Dafür hatten die Kollegen allgemein Verständnis. ●

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

. . . betrifft Umweltverschmutzung:

Ein Kollege bei Texaco Grasbrook hat im Werk Tomaten angebaut. Wegen der Umweltvergiftung, vor allem Schwefelsäure, wurden sie aber nichts. Alle wissen das im Werk, die Kollegen, der Meister, der Abteilungsleiter, die Betriebsräte, die Geschäftsleitung. Aber ändern tut sich nichts.

Jetzt hat ein Kollege von einer anderen Abteilung eine der graugrünlichen Tomaten mit roter Leuchtfarbe angemalt, damit wenigstens eine rote Tomate zu sehen ist.

Ein Hamburger Chemiegenosse

ein Trinklied zum 50 Erscheinen des AK

Trinklied

Wenn wir jetzt mit spieln zuende sind
dann geht noch nicht gleich heim
denn dann trinken wir noch ein
und nicht so'n Klein, und nicht so'n Klein
(Wir Trinken einen auf die Klarheit!)

Einen Klaren auf das Kapital,
die rüsten jetzt wieder zur Schlacht:
entlassem Kollegen und schieben bei Streiks
und sind in der Übermacht.
Daß wir die durchschaun und zusammenstehn,
wird unsere Stärke sein!
Darauf trinken wir noch ein
und nicht so'n Klein und nicht so'n Klein

Und eine Lage Bier auf die Sozialdemokraten:
die betreiben das Geschäft der Bourgeoisie
mit Mördertrupps, Demokratenhatz und sagen:
Wir schützen die Demokratie.
Daß wir das bald alle sehn
und es ihn' nicht verzeihn,
darauf trinken wir noch ein
und nicht so'n Klein und nicht so'n Klein

Und ein Alsterwasser auf die Reformen der SPD.
schön dünn, wenig Bier und viel Brause daran!
Denn sonst sehn wir die Reformen am Ende doppelt
und denken , es geht voran.
Auf diese Reformen falln wir nicht mehr rein!
Darauf trin en wir noch ein
und nicht so'n Klein und nicht so'n Klein.

Und ein Wodka auf die DKP,
die machen jetzt mit beim Kommunistenverjagen
und biedern sich an beim Kapital,
und am Ende geht's ihnen selbst ann Kragen!
Mensch Leute, ihr scheißt euch doch
selbst an's Bein!
Nehm' wir an mal, ihr seht das ein,
ja darauf trinken wir noch ein'- und dann laß gut sein.

Und zum Schluß einen Sangrita,
damit wir'n klaren Kopf behalten,
und damit die nicht denken,
wir betrinken uns vor Wut.
Und damit die nicht denken,
sie können dann so weitermachen:
Sie schmeißen uns raus, und wir besaufenuns bloß-
(und damit gut?"

Nee- wir trinken nur ein' zur Stärkung
und dann sing'n wir nochmal zusamm':
aber dann fang' wir erst richtig an!
Wir fangenja erst richtig an,
und die halten die Zeit nicht an!



- Verbot von Arbeitnehmerleihfirmen
- Herabsetzung des Rentenalters für Frauen auf 60 Jahre
- Reform des Ausländerrechts (gegen Mietwucher)
- Ausweitung der Mitbestimmung auf Personengesellschaften
- Kontrolle der Monopole
- Keine Eingriffe der „konzertierten „Aktion" in die Tarifautonomie
- Einheitliche Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte

Die meisten dieser Forderungen wurden als Appelle an die anwesenden Bundesminister Arendt (Arbeit) und Rohde (Bildung) gestellt. Von einer kämpferischen D u r c h s e t z u n g dieser Forderungen war nicht die Rede.

Eines vergaßen die Herren Gewerkschaftsführer auch hier natürlich nicht, zur Abstimmung zu stellen: den Unvereinbarkeitsbeschluß mit der Mitgliedschaft in „linksextremistischen" Organisationen.

So war dieser Kongreß ein weiterer Beleg dafür, wie wenig die Gewerkschaftsführer den Wert der gewerkschaftlichen Organisation als Mittel zum Zweck – Veränderung der Lage der Arbeiterklasse – begreifen, sondern vielmehr die Gewerkschaften zur Fesselung der Arbeiterklasse an das herrschende System und zur Sicherung ihrer eigenen jämmerlichen Existenz (Erhöhung der Beiträge, Ausschlußdrohungen, Unvereinbarkeitsbeschluß) benutzen.

Im Sinne einer Kampforganisation zur Interessenvertretung der Kollegen hat dieser Kongreß nichts gebracht.

Er hat uns nur noch einmal deutlich gemacht, wie notwendig der Kampf für Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterklasse in allen Arbeitsbereichen ist. ●

Ein Genosse der NGG
und Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Beiersdorf Hamburg: Rechter IG Chemie Betriebsrat beschließt zwei Geschäftsordnungen

Diktatorische Vollmachten gegen die Kollegen

Bei Beiersdorf, einem der größten Chemiebetriebe Hamburgs, setzten die rechten Betriebsräte zwei Geschäftsordnungen durch, die es in sich haben: Es handelt sich dabei zum einen um eine Geschäftsordnung für Betriebs- und Abteilungsversammlungen, die die versammlungsleitenden rechten Betriebsräte mit diktatorischen Vollmachten ausstattet und die Rechte der Kollegen – ohnehin durch das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz erheblich eingeschränkt – noch weiter beschneidet. Im gleichen Atemzug setzten die rechten Betriebsräte der IG Chemie in Zusammenarbeit mit ihren Freunden in der SPD-Betriebsgruppe und dem Verwaltungsstellenvorstand der IG Chemie eine ähnliche Geschäftsordnung auch für den gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper (!) durch. Die Verabschiedung dieser beiden Geschäftsordnungen durch die SPD-Betriebsratsfürsten – allen voran Max Ganschow und Olaf Harder – erfolgte vor allem aus zwei Gründen: Mit diesen Geschäftsordnungen soll schon jetzt jede Kritik an Geschäftsleitung und Betriebsrat im VLK bzw. auf Betriebsversammlungen unterbunden werden. Zum anderen sind diese Geschäftsordnungen auch vorbeugend gegen die Kollegen durchgesetzt worden. Denn es kommt einiges auf die Kollegen seitens der Geschäftsleitung zu, die den Abbau von sozialen Leistungen und umfangreiche Rationalisierungen plant.
Außerdem sind in einem halben Jahr Betriebsratswahlen, wobei die Rechten jetzt damit beginnen, den VLK von linken Kollegen und Kommunisten zu „säubern".

Neue Ordnung für's Geschäft

Bereits auf einer Sitzung im Juni dieses Jahres verabschiedete der Betriebsrat von Beiersdorf – mehrheitlich bestehend aus rechten IG Chemie-Betriebsräten, rechten DAG-Leuten und den sog. „Unabhängigen" (CDU) – eine GO für Betriebs- und Abteilungsversammlungen, ohne diese GO den Kollegen bekanntzugeben. Lediglich im Laborbereich war einigen linken Kollegen die GO bekannt und sie nutzten eine Abteilungsversammlung, um diese GO in einer schriftlichen Anfrage an den Betriebsrat zu kritisieren.

Entgegen der sonst üblichen Praxis wurde die Anfrage zur GO jedoch nur auf der Abteilungsversammlung im Laborbereich verlesen und auf den übrigen neun Abteilungsversammlungen vom Betriebsrat bewußt verschwiegen, was natürlich seine Gründe hatte.

So heißt es unter Punkt vier z.B.: *„Der Versammlungsleiter darf Bemerkungen zur Tagesordnung sofort machen, d.h. er darf den Redner unterbrechen".*

Es liegt also völlig im Ermessen des Versammlungsleiters (Betriebsrat!), festzustellen, ob ein Kollege zur Tagesordnung spricht oder nicht. Daß dieser Punkt gerade gegen kritische Äußerungen gerichtet ist, liegt auf der Hand und wurde von den rechten Betriebsräten auch schon praktiziert.

Als eine linke Kollegin auf einer Betriebsversammlung einige Schweinereien zur Leistungsbewertung enthüllen wollte, wurde sie von den Betriebsräten unterbrochen und auf den letzten Tagesordnungspunkt „Verschiedenes" verwiesen, der ohnehin immer unter den Tisch fällt, da die Betriebsversammlungen erst 1 1/2 Stunden (!) vor Arbeitschluß beginnen.

Unter Punkt fünf der GO heißt es: *„Der Versammlungsleiter hat das Recht, Zwischenrufer und Redner (!), die die Versammlung stören (? !), zurechtzuweisen. Nach längstens dreimaliger Zurechtweisung kann er ihnen das Wort entziehen oder sie aus dem Versammlungsraum weisen."*

Sicher haben Ganschow und Harder, die diese GO unterschrieben haben, nicht an die Herren der Geschäftsleitung gedacht. Es ist einfach eine Unverschämtheit des Betriebsrats, dem Versammlungsleiter (also einem der ihren) das Recht zuzubilligen, Redner die er als „störend" ansieht, aus dem Saal zu weisen. Über das Recht, jemanden aus der Versammlung zu schmeißen, sollten in jedem Fall die anwesenden Kollegen entscheiden und in jedem Falle sollte man jeden Kollegen ausreden lassen, gemäß den einfachsten demokratischen Spielregeln! Unter Punkt 14 dieses „Meisterwerks" sozialdemokratischer Betriebspolitik heißt es: *„Durch einen der Betriebsversammlung vorausgehenden (!) Betriebsratsbeschluß kann die Redezeit der Diskussionsredner begrenzt werden".*

Fehlt nur noch, daß der Betriebsrat nicht nur beschließt, wie lange die Kollegen reden dürfen, sondern was sie diskutieren.

Doch auch da haben Ganschow & Co. vorgesorgt: Punkt 17 dieser glorreichen GO ist ein besonderer „Leckerbissen:" ***„Anträge und Maßnahmen, die gegen die betriebliche Friedenspflicht (!) verstoßen, sind nicht zulässig!"***

Es reicht diesen Herren nicht, daß die betriebliche Friedenspflicht aufgrund des BVG die Betriebsräte dazu verpflichtet, *„Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebes beeinträchtigt werden"* (§ 74 BVG) – gegenüber den Kapitalisten, versteht sich.

Nein, diese „Betriebsräte" erweitern die „Friedenspflicht" auch noch auf alle Kollegen! Nach den Vorstellungen dieser Herren sollen auch die Kollegen „vertrauensvoll" mit den Herren der Geschäftsleitung zusammenarbeiten.

Weitere dicke Klöpse seien hier noch erwähnt:

„12. Für die Annahme oder Ablehnung eines Antrags (zur Geschäftsordnung auf Betriebsversammlungen) *ist die erkennbare Mehrheit entscheidend, die der Versammlungsleiter feststellt. Stimmenauszählungen werden nicht durchgeführt".*

Oder Punkt 13.

*„Anträge anderer Art (*z.B. Anträge der Kollegen zur Durchführung einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung oder Anträge, daß der Betriebsrat diese oder jene Forderungen gegenüber der Geschäftsleitung durchsetzen soll) *können dem Betriebsrat nur unterbreitet werden. Die Beschlußfassung über solche Anträge ist nicht zulässig".*

Bei diesen beiden Punkten haben die rechten Betriebsräte eine weitere Einschränkung des BVG vorgenommen, denn zulässig sind sowohl Stimmenauszählungen als auch Beschlußfassungen über bestimmte Forderungen, obwohl sich der Betriebsrat nach dem reaktionären Betr. VG (leider) nicht daran zu halten braucht. Max Ganschow bestimmt schon überhaupt nicht, denn er sagt gern, daß der Betriebsrat kein „imperatives Mandat" hat, sich also nicht nach den Interessen der Kollegen zu richten braucht.

Bezeichnend ist weiterhin, daß eine rechte Betriebsrätin namens Thieler (DAG) die Kritik der linken Kollegen an der GO auf der Abteilungsversammlung mit den Worten beantwortete: Man müsse sich fragen, ob diese Kollegen noch auf dem Boden der verfassungsmäßigen Rechtsordnung (!) stehen würden.

Diese GO dient also insgesamt dazu, wieder „Friedhofsruhe" auf Betriebs- und Abteilungsversammlungen herzustellen, womit die Betriebsräte den Kapitalisten sicherlich eine große Freude bereitet haben.

Denn gerade auf den letzten Betriebs- und Abteilungsversammlungen wurden Kritiken an Geschäftsleitung und Betriebsrat laut, die von linken Kollegen und Kommunisten angesprochen wurden. U.a. boten Themen wie die „Leistungsbewertung", Rationalisierungsmaßnahmen und Stellenbeschreibung einigen „Zündstoff", weil hierbei endlich einmal die konkreten Probleme der Kollegen auf den Tisch kamen. (Siehe auch den Artikel über den Kampf der Zeitlöhner bei Beiersdorf in diesem AK).

„Friedhofsruhe" brauchen die Kapitalisten auch gerade deshalb, weil sie weiter Angriffe auf die Kollegen vorbereiten:

- so sollen „Sozialleistungen" wie z.B. die Zahlung eines Kindergeldes gestrichen werden;
- so soll die Produktion von „Tesamoll" in ein anderes Werk verlagert werden;
- so kommen Rationalisierungsmaßnahmen wie die Stellenbeschreibung und Leistungsbewertungen auf die Angestellten zu.

Aufgabe gerade der fortschrittlichen Kollegen und Kommunisten wird es sein, diese reaktionäre Geschäftsordnung aktiv zu bekämpfen.

Nach dem ersten folgt der zweite Streich sogleich ...

Stellt die GO für Betriebsversammlungen einen Angriff seitens Geschäftsleitung und Betriebsrat gegen jede Äußerung von Kritik dar, so zielt die seitens der Gewerkschaftsführung im Verein mit SPD-Betriebsgruppe und rechten IG Chemie-Betriebsräten aufgestellte GO für den VLK darauf ab, die mitunter recht heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Rechten und linken Vertrauensleuten bei Beiersdorf formal zu liquidieren. Hier zunächst die wesentlichsten Punkte dieser GO:

„6. Für die allgemeine Aussprache beträgt die Redezeit für jeden Redner fünf (!) Minuten".

Wer meint, daß diese Disziplinierung auch für die – gegenüber „einfachen" Kollegen rhetorisch geschulten – Gewerkschaftsführern gilt, sieht sich getäuscht, denn unter Punkt 8 heißt es:

„Zur sachlichen Richtigstellung kann der Versammlungsleiter dem Referenten (Berichterstatter) *das Wort außerhalb* (!) *der Rednerliste erteilen".*

Als die GO auf der letzten Vertrauensleutesitzung zur Diskussion vorlag, „begründeten" die Wortführer der rechten Vertrauensleute, Kiausch und Sinnen, dieses Machwerk gegenüber den linken Vertrauensleuten und Kollegen demagogisch, daß „lange Monologe vermieden werden sollten". Weiter führten diese Herren aus, daß „einige" (gemeint sind die Linken) „nur hier sind, um sich selbst gern reden zu hören (!)". Durch die Redezeitbeschränkung solle es endlich möglich werden, so Sinnen, daß „endlich auch einmal betriebliche Probleme der Kollegen angesprochen werden". Damit stellen diese Herren die Tatsachen geradezu auf den Kopf:

„Lange Monologe" kennen die Kollegen vom Boß der IG Chemie in Hamburg, Walter Holst, und den Betriebsräten zur Genüge. Wenn die rechten Sozialdemokraten noch mit Problemen der Kollegen kommen, so ist das blanke Demagogie, denn die Rechten haben es ausgezeichnet verstanden, die Diskussion über die GO so in die Länge zu ziehen, daß auf dieser Sitzung wie auch sonst eben keine betrieblichen Probleme mehr besprochen werden konnten, obwohl dies von den linken Kollegen gefordert worden war. Im übrigen hat die IG Chemie-Führung die beiden genannten Paragraphen inhaltlich bei der GO von Blohm & Voss abgeschrieben, wo die Rechten ebenfalls eine GO für den VLK durchsetzten. Die Blohm & Voss GO zeichnet sich nur dadurch aus, daß die Punkte direkt beim Namen genannt werden, denn unter 5 der GO heißt es dort:

„Vertretern der Ortsverwaltung (der IG Metall, Anm. d. Red.) *ist jederzeit* (!) *und unbeschränkt* (!!) *das Wort zu erteilen".*

Anscheinend aus der GO für Betriebsversammlungen übernommen wurde folgender Punkt:

„II. Persönliche Angriffe, unsachliche Zwischenrufe und Abschweifungen von der Sache sind nicht gestattet. Wer gegen diese Grundsätze (!) verstößt, kann vom Versammlungsleiter zur Ordnung gerufen werden. Nach dreimaligem Ordnungsruf wird das Wort entzogen oder der Störer aufgefordert, den Versammlungsraum zu verlassen".

Auch hier liegt es wieder im Ermessen der Gewerkschaftsführer festzustellen, was denn nun „unsachliche Zwischenrufe" usw. sind. Es wäre den Sozialdemokraten zu empfehlen, noch folgenden Paragraphen einzufügen: „Reden darf nur, wer sich an die Beschlüsse des SPD-Parteitags hält".

Was die GO für die Vertrauensleutearbeit und innergewerkschaftliche Demokratie bedeutet, soll folgendes Beispiel zeigen:

Als linke Kollegen vor rund einem Jahr eine Diskussion über die Auflösung des VLK bei Reichhold forderten, mußten die Rechten zunächst, aufgrund des damals günstigen Kräfteverhältnisses zugunsten der Linken, einer Sondersitzung zustimmen. (Die dann allerdings doch noch von der Gewerkschaftsführung verhindert wurde). Heutzutage würden die Rechten eine Reichhold-Diskussion einfach als „Abschweifung von der Sache" vom Tisch fegen.

Ein weiterer „Maulkorb" ist der Punkt 14:

„Die Behandlung solcher Anträge, die keine Verbindung zur Tagesordnung haben (!), *ist vom Versammlungsleiter abzulehnen. Im Zweifelsfall entscheidet die Versammlung".*

Und:

„Anträge, die aus der Versammlung gestellt werden, bedürfen einer Unterstützung von zehn (?) *Vertrauensleuten".*

Worum es den sozialdemokratischen Vertrauensleuten und Betriebsräten geht, ist klar: Vermeidung von inhaltlichen Diskussionen, Verhinderung von Kritik am Betriebsrat („Unsachliche Angriffe"), Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie insgesamt.

Diese GO wurde gegen die Stimmen der linken Vertrauensleute von den Rechten mit formalen „Argumenten" durchgesetzt, da die Linken insgesamt noch zu schwach sind.

Selbst die Vertrauensleute und der Betriebsrat der DKP, die sich bisher häufig auf Seite der rechten Sozialdemokraten stellten, konnten nicht umhin, gegen offen reaktionäre Punkte der GO aufzutreten.

Die Verabschiedung dieser GO erfolgte gerade zu dieser Zeit, weil die Auseinandersetzungen im VLK den Rechten ohnehin ein Dorn im Auge ist und die aktiven Vertrauensleute diese Auseinandersetzungen mit den Kollegen diskutieren bzw. veröffentlichen.

Eine offene Auseinandersetzung um Fragen einer konsequenten Politik im Interesse der Kollegen soll auch deshalb verhindert werden, weil die Betriebsratswahlen anstehen. ●

Betriebszelle III, Beiersdorf,
KB/Gruppe Hamburg

GEW Hamburg: Die Fronten klären sich

Die Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedern und dem Vorstand der Hamburger Lehrergewerkschaft über die Änderung der Landessatzung hat mittlerweile erste konkrete Ergebnisse gebracht: am 11. September wurden über 1.400 Unterschriften für die Durchführung einer Satzungshauptversammlung eingereicht. Inzwischen sind noch einige hundert Unterschriften nachgereicht worden. Lediglich 200 Unterschriften sind aber lt. Satzung für die Einberufung einer HV notwendig.

Dies ist ganz klar ein Erfolg der demokratischen Kräfte in der GEW, besonders wenn man berücksichtigt, daß der GEW-Vorstand bereits die Forderung nach einer HV mit dem Geruch der „Gewerkschaftsfeindlichkeit" zu umgeben versucht. Kein Gremium außer dem Vorstand, keine Fachgruppe, keine Kreisvertrauensleutekonferenz hat bislang das Vorgehen des Vorstandes gebilligt. Die zweifellos vorhandenen Anhänger der Vorstandslinie halten es vielmehr angesichts der unerwartet starken Empörung in der Mitgliedschaft für besser, nicht offen den Vorstand zu verteidigen. Stattdessen sabotierten sie z.B. die Unterschriftensammlung, soweit sie konnten und spielten die Bedeutung der Auseinandersetzung herunter.

Inzwischen hat der Vorstand beschlossen, die Unterschriften der Mitglieder zu ignorieren und so zu verfahren, wie er es vorhatte: am 1. Oktober die wesentlichen Punkte einer neuen Satzung selbst zu beschließen und die Mitglieder vor vollendete Tatsachen zu stellen. Deutlicher kann die Gewerkschaftsführer eigentlich nicht zeigen, daß sie eine Politik gegen die Mitglieder und ihre Interessen betreibt und in Zukunft mit Hilfe der neuen Satzung noch ungestörter durchziehen will.

Die innergewerkschaftliche Opposition hofft der Vorstand mit mehreren Mitteln klein zu kriegen: zum einen beginnt am 1. Oktober wieder einmal eine „Kampagne", diesmal zur Arbeitszeitverkürzung für Lehrer; mit ihr sollen die Aktivitäten, vor allem der aktiven Kollegen, aufgesaugt werden; weiter meinen sicherlich eine Reihe von Kollegen, mit der Unterschrift für eine Satzungs-HV bereits genug für die innergewerkschaftliche Demokratie getan zu haben; wieder andere werden resignieren, wenn sie der Vorstand am 1.10. vor „vollendete Tatsachen" stellt; für die ewigen „Querulanten" in der GEW hält der Vorstand dann sicherlich noch den Wink mit dem Gewerkschaftsausschluß parat.

Unterstützt wird der Vorstand, wie (leider) nicht anders zu erwarten, von der DKP. Diese „konsequent demokratische Partei" behauptet, im Vorstand gebe es sowieso unterschiedliche Standpunkte und der eine oder andere sei vielleicht ein „Bündnispartner", der sich durch die Unterschriften so beeindrucken lasse, daß er am 1.10. für etwas mehr „Demokratie" in der neuen Satzung stimme. Das ist nicht nur illusionär – wie sich zeigen wird – das ist vor allem bezeichnend für das Demokratieverständnis dieser Leute: grundsätzlich haben sie gar nichts dagegen einzuwenden, wenn die Willensbildung und die Entscheidungen in der Gewerkschaft von oben nach unten laufen – diese Entscheidungen auf „höchster Ebene" müssen nur „demokratisch" genug sein. Das entspricht auch haargenau der Politik der Gremien, in denen die DKP vorherrscht, sei es in der GEW oder an der Universität: dort werden Beschlüsse gefaßt, die die DKP für fortschrittlich hält, und anschließend werden die „untergeordneten" Mitglieder dazu aufgefordert, diese Beschlüsse „auszuführen". Wer das dann nicht will, ist „undemokratisch" oder „gewerkschaftsschädigend".

Selbstverständlich unterstützt die DKP den Vorstand nicht offen. Das wäre dann doch zu unklug. Vielmehr erlaubte sich die DKP sogar „offenen Widerstand" gegen den Vorstand: auf der Vorstandssitzung am 17.10. brachte sie den Antrag auf Durchführung einer Satzungs-HV durch ihre Vertreter ein. Allerdings hatte dieser Antrag zwei Pferdefüße:
1. werden in ihm die Mainzer Beschlüsse ausdrücklich anerkannt und
2. war angesichts der deutlichen Mehrheitsverhältnisse im Vorstand bereits vorher die Ablehnung dieses Antrags sicher.

Die tatsächliche Haltung der DKP kann nicht an diesem Antrag gemessen werden, der mehr der „linken" Image-Pflege diente. Wen die DKP wirklich unterstützt, wird daran klar, daß sie als einzige linke Strömung in der GEW strikt jeden Versuch ablehnt, den Vorstand jetzt mit juristischen Mitteln zur Beachtung der rund 2.000 Unterschriften, also zur Durchführung einer Satzungs-HV, zu zwingen. Stattdessen machte die DKP den lächerlichen Versuch, eine von nur 330 Mitgliedern besuchte „Arbeitsversammlung" zur „Satzungsreform" am 12. September zur HV „umzufunktionieren": am Ende dieser Versammlung ließ sie bei weniger als 200 Anwesenden über ihre Vorstellungen von einer neuen Satzung abstimmen. Der DKP-Block hatte treulich den ganzen Abend bis zu diesem Moment ausgeharrt. So kann man natürlich auch Politik machen.

Wir halten es für richtig, wenn die Mitglieder auch durch bürgerliche Gerichte den Versuch unternehmen, die fortwährenden Satzungsbrüche des Vorstandes zu stoppen. Vor allem zwei Gründe sprechen dafür:

- lassen die Mitglieder diesmal den Vorstand ungeschoren handeln, so gibt es in Zukunft einen Präzedenzfall, auf den sich der Vorstand berufen kann: alle ihm genehmen Beschlüsse läßt er dann über in der Zusammensetzung manipulierbare Bundesvertreterversammlungen laufen – ohne daß die Mitglieder noch einen Pieps zu sagen haben,
- für die anderen Landesverbände, die genauso wie Hamburg ihre Satzung nur selbst ändern können, spielt der Landesverband Hamburg eine Vorreiterrolle. Hier in Hamburg sind die Satzungsänderungen am einschneidensten, hier ist der Widerstand auch am deutlichsten. Die demokratischen Kollegen in den anderen Landesverbänden werden durch ein konsequentes Vorgehen in Hamburg in ihrem Vorgehen gestärkt und durch ein Nachgeben in Hamburg entmutigt. ●

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin: Streik der Lehrer mit allen Mitteln verhindert

Vom 23. bis 25.9. fand in Westberlin unter den in der GEW organisierten Lehrern eine Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik am 1. Oktober statt. Ziel dieser Kampfmaßnahme sollte die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde für alle Lehrer sein.

Diese Forderung ist nicht nur wegen der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. Oktober auf 40 Stunden im Öffentlichen Dienst – von der die Lehrer ausgenommen werden sollen – berechtigt.

Nach einer Untersuchung einer schweizerischen Firma arbeiten die Lehrer in der BRD und Westberlin im Augenblick durchschnittlich knapp 60 Stunden in der Woche. Unter Einrechnung der relativ häufigen Ferien der Lehrer kommen immer noch knapp 50 Wochenstunden heraus. Für die Schüler bedeuten dermaßen überlastete Lehrer natürlich schlechtere Lernbedingungen.

In den bürgerlichen Zeitungen dagegen wurde zwar teilweise die Berechtigung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung anerkannt, aber gleichzeitig mit äußerster Schärfe gegen einen „gesetzwidrigen Beamtenstreik" gehetzt. Dabei ging es selbstverständlich nicht um den einen Streiktag am 1.10. Vielmehr ging es darum, keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß „Staatsdiener" absolut loyal zu „ihrem" Staat stehen müssen. Streik ist **staatsfeindlich** – vorerst nur bei Beamten! Das soll der Öffentlichkeit eingehämmert werden.

Während bei einer Urabstimmung in Hamburg im Mai die Behörden es noch mit Protesten gegen den geplanten Streik beließen – der dann kurzerhand von der GEW-Führung abgesagt wurde, war die Gangart in Westberlin wesentlich schärfer. Bereits vor der Urabstimmung wurde von der Schulbehörde angekündigt, *„gegen alle an einer Arbeitsniederlegung beteiligten Lehrer ein einheitliches Disziplinarverfahren einzuleiten. So sollen am 1.10. alle Klassenbücher eingesammelt werden, um festzustellen, welche Lehrer keinen Unterricht erteilt und ihre Dienstpflichten verletzt haben . . . Am Ende solcher Disziplinarverfahren würde zwar wohl nicht mehr als ein ‚Verweis' für den streikenden Lehrer herauskommen, aber bei einer nochmaligen Beteiligung an einem Streik könnten dann härtere Strafen, bis zur Entfernung aus dem Dienst (!) ausgesprochen werden."* („FAZ" 18.9.74)

Die Urabstimmung selbst durfte nicht wie noch in Hamburg in den Schulen stattfinden, sondern nur auf der offenen Straße vor den Schulen. Diese Verfügung wurde durch den Einsatz von Polizei überprüft! In einem Bezirk wurde sogar den Lehrern mit Disziplinarverfahren gedroht, die lediglich an der „rechtswidrigen" Urabstimmung teilnehmen (!) wollten.

Solcher Art als „kriminell" abgestempelt verließ viele GEW-Lehrer der Mut zur Durchsetzung ihrer Interessen: nicht einmal 75 % beteiligten sich an der Urabstimmung und nur 53 % stimmten für den Warnstreik. Angesichts der beispiellosen Hetze ist dies verständlich.

Selbstverständlich geht es hier nicht nur um die Lehrer und ihr Streikrecht. Sondern ausgehend von den Beamten, die dem Staat sowieso uneinheitlich und fast rechtlos gegenüberstehen, wird hier der Versuch gemacht, das **Streikrecht insgesamt** einzuschränken und Schritt für Schritt jeden Versuch, die eigenen Interessen kollektiv gegenüber dem Staat und der herrschenden Klasse zu vertreten, zu kriminalisieren. Der nächste Schritt dazu ist bereits genannt: den Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst soll das Recht auf Arbeitskampf „im Interesse des Gemeinwohls" aberkannt werden.

Bündniskommission KB/Gruppe Hamburg

Ca. 250 Bauern marschierten am 15. 8. aufs Hamburger Rathaus zu. Sie wollten mit dieser Demonstration verhindern, daß der Hamburger Frachter „Peter Rickmers", der 600 Tonnen Schweinefleisch aus der VR China an Bord hatte, in seinem Heimathafen gelöscht wird.

Die „Peter Rickmers" ist schon wochenlang vor Europas Küste unterwegs. Die Ladung sollte ursprünglich in Le Havre gelöscht werden. Dort hatten allerdings französische Bauern 24 Stunden lang das Schiff belagert. Daraufhin wurde den Bauern zugesichert, daß das Fleisch weder in Le Havre, noch in einem anderen französischen Hafen auf den Markt kommt. Außerdem erreichten die Bauern einen gänzlichen Einfuhrstop für Schweine- und Rindfleisch.

Wie in Le Havre wurde auch in Antwerpen und Rotterdam das Entladen des Frachters von Bauern verhindert.

Nun hatte der Frachter Kurs auf Hamburg genommen und auch hier forderten die Bauern, daß das Schweinefleisch für kein EG-Land von Bord dürfe, da durch die billige Importware die Erzeugerpreise weiter gedrückt würden.

Mit einer außerordentlichen Überheblichkeit wurde den Bauern vor dem Rathaus versichert, daß das chinesische Fleisch ohnehin in Hamburg nicht abgeladen wird: Das chinesische Fleisch entspreche weder von der Aufzucht der Schweine her, noch von den Schlachthofbedingungen in der Volksrepublik oder der veterinärmedizinischen Untersuchung her bundesdeutscher Norm!!

Am 18.8. verlief dann das Löschen ohne Störungen. Das Fleisch wurde in Kühlwaggons der Eisenbahn umgeladen und sollte nach Österreich geliefert werden.

Dieser ganze Vorfall ist von der bürgerlichen Presse von einem starken Antikommunismus begleitet worden. So jubilierte dann auch die „FAZ", die bisher ständig die Aktionen der Bauern mißbilligt hatte, daß die Bauern der EG so gut zusammengehalten hätten, um das Löschen einer Ladung Schweinefleisch aus dem sozialistischen China zu verhindern.

Der Fall „Peter Rickmers" ist kein Einzelfall, im Hafen von Marseille haben 100 französische Jungbauern Stellung bezogen, um das Lö-
seille haben 100 französische Jung-
bauern Stellung bezogen, um das Löschen von 1.200 Tonnen chinesischen Schweinefleisches von dem polnischen Frachter „Novowiejski" zu verhindern.

Von der ‚Grünen Front'



Mehrere hundert Landwirte blockierten am Donnerstag mit über 300 Traktoren mehrere Stunden lang fünf Übergänge an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und Holland im Bereich Borken/Westfalen. Sie demonstrierten damit gegen die Agrarpolitik der EWG und der Bundesregierung.

In diesen Fällen ist es der Bourgeoisie offensichtlich gelungen, die empörten Bauern nicht nur zu nationalistischen, sondern auch massenfeindlichen Aktionen zu treiben, die den Bauern selbst keinen Vorteil bringen, aber ganz im Sinn der künstlichen Hochhaltung der Verbraucherpreise durch die Lebensmittel-Konzerne liegen.

BRD

Niedersächsische Bauern hatten am 17. August 13 Wagenladungen Mist vor dem Landwirtschaftsministerium in Hannover abgeladen, mit der Aufforderung, die Lieferung an Bundeslandwirtschaftsminister Ertl weiterzuleiten. Wegen groben Unfugs und Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung hatte die Polizei darauf
und Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung hatte die Polizei dar-
aufhin Anzeige erstattet.

Am 19.8. demonstrierten ca. 800 Bauern aus dem Münsterland mit etwa 450 Traktoren im Bereich der Kreisstadt Ahaus.

Sie hatten eine Sternfahrt veranstaltet, an der auch zwölf Traktoren niederländischer Ortschaften teilnahmen.

Der Verkehr wurde zeitweilig gestaut.

3.000 Bauern mit über 500 Traktoren demonstrierten an 7.8. an den Grenzen nach Luxemburg und Frankreich. Die Grenzübergangsstellen im Saarland waren total blockiert.

Holland

In Utrecht protestierten 25.000 Bauern gegen die Brüsseler Agrarpolitik und gegen die eigene Regierung.

Das Fußballstadion von Utrecht wurde zum Kundgebungsplatz der Bauern. Hier wurden Vertreter der Regierung, aber auch Redner der Bauernverbände mit allen möglichen Gegenständen bombardiert, so daß die
Bauernverbände mit allen möglichen Gegenständen bombardiert, so daß die
Kundgebung vorzeitig aufgelöst wurde. Dem Landwirtschaftsminister van der Stee erklärten die Bauern, sie wollten ihn nie wieder sehen. Die Verbandsvertreter haben die Bauern nicht mehr fest im Griff, der „Druck von der Basis" her wird immer stärker.

Frankreich

Vier Wochen halten die Bauerndemonstrationen in Frankreich jetzt an. Sie sind begleitet von Straßensperren, Besetzung von Rathäusern, „wilden Verkäufen" von Fleisch, Obst und Gemüse, Eiern und Wein. Es gab umgekippte Kühllastwagen mit Fleisch aus den EG-Nachbarstaaten und Entladungsboykott von Schiffen mit Fleisch aus sogenannten „Drittländern".

Europatreffen

Der französische Bauernverband regt ein Treffen von Verantwortlichen der repräsentativen Bauernvereinigungen der neun EG-Staaten an. Dieses Treffen soll am 4.9. in Paris stattfinden, einen Tag nach dem nach Brüssel einberufenen „Vorministerrat" der EG Landwirtschaftsminister.

Stoppt die Agrarkrise bevor es zu spät ist!

Mehr als 500 Bauern demonstrierten am Samstag in Villingen-Schwenningen mit ihren Traktoren gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Im Sternmarsch zogen sie in die Stadt.

Wer die Jugend hat....

Auf dem traditionellen braunen Boden Ostholsteins und Plöns mit einem heute sehr hohen Prozentsatz an sogenannten Heimatvertriebenen treten revanchistische Organisationen („Kuratorium unteilbares Deutschland", diverse Landsmannschaften, Bund der Vertriebenen) zunehmend frecher und munterer auf.

Der 13. August und der sogenannte „Tag der Heimat" boten ihnen den Anlaß, Sprüche wie „Mauer der Schande – du bist nicht ewig!" oder „Heimat Deutschland, Europa – Ende oder Wende?" an den Mann zu bringen.

Altersbedingte Gichtbrüchigkeit prägte das Bild der zu diesen Treffen zusammengekommenen Meute. Doch gerade diese Vögel setzten hier voll auf die Eroberung der Jugend für ihre schmutzig-braunen Ziele nach dem Motto: „Früh muß sich krümmen, was ein Hakenkreuz werden soll!"

So beschwörte Czaja (CDU-MdB und Vorsitzender der Heimatvertriebenen-Verbände) das *„Erwachen der Jugend und ihr Interesse an Geschichte und Heimat, an Nation und Staat, und aber auch am ostdeutschen Schicksal"* und forderte im selben Augenblick *„mehr Lehrstühle für ostdeutsche und osteuropäische Geschichte, Kultur und Sprachwissenschaften, ferner die Neufassung der Ostkunderichtlinien für die Schulen."*

Hier soll versucht werden, dieses voll auf Antikommunismus, Nationalismus und Kriegstreiberei ausgerichtete Ideologie in der Jugend zu verankern bzw. Teile gar davon zu organisieren (DJO, die rechtsradikale „Deutsche Jugend des Ostens"), um sie zu einem Werkzeug des westdeutschen Imperialismus zu machen.

Brauner Hintergrund

Diese Bräunlinge befinden sich hier in guter Gesellschaft. In dieser schon historisch nazistisch vorbelasteten Gegend (SA-Hochburg, Standort einer „Nationalpolitischen Erziehungsanstalt", NAPOLA, und mehrerer Kasernen, in denen die späteren Giftgaseinsätze geprobt wurden) fühlen sich natürlich auch heutige Faschos wohl.

Die Kasernen tun immer noch gute Dienste für den Imperialismus und die NAPOLA ist heute ein Internat. Der Plöner Raum ist Wohnort weitbekannter Faschisten wie dem ostholsteinischen NPD-Vorsitzenden und Bundeswehr-Angestellten Hain und dem JN-Bundesvorsitzenden Jobit Stolp. Die DJO besitzt zudem ein Heim am Plöner See. – Deshalb fühlen sich die Faschisten hier auch mit ihren Veranstaltungen sehr wohl (in Plön fand z.B. der NPD-Landesparteitag unter großem Polizeischutz statt).

Zu diesem braunen Hintergrund ist auch die Lokalpresse („Ostholsteinisches Tagesblatt") zu rechnen. Ihre schützende und aufmunternde Haltung gegenüber den Rechtsradikalen mag folgendes Zitat stellvertretend charakterisieren: „NPD – Freie Selbstbestimmung aller Völker!"

...FRÜH MUSS SICH KRÜMMEN WAS EIN HAKENKREUZ WERDEN WILL!...

Unsere Aufgabe wird darin bestehen, diese Umtriebe vor den Jugendlichen (im Jugendzentrum und in der Schule) zu enthüllen.

Das allein genügt noch nicht; es ist jedoch der erste Schritt einer organisierten antifaschistischen Arbeit – ähnlich wie sie in Eutin bereits durch ein Antifaschismus-Komitee getragen wird.

Aufgaben warten genug auf uns!

Sympathisanten des KB in Plön

KONTAKTADRESSEN des KB

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Kampf dem Faschismus

Protestaktion gegen Strauß-Auftritt

Im Rahmen ihres Landtagswahlkampfes hatte die CDU am 21. September zu einer Großveranstaltung auf den Frankfurter Römerberg getrommelt. Die CDU hatte dies von vornherein als eine Machtdemonstration deklariert, wie ihr Pressesprecher Weirich ankündigte: „*Wir wollen die absolute Mehrheit in Hessen. Die Entscheidung fällt in Frankfurt. Deshalb gehen wir in die größte Stadt des Landes, um den Bürgern dort unsere Meinung zu sagen.*" Und: „*Der Besuch auf dem Römerberg wird zeigen, daß Frankfurt keine linke Stadt mehr ist.*" Entsprechend war auch die Rednergarnitur: mit Strauß, Dregger, Kohl und Carstens hatte die CDU die „Elite" ihrer reaktionären Pläne aufgeboten, alles bis aufs Blut geschworene und vor nichts zurückschreckende Feinde der Arbeiterklasse. Insbesondere der CSU-Chef StrauSS, der zuletzt vor 13 Jahren öffentlich in Frankfurt aufgetreten war, sollte für Größe und antikommunistische Ausrichtung dieser Machtdemonstration garantieren.

Um Strauß, Dregger & Co. die ihnen gebührende Abfuhr zu erteilen, hatte unsere Organisation eine Woche vor dieser Veranstaltung die Frankfurter Linke zu einer Aktionseinheit aufgefordert, angefangen von den revolutionären Organisationen bis hin zur DKP, den Jungsozialisten und der Gewerkschaftsjugend. Der Einladung gefolgt waren allerdings nur die „KPD", KSV, Liga gegen den Imperialismus, Rote Hilfe, Frankfurter Marxisten-Leninisten und die Bürgeraktion gegen Neonazismus. Und während die meisten angeschriebenen Organisationen leider überhaupt nicht darauf reagierten, antwortete der KBW-Ortssekretär mit einem dummen Brief, in dem er die Ablehnung seiner Organisation gegen eine gemeinsame Protestaktion erklärte und dazu noch die lächerliche Behauptung wagte: „*Praktisch verwandelt ihr euch mit eurem Vorschlag in ein Anhängsel der Juso-Wahlkampfführung für die SPD*". Wer allerdings tatsächlich den Jusos nacheiferte, war der KBW selbst, mit seiner Abstinenz gegen antifaschistische Aktionen. Der Frankfurter Juso-Vorsitzende Armin Kleist hatte jedenfalls am 18.9. über die „FR" erklären lassen, daß die Jusos „*nicht so dumm*" seien, „*irgendwelche Störaktionen* (zu veranstalten), *auf die Strauß und Dregger nur warten.*" Der KBW hatte zwar eine andere Begründung für seine Enthaltsamkeit, aber in der Praxis unterschied er sich nur dadurch von der Juso-Führung, daß er ein paar seiner Genossen schön brav mit „KVZ"-Verkauf und Büchertisch zur „ideologischen Arbeit" unter dem CDU-Publikum abkommandiert hatte.

So mobilisierten denn nur die genannten Organisationen dafür, einen möglichst massiven Protest gegen Strauß, Dregger & Co. auf dem Römerberg zu erheben. In unserem Flugblatt schrieben wir dazu, daß es gerade angesichts der sich entwickelnden Krise in unserem Land und dem Vormarsch der CDU in den letzten Landes- und Regionalwahlen darauf ankommt, „*den Reaktionären jeden Fußbreit für ihre Demagogie streitig (zu) machen, und aktiv ein Beispiel (zu) geben, daß es möglich ist, diese Angriffe zurückzuschlagen*". Gegen ein falsches Verständnis von diesem Kampf schrieben wir weiter: „*Wir meinen nicht, daß es ein taugliches Mittel ist, hier den bloßen ‚Meinungsstreit' entscheiden zu lassen und aus falsch verstandenem Demokratismus diesen Leuten ein ‚Recht' auf ihre Demagogie einzuräumen. Und ebensowenig meinen wir, daß es damit getan ist, den Kampf auf einige ‚Ewiggestrige' oder auf ein außerhalb der realen Klassenverhältnisse stehendes ‚Rechtskartell' zu beschränken: sondern dies ist ein Kampf, der sich gegen die reaktionäre Offensive der Kapitalistenklasse und gegen die Kapitalistenklasse insgesamt richten muß.*"



Antifaschistische Proteste auf der Strauß/Dregger-Veranstaltung in Frankfurt



Aufruf-Plakat des KB gegen die Strauß/Dregger-Kundgebung in Frankfurt

Eier, Pfiffe und antifaschistische Parolen

Rund 10.000 Leute hatten sich auf dem Römerberg versammelt, darunter ca. 1.000 Demonstranten, die lautstark ihren Protest erhoben (nach Schätzungen des hessischen Rundfunks). Bereits als Dregger, Kohl und Carstens ans Mikrofon traten, schallten ihnen neben dem fanatischen Beifall ihrer aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet in Privatwagen und Sonderbussen herangekarrten Anhänger schrille Pfiffe und erste Parolen entgegen. Als dann jedoch Strauß als letzter Redner drankam, nahm der Protest noch an Stärke zu. Ununterbrochen tönten Parolen wie „Strauß raus!", „Nieder mit der braunen Pest!", „Faschisten raus aus Frankfurt!" usw. über den Platz. Trotz der ungeheuer großen Lautsprecheranlage, die die CDU in Erwartung von Protestaktionen aufgestellt hatte, gelang es, den „friedlichen" antikommunistischen Ablauf dieser Veranstaltung erheblich zu stören. Auch einige Eier (z.T. mit Farbe gefüllt), die während der Strauß-Rede aufs Podium flogen und u.a. auch dem hessischen CDU-Spitzenreaktionär und Strauß-Musterschüler Dregger den Maßanzug bekleckerten, taten das ihrige.

Die auf dem Römerberg versammelten Antifaschisten widerstanden sowohl den aufgebrachten Einschüchterungsversuchen zahlreicher Strauß-Fans aus den mittleren und oberen Etagen der Bürohäuser, wie auch den konzertierten Versuchen von CDU-Ordnern, NPD-Schlägertypen und Polizisten, den Protest durch Rempeleien und Handgreiflichkeiten zum Schweigen zu bringen.

Nach Ende der CDU-Veranstaltung formierte sich in unmittelbarer Nähe des Römerbergs ein spontaner Demonstrationszug von rund 200 bis 300 Antifaschisten. Die Demonstration ging ein paar hundert Meter bis zur Zeil (Haupteinkaufsstraße in Frankfurt) rüber, wo Genossen der „KPD" und des KB kurze Reden per Megaphon hielten. Die sofort mit mehreren Mannschaftswagen und Wasserwerfern herbeieilende Polizei versuchte, diese nicht angemeldete Kundgebung aufzulösen, aber erfolglos: als die Polizisten behelmt und mit Schlagstöcken vorrückten, wurde zwar die Kundgebung unterbrochen – aber die Demonstranten zogen „im Spaziergang" einige hundert Meter weiter und führten die Kundgebung dort zu Ende, noch ehe die Polizei erneut mit ihren Wagen und Wasserwerfern zur Stelle war.

Angesichts dessen, daß nur so wenige Organisationen sich an dieser Aktion beteiligten (die noch dazu nicht zu den einflußreichsten innerhalb der Frankfurter Linken gehören ... gegenwärtig), halten wir den Verlauf insgesamt für relativ erfolgreich. Gerade auch das Gelingen der im Anschluß durchgeführten Demonstration und der kurzen Kundgebung ist gemessen an der aktuellen Situation in Frankfurt ein Erfolg (seit den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhung im Mai dieses Jahres konnten lediglich die beiden Chile-Demonstrationen am 11. und 14. September legal durchgeführt werden). Daß es auf dem Römerberg selbst bei dem lautstarken Protest blieb und Strauß & Co. nicht zum vorzeitigen Abbruch ihrer Hetzveranstaltung gezwungen werden konnten, liegt vor allem in der Verantwortung derjenigen Organisationen (von den Jusos über die DKP bis hin zum KBW), die sich beim praktischen antifaschistischen Kampf nicht gern „die Finger schmutzig machen". ●

KB / Gruppe Frankfurt

Volksverhetzung Marke FJS:
Faschist schlug zu

Am 6.6.74 fand in der Oldenburger Weser-Ems-Halle eine CDU-„Wahlveranstaltung" im Rahmen der niedersächsischen Landtagswahl statt. Als Zugpferd und reaktionärer Einpeitscher stellte sich Faschist Strauß. Einige Genossen unserer Gruppe versuchten zusammen mit anderen Linken und Demokraten in der Halle einen Block zu bilden, um den Protest organisieren zu helfen.

Neben zwei Genossen saß ein Mann, der sich „merkwürdig" benahm. Mit einem Fernglas guckte er sich die Leute ringsherum an. Als jemand auf einer Pfeife blies, ließ er sich die „mal zum Ausprobieren" geben, was dann so aussah, daß er sie absichtlich zerbiß. Der „Höhepunkt" seines Treibens ließ nicht lange auf sich warten:

Strauß fing schon gleich zu Beginn seiner Rede wild zu hetzen an; er kam soeben aus Wilhelmshaven, wo er gebührend (mit Tomaten, Eiern und Farbbeuteln) empfangen worden und kaum zum Reden gekommen war. In bezug auf diese Abfuhr äußerte er u.a., die neuen Linken seien die neuen Faschisten! Daraufhin brachten alle Linken und Fortschrittlichen lautstark ihren Protest zum Ausdruck. In dieser Situation setzte der Faschist einen Genossen durch einen kräftigen Schlag mit seinem Fernglas „außer Gefecht". Er bekräftigte seine Attacke mit den Worten: „Gepfiffen wird hier nicht!" und: „Ihr seid alle Kommunisten, ihr kommt auch noch alle dran!" Dem Genossen wurde dicht neben der Schläfe eine klaffende Wunde zugefügt, die im Krankenhaus genäht werden mußte. Der Faschist wurde von Genossen der Polizei übergeben und angezeigt. Er stritt dort aber gleich alles ab.

Am 20.9. fand nun der Prozeß gegen diesen Faschisten, Jürgen Frerichs, statt. Als Verteidiger hatte er den Oldenburger NPD-Rechtsanwalt Uster mitgebracht, der schon vor einigen Jahren zusammen mit einigen anderen faschistischen Elementen auf einer „unabhängigen" Liste zu den Kommunalwahlen kandidiert hatte. Frerichs stritt alles ab, bezeichnete die protestierenden Linken als „verlauste Studenten" usw. Er konnte aber durch Zeugenaussagen überführt werden und wurde zu DM 2.500,- Geldstrafe verknackt. Dabei schlug auch zu Buche, daß er bei einem Wohnungsnachbarn Putz gemacht und diesen so zusammengeschlagen hatte, daß er für zwei Wochen ins Krankenhaus mußte.

Dieses Beispiel zeigt doch wieder sehr deutlich, wie solche Volksverhetzung à' la Strauß faschistische Typen wie diesen Frerichs aufputscht. Das brachte auch der Rechtsanwalt des als Nebenkläger auftretenden verletzten Genossen zum Ausdruck: es handele sich hier eigentlich um eine „mittelbare Täterschaft" des Angeklagten; eigentlicher Täter sei doch der Redner Franz Josef Strauß... Damit ist einer der politischen Hauptverantwortlichen der rechtsradikalen und faschistischen Aufhetzung festgestellt. Das kann für uns aber nie heißen, faschistische Schläger wie Frerichs als bemitleidenswerte Opfer faschistischer Demagogie zu begreifen, die man „verständnisvoll" und „sanft" anfassen muß, um sie angeblich überzeugen zu können. ●

Bezirksgruppe des KB/ Gruppe Oldenburg

Lübeck:
Faschistische „Schützengilde" versucht sich ein Lammfell umzuhängen

Im früheren Lübecker Arbeiterviertel Marli fand Anfang August ein „Vogelschiessen zugunsten Lübecker Sorgenkinder" statt. Hauptträger dieser „wohltätigen" Veranstaltung war die Schützengilde „Lübscher Adler". Die Schützengilde verfolgte mit diesem „Volksfest für die Bewohner des Stadtteils Marli" laut „Lübecker Nachrichten" das Ziel, „*daß ihre Bemühungen und der ehrenamtliche Einsatz ihrer Mitglieder von der Bevölkerung noch mehr als im Vorjahr honoriert werden.*" („LN", 9.8.74)

„Vogelschießen für Sorgenkinder" „Volksfest" etc. – doch alles sehr lobenswerte Bemühungen: dieser Eindruck wird von der Lübecker Lokalpresse bewußt beim Leser erweckt. Kein Wort davon, wer hinter der Schützengilde „Lübscher Adler" steckt und wie ihre „Bemühungen um die Bevölkerung Marlis" gewertet werden müssen.

„Pardon" (satirische Monatszeitung) enthüllte im August 69, daß der „Lübsche Adler" eine als Schützenverein getarnte paramilitärische rechte ‚Bürgerwehr' ist. Das wird deutlich, wenn man die personelle Zusammensetzung des Vereins und seine Verflechtung mit faschistischen Gruppen betrachtet.

Der Makler H. Promnitz ist Führer des Lübecker „Großhorstes Lübeck", der „Adlerjugend" und gleichzeitig Vorsitzender des Lübecker Kreisvorstandes des Deutschen Blocks, der sich selbst als „Bollwerk gegen den Bolschewismus" bezeichnet und ein Großdeutsches Reich „*erst in der Idee, später in der Wirklichkeit . . . frei von marxistischer Zersetzung*" fordert. Der DB erklärte 1969, daß es gelte, „*dem auf das deutsche Volk zukommenden roten Terror in der Stunde der Not mit einer schlagkräftigen Organisation durch Nationalisierung der Massen zu begegnen.*"

Der „Deutsche Block" arbeitet eng mit bekannten faschistischen Gruppen – wie der DVU (des faschistischen Verlegers Frey) – seit einem Treffen in München zusammen, wo 1972 gemeinsam ein „Freiheitlicher Rat" gebildet wurde. In den 50er Jahren konnte der „Deutsche Block" sogar beachtliche Wahlerfolge in Lübeck erzielen, vor allem bei den antikommunistischen „Flüchtlingen", von denen viele in Lübeck leben.

G. Promnitz, Bruder des Faschistenhäuptlings H. Promnitz verkündete 1969: „*Wir haben jetzt in Lübeck seit einem Jahr einen Schützenverein, in dem nur Nationale sind – einige sogar eingeschriebene SPD-Mitglieder. Zur Zeit haben wir 60 Mitglieder, die alle eifrig bei der Sache sind.*" Und die nach Aussage des Ingenieurs Nowack „*durch die Waffengesetzgebung leider gezwungen sind, z.Zt. nur Kleinkalibergewehre zu benutzen*" !

So ist der Versuch der Schützengilde „Lübscher Adler" sich ein wohltätiges, volksfreundliches Mäntelchen umzuhängen, nichts als schlimmste Demagogie. ●

VO des KB-Lübeck

Grünes Licht für faschistischen Terror

Kürzlich entschied das Oberlandesgericht Schleswig-Holstein im Fall des Faschisten Horst Teichmüller, gegen den Anklage wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung vorlag, auf Freispruch.

Der Angeklagte hatte zur Zeit des Bundestagswahlkampfes 1972 in Kiel zwei junge Leute mit Messerstichen verletzt, die ihn daran hindern wollten, SPD-Wahlplakate zu zerstören.

Die dadurch entstandenen erheblichen Verletzungen führten bei einem der beiden zu einer Verminderung der Erwerbsfähigkeit um 40 Prozent!

Eine Verurteilung wegen Sachbeschädigung wurde vom Oberlandesgericht abgelehnt mit dem fadenscheinigen Argument, daß „*papierne Wahlplakate, die auf eine feste Unterlage geklebt sind, nur dann im Sinne des Strafgesetzbuches in strafbarer Weise beschädigt sind, wenn das Papier von der festen Unterlage gelöst wird*".

Der Angeklagte Teichmüller ist folglich auch von der Anklage der Körperverletzung freizusprechen, denn – so heißt es in der „Begründung" – weil „*keine Sachbeschädigung vorlag, waren die verletzten Jugendlichen nicht befugt, hinter Herrn Teichmüller herzulaufen. In diesem Hinterherlaufen lag damit ein rechtswidriger Angriff der Jugendlichen auf Herrn Teichmüller, gegen den dieser sich im Rahmen der Notwehr (!) verteidigen durfte....Seine Stiche waren daher rechtmäßig(!).*" (zitiert nach „Frankfurter Rundschau" vom 7.9.74)

Dies Urteil des Oberlandesgericht spricht eine deutliche Sprache: Immer frechere Deckung der Faschisten durch den bürgerlichen Staat! ●

Eine Kieler Genossin

ZDF-Hetzer Löwenthal in Kassel:
„Der rote Spuk wird gleich ein Ende haben“

„Sie sind Kommunisten und rotlackierte Nazis“ – „Machen Sie ruhig weiter, der rote Spuk wird gleich ein Ende haben“ – „Dies sind wohl erste Auswüchse der hessischen Schulpolitik“ ... Mit solchen und ähnlichen Kernsätzen reagierte der ZDF-Rechtsaußen Löwenthal am 10. September auf Proteste von Demokraten und Kommunisten gegen die rechtsradikale Jauche, die dieser Mann in bekannter Manier öffentlich auskübelte.

Die sogenannte „Bürgerinitiative für freiheitliche Ordnung“ hatte für den 10. September ZDF-Hetzer Löwenthal in die Kasseler Stadthalle bestellt. Diese Veranstaltung fand im Rahmen einer ganzen Kampagne der Rechten statt mit der unmittelbaren Aufgabenstellung, Zutreiberdienste für Dregger und Co. im hessischen Landtagswahlk(r)ampf zu leisten. Über Geld verfügt die „Bürgerinitiative“ reichlich: sie konnte die teure Stadthalle mieten, ohne Eintritt zu erheben, und an jeder Litfaßsäule klebte ein Einladungsplakat.



Bezeichnenderweise war eine von mehreren linken Gruppen vorgesehene Gegenkundgebung unter dem Motto „Kampf dem Faschismus“ von der Polizeiführung verboten worden, um (so die „Hessische Allgemeine“ vom 11. Sept.) *„die Gefahr des Zusammentreffens politisch gegensätzlich ausgerichteter Personen und damit verbundener möglicher gewalttätiger Auseinandersetzungen von vornherein auszuschließen“*. Die übliche bürgerlich-reaktionäre Logik: wer sich gegen die Provokationen der Faschisten und Reaktionäre zur Wehr setzt, erzeugt Gewalt; deshalb „müssen“ linke Gegenaktionen verboten werden. Der Verlauf der Veranstaltung zeigte überdies, daß es wieder einmal die Polizei im Bunde mit den Faschisten ist, die die „gewalttätigen Auseinandersetzungen“ vom Zaun bricht.

Rund 1.000 Menschen waren in die Stadthalle gekommen. Etwa 500 wären gegen die Rechtshetze eingestellt; ein Teil der anderen Hälfte war „nur zum Zuhören“ gekommen, der Rest bestand aus Rechten und Faschisten – unter ihnen wenig junge Leute. Das Management der „Bürgerinitiative“ hatte einige Vorkehrungen getroffen, die zum einen dazu dienen sollten, ein Klima der Angst vor linker „Gewalttätigkeit“ zu schüren, zum anderen aber auch dazu, Vertrauen in die „Selbstschutzfähigkeit“ der Rechten zu wecken. So wurden an den Saaleingängen durch Ordner und Polizisten Taschen- und Kleidungskontrollen durchgeführt (hier „fehlte“ tatsächlich nur noch die MP...). Überdies war die Halle nach saalschlachttaktischen Überlegungen aufgeteilt: das vordere Saaldrittel diente als „Puffer“ zwischen dem Redner und dem Publikum; dieser Teil war ausschließlich von Rechten besetzt. Das nächste Tischreihendrittel war durch eine zwei Meter breite Laufschneise vom vorderen Teil getrennt. Umlaufende Wandelgänge ermöglichten ein schnelles Einkreisen von „Störern“.

Im Gebäude und in der Nähe der Stadthalle war ein „umfangreiches Polizeiaufgebot“ („Hess. Allgemeine“) konzentriert. Ein eigener Ordnerdienst wartete auf das Zeichen zum Losschlagen.

Vor Löwenthal trat zunächst Ludek Pachmann auf, jener „emigrierte“ tschechische Berufsschachspieler, der sich von der westdeutschen Reaktion als willkommener „Kronzeuge“ gegen den Sozialismus hat anheuern lassen. Mit Sprechchören, Buhrufen und Pfiffen bekam diese reaktionäre Marionette ihre Quittung. In den klagenden Worten der „Hessischen Allgemeinen“: *„So blieb dieser Mann, der aus eigenem Erleben das kommunistische Regime schilderte und zum Schluß ausrief: ‚Anständige Menschen aller Länder, vereinigt euch‘, zumeist unverstanden“.*

Die nun folgenden Hetztiraden Löwenthals richteten sich – wie sattsam bekannt – gegen alles, was auch nur entfernt nach Sozialismus und Demokratie „riecht“. Hunderte von Menschen stimmten empört in den Ruf ein: „Löwenthal aus dem Saal“. Als Sprechchöre und Zwischenrufe ihn immer stärker bedrängten, stürmten Bullen auf seinen Wink hin den Saal. Gruppen von Greifern konzentrierten sich auf die Kerne der Opposition, einzelne der „Rädelsführerschaft“ Verdächtige wurden gezielt herausgegriffen. Hierbei war ein planmäßiges Zusammengehen von Polizisten, Kripo- und VS-Greifern in Zivil (darunter Spezialagenten vom „Zivilen Einsatz- und Fahndungskommando“), Ordnern und Faschisten der Veranstaltungsleitung zu beobachten.

Gemeinsam prügelte diese „unheilige Allianz“ die Linken einzeln und gruppenweise aus dem Saal.

Durch einen faschistischen Schläger wurde dem Genossen H.B. das Nasenbein gebrochen.

Mindestens sechs Gegendemonstranten wurden festgenommen. Der Bericht des Demonstranten H.M., den wir hier auszugsweise wiedergeben, zeigt beispielhaft die brutale und heimtückische Einschüchterungstaktik der Polizei:

„...mich packte plötzlich ein ca. 25 Jahre alter dunkel- und langhaariger Typ, trat mir in den Unterleib und zog mich Richtung Ausgang des Saales. Dabei zerriß er meine Jacke. Ich nahm an, dieser Fascho wollte mir ohne Zeugen ans Fell. Um ihn also loszuwerden, langte ich ihm eine, und er fiel um. Ich rannte dann in Richtung Saalausgang, der war aber verschlossen und von Bullen bewacht. Ein Uniformierter hielt mich sofort fest. Dann kam der Typ, den ich eben loswerden wollte, auf mich zu, zog zwei bis drei Meter vor mir eine Pistole und versuchte noch dreimal, mir in den Unterleib zu treten. Glücklicherweise traf er nicht richtig. Dann drehten der Pistolenmann und ein Bulle mir den Arm um und führten mich in einen kleinen Raum. Jetzt war klar, daß der Typ ein Zivilbulle war. In den Raum wurde noch ein Lehrling und ein Schüler gebracht. Nachdem mir der Zivile den Ausweis aus der Tasche gerissen hatte, wurden wir drei völlig durchsucht, d.h. an die Wand stellen, Abtasten des Körpers und Ausräumen sämtlicher Taschen...“.

Die Vorgänge wurden von einem Kamera-Team aus der ZDF-Fälscherwerkstatt Löwenthals gefilmt. In welcher Weise das Film-Material im ZDF-„Magazin“ ausgeschlachtet werden soll, sagte Löwenthal selbst: er dankte den Polizei-Rabauken für den „Schutz des Grundgesetzes“.

Was können die Antifaschisten aus der Löwenthal-Veranstaltung lernen?

Die erste und wichtigste Lehre scheint uns zu sein, daß der Protest gegen den Löwenthal-Auftritt politisch mangelhaft vorbereitet war. Es gab von keiner linken Gruppe auch


Kasseler Stadthalle: Bullen und faschistische Ordner schützen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ vor einem „Terroristen“

nur ein veröffentlichtes Flugblatt. Selbst wenn wir politisch vorbereitende Diskussionen in einigen Gruppen annehmen, so mündeten diese jedenfalls nicht in öffentliche Vorbereitungsarbeit in der Kasseler Bevölkerung, insbesondere in der Kasseler Arbeiterschaft und in der Jugend.

Es gab Vorbereitungsgespräche zwischen KAJ, RJVD, Rote Fahne-Freundeskreis, RBJ u.a.; hier wurde aber der Schwerpunkt einseitig auf die Erörterung technischer Möglichkeiten gelegt.

Ein eng hiermit zusammenhängender Fehler war, kampflos auf eine Gegenkundgebung vor der Stadthalle zu verzichten. Eine rechtzeitige politische Mobilisierung hätte ohne Zweifel die Bedingungen für die Durchführung einer Gegenkundgebung trotz Verbot verbessert.

Schließlich waren die Linken der gezielten Greifertaktik der Bullen offensichtlich nicht gewachsen, so daß das Ziel der vorzeitigen Beendigung der Veranstaltung nicht erreicht werden konnte. Konkreter: man hätte der Gegenseite vermutlich das Leben länger und nachhaltiger schwer machen können, wenn sich die Linken nicht in einer Art „geschlossenem Block“ von der Mehrheit selbst isoliert hätten und der Taktik der Faschisten entgegengekommen wären.

Diese Hinweise meinen wir natürlich als Anregung, nicht als Patentrezepte. Zu beherzigen ist aber in jedem Fall:

1. Jeder Fußbreit, den die Faschisten und Reaktionäre gewinnen, schränkt unsere Bewegungsfreiheit ein.
2. Jede fehlende Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit unter den Massen machen sich die Rechten zunutze, um ihr ideologisches Gift auszustreuen.

KAG Göttingen
in Zusammenarbeit mit der
KAJ/AG Kassel

Löwenthal – Propagandist einer faschistischen Sammlungsbewegung

Gerhard Löwenthal, vielen bekannt als rechter Einpeitscher und Komunistenfresser des „ZDF-Magazins“, hat sich in letzter Zeit verstärkt „unters Volk“ begeben. So provozierte er zum 1. Mai dieses Jahres die Arbeiterklasse durch propagandistisches Trommelfeuer für die Gründung von Gruppen des „Christlichen Gewerkschaftsbundes“ in einigen Städten Niedersachsens, u.a. in Hildesheim. In den vergangenen Wochen konzentrierte Löwenthal seine Aktivitäten auf den Landtagswahlkampf in Hessen, um den CDU-Rechtsaußen und Strauß-Satrapen (Stadthalter) Dregger Wahlstimmen zuzutreiben.

Die „Konzentration Demokratischer Kräfte“

Die Kasseler Veranstaltung Löwenthals war nur eine in einer ganzen Serie, die zudem beileibe nicht auf Parlamentswahlen beschränkt ist. Er tritt auf diesen Veranstaltungen als Sprecher der „Konzentration Demokratischer Kräfte“ (KDK) auf, die ihren Sitz in Wiesbaden hat und bisweilen auch – wie in Kassel – unter dem Namen „Bürgerinitiative für freiheitliche Ordnung“ firmiert. Ein früherer Redakteur der Fascho-Sex-Postille „Quick“, Wilfried *Ahrens*, ist Chefredakteur des KDK-Blattes „Korrigiert den Kurs“ – ebenfalls in Wiesbaden.

In boulevardzeitungsähnlichen Blättern verbreitet die KDK/„Bürgerinitiative“ ihr „Manifest“, in dem es u.a. heißt: *„In der überparteilichen ‚Bürgerinitiative für Freiheitliche Ordnung‘ (BFO) haben Bürger der verschiedensten politischen Richtungen sich zur Verteidigung von Freiheit und Ordnung, von Rechtsstaat und Demokratie zusammengeschlossen. Ihre Parole lautet ‚Korrigiert den Kurs!‘ Gegen die fortschreitende linke Systemerweichung, gegen die Aufhetzung von Kindern gegen ihre Eltern, gegen planmäßige Auflösung von Ehe und Familie setzen sie bewußt jene von den Systemveränderern verhöhnten Begriffe wie Gemeinsinn, Ehre, Moral, Ordnung, Verantwortung, Leistung... Fordern Sie vernünftige, echte Mitbestimmung, die nicht einfach (? !) die Macht des Kapitalismus (!) durch die Macht der Gewerkschaften ersetzt (!!). Wehren Sie sich heute schon gegen den drohenden Gewerkschaftsstaat von morgen! ...Allen Bürgern muß klar sein: es gibt keinen Ausweg aus der Inflation als den über Opfer, auch Opfer der eigenen Gruppe (!), den Weg über mehr Anstrengung und weniger Ansprüche an den Staat“...*

Der bekannte Reaktionär Karl *Steinbuch* sitzt im „Wissenschaftlichen Beirat“ der KDK, einem Auffangbecken für die rektionärsten Elemente der bürgerlichen Intelligenz, die dem braunen Sud dieser Strömung den falschen Glanz „wissenschaftlicher“ Rechtfertigung geben sollen.

„Unser Wohlstand hängt davon ab, daß die Minorität, die ein Übermaß(!) an Fleiß, Sachverstand, Kreativität und Verantwortung einbringt, nicht resigniert.“ (aus Steinbuchs Hetzschrift „kurskorrektur“, Seewald-Verlag) Mit solchen elitären Sprüchen möbeln die Ideologen der Rechten ihr Fußvolk auf.

Die Zeitschrift „Pardon“ zitierte vor einigen Monaten KDK-Mann Fritz *Harth*, Zuckergroßhändler und Major der Reserve: *„Wir haben vom Hauptquartier Wiesbaden aus jetzt Brückenköpfe in Feindesland (!!) errichtet - in Kassel, Eschwege, Fulda, Gießen, Frankfurt, Darmstadt und Offenbach. Von diesen Stützpunkten aus werden unsere Partisanen operieren.“* Derselbe Harth war von Schnapsfabrikant Eckes zur Tarnung als „public-relations“-Mann eingestellt worden, um finanziell gesichert alle Kraft in den „Stützpunktaufbau“ zu stecken. Neben Ludwig Eckes gehören dem Gründerkreis der KDK u.a. der rechte Verleger Heinrich *Seewald* und das Mitglied des CDU-Wirtschaftsrats Graf von *Alvensleben* an.

Der „Bund Freies Deutschland“

In Wiesbaden laufen nicht allein die Fäden der KDK zusammen, hier befindet sich auch die politische Hauptverbindung zwischen der KDK und dem vor wenigen Monaten in Westberlin gegründeten „Bund Freies Deutschland“ (BFD): *im Gebäude des ZDF*. Der Handlanger Löwenthals, Fritz *Schenk*, fungiert nämlich als Sprecher des BFD.

Vor wenigen Wochen ist ein weiteres Büro des BFD in Kiel eingerichtet worden; der CDU-Mann Ehler *Sommermeyer* waltet dort als „Bundesbeauftragter“.

Das bekannteste publizistische Paradepferd des BFD ist der Springer-Demagoge Matthias *Walden*. Was in der Hetze der Springerpresse seit Jahr und Tag zum „eisernen Bestand gehört (nämlich die Politik des Antikommunismus, der antigewerkschaftlichen Hetze und Revanchismus), bildet zugleich die Hauptbestanteile des „Berliner Manifestes“ des BFD. Daß Axel *Springer* zu den wichtigsten Finanziers dieser Strömung gehört, versteht sich von selbst.

Ein besonderes Hobby der BFD-Vögel ist die penetrante Reklame mit nach rechtsaußen abgetriebenen Ex-SPDlern. Hierzu gehören solche Leute wie der schon genannte Professor Steinbuch, der berüchtigte Berufsvertriebene Herbert *Hupka*, der frühere Westberliner DGB-Vorsitzende Ernst *Scharnowski*. Hinter dem demonstrativen Vorzeigen dieser Leute steckt die eindeutige Absicht, das Abwirtschaften der SPD auf die Mühlen der Reaktion zu lenken. Dabei gehen die rechten Rattenfänger nach der Methode vor, eine „Links“-Entwicklung der SPD insgesamt (insbesondere ihrer Führung: „Brandts sowjetische Westpolitik“!) bei gleichzeitiger angeblicher politischer Kontinuität ihrer eigenen Position zu behaupten. Löwenthal: *„Ich habe doch bis '59 selbst SPD gewählt.“* Und Walden behauptet von sich, *„ganz auf der Linie“* des früheren Westberliner Bürgermeisters Reuter zu liegen (nach „FR“ vom 14.9.74).

Wer sich in und um die KDK und den BFD formiert, das sind die Brückenköpfe und Stoßtrupps der Bourgeoissie, die rechts von der CDU eine faschistische Bewegung aufbauen. Das Aktionsgebiet der KDK reicht von Baden-Württemberg über das Rhein-Main-Gebiert nach Nordhessen. Von Mülheim-Ruhr aus wühlt unter der Fuchtel des Kaufmanns Kurt *Meyer* ein „Aktionsausschuß für die Zusammenarbeit mit der CSU“ im nordrhein-westfälischen Industriegebiet, und von Westberlin und Kiel aus betreibt der BFD Sammlungsarbeit. Publizistisch gelenkt von Springerpresse, ZDF und „Bayernkurier“, strebt diese Bewegung zweifellos den Aufbau einer Strauß-Partei im Bundesmaßstab an.

Der „Christliche Gewerkschaftsbund“

Der Kaderstamm von KDK und BFD rekrutiert sich ausnahmslos direkt aus der Bourgeoisie bzw. ihr nahe stehenden Schichten (reaktionäre Militärs, Politiker, Publizisten usw.) Deshalb scheint insbesondere die KDK zu versuchen, über die Verstärkung der Kontakte zum „Christlichen Gewerkschaftsbund“ (CGB) in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen.

Man muß sich in diesem Zusammenhang vergegenwärtigen, daß KDK-Führung und Dregger-CDU in Hessen eng beieinander sitzen und sich politisch gegenseitig die „Hände waschen“. Laut „FR“ (13.9.) hat Dregger die hessischen CDU-Kreisverbände angewiesen, *„bei Großveranstaltungen, die Herr Löwenthal im Rahmen der KDK durchführt“*, sollen *„Terminkollisionen“* vermieden werden; und *„Sollte sich die KDK mit der Bitte um Unterstützung an Sie wenden, so helfen Sie nach Ihren Möglichkeiten“.*

Die KDK ihrerseits befleißigt sich offensichtlich, gemäß den Dreggerschen Vorstellungen zu handeln: *„Wir brauchen über das ganze Land eine gut geordnete Organisation, und wir brauchen von diesen Basen aus das, was die Sozialisten Kader-Arbeit nennen. Wir brauchen in allen Betrieben, in allen Verwaltungen angesehene Bürger, insbesondere Arbeitnehmer, die sich zu uns bekennen und unsere Mitglieder werden, Freunde um sich versammeln und damit die Basis stärken.“* („Konkret“ 28/72)

KDK-Geschäftsführer Leo Schütze, der als Herausgeber der „Gesellschaftspolitischen Korrespondenz“ in Bonn agiert, hält enge Kontakte zum CGB, der sich wiederum stark an die CSU anlehnt bzw. überhaupt von ihr ins Leben gerufen wurde. Löwenthal seinerseits hat verschiedentlich bei der Gründung gelber „Gewerkschaftsgruppen mitgewirkt. Und es ist nicht zu verkennen, daß sein ZDF-„Magazin“ das Element der sozialen Demagogie (also das heuchlerische Anknüpfen an wirklichen sozialen Nöten der Menschen) besonders stark entwickelt hat.

Was von einem gelben CGB zu erwarten ist, dazu eine abschließende Kostprobe (nach „FR“ vom 14.9.): es fanden in jüngster Zeit Gespräche mit Strauß statt, *„in denen der CGB seinen Beistand gelobte: vor allem sei bei ihm kein ‚Paritätsgefasel‘ zu fürchten; der CSU-Chef könne sich auf den Bund verlassen. Verabredet wurde ‚zielstrebige Zusammenarbeit‘ “...*

KAG Göttingen

Darmstadt:

Löwenthal mußte kapitulieren



Für den 29. August hatte die rechtsradikale „Konzentration Demokratischer Kräfte" (KDK) in Darmstadt zu einer Veranstaltung unter dem demagogischen Thema „Freiheit in Gefahr" aufgerufen. Starredner sollte der vom ZDF her berüchtigte Oberhetzer Löwenthal sein. Einer der Mitbegründer und Mitfinanziers der KDK ist übrigens der Schnapsfabrikant Eckes (der im Bundestagswahlkampf 1972 auch zu stärkerer CDU-Finanzierung unter seinen Kapitalisten-Kumpanen aufrief); Geschäftsführer der KDK ist Fritz Harth, Major der Reserve und Eckes-Angestellter – und die Zentrale der KDK befindet sich entsprechend im Haus des „Schutzverbandes der Spirituosenindustrie" in Wiesbaden.

Die geplante Löwenthal-Veranstaltung in Darmstadt wurde indes nicht zur Freude ihrer Organisatoren. Von den 5 bis 600 Leuten, die sich in der Otto-Berndt-Halle (Mensa der TH Darmstadt) versammelt hatten, waren rund die Hälfte gekommen, um Löwenthal die verdiente Abfuhr zu erteilen. Dazu hatten verschiedene linke und antifaschistische Gruppen aufgerufen.

Von Anfang seiner Rede an wurde Löwenthal mit lautstarken Pfiffen und Sprechchören bedacht, sodaß er trotz Verstärkeranlage nicht mehr zu verstehen war. Die anfänglich noch diffusen Sprechchöre *„Aufhören, Aufhören!"* bekamen zunehmend eine bewußtere politische Stoßrichtung: *„Nazis raus!"*, *„Nieder mit der braunen Pest!"* und *„Faschisten raus aus Darmstadt!"*. Schließlich gelang es einigen Löwenthal-Gegnern, bis zum Rednerpult vorzudringen und das Mikrophonkabel herauszureißen. Hauptsächlich ältere Faschisten gingen daraufhin mit Stühlen in den Händen auf Demonstranten los, was die Demonstranten natürlich nicht widerstandslos hinnahmen, so daß eine kleine Saalschlacht entstand. Die Polizei hielt sich während dieser ganzen Situation erstaunlicherweise zurück, war jedoch einsatzbereit hinter dem Bühnenvorhang versteckt (Faschisten und CDU-Leute beschimpften die Polizisten deswegen als „Weicheier" u.ä.; der als aufmerksamer Löwenthal-Anhänger anwesende CDU-Kreisvorsitzende und Bundestagsmitglied Pfeffermann bezichtigte den Polizeipräsidenten später im „Darmstädter Tagblatt", daß er „bürokratisch-weltfremde Gründe für das Nichteingreifen" hatte).

Als es in den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifaschisten im Saal vorübergehend zu einer kurzen Beruhigung kam, versuchte Löwenthal, dies für einen zweiten Anlauf seiner geplanten Hetzrede auszunutzen. Der antifaschistische Proteststurm nahm daraufhin aber wieder an Stärke zu. Viele „biedere" CDU-Anhänger verließen jetzt den Saal, und es blieb schließlich nur noch der harte Kern der Löwenthal-Anhänger zurück. Löwenthal beriet sich daraufhin mit zwei Darmstädter Chefbullen und dem TH-Präsidenten, was zu tun sei. Als jetzt auch noch das Studentenwerk, das den Saal an Löwenthal vermietet hatte (!), nachträglich den Mietvertrag kündigte (es war eine Klausel im Vertrag enthalten, die eine Beendigung der Veranstaltung bei „Tumulten" vorsah), erklärte Löwenthal eine Dreiviertel-Stunde nach dem versuchten Beginn seiner Hetzveranstaltung: **„Wir geben unsere Kapitulation bekannt."** Die Antifaschisten feierten ihren Sieg daraufhin mit dem Singen der Internationale.

Für die Darmstädter Antifaschisten wird es darauf ankommen, weiter auf diesem Erfolg aufzubauen. Das umso mehr, als die Reaktionäre aller Schattierungen nach ihrer erlittenen Niederlage ankündigten, daß es *„für uns Deutsche Zeit"* sei, *„die Ärmel aufzukrempeln und Ordnung zu schaffen"* (aus einem im „Darmstädter Tagblatt" veröffentlichten Leserbrief). Und CDU-Kreisboss Pfeffermann kündigte an, daß Löwenthal zur Wiederholung *„noch im September auf einer CDU-Großveranstaltung sprechen"* soll – und sicher werden diese Leute das nächste Mal bessere Vorsorge zu treffen versuchen. Vielleicht werden Pfeffermann und seine Kumpane sich auch dafür einsetzen, daß Löwenthal dann seine Pistole bei sich behalten darf – die er dieses Mal auf Weisung der Polizei in seinem Wagen lassen mußte? !

Nach dem Bericht eines Darmstädter RBJ-Genossen



Lautstarke Sprechchöre und Pfiffe verhinderten den Löwenthal-Auftritt in Darmstadt



Faschisten gehen mit Stühlen gegen die Löwenthal-Gegner vor. Das „Darmstädter Tagblatt" versuchte dagegen, mit diesem Bild gegen die Antifaschisten zu hetzen und log: „Die Randalierer werfen schließlich ganze Stuhlreihen gegen die Bühne"!



Nicht nur mit Flugblättern, auch mit Wandparolen mobilisierten linke und antifaschistische Gruppen gegen die Löwenthal-Veranstaltung.

Der Oberhetzer Löwenthal in Marburg

Faschisten gehen mit Stühlen gegen die Löwenthal-Gegner vor. Das „Darmstädter Tagblatt" versuchte dagegen, mit diesem Bild gegen die Antifaschisten zu hetzen und log: „Die Randalierer werfen schließlich ganze Stuhlreihen gegen die Bühne"!

Nicht nur mit Flugblättern, auch mit Wandparolen mobilisierten linke und antifaschistische Gruppen gegen die Löwenthal-Veranstaltung.

Der Oberhetzer Löwenthal in Marburg

Am Dienstag, dem 24.9., trat in Marburg/Lahn der Faschist Löwenthal vom ZDF-Magazin mit einer sogenannten „Bürgerinitiative für freiheitliche Ordnung" auf. Begleitet wurde er vom Anti-Kommunisten und berufsmäßigen Ex-Tschechen Pachmann (Schachspieler). Hiermit sollte offenbar der faschistische „Bund Freies Deutschland" auch in Hessen und Marburg verankert werden.

Erschienen waren in der Stadthalle etwa 400-500 Anti-Faschisten. Schon vor der Veranstaltung erschallten starke Rufe: „Arbeitereinheit schlägt Faschismus!" und „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!". Kurz vor Beginn der Veranstaltung erschallte das Arbeitereinheitslied, das starken Beifall erhielt und das Kräfteverhältnis im Saal deutlich machte: 2/3 Anti-Faschisten, 1/3 Sympathisanten und Anhänger Löwenthals. Etwa 50 untersetzte Typen, wie es hieß, NPD-Ordner aus Frankfurt, bewachten den Eingang und den Saal. Sie durchsuchten genauestens Taschen und Mäntel am Eingang und merkten sich von Beginn der Veranstaltung an jeden antifaschistischen Zwischenrufer.

Nachdem der Anti-Kommunist Pachmann unter tosendem Pfeifen seine „Erfahrungen mit dem linken Faschismus" unterbreitet und ein Loblied auf die „Prager Sozialreformer" gesungen, sowie die „Notwendigkeit des Radikalenerlasses für jede Demokratie" erläutert hatte, versuchte Löwenthal,in dieselbe faschistische Kerbe zu hauen. Er kam jedoch gar nicht erst zu Wort, denn mittlerweile hatten sich fast alle Anti-Faschisten von ihren Plätzen erhoben und skandierten rhytmisch: „Löwenthal, aus dem Saal!" Nach etwa zehn Minuten brach Löwenthal ab, und auf einen Wink des Marburger Vorsitzenden der „Bürgerinitiative" stürmte von vorne ein Trupp von 50-100 Polizisten in voller Kriegsbemalung in den Saal. Von der Rednerbühne herab dirigierte der Vorsitzende über Mikrophon mit tatkräftiger Unterstützung der NPD-Schläger den Polizei-Einsatz: „Das Mädchen mit dem gestreiften Pullover in der 12. Reihe!" u.ä. Die Polizisten prügelten sofort auf die Angedeuteten los und drängten die Anti-Faschisten unter Schlägen und Tritten aus dem Saal. Auf diese Weise wurden etwa die Hälfte der Anti-Faschisten rausgeprügelt und die anderen durch die physische Anwesenheit der Polizisten eingeschüchtert.

Zur Rolle der DKP

Bezeichnend war wieder einmal das Verhalten der DKP und Co. . Sie hatten in einem Flugblatt einen Tag vor der Faschistenveranstaltung dazu aufgerufen, *„angesichts der bewußten Beschleunigung von tumultartigen Szenen auf Löwenthalveranstaltungen durch die von ihm organisierten Ordner"* (Flugblatt-Text) nicht in den Saal zu gehen, sondern eine Gegenveranstaltung auf dem Uni-Gelände gegenüber der Stadthalle abzuhalten. Als am nächsten Tag bekannt wurde, daß der SPD-Magistrat die Gegenveranstaltung auf dem Platz vor der Stadthalle verboten hatte, schrieben DKP und Co. auf einer Wandzeitung in der Mensa: *„Jetzt lassen wir uns erst recht nicht provozieren!"* und verlegten ihre Kundgebung auf den zehn Minuten entfernten Alten Marktplatz in der Altstadt. Dort sollte dann der Judo-Vorsitzende Schiller ein Referat halten und eine „saftige Resolution" verabschiedet werden. Noch am Eingang zur Löwenthal-Veranstaltung eine halbe Stunde vor Beginn tauchten MSB-Typen mit Megaphonen auf, um die versammelten Anti-Faschisten davon abzuhalten, in die Veranstaltung zu gehen, weil sie sich nur „provozieren lassen" und den Faschisten „unter die Arme greifen" würden!

Die Opportunisten und Revisionisten bewiesen einmal mehr ihre Funktion: Die Anti-Faschisten vom konsequenten demokratischen Kampf abzuhalten und damit den Faschisten das Feld zu überlassen! Das ist ihnen allerdings mißlungen.

Sympathisanten des KB,

Göttingen:

Schüsse auf Plakatkleber

In Göttingen ist es in letzter Zeit schwieriger geworden, Plakate zu kleben, mit denen zu Veranstaltungen unserer Gruppe oder zu Demonstrationen und antiimperialistischen Veranstaltungen aufgerufen werden soll.

Dabei tritt weniger das Ordnungsamt auf den Plan und erstattet Anzeige wegen „wilden" Plakatierens, vielmehr werden zunehmend die Polizei und ihre Hilfsmannschaften eingesetzt, die offensichtlich scharf gemacht worden sind, gleich am Ort des Geschehens „aufzuräumen". Hauptsächlich betroffen waren bis jetzt die Genossen, die in der Innenstadt und ihrer unmittelbaren Umgebung kleben.

So veranstaltete die Polizei im Sommer eine regelrechte Verfolgungsjagd auf Schülergenossen, als sie versuchten, Plakate für eine Schulkampf-Veranstaltung zu kleben. Die Bullen fuhren in diesem Fall mit ihrem Streifenwagen quer über die Rasenflächen eines Parks. Die Genossen konnten sich eben noch durch eiligen Rückzug über Mauern und durch Hinterhöfe in Sicherheit bringen.

Dagegen konnten wir in der Vergangenheit an der Uni und in den Wohngebieten ziemlich unbehelligt kleben. Gerade auf dem Uni-Gelände gehörte das Plakatieren zu den „Routinearbeiten". Im Laufe der Jahre hatten sich für die linken Studentengruppen – und in deren Kielwasser allerdings auch für die Reaktionäre – das „Gewohnheitsrecht" herausgebildet, durch Plakate an den Hörsaalgebäuden und Seminaren auf ihre Veranstaltungen aufmerksam zu machen.

Das hat sich jetzt offensichtlich drastisch geändert. Ein Genosse berichtet:

Am 9. September wollten wir zu dritt auf dem Campus Chile-Solidaritätsplakate kleben. Als wir gegen 23 Uhr das Gelände erreichten, kamen zwei Männer hinter uns her und forderten uns drohend auf, zu verschwinden, Plakate kleben sei nicht drin. Diese Männer gehörten zu den Wachleuten, die während der ganzen Nacht im Zentralen Hörsaalgebäude sitzen und die Uni bewachen. Sie mußten uns gesehen haben, als wir an dem Gebäude vorbeigingen. Wir hauten erstmal ab und warteten kurze Zeit. Dann gingen wir von einer anderen Seite erneut auf den Campus. Es gelang uns, unbehelligt unsere Plakate zu kleben. Scheinbar hatten die Wachmänner nicht damit gerechnet, daß wir wiederkommen. Das war allerdings ein Trugschluß. Wir begannen gerade den Rückweg, da hörten wir einen Schuß! Als wir uns umblickten, sahen wir ein Stück entfernt einen Wachmann stehen. Er schrie 'Stehenbleiben' – und schoß ein zweites Mal. Zum Glück war die beleuchtete Straße nicht mehr weit, und es gelang uns, ohne Schrammen wegzukommen.

Wir wissen nicht, ob der Wachmann mit scharfer Munition geschossen hat. Deshalb haben wir begonnen, Nachforschungen anzustellen, wie die Wachleute ausgerüstet sind. Was daran auf jeden Fall deutlich wird, ist dies: Politische Disziplinierung heißt auch an der Uni nicht nur Verbot von politischen Diskussionen in Lehrveranstaltungen, Büchertischen und Plakatkleben. Sie schließen alle Mittel der Einschüchterung fortschrittlicher Studenten ein. Dabei schreckt die Uni-Verwaltung und die in ihrem Auftrag arbeitende Wachmannschaft offensichtlich nicht davor zurück, schon bei vergleichsweise geringen Anlässen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Es ist da wohl kein weiter Weg mehr, auf die zu schießen, die Plakate der Linken lesen.

Ein Genosse der KAG

Antifaschistischer Liederabend – Ein Teil unseres politischen Kampfes

Am 14.9.74 veranstaltete das Jugendzentrum Reinbek zum Ausklang seiner Chile-Solidaritätswoche einen antifaschistischen Liederabend. Gesungen wurden deutsche und internationale Arbeiterlieder sowie Lieder aus aktuellen Anlässen (ein Jahr Putsch in Chile, Hinrichtung von Carrero Blanco u.a.). Einleitend wurde ein Referat zur Funktion des Arbeiterliedes gehalten, danach folgten Kurzreferate und Kurzgeschichten, die einen Einblick in die Situation geben sollten, aus der heraus die jeweiligen Lieder geschrieben wurden.

Im Mittelpunkt stand, mit Unterstützung des „Hamburger Straßentheaters", das gemeinsame Singen von antifaschistischen Liedern. Das gemeinsame Singen bringt Spaß und ist uns zugleich Erholung und Ansporn für unseren täglichen politischen Kampf.

Auch die materielle Solidarität mit dem chilenischen Widerstand kam nicht zu kurz. Die ca. 150 Besucher spendeten rund DM 560,-.

Alles in allem war der Abend ein Erfolg und empfiehlt sich zur Nachahmung.

ein AK-Leser aus Reinbek

Hamburg: Wieder faschistischer Anschlag gegen das „arbeiterbuch"





Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate wurde auf die politische Buchhandlung „arbeiterbuch", die dem KB nahesteht, ein faschistischer Anschlag verübt:

Am Freitag, den 13. September, führte der KB im Rahmen der Chile-Solidaritäts-Woche eine Veranstaltung im Audi-Max der Hamburger Universität durch. Nur wenige Stunden später zertrümmerte ein großer Mauerstein die Schaufensterscheibe der nahegelegenen Buchhandlung. Die Faschisten hatten sich genau jenes Fenster vorgenommen, das die Genossen des „arbeiterbuch" mit Bildern, Büchern und Plakaten zur Chile-Solidarität ausgestaltet hatten.

Dieser Anschlag weist bemerkenswerte Parallelen zum Vorgehen der Faschisten am 24. Mai dieses Jahres auf: Auch damals hatte der KB im Audi-Max eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des irischen Volkes durchgeführt. Einen Tag nach der Veranstaltung zerschlug ein Stein die Scheibe zu dem Schaufenster, das entsprechend dem Inhalt der Veranstaltung mit Propagandamaterialien der irischen Befreiungsbewegung ausgelegt war.

Im Gegensatz zum letzten Mal konnten diesmal die faschistischen Provokateure jedoch gefaßt werden. Aufmerksame und beherzte Gäste eines (neben dem „arbeiterbuch" gelegenen) italienischen Lokals liefen sofort auf die Straße und stellten sich den beiden Faschisten, die gerade das Weite suchen wollten, in den Weg.

Da die Faschos sich aus verständlichen Gründen nicht festhalten lassen wollten, inszenierten sie eine wilde Prügelei, wobei sie selbst reichlich was „eingeschenkt" bekamen. Ein Kollege schlug allerdings so mit dem Kopf auf das Straßenpflaster, daß er sich eine stark blutende Platzwunde am Kopf zuzog.

Durch diesen Lärm auf der Straße aufgeschreckt, kamen immer mehr Bewohner aus den umliegenden Häusern an die Fenster und mehrere auch herunter auf die Straße. Es gelang, die Faschisten in einem Kellereingang festzuhalten, bis die alarmierte Polizeistreife eintraf (die kamen allerdings erst nach 15 Minuten!).

Ein Bewohner hatte beobachtet, wie die Faschisten den Stein in die Schaufensterscheibe des „arbeiterbuch" geworfen hatten. Er gab seine Beobachtungen der Polizei zu Protokoll.

Die Faschisten – es handelt sich dabei um die beiden Briten George Mooney und William Devey, beide wohnhaft in Hamburg 13, Dillstraße 21 – versuchten, die besoffenen „Unpolitischen" zu spielen – und die Polizei war denn auch allzugern bereit, die Sache als „groben Unfug" abzutun und entsprechend lasch zu behandeln.

Das „arbeiterbuch" und der verletzte Kollege haben jedoch Strafanzeige erstattet. ●

Genossen des „arbeiterbuch"

letzte Kollege haben jedoch Strafanzeige erstattet. ●

Genossen des „arbeiterbuch"

Faschistischer Maskenball in Bielefeld

Am Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile fand in Bielefeld eine vom Chile-Komitee organisierte Solidaritätsdemonstration statt, an der sich etwa 600 Menschen beteiligten.

Dies nahm eine kleine Gruppe von Faschisten (ca. 15 Figuren) zum Anlaß einer üblen Provokation: Mit einem Transparent „KPD = Junta" liefen sie im Demonstrationszug mit, wobei sie Parolen wie „Nieder mit der roten Pest. Kampf dem Kommunismus" gröhlten. Auf Flugblättern bezeichneten sie sich dreist als „konsequente Antiimperialisten", die „Solidarität mit dem chilenischen Volk" üben würden; in diesem Flugblatt hieß es u.a. auch, daß „die Praktiken des Marxismus sich in keiner Weise von der Nazidiktatur oder der griechischen oder chilenischen Militärdiktatur unterscheiden" etc. – Unterschrieben war dieser Mist von einer angeblichen „Solidaritätsgemeinschaft für Chile" und sieben weiteren Organisationen (bei 15 Mitstreitern im Demonstrationszug!), worunter, um die Maskerade komplett zu machen, außer der NPD und ihren „Jungen Nazi-onaldemokraten", u.a. auch eine „gewerkschaftsoppositionelle Lehrlingsgemeinschaft" firmierte.

Obwohl wir vom Kräfteverhältnis her klar überlegen waren, und die Faschisten wirklich ungeheuer provokativ auftraten, wurden sie nicht wirksam vertrieben.

Es kam zwar zu einigen kleinen Prügeleien – ein Faschist mußte sogar für fünf Minuten von der Polizei in „Schutzhaft" genommen werden – und es gelang auch durch spontanen Zugriff einiger entschlossener Demonstranten, den Faschisten ihr Transparent zu entreißen, doch insgesamt kann diese „Aktion" nicht als Niederlage der Faschisten angesehen werden.

Dies lag in der Hauptsache daran, daß keine der beteiligten Organisationen sich auf eine solche Situation vorbereitet hatte und von daher große Unklarheit über das richtige Auftreten gegenüber solchen Gruppen bestand.

Legalistische Vorstellungen wie „gleiches Recht für alle", die irrige Hoffnung, Faschisten würden verschwinden, wenn man sich nicht um sie kümmert und vor allem große Verwirrung unter den Demonstrationsteilnehmern verhinderten ein geschlossenes Auftreten.

Aus dieser Erfahrung müssen wir lernen, daß man Faschisten entschlossen und vor allem organisiert entgegentreten muß, besonders dann, wenn unsere kräftemäßige Überlegenheit so deutlich ist. Jeder Versuch, sie mit Argumenten zu „überzeugen", fordert sie nur zu größeren Provokationen heraus. ●

Ein AK-Leser



Die Bourgeoisie treibt die Faschisierung in allen Bereichen der Gesell-
Bestellungen an Verlag ARBEITERKAMPF J. Reents
das reicht!

Die Bourgeoisie treibt die Faschisierung in allen Bereichen der Gesellschaft mit allen Mitteln voran. Dazu gehört auch der gesamte „Kultur"-Bereich, in dem z.B. in Schlagern usw. zunehmend mehr die reaktionäre Ideologie verbreitet wird.

Mit unserer Platte „Einmal Faschismus, das reicht!" wollen wir dazu beitragen, Klarheit über den internationalen Charakter der Faschisierung zu schaffen, und die Notwendigkeit der internationalen Solidarität im antifaschistischen Kampf zu propagieren.

„Arbeitermusik ist für uns ein Kampfmittel, das uns in unserem gerechten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung helfen und stärken soll und ein Lehrmittel der richtigen Methoden dieses Kampfes. Sie ist uns auch Erholung und Genuß. Aber auch dann nicht, um uns abzulenken vom Klassenkampf, sondern um uns für ihn frischer zu machen." (Hannes Eisler)

Eine Hamburger Agitproptruppe

Bestellungen an
Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35 Preis 5,- DM

DIE NAZIFALLE

Wer bohrt denn da die Straße auf
in Spanien unverdrossen
und hebt sich einen Tunnel aus,
das sind die baskischen Genossen.

Drei Panzerminen gut plaziert,
so wurde es beschlossen;
so stellt man eine Nazifalle her,
so machten's die baskischen Genossen.

Im Nachbarhause hockten sie,
die Stunden wie Minuten verflossen,
bis der schwarze Cadillac dann
war im Visier der baskischen Genossen.

Ein Blitz, ein Knall wie Donnerhall
wird Carrero Blanco hochgeschossen;
Vierzehn ganze Meter schaffte er,
und das verdankt er den baskischen Genossen.

Wir sehen, das Faschistenpack
ist auch nur aus Haut und Knochen!
Den Faschismus niederhaun! Das können wir!
Unter der Führung der Arbeiterklasse!
Im Kampf für den Sozialismus!
Arbeiter! Genossen!

Tiefschlag für Faschisten

Bergedorfer Antifaschisten verhindern NPD-Propaganda

Am Samstag, den 22.9., bauten in Bergedorf etwa zehn NPD/JN-Faschisten einen Propagandastand auf. Unter dem Motto: „Fegt ihn weg, den roten Dreck, morgen ist die Mauer weg", „Kampf dem Kommunismus" usw. sollte die Bergedorfer Bevölkerung bearbeitet werden.

Als einer der treibenden Einpeitscher (mit Megaphon!) fungierte wieder mal der uns schon sattsam bekannte Jungfaschist Buchmann, „militärisch" kostümiert mit Koppel, Odal-Rune, Bundeswehrhemd und Sonnenbrille; ständiger Begleiter: sein Schäferhund; – uns schon bekannt – durch eine Anzahl von Provokationen gegen fortschrittliche und kommunistische Menschen und deren Aktionen in Bergedorf und Umgebung. So versuchte Buchmann erst vor kurzer Zeit mit einigen seiner braunen Freunde eine Chile-Solidaritätsveranstaltung der Jusos in Schwarzenbek zu stören, wobei er allerdings buchstäblich auf die Nase flog.

Der ganze Propagandastand mit Fahnen, Stellschildern, Flugblättern, mitsamt den antidemokratischen Parolen der Faschos, war eine offene Provokation für die Antifaschisten Bergedorfs. So sammelten sich schon nach einer halben Stunde ca. 50 - 60 Demokraten und Kommunisten um den Nazitisch und schlossen einen festen Kreis um ihn herum. Die Verteiler der Faschisten, offensichtlich total überrascht, verteilten (noch) sehr freigiebig ihre Flugblätter und Zeitungen an die Antifaschisten (bei einigen Verteilern haben wir allerdings noch etwas nachhelfen müssen), und so regnete schon bald fast das gesamte Propagandamaterial in Fetzen zerissen auf den Stand nieder. Einem Typen, der jetzt auftauchte und die Antifaschisten fotographierte (warum wohl ?), wurde mit einem Mal unheimlich schlecht (im Unterleib), außerdem war plötzlich sein Objektiv verschwunden und der Film belichtet. Der Stand der Faschos wackelte schon bedenklich, als plötzlich überraschend (?) schnell drei Streifenwagen der Polizei auftauchten, die Bullen den Knüppel schon erwartungsvoll in der Hand. Allerdings gaben wir ihnen keinen Anlaß zum Eingreifen.

Buchmann, unbelehrbar, mit seinem Köter zur Seite, versuchte noch weiter Flugblätter zu verteilen. Er wurde allerdings ständig von 5 - 6 Antifaschisten begleitet, die von vornherein durch Parolen und Diskussionen die Passanten vorbereiteten, so daß auch tatsächlich nur sehr wenige Menschen das braune Geschmiere annahmen; Buchmann gab schließlich auf.

Auch vom Megaphon der Faschisten waren nur noch Satzfetzen zu hören. Stattdessen schallten antifaschistische Parolen (z.B. „Demokraten, Kommunisten keinen Fußbreit den Faschisten", „Den Faschismus ha'm wir satt, Faschisten raus aus unsrer Stadt") durch die Einkaufsstraße.

Es ergaben sich große Diskussionsgruppen mit den Passanten, in denen auch über die Entlarvung der Faschisten hinaus, die Notwendigkeit des aktiven Vorgehens gegen die braunen Organisationen besprochen wurde.

Während der Aktion verteilten die Antifaschisten ein Flugblatt, in dem auf das Zusammenspiel der örtlichen Presse (Springers „Bergedorfer Zeitung") und der Faschisten eingegangen wird. Dies Flugblatt, das auch schon zu einem anderen – ähnlich gelagerten – Ereignis verteilt wurde, wird im Übrigen von einer recht breiten Aktionseinheit getragen: So haben neben der Bezirksgruppe Bergedorf des KB noch folgende Kräfte unterzeichnet: Juso-Kreisvorstand Lauenburg, Forum-Redaktion Mölln, Jugendzentrum Reinbek, Aktionseinheit fortschrittlicher Jugendlicher Geesthacht, Aktion Jugendzentrum Geesthacht und SSB GE Schwarzenbek.

Deutsche Polizisten – schützen die Faschisten

Die Polizisten schlichen währenddessen angespannt lauschend und fotographierend zwischen den Diskussionsgruppen herum, nahmen ohne ersichtlichen Grund Personalien von einigen Antifaschisten auf. Nach zwei Stunden ohne Einsatz wurden die meisten Bullen offensichtlich schon ganz nervös und fickerig, rempelten Antifaschisten an und bedrohten sie: „Wenn ihr Putz wollt, könnt ihr haben", „Noch einmal, dann gehst du hopp" usw. Als schließlich ein Genosse anfing, eine kurze Rede zu halten, in der unser Auftreten gegenüber den Faschos noch einmal begründet wurde, und auch das verstärkte Auftreten der Faschisten beleuchtet werden sollte, sahen „unsere Hüter von Recht und Ordnung" endlich die Möglichkeit einzugreifen. Die Rede bedeute „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" (!). Als die Rede dann trotzdem weitergeführt werden sollte, stürzten drei Polizisten mit Knüppeln auf den Genossen los und zerrten ihn zum Streifenwagen.

Der Redner wehrte sich im Augenblick, sein Kopf wurde brutal aufs Wagendach gepreßt und er landete schließlich im Wagen. Wir schickten sofort zwei Zeugen zur Wache hinterher, auch um rauszukriegen, was dort mit dem Genossen passiert. Es wäre nicht das erste Mal, daß Antifaschisten von „unserer" Polizei nach einer Festnahme verprügelt werden.

Die Faschisten hatten die Ablenkung durch die Festnahme genutzt und inzwischen ihren Stand blitzschnell abgebaut und in Sicherheit gebracht.

Wir hatten gerade beschlossen, zur Polizeiwache zu gehen, als der Genosse uns schon entgegenkam – „Grund" für die brutale Festnahme: Feststellung der Personalien!!

Die Demokraten einschüchtern und auf sie einschlagen – die Faschisten schützen, das ist eine Aufgabe der Polizei in „unserem demokratischen Rechtsstaat"!

Trotz der Festnahme ist diese antifaschistische Aktion ein voller Erfolg gewesen. Die Faschisten konnten ihre braune Propaganda nicht an den Mann bringen, stattdessen konnten wir in längeren Diskussionen mit Menschen aus unserem Stadtteil in Kontakt kommen und auch ansatzweise Klarheit über das Vorgehen gegen die Faschisten schaffen.

Übrigens: Der Schäferhund der Faschos, wohl angewidert durch die Schlappe seiner „Herrchen" (allerdings hatte er auch eine volle Ladung Tränengas verpaßt gekriegt), kotzte sich gleich zu Anfang eine ganze Weile unter dem Nazi-Stand aus und fühlte sich offensichtlich den ganzen Vormittag noch etwas maddelig. Vorbeugen ist besser . . . ●

Ein Genosse der Bezirksorganisation Bergedorf

NATO-Manöver „Bold Guard“ – „Kühne Wacht“!

An den Särgen der Opfer?

Anfang September dieses Jahres begannen die Großkriegsübungen der NATO in der BRD. Zum Auftakt übten über 40.000 Soldaten aus Großbritannien, Dänemark und der BRD auf den Straßen und Äckern Schleswig-Holsteins bei der Kriegsübung „Bold Guard". Mit diesem „Manöver" wurde eine weitere Reihe Großkriegsübungen eingeleitet:

Kleine Manöverschäden (Blechschaden am Auto) . . .

In der Nordsee findet ein Flottenmanöver mit 40.000 Soldaten statt. In Niedersachsen übt die 7. Panzergrenadierdivision mit 14.000 Soldaten die Bildung von „Brückenköpfen" an der Weser (heute an der Weser – morgen an der Weichsel?). In Süddeutschland begann am 14. September der Aufmarsch von rund 80.000 Bundeswehrsoldaten zum Manöver „Schneller Wechsel" (vom „Frieden" zum Krieg?). Dieses Manöver ist das bisher größte kombinierte Heeres- und Luftwaffenmanöver der Bundeswehr, bei dem zum ersten Mal große Kontingente der „Heimat-Schutztruppen" mit einbezogen wurden. 12.000 Reservisten wurden vom Arbeitsplatz zur „Übung" weggeholt.

Frieden auf Erden . . .

Schwätzen die bürgerlichen Politiker von „Entspannung" und „Friedenspolitik", dann dient es nur dazu die Arbeiterklasse und das Volk des eigenen und aller anderen Länder zu täuschen. Diese Kriegsübungen mit 100.000en Soldaten zeigen das wahre Gesicht dieses „Ordnungs - staates". Hier wird das Kriegsinstrument vorbereitet auf einen neuen Raubkrieg, auf die Niederhaltung der Arbeiterklasse. Das Friedensgeschwätz dient zur Ablenkung von der forcierten Aufrüstung und Militarisierung der BRD.

In den Kommentaren der Berufsmenschenschlächter kommt ihre ganze Menschenverachtung zum Ausdruck. Zu den Opfern ihrer Kriegsübungen beim Manöver „Bold Guard" heißt es: *„Wie der Kommandierende Manöver General Schwiethal am Wochenende auf einer abschließenden Pressekonferenz mitteilt, ereigneten sich während der Übung 46 Unfälle, wobei 36 Personen verletzt wurden, 21 von ihnen schwer. Der Sachschaden wird auf 110.000 Mark geschätzt.*

(Anm.: Dazu kommen noch rund neun Mio.Mark für Flurschäden etc.)

Das Übungsziel, so versichert der General, sei voll erreicht worden. Die Zusammenarbeit aller beteiligten Verbände habe hervorragend funktioniert, so daß der Gesamtaufwand voll gerechtfertigt erscheine. Zwar seien die Unfälle beklagenswert, jedoch sei deshalb der Abbruch des Manövers nicht notwendig" („Lübecker Nachrichten", 15.9.74).

und große: Auto zertrümmert, zwei Tote (in Soltau) ...



voll gegen ein Bauernhaus gerammelt

Acht Tote, 36 Verletzte – „Das Manöverziel wurde voll erreicht!"

Zu Beginn des Manövers mußten britische Fallschrimjäger trotz starken Windes abspringen. Fünf von ihnen blieben schwer verletzt in den Bäumen hängen, einer ist querschnittgelähmt. Sechs Fallschirmjäger ertranken im Nord-Ostsee-Kanal, nachdem sie mit voller Ausrüstung nachts abspringen mußten. Dieser Einsatz wurde geführt, obwohl die Kanalverwaltung den Streitkräften vor Manöverbeginn ausdrücklich mitteilte, eine Genehmigung zum Absprung über der Wasserstraße könne wegen der damit verbundenen Gefahren nicht erteilt werden!

Ein Sicherheitsoffizier erhängte sich (angeblich in Verbindung mit dem Tod der Fallschrimjäger). Bei einem schweren Verkehrsunfall – drei Pkws fuhren auf einen Bundeswehr-Lastwagen, der auf der Straße wendete – starb ein „Zivilist", fünf wurden schwer verletzt. Bei einem anderen Verkehrsunfall starb ein weiterer Soldat.

Daß es dem Militär wirklich nicht auf ein paar Tote mehr oder weniger ankam, macht auch die ärztliche Versorgung der 40.000 Soldaten deutlich: Ganze 28 Ärzte waren im Einsatz, also für fast 2.000 Soldaten (von den betroffenen Zivilisten mal ganz abgesehen) ein Arzt.

Für die Kriegsberichterstatter der „Hamburger Morgenpost" ist sowas selbstverständlich. „Acht Mann mußten beim NATO-Manöver sterben", lautete die Artikelüberschrift am 14.9.74. In dem Artikel heißt es *„Die NATO-Übung ,Bold Guard' ging unterdessen planmäßig weiter. Die ,Blauen' traten gestern morgen – sieben Stunden eher als erwartet – zum Gegenangriff an und drängten den bösen Feind in Richtung Zonengrenze zurück."*

Solche Kriegsberichterstatter – ob im Solde der SPD oder Springers – haben die Aufgabe, die Opfer des Militarismus als „normale" Erscheinungen, „alltägliche Unglücksfälle" darzustellen und zu verharmlosen. Statistiken, die den vollen Umfang der „Friedensopfer" enthüllen, gibt es nicht. Kleinanzeigen über Unfälle erscheinen in der bürgerlichen Presse meist nur in ein paar Zeilen Eine kleine Überschriftenauswahl „Panzerwagen überrollt Soldaten" – „Phantom stürzt auf Panzer: Vier Tote" – „Drei Tote bei der Bundeswehr" – „Zwei Soldaten der Bundeswehr kamen ums Leben" – ‚Auto rast in Soldatenkolonne" – „Vom Lukendeckel erschlagen" – „Schuß aus der Panzerkanone traf Unteroffizier tödlich" – „Ausrangierte Panzerrakete zerriß zwei Frauen" – „Soldat erschoß sich".

Die Überschriftenliste läßt sich täglich fortsetzen, wenn man die Kleinartikel der bürgerlichen Presse liest. Ursachen werden nicht benannt oder verharmlost, verschleiert.

Die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten muß die Arbeiterklasse schon im „Frieden" auch mit Todesopfern bezahlen. Ein Grund mehr, diesen Brandstiftern zweier Weltkriege endgültig das Handwerk zu legen! ●

Militarismus-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

ein ,einheitliches Polizeirecht des

Für die Kriegsberichterstatter der „Hamburger Morgenpost" ist sowas selbstverständlich. „Acht Mann

Militarismus-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Innenministerkonferenz beschließt:

Exekution – legal

Wenn es nach dem Willen der westdeutschen Innenministerkonferenz geht, so werden in Zukunft die Bullen vom Mobilen Einsatzkommando (MEK) und die ‚einfachen' Beamten von der Schutzpolizei nicht mehr vor Gericht gestellt werden können, weil sie einen ‚gezielten Todesschuß' abgegeben haben.

Nach einem ‚Musterentwurf' für ein ‚einheitliches Polizeirecht des Bundes und der Länder', dem die Innenminister auf ihrer letzten Konferenz in Westberlin ihre Zustimmung gaben, soll der ‚gezielte Schuß' zulässig sein, **„wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr ist"** – wie es in der Gesetzesvorlage heißt (lt. „Spiegel", 16.9.74).

Schon bisher war es Praxis, daß Bullen, die tatsächliche oder vermeintliche Kriminelle erschossen hatten, nicht wegen Mordes oder zumindest wegen Totschlags zur Verantwortung gezogen wurden, sondern straffrei ausgingen und ihren ‚Dienst' ohne Beschränkungen fortsetzen konnten:

Als in Hamburg vor einigen Monaten der Bankräuber Gonzales von einem MEK-Mann aus 20 Zentimeter Entfernung exekutiert wurde, war das nach offizieller Leseart „übergesetzlicher Notstand"; die Ermordung des Westberliner Studenten B. Ohnesorg während einer Anti-Schah-Demonstration, die gezielten Todesschüsse in Zusammenhang mit der Fahndung nach RAF-Mitgliedern und die Morde an den Werktätigen Jendrian (München) und Remiszka (Mannheim) – *„dies alles sind,"* wie der Wuppertaler Polizeirechtler Dr. Kurt Gintzel sagt, *„ausgesprochene Malheur-Fälle"* („Spiegel", 16.9.74).

Immerhin fehlte bisher die eindeutige gesetzliche Festlegung, daß die Polizisten (aller „Gattungen") Menschen in bestimmten Situationen erschießen dürfen. Das war ein Zustand, der *„den einzelnen Beamten vor Ort überfordert"*, wie ein Beamter der Rheinland-Pfälzischen Regierung gegenüber dem „Spiegel" äußerte.

Es wäre jedoch verfehlt, die geplante Novellierung des Polizeigesetzes nur *„als eine kosmetische Operation an einem längst vorhandenen Rechtsgefüge"* („Spiegel") zu werten.

Vielmehr geht es auch darum, die Bullen vom Gesetzgeber her zu ermuntern, noch rücksichtsloser als bisher schon von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Hier werden Morde vom Staate vorprogrammiert – und den Mördern wird von vornherein gesagt, daß sie nichts zu befürchten haben, sondern im Sinne des Gesetzes handeln. ●



Sie erhalten grünes Licht zum "gezielten Todesschuß"

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



mehrere Millionen Mark „Flurschäden" an Äckern und Wäldern (‚Leopard-Panzer' beim Manöver in Schleswig-Holstein)

Wie ein Fisch im Wasser?

– Panzerjägerbattaillon 44 will sich im Volk verankern –

In Reinhausen, einem Dorf in der Göttinger Umgebung, besteht seit März 1972 eine sogenannte „Patenschaft" zwischen dem Ort und der 2. Kompanie des Panzerjägerbataillons 44. Bei den Panzerjägern handelt es sich um spezielle Bürgerkriegseinheiten der Bundeswehr, die mit schweren Jagdpanzern und kleineren Fahrzeugen sowie für den Straßenkampf geeigneten Maschinenkanonen ausgerüstet sind. Die Jägersoldaten erhalten eine besondere Ausbildung im „Orts- und Partisanenkampf". So wird auch ständig die gewaltsame Niederschlagung von Arbeiterdemonstrationen und Betriebsbesetzungen bei diesen Einheiten geübt!

Die „Patenschaft" besteht nun darin, daß Reinhäuser Bürger den Soldaten (lt. „Göttinger Tageblatt") eine echte zweite Heimat geben": nach absolvierten Übungen werden die Soldaten in Privatquartieren aufgenommen und gefüttert.

Anläßlich einer Übung im September wurde eine zweitägige „Patenschaftsveranstaltung" durchgeführt. Das Programm: eine vielseitige Waffen- und Geräteschau, Manöverball im Dorfgemeinschaftshaus mit eigenem Soldatenchor, Info-Stände usw.

Auf einem „traditionellen Frühschoppen" des Offizierskorps des Panzerjägerbataillons 44 in der Göttinger Ziethen-Kaserne wurde zum Z w e c k dieser Show erklärt: *„Wir glauben, unseren militärischen Auftrag nur erfüllen zu können, wenn über die rein dienstlichen Belange hinaus auch die mitmenschlichen Verbindungen zwischen uns allen intakt sind."* (Zitiert nach „Göttinger Tageblatt" vom 9.9.74).

Und weiter: *„Denn entscheidend für den Erfolg eines Gemeinwesens sei die Fähigkeit, zwischen den einzelnen Teilen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und eine gemeinsame Zielsetzung erhalten zu können".*

Die bewaffneten Streitkräfte der Kapitalisten werden in Zeiten schärferer, auch militärischer Auseinandersetzung nach außen und innen einen schweren, geradezu aussichtslosen Stand haben, wenn sie nicht selber Rückhalt in Teilen des Volkes haben. Um sich diesen Rückhalt zu schaffen, werden Veranstaltungen wie in Reinhausen aufgezogen. ●

KAG Göttingen
Metallzelle

Folterung und Korruption nicht nur im Mannheimer Knast

Der Gefangenenrat in Frankfurt (eine Vereinigung ehemaliger Häftlinge) hat in seinen Veröffentlichungen immer wieder deutlich gemacht, daß die Vorkommnisse in Mannheim im Grunde „nichts besonderes" im bundesdeutschen Strafvollzug darstellen.
In den letzten Jahren sind besonders die Fälle in Hamburg-Fuhlsbüttel, wo es mehrere Tote in der sogenannten „Glocke" gab, und die Todesfälle in der Strafanstalt Klüngelpütz in Köln bekannt geworden. Als Folge des Aufsehens, das die Mannheimer Knast-Affäre erregt hat, muß man die Meldungen der bürgerlichen Presse in den letzten Wochen begreifen, die über Todesfälle und Korruption in einigen Gefängnissen berichten:

Kiel

Am 30.8.74 wird ein Wachtmeister festgenommen (schwere passive Bestechung, Verdunkelungsgefahr). Am 8.9. werden drei weitere Gefängnisaufseher verhaftet. Sie sollen Alkohol, Pornohefte, Lebensmittel und Rauschmittel mit Gewinnen von 300 bis 500 % an entsprechend zahlungskräftige Häftlinge verkauft haben („Frankfurter Rundschau", 9.9.74).

Zwei Tage später konnte man in der „FR" von einem Brief lesen, den Gefangene an das Kieler Studio des NDR geschickt hatten und in dem mehrere Fälle von Körperverletzung und Totschlag in der Kieler Strafanstalt angeklagt wurden.

Als ein konkreter Fall wurde der Tod des Häftlings Edouard Razdevsek im Juli 1970 benannt.

Dazu die Staatsanwaltschaft und das Justizministerium in Schleswig-Holstein:
„Drei Ärzte haben damals ein traumatisches Psychodrom festgestellt. ***Razdevsek ist zwar mit Schlagstöcken geschlagen worden, weil er randaliert hat, die Todesursache ist nach seiner Verlegung in das Landeskrankenhaus Neustadt jedoch Herz- und Kreislaufversagen gewesen.*** *Ein strafrechtlicher Vorwurf hat jedoch damals wie heute nicht bestanden."* (nach „FR" und „FAZ" vom 12.9.74)

Aachen

Anklage gegen Beamte wegen Beschaffung von Alkohol gegen Geld. Oberstaatsanwalt E. Knipfer beeilt sich zu melden, Aachen sei *„nicht mit Mannheim zu vergleichen"*.

Allerdings führte das Bekanntwerden der Anklage *„zu allen möglichen (? ? !) Anzeigen gegen Bedienstete."*
mit Mannheim zu vergleichen".
Allerdings führte das Bekanntwerden der Anklage *„zu allen möglichen (? ? !) Anzeigen gegen Bedienstete."*
(„Süddeutsche Zeitung", 3.9.74)

Bremen

In der Haftanstalt Bremen-Oslebshausen sind sieben Beamte wegen Beschaffung und Verkauf von Alkohol und Drogen angeklagt worden. Darunter ist sogar der Anstaltsleiter, der ein Verfahren wegen Begünstigung im Amt und Urkundenunterdrückung an den Hals bekam. („FR", 5.9.74)

Frankfurt

Knast Preungesheim

Vier Häftlinge stehen wegen Ausbruchsversuch vor dem Richter. Sie sagen aus, daß der Ausbruch ohne Gewalt abgelaufen sei. Den Häftlingen soll vom Ankläger angehängt werden, daß sie Beamte niedergeschlagen hätten; dies soll angeblich aus Vernehmungsprotokollen nach ihrer Flucht hervorgehen. Dazu der Gefangene N. vor Gericht:*„Ich bin vor meiner Vernehmung durch den Staatsanwalt so behandelt worden, daß ich auch einen Mord an meiner Großmutter gestanden hätte."*

Die Vernehmungsprotokolle, die von den Gefangenen gegengezeichnet wurden, waren außerdem noch i n S t e n o geschrieben gewesen, da hätte also alles mögliche draufstehen können. Damals hatte der vernehmende Staatsanwalt Galm gesagt:*„Sie können mir vertrauen, ich bin Staatsanwalt."* (nach „FR", 12.9.74)

Ravensburg

Der Frankfurter Gefangenenrat hat einen Mord in der Ravensburger Haftanstalt publik gemacht.

Im Dezember 73 starb dort der Häftling Adolf Sautter. Er hatte zu Sylvester aus Kugelschreiberminen und Streichhölzern kleine Feuerwerkskörper gebastelt und wurde daraufhin von der Schutzpolizei in eine Einzelzelle gebracht.

Zeugen sagten aus, sie hätten Sautter damals in der Arrestzelle ‚jämmerlich vor Schmerz schreien" gehört. Am nächsten Tag wurde bekannt, daß Sautter Selbstmord gemacht habe (nach „Münchener Abendzeitung", 7./8.9.74).

In Mannheim wurden auch mehrere Folterungen mit Todesfolge als „Selbstmorde" auszugeben versucht.

Esslingen

Ein 38-jähriger Fuhrunternehmer, der wegen starker Trunkenheit von zwei Ärzten für haftunfähig erklärt wird, wird trotzdem in die Haftanstalt Esslingen eingeliefert und stirbt in der gleichen Nacht.
Todesursache:„ungeklärt" (nach „SZ", 2.9.74).

Hessen

Knast Dieburg

Am 26.5. wird der Türke Sacit J. so schwer zusammengeschlagen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden muß. J. hatte Beamte beobachtet, die einen Mithäftling zu Tätlichkeiten provozieren wollten. Von einem Wärter wurde er durch Stöße weitergedrängt. Als er dagegen protestierte, wurde er zu Boden geworfen, in den Schwitzkasten genommen; ein weiterer Wärter trat ihm ins Gesicht und schlug mit dem Schlüsselbund nach ihm.

J. stellte sofort Strafantrag gegen die Beamten und richtete eine Dienstaufsichtsbeschwerde an das hessische Justizministerium. Beides wurde niedergeschlagen. J. wandte sich daraufhin an die Presse.

Am 20.8. leitete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Vollzugsgewalt gegen J. ein!!! („Extra-Dienst" Nr. 73, 10.9.74)

Knast Butzbach

Am 31.5.74 wurde der Gefangene Siegfried K. in eine sogenannte „Sicherheitszelle", die in der Öffentlichkeit den Namen „Tigerkäfig" führt, verlegt. Dies geschah unter „Anwendung des direkten Zwangs". Seither wird K., der als „Rädelsführer" eines Hungerstreiks im Bruchsaler Knast gilt, in totaler Isolation gehalten.

Knast Ziegenhaim-Schwalmstedt

Der Häftling Alfred L. litt nach zwei Monaten Isolierhaft an chronischem Kreislaufversagen und Bewußtlosigkeitszuständen. Sein Zustand wurde mit „Simulieren" abgetan. Ein Justizbeamter:*„Ja, das hat schon ein anderer gesagt, der hat sogar seine eigene Scheiße gefressen und damit die Wände beschmiert. Aber uns konnte der nichts vormachen."*

Knast Werl
Ein Häftling aus Werl berichtet:*„Ich*
te der nichts vormachen."

Knast Werl
Ein Häftling aus Werl berichtet:*„Ich*
war Zeuge der Folter und Menschenquälerei in der ‚Blauen Grotte' (einer Isolierzelle), *weil meine Zelle genau gegenüberlag. Ich war dort ein Jahr in totaler Isolation. Fast jeden Tag habe ich Hilfe-Schreie von Gefangenen gehört. Die meisten dieser Gefangenen waren in der Regel nicht mehr in der Lage, einen zusammenhängenden Satz zu sprechen. Nach Beruhigungsmitteln, wie Mandrax, süchtig geworden, verfielen sie in eine leichenhafte Lethargie."*
(alles nach „Extra-Dienst" 73/74)

Knast Stuttgart-Stammheim

Aussagen des Gefangenen Bernd H.: *„Am 9.4.74 wurde der Gefangene H.E. von einem Rollkommando überfallen. Amtsinspektor Hauk war der Anführer, er trat E. in den Magen, bis er bewußtlos war. Nach dieser Folter blieb E. bewußtlos in seinem Blut, das ihm aus dem Mund lief, liegen.*

Am 12.7.74 schlugen drei Wärter einen Italiener. Einer zerschlug ein Kofferradio auf dem Kopf des Italieners. Das Opfer blieb bewußtlos und blutend liegen."
(Nach Protokollen des Gefangenrats Frankfurt).

Revier Stuttgart-Bruchsal

Es wurde jetzt bekannt, daß zwei Bullen dort vor drei Jahren einen Gefangenen so schwer mißhandelten, daß ihm die Milz operativ entfernt werden mußte.

Zwei weitere Bullen müssen sich jetzt wegen Meineids verantworten, da sie damals ausgesagt haben, daß der Gefangene (Bankräuber) von aufgebrachten Passanten geschlagen worden sei (nach „FR"14.9.74).

Ludwigsburg

In einer Anstaltszeitung wird folgendes berichtet:
Der Gefangenentransport ist eine Qual und Folter. Die Busse sind die reinsten Sardinenbüchsen. Vier bis sechs Häftlinge stehen oftmals 14 Stunden in einer Zelle bei einer Temperatur von rund 50 Grad! („SZ", 16.9.74)

Folter und Korruption – ein Beitrag zur „Resozialisierung"!

Angeklagt sind in den meisten jetzt publik werdenden Fällen die Wärter. Sie werden auch bestraft für Dinge, die teilweise auf Anordnung, zumindestens jedoch mit Duldung der Gefängnisleitung geschehen ist, was überall durch Zeugenaussagen belegt werden kann.

Bezeichnend ist die Aussage eines Vollzugsbeamten im „Stern" 37/74: Einer der beschuldigten Vollzugsbeamten fühlte sich selbst wie vor den Kopf geschlagen. Er versicherte: **„Wir glaubten, mit unseren Trimmt-Sie-Aktionen (!) den besten Beitrag zur Resozialisierung zu leisten. Denn entlassene Knastbrüder finden ja draußen auch ein rauhes Klima vor. Zu unserem Resozialisierungsprogramm gehörte auch der Handel mit den Einsitzenden. Wer gut zahlte, bekam auch etwas Schönes, Schnaps oder sogar mal einen Entlassungsschein. Wer sein Geld nicht locker machen wollte, dem mußten wir ein bißchen Konsumbewußtsein beibringen. Klar, daß einem da mal die Hand ausrutschte. Oder der Fuß".** ●

Genossin der Beiersdorf-Betriebszellen-Leitung KB/Gruppe Hamburg



Waidmanns Dank!

Neues von Richter Kubik und dem Prozeß gegen das Jugendkollektiv Trittau

In AK 46 berichteten wir ausführlich über die selbständige Jugendbewegung in Trittau, die trotz zahlreicher Angriffe des Staatsapparates kontinuierlich wuchs und erstarkte.
Die Angriffe, die darauf abzielten und zielen, den politisch bewußtesten Teil der Jugendlichen, das Jugendkollektiv Trittau (JK), im Zusammenspiel von Landesschulamt – Klerus – Polizei – Fürsorge und schließlich Klassenjustiz, zu zerschlagen und von den anderen Jugendlichen abzuspalten, sind mißlungen.
In diesem Zusammenhang hat sich eine Person in Trittau einen Namen gemacht: Helmut Kubik, (noch) Amtsrichter. Neue Fakten über ihn und Informationen über den heutigen Stand der Auseinandersetzung zwischen JK und Justiz bilden den Inhalt dieses Artikels.
und Informationen über den heutigen Stand der Auseinandersetzung zwischen JK und Justiz bilden den Inhalt dieses Artikels.
Wer am späten Nachmittag des 12.7.74 das Fernsehprogramm der ARD verfolgt hat, den erwartete unter dem Titel „Wer ist gleicher – Richter oder Reiter?", Gespenstisches!

Ein passionierter Jägersmann, erfuhr der Zuschauer, hätte eine harmlos daherreitende Hamburger Familie mit schußbereiter Büchse bedroht.

Vor etwa einem dreiviertel Jahr sattelte die Hamburger Familie Kö. ihre Pferde und ritt in den Trittauer Forst, verpaßte dort die Stelle, an der der Reitweg nach links abzweigt und trabte geradeaus weiter. Genau da jedoch war Helmut K., seines Zeichens Richter am Trittauer Amtsgericht, auf der Pirsch. Derselbe brach urplötzlich in voller Ausrüstung und Kriegsbemalung mit vorgehaltenem Gewehr durch das Unterholz und schnauzte die Familie im echtdeutschen Herrenmenschenton an: Wieso sie hier reiten würde, das sei hier verboten! Frau Kö. erklärte nach dem ersten Schock, daß sie hier immer reiten würden. Darauf Richter K.: „Zeigen Sie mir mal ihre Ausweise!" – Frau Kö., empört und schlagfertig zugleich: „Zeigen Sie erstmal Ihren!" Richter K.: „Ich denke gar nicht daran, und außerdem mache ich Sie darauf aufmerksam, daß mein Gewehr geladen ist (!!), und daß ich mich zu wehren weiß!" Währenddessen riß und zerrte K. ununterbrochen am Zügel des Pferdes, das unruhig hin und her tänzelte. Frau und Kind weinten („Ich war nervlich völlig fertig!"), der Familienvater, ängstlich bemüht, K. nicht zu „unüberlegten" Handlungen zu „provozieren", verhielt sich ruhig.

Die Auseinandersetzung endete vorerst auf der Trittauer Polizeiwache mit einer Anzeige des Ehepaares Kö. gegen K.

Wer ist Richter K. ?

Ein splieniger Waidmann? Ein im Grunde genommen doch biederer, konfuser Jagdpächter?

Weit gefehlt! Richter K. ist ein alter Bekannter. Mit vollem Namen Helmut Kubik, neurotischer Reaktionär, der sich mit zahlreichen Terrorurteilen über Trittau hinaus einen schlechten Ruf verschafft hat!

● Sei es die Überweisung Jugendlicher in Jugendstrafanstalten wegen vermutlicher „Verwahrlosung"...,
● sei es der Schuldspruch gegen eine Lehrerin in Trittau, die die Beschimpfungen des Rektors an der örtlichen Schule gegen den Elternbeirat (Rektor Wagner zu Schulrat Rohwedder: „Ich wollte sachlich diskutieren, doch die Eltern diskutieren primitiv! Sie haben nur wild rumgepöbelt, ich will mich doch hier nicht zum Popanz machen lassen!") bekannt machte. (Revision läuft!),
● oder sei es der Prozeß gegen das JK (s. AK 46). Dazu jedoch später. Die Geschichte mit Familie Kö. hat nämlich noch ein Nachspiel!

Erneute Willkür im Trittauer Amtsgericht

Erneute Willkür im Trittauer Amtsgericht

Auf der Wache erfuhr die Familie dann endlich, wer diese Type überhaupt ist.

In der, bis dahin noch ungetrübten Überzeugung, immerhin in einem „Rechtsstaat" zu leben, wurde der Amtsrichter angezeigt. Einige Monate später jedoch erfuhren die Hamburger, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt habe. Aha! Unser Spezi hatte den „Vorfall" halt anders geschildert. Es stand damit Aussage gegen Aussage. Außerdem wurde gegen Kubik nur (?) wegen „Bedrohung mit einem Verbrechen und Körperverletzung" ermittelt – Delikte, die nur bei „öffentlichem Interesse" verfolgt werden. Wer hier kein „öffentliches Interesse" hatte, liegt wohl auf der Hand!

Denn: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!

Inzwischen hatte aber Kubik wutschnaubend (und man muß ihn kennen, um sich das richtig ausmalen zu können!) nun seinerseits Anzeige erstattet.

Vor dem Trittauer Amtsgericht wurde Anklage erhoben wegen „Nötigung und Beleidigung".

Den Vorsitz führte nicht etwa Kubik, beileibe nicht, soweit wollte nun doch nicht gehen. Den Vorsitz führte sein einziger Kollege und Busenfreund vom selben Gericht, und er, Helmut Kubik, kam als Zeuge aus seiner Wohnung im Gerichtsgebäude in den Sitzungssaal.

Das Urteil des „Unparteiischen" kam prompt: 150,– DM für Frau Kö. wegen „Beleidigung"(!), für den Richter – Freispruch! Frau Kö. legte Berufung ein (steht noch aus).

Ausrutscher oder System?

Wie gesagt, gespenstisch! Oder doch eher lachhaft? – Wohl kaum! Wenn man sich einmal vor Augen führt, daß dieser Fascho zusammen mit seinen über 800 (nach DDR-„Braunbuch" von 1968) Kollegen, die der westdeutsche Imperialismus aus dem Nazi-Reich herüberrettete, ganz reale Macht hat. Ja, daß diese Schweine notwendiger Bestandteil der bürgerlichen Klassenjustiz sind.

Wenn man sich das klar macht, merkt man sehr bald, daß Richter vom Schlage eines Kubik keine Ausnahmefälle oder Randerscheinungen darstellen. Man merkt, daß dies von der Bourgeoisie bewußt eingesetzte Vertreter ihrer Klassenherrschaft sind. Und da vergeht einem das Lachen!

Hierzu hieß es im ARBEITERKAMPF 46: „ ... *zeigt sich ein Stück faschistischer Staatspraxis, die nicht einfach mit dem kleinstädtischen Charakter Trittaus zu erklären ist."*

Noch deutlicher als im Prozeß gegen die Familie Kö. wurde das bei den Angriffen auf das Jugendkollektiv.

Zum Jugendkollektiv-Prozeß

Blenden wir kurz zurück: Am 22. Februar dieses Jahres fand vor dem Trittauer Amtsgericht die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Scheibenwischer" (SW), Zeitung des JK, statt.

Sie bildete den bisherigen Höhepunkt der Angriffe auf diese fortschrittliche Schüler- und Lehrlingszeitung und auf fortschrittliche Jugendpolitik allgemein. Ein 3/4 Jahr Ermittlungen, die selbst nach herrschender Rechtspraxis gesetzeswidrig
zeitung und auf fortschrittliche Jugendpolitik allgemein. Ein 3/4 Jahr Ermittlungen, die selbst nach herrschender Rechtspraxis gesetzeswidrig
geführt wurden, mit Betrug, Erpressung und Einschüchterung, lagen hinter dem JK. (s. AK 46)

Das Urteil Richter Kubiks: Zwei Tage Zwangsarbeit und das Tragen der Prozesskosten (gute 500,- DM). Daß dieser Prozeß und alle vorhergegangenen Angriffe auf das JK politischer Natur waren, verdeutlichen folgende Zitate aus der schriftlichen „Urteilsbegründung", im Namen des Volkes, versteht sich:*„Besonders wirkte sich hier zum Nachteil des Angeklagten aus, daß er, der keinerlei Beziehungen mehr zur Schule hatte, ganz offensichtlich nach dem Muster linker Chaoten und Systemveränderer bestrebt war, nicht allein einen objektiven Sachverhalt . . . zu schildern, sondern zugleich auch in herabsetzender, ehrenrühriger und beleidigender Art . . . in den Schmutz zu ziehen . . . ist die hier zu Tage getretene Tendenz, wie sie sich insgesamt aus dem „Scheibenwischer" ergibt, eindeutig. Derartige Tendenzen, angereichert durch die Begehung strafbarer Handlungen, sind . . . auf das schärfste zu mißbilligen . . . Diese Tat war mit Bedacht und im übrigen vorsätzlich begangen worden . . ."*

Klar wird hier doch eines: Es geht der Justiz nicht im wesentlichen um jene mysteriösen „strafbaren Handlungen" (für die drei Worte, die den Unterrichtsstil des Trittauer Paukers Böge kennzeichneten – „abstoßend, schleimig und feucht" – herhalten mußten), sondern vielmehr um „Tendenzen", um „Tendenzen linker Chaoten und Systemveränderer"; Tendenzen die, weil als gefährlich erkannt, zerschlagen werden sollen.

Das JK hat, gestützt auf das solidarische Verhalten Trittauer Jugendlicher und auch Eltern, gestärkt durch Solidaritätsadressen der Jungdemokraten, der SDAJ und der lokalen Jugendzentrumsinitiative Berufung eingelegt.

Das JK wird alle Möglichkeiten ausschöpfen *„bis zur völligen Entlarvung und Diskreditierung des Lehrers Böge und seines „Zwillingsbruders", Richter Kubik"*. (AK 46)

Eine umfangreiche Dokumentation über die Angriffe auf die fortschrittliche Jugendbewegung in Trittau ist in Arbeit und wird bald erscheinen. ●

Jugendkollektiv Trittau

Faschisierung der Justiz: Die RAF-Prozesse

Am 10. September begann in Westberlin der Prozeß gegen Ulrike Meinhof, Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker, die wegen der Gefangenenbefreiung von Andreas Baader angeklagt sind. Von der bürgerlichen Presse wird der Prozeß allgemein als „Generalprobe für Stuttgart" bezeichnet: In Stuttgart soll nächstes Jahr der Hauptprozeß gegen die „Rote Armee Fraktion" (RAF) stattfinden. Dieser soll von Seiten der Bourgeoisie als Schauprozeß aufgezogen werden, der weit über die RAF hinaus auf die gesamte Linke gerichtet ist. (Man erinnere sich nur an die Hetzkampagne der Springerpresse, als sich der Schriftsteller Böll gegen die faschistische Hetze in der Springerpresse anläßlich der „Baader-Meinhof"-Jagd wandte.)

Das Urteil ist schon gefällt

Der Ausgang der RAF-Prozesse steht für die Bourgeoisie schon heute fest. So äußerte Siegfried Bubach, der heutige Generalbundesanwalt, wenige Wochen nach der Verhaftung von prominenten RAF-Mitgliedern, daß das Urteil für U.Meinhof und A.Baader nur lebenslänglich lauten könne („FAZ", 14.6.1972).

Nach außen hin deutlich sichtbar gemacht wird dieser vorweggenommene Urteilsspruch durch die Festung, die zur Zeit in Stuttgart-Stammheim errichtet wird.12 Millionen Mark wird dieses Prozeßgebäude kosten, in dem über die RAF „Recht" gesprochen werden soll.

Auch der Prozeßort Stuttgart ist nicht zufällig gewählt; versetzte doch eine angebliche Bombendrohung der RAF am 2.6.72 die Stuttgarter Bevölkerung in Angst und Schrecken.

Obwohl die RAF damals gleich nach Bekanntwerden dieser Drohung klarstellte, daß sie dieses Beispiel faschistischen Terrors, der sich gegen das Volk richtet, scharf verurteilte, wurde diese Stellungnahme der Öffentlichkeit vorenthalten und die Stuttgarter Bevölkerung weiter in Bomben-Angst gehalten. Jetzt rechnet die Justiz wohl damit, daß die Angst von damals sich in Haß und Feindseligkeit gegen die Angeklagten ausdrücken wird.

Behinderung der Verteidigung

Die umfassende und politische Verteidigung der RAF-Gefangenen versucht die Bourgeoisie von Anfang an zu verhindern. In dem jetzt in Westberlin laufenden Prozeß wurden den Anwälten, denen die Gefangenen das Mandat erteilt hatten, vom Gericht noch sogenannte „Pflichtverteidiger" zur Kontrolle der Gefangenen und ihrer Anwälte zugeordnet. Für den Hauptprozeß in Stuttgart wurden bereits 5 Anwälte, die die RAF-Genossen mit ihrer Verteidigung beauftragt hatten, von Printzing, dem Vorsitzenden des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, ausgeschlossen mit der Begründung: „ . . *die bisher einschlägigen Erfahrungen legen es nahe* . . ". Stattdessen beauftragte Printzing fünf Anwälte seiner Wahl und seines Vertrauens mit der „Verteidigung".

Vor einigen Wochen wurde von den Anwälten, die die RAF verteidigen, enthüllt, daß sich beim Bundeskriminalamt (BKA) 1 803 (!) Ordner zum Komplex RAF befinden, von denen bisher nur 134 (!), also noch nicht einmal ein Zehntel, dem Gericht und den Verteidigern zugänglich gemacht wurden. Rechtsanwalt Groenewold weist in seinem Antrag, die zurückgehaltenen Ordner zu beschlagnahmen, nach, daß in fast allen Ordnern, die bislang dem Gericht und den Verteidigern übergeben wurden, erkennbar viele Seiten, Schriftstücke und anderes Material aus den Akten entfernt wurden.

Hier wird ganz offensichtlich das „Belastungsmaterial" so manipuliert, daß der bereits gefällte Urteilsspruch herauskommen muß.

Hungerstreik gegen die die Isolationsfolter

Die Vorbereitung der RAF-Prozesse und die Behandlung der Angeklagten zeigen, mit welchen Mitteln die Faschisierung von Justiz und Strafvollzug heute vorangetrieben wird. Bei den RAF-Gefangenen wurde die grundsätzliche Höchstdauer der Untersuchungshaft von 6 Monaten inzwischen schon 6 Mal verlängert. Die Inhaftierung der RAF-Genossen ist nichts anderes als Beugehaft-rechnet man noch dazu, daß die Prozeßdauer beim bisherigen Aktenumfang schon auf mindestens 2 Jahre geschätzt wird. Für die Gefangenen der RAF besteht die konkrete Gefahr, daß sie in Folge der jahrelang praktizierten Isolationsfolter beim Prozeß verhandlungsunfähig sind. Katharina Hammerschmidt und Astrid Proll mußten bereits mit lebensgefährlichen Erkrankungen entlassen werden.

Gegen die unmenschliche Behandlung in den Gefängnissen durch die „saubere" Folter der Isolationshaft sind die politischen Gefangenen Mitte September zum drittenmal in Hungerstreik getreten. In ihrer Erklärung schreiben sie, daß dies ihre einzige Möglichkeit ist, sich kollektiv gegen den Versuch der Bourgeoisie zu wehren, sie pysisch, psychisch und politisch zu vernichten. Der Hungerstreik soll bis zur endgültigen Aufhebung der Isolationshaft geführt werden.

Die Faschisierung der Justiz und die brutale Behandlung der politischen Gefangenen sind Maßnahmen der Bourgeoisie, die auf alle fortschrittlichen Menschen zielen, die sich gegen den Imperialismus zur Wehr setzen.

Auch wenn wir nicht mit der Politik der RAF übereinstimmen, so haben doch die von der Bourgeoisie verfolgten und inhaftierten Genossen unsere uneingeschränkte Solidarität. Als vor einigen Monaten Astrid Proll lebensgefährlich erkrankt war, haben Genossen der Bezirksorganisation Hamburg DM 692,– für sie gesammelt. Dieses Geld ist Ende September dem Rechtsanwalt Groenewold übergeben worden, da Astrid nach ihrer vorläufigen Entlassung klugerweise „untergetaucht" ist und somit das Geld nicht mehr selbst empfangen kann. Es wird jetzt den anderen RAF-Genossen, die noch im Knast sitzen, zugute kommen. ●

Initiativkomitee ARBEITERHILFE

Deckt die Staatsanwaltschaft Kiel Mord an türkischem Arbeiter?

Am 5. Mai wurde in Norderstedt bei Hamburg der türkische Arbeiter Danis Neset von faschistischen Schlägern tödlich verletzt. Am 21. Mai starb er an den erlittenen Verletzungen.

Danis Neset hatte zu einer Gruppe türkischer Kollegen gehört, die im sogenannten „Türkischen Arbeiterverein" (ein von den Faschisten und dem türkischen Konsulat beherrschtes Instrument zur Kontrolle und Einschüchterung der türkischen Arbeiter in der BRD) demokratische Wahlen und eine Politik im Interesse der Arbeiter durchsetzen wollten. Faschistische Schlägertrupps, kommandiert von Angestellten des türkischen Konsulats, gingen deshalb auf einer Wahlveranstaltung am 5. Mai brutal gegen die demokratischen Arter vor und verletzten viele, darunter Danis Neset tödlich durch einen Schädelbruch.

Die eintreffende Polizei verhaftete die Antifaschisten und sorgte dafür, daß die faschistischen Schläger und Mörder entkommen konnten.

Über die weitere Entwicklung informiert eine Presseerklärung der Rechtsanwälte Hartmut Jacobi, Wolf Dieter Reinhard, Hartmut Schween, Henning Plähn, Rüdiger Lummert und Uwe Mäffert, die wir hier im Wortlaut wiedergeben. ●

Presseerklärung

Fast vier Monate nach dem Mord an dem türkischen Bauingenieur Danis Neset müssen wir feststellen:

Will die Staatsanwaltschaft Kiel diesen Mord nicht aufklären, sondern Aufklärung des Mordes und Bestrafung der Mörder, die im oder in der Nähe des türkischen Konsulats zu finden sind, verhindern?

Folgende Tatsachen sprechen dafür:

– Drei Tage nach dem Mord in Norderstedt kritisierte die Staatsanwaltschaft heftig eine Norderstedter Zeitung, die von Zeugen richtig informiert worden war und die über die einseitige Ermittlung durch den Kripochef Buchholz berichtet hatte.

– Eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen diesen Kripochef, der sich ausschließlich vom türkischen Konsulatsvertreter unterrichten ließ und die Festnahme von mißhandelten Türken darauf stützte, wurde zurückgewiesen: Buchholz habe sich umsichtig verhalten.

– Seit fast vier Monaten verweigert die Staatsanwaltschaft den Verteidigern beharrlich das gesetzliche Recht der Einsicht in die Ermittlungsakten.

Seit wenigen Tagen wissen wir daher erst: Weitere Türken aus dem politischen Freundeskreis von Danis Neset, die Zeugen des Mordes und der Rolle des türkischen Generalkonsulats waren, werden des Landfriedensbruchs und der Körperverletzung beschuldigt.

Was bedeutet das?

Diese Türken sind als Zeugen gegen die Mörder und ihre Anstifter praktisch beseitigt.

Eine Aussagebereitschaft, die die am 5.Mai Festgenommenen entlastet und die Täter belastet, wird durch solche verschärfte Einschüchterung abgebaut. Ein Zeuge, der sich am 5. Mai völlig freiwillig mit seiner Tochter zur Polizei begeben hatte, um dort auszusagen, wurde z.B. gleich in Haft genommen. Heute wird auch seine Tochter beschuldigt.

Von den nun 20 Beschuldigten wird nahezu die Hälfte ausschließlich von dem wegen Mordes angezeigten Konsularintimus Kazim Gelgi belastet; die andere Hälfte von dem Konsularvertreter Özcanoglu, für dessen Einsatzbefehl zum Mordanschlag es zahlreiche, der Staatsanwaltschaft bekannte Zeugen gibt.

Dem ermordeten Danis Neset wird praktisch die Schuld an seinem Tod selbst zugeschoben.

Das türkische Konsulat wird entlastet.

Am 23. Juli 1974 schrieb die Zeitung der IG Metall: „Die vier Türken aber, die man ins Untersuchungsgefängnis gesteckt hatte, die Opfer der faschistischen Schläger – sie wird man vor Gericht stellen. Ein Prozeß, der zur Anklage gegen die Totschläger werden muß, wenn die deutschen Behörden nicht in den Verdacht geraten wollen, die Aktivitäten faschistischer Schlägertrupps zu decken."

Die Staatsanwaltschaft hat diesen Verdacht um ein Vielfaches selbst erhärtet.

Hamburg, den 6.9.1974

Lübecker „Metallarbeiter" beschlagnahmt

Staatliche Schikanen gegenüber Genossen nehmen zu!

Vier Bullen der politischen Polizei in Lübeck statteten am 3. September dem ARBEITERBUCH in Lübeck einen Besuch ab. Sie hatten einen Durchsuchungsbescheid für den Laden wie auch die Privatwohnung eines Genossen des KB in der Tasche – beides vom Amtsgericht ausgestellt. Danach ist ein Ermittlungsverfahren gegen den Verantwortlichen des Lübecker METALLARBEITER (Nr. 3/74) wegen „Volksverhetzung" eingeleitet worden. Wir zitieren aus dem höchstrichterlichen Beschluß:

„Es liegen dringende Gründe vor, daß die bezeichnete Druckschrift gemäß §41 St GB eingezogen und hinsichtlich der übrigen Gegenstände die Unbrauchbarmachung angeordnet werden wird. Die Behauptung in der vorbezeichneten Druckschrift der Arbeiter Remiszko sei in der Nacht zum 18.7.74 in Mannheim von Polizeibeamten ermordet worden, ist nach den bisherigen (!!) Ermittlungen falsch, da die Beamten in Notwehr bzw. einer Nothilfesituation handelten."

Neben im ARBEITERBUCH vorhandenen Exemplaren des METALLARBEITER – der übrigens schon längst verteilt war! – wurden auch „Roter Morgen", „Rote Hilfe –Info", „Rote Fahne" und „KVZ" beschlagnahmt, die ebenfalls über die Erschießung des Mannheimer Arbeiters Remiszko (vergl. AK) berichteten. Daß die staatlichen Beschlagnahmeaktionen auch den Lübecker METALLARBEITER erwischten, hat einen – für die Klassenjustiz bestimmt erwünschten – „Nebeneffekt": Verantwortlich ist wieder der Genosse, der schon wegen eines antifaschistischen Flugblattes im März dieses Jahres - vergl. AK 47 - ein Strafverfahren aufgebrummt bekommen hat. Damals wurde er erkennungsdienstlich behandelt, diesmal seine Privatwohnung nach METALLARBEITER-Exemplaren durchsucht.

Ein zweites Strafverfahren kommt gewissen Sammel-Experten im Lübecker Amtsgericht sicher zurecht.

In diesem Zusammenhang ist noch ein weiteres Ereignis erwähnenswert. Vor kurzem versuchten Antifaschisten in Lübeck erneut, eine NPD-Provokation zu sprengen, was aber nicht klappte. Bullen konnten zwei Antifaschisten festhalten und Personalien feststellen. Nachdem bereits alle übrigen aus dem Saal geprügelt waren, griff man sich plötzlich einen weiteren Antifaschisten, prügelte auf ihn ein und stellte die Personalien fest. **Hierbei waren die Bullen erstaunt, daß sie nicht den Genossen erwischt hatten, den sie wohl haben wollten: den Presseverantwortlichen des KB in Lübeck.**

„Gelohnt" hätte es sich, da bekanntlich in „Wiederholungsfällen" – in diesem Fall: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Landfriedensbruch bzw. Hausfriedensbruch – die Strafe gleich um einiges höher ausfällt.

Aus Eutin wissen wir, daß dort gegen Antifaschisten ähnliche Verfahren deshalb vorübergehend eingestellt worden sind – die Verfahren ruhen – in der Erwartung, die Betreffenden noch einmal zu erwischen und gleich entsprechend zu verknakken!

Schlußfolgerung: Wie schon das Aufwärmen der Verfahren gegen leitende Genossen des KBW und ihre Verurteilung zu Gefängnisstrafen zeigte, nähern wir uns zusehens den Zeiten der völligen Illegalisierung der Linken. Heute sollen durch Presseverbote, durch Inhaftierung leitender Genossen günstigere Voraussetzungen für Verbote kommunistischer und weiterer linker Organisationen geschaffen werden. **In unserer Arbeit wird es immer dringender und aktueller, die Organisation auf illegales Wirken vorzubereiten, ohne deshalb in opportunistisches Zurückweichen vor der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen zu verfallen.** ●

KB/Gruppe Lübeck

Frankfurt

Streit um Polizeistudie

Einiges Aufsehen hat jüngst in Frankfurt eine Polizeistudie gemacht, die im letzten Jahr von zwei Polizeipsychologen als Umfrage unter 486 ausgewählten Frankfurter Polizisten gemacht wurde. Diese Studie sollte dazu dienen, das „Betriebsklima" bei der Polizei zu erforschen – oder anders gesagt: Sie sollte der Polizeiführung Aufschluß darüber geben, wie weit die einzelnen Polizeibeamten auch persönlich wirklich auf die Linie „Recht und Ordnung" verpflichtet sind.

Nach Fertigstellung der Studie, im Oktober letzten Jahres, wanderte sie sofort unter Verschluß. Die Ergebnisse der Untersuchung schienen der Polizeiführung für eine öffentliche Vorlage nicht sehr geeignet. Auf die Frage ***„Sind Sie grundsätzlich mit Hausbesetzungen einverstanden, um auf die Situation in Frankfurt hinzuweisen, sofern sie friedlich verlaufen?"*** hatten 51,1%(!) der befragten Polizisten mit ***„Ja"*** geantwortet. Und auf die Frage ***„Könnten Sie sich vorstellen, u.U. selbst einmal an einer Demonstration teilzunehmen, bei der für Hausbesetzungen demonstriert wird, auch wenn die Gefahr bestünde, daß sie unfriedlich wird?"*** waren es immerhin noch 7,3%, die mit ***„Ja"*** antworteten, also knapp jeder 14. Polizeibeamte (lt. „Frankfurter Rundschau" vom 14.9.).

Diese Ergebnisse sind bislang geheimgehalten worden. Auf dem Frankfurter SPD-Parteitag im März dieses Jahres hatte der SPD-Polizeipräsident Knut Müller zwar von dieser Studie gesprochen – aber verfälschte Angaben über deren Inhalt gemacht. Ins öffentliche Gespräch kam die Sache jetzt erst durch Informationen des hessischen Landesvorsitzenden der Abteilung Polizei der ÖTV, Jakob Petry. Und der Polizeiführung war sehr daran gelegen, einer öffentlichen Diskussion darum auszuweichen. Einer vom Hessischen Rundfunk geplanten Fernsehdiskussion über diese Studie wurde sehdiskussion über diese Studie wurde von Seiten des Polizeipräsidiums mit der Erpressung begegenet, daß anstelle von ÖTV-Sekretär Petry der Personalratsvorsitzende Hans-Georg Koppmann „Diskussionspartner" von Müller sein sollte. Koppmann ist Vertreter der weiter rechts ausgerichteten „Gewerkschaft der Polizei" (GdP). Da das Fernsehen dieser Erpressung nicht nachgab, wurde die Sendung abgesetzt. Der Streit um diese Polizeistudie ist damit nicht beendet und nach wie vor wird ein Teil dieser Studie unter Verschluß gehalten.

Die Frankfurter SPD-Führung hat sicherlich wegen der bevorstehenden Landtagswahl am 27. Oktober gegenwärtig kein allzu großes Interesse an einer öffentlichen Diskussion dieser Studie, weil daraus eine offensichtliche Kritik an der in Händen der SPD liegenden Polizeiführung hervorgeht. Der ÖTV-Führung scheint es dagegen vor allem darum zu gehen, das durch brutale Knüppeleinsätze ramponierte Ansehen der Polizei wieder etwas aufzupolieren. Eine ernsthafte Kritik an solchen Polizeieinsätzen gegen Hausbesetzer und Demonstranten (wie jüngst wieder bei der Räumung der Corneliusstr. 24 oder bei den Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhung) ist jedenfalls auch von der ÖTV-Führung bislang nie gekommen. So ist dieser Streit eigentlich weniger um die Polizeiführung selbst gerichtet, als um die Art, diese öffentlich darzustellen.

Die Tatsache, daß mehr als die Hälfte der befragten Polizisten ***„grundsätzlich mit Hausbesetzungen einverstanden"*** sind, ***„sofern sie friedlich (!) verlaufen"***, ist zwar ein unerwartetes Ergebnis, aber an und für sich noch nicht sehr aufsehenerregend. Demgegenüber steht immer noch die Tatsache, daß die Polizisten gerade in Frankfurt ein großes „Pflichtbewußtsein" an den Tag legen, wenn es um die Niederknüppelung von Demonstrationen geht, und daß sie auf diese Brutalitäten bereits zu einem großen Teil direkt „eingewöhnt" sind. Der (wenn auch etwas grobmaschige, aber prinzipiell ähnlich gelagerte) Vergleich zu den chilenischen Streitkräften drängt sich auf, wo viele Soldaten persönlich antifaschistisch und demokratisch eingestellt waren, dennoch aber zu einem Werkzeug des brutalsten Terrors taugten. Dieser „Widerspruch" ist auch keineswegs „unnatürlich" im Rahmen des bürgerlichen Staates und darf nicht überinterpretiert werden, wie es von einigen Seiten getan wird.



Frankfurts SPD-Polizeipräsident Knut Müller (rechts!) und Jakob Petry, hessischer Landesvorsitzender der Abteilung Polizei in der ÖTV.

Von den Revisionisten der DKP ist solche Überinterpretation hinlänglich bekannt. Der KBW hatte beispielsweise in der Nr. 7/74 seiner „KVZ" (3.4.74) einen Leserbrief von drei Polizisten abgedruckt, wo diese darlegten, ***„daß Kommunisten und Kommunisten zwei Paar Schuhe sein können"***, und die „KVZ" lobten, weil diese ***„davon ausgeht, daß auch wir nur Menschen sind, die ihre Pflicht tun"*** – statt wie eine „andere Sorte" von Kommunisten ***„uns als Bullen oder ‚Bullenschweine' (zu beschimpfen) und zu Tätlichkeiten gegen uns (aufzurufen)"***. Der „KVZ"-Redaktion gefiel dieses Lob offensichtlich. Sie ließ es unkommentiert und frohlockte stattdessen: ***„Je mehr sich die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes entwickeln, desto schneller ist jeder Staatsbeamte, vor allem aber diejenigen, die unmittelbar die Staatsgewalt verkörpern, vor die Entscheidung gestellt, ob er dem kapitalistischen Staat gegen das Volk gehorcht oder sich auf die Seite des Volkes stellt."***

Das Argument der „Pflicht" ist es immer gewesen, auf den sich so mancher „verständnisvolle" und „demokratisch gesinnte" Staatsdiener in Uniform zurückgezogen hat; während des Nazi-Reiches ebenso wie heute. Und hinter diesem „Pflichtbewußtsein" steht die bürgerliche Ideologie und die materielle Gewalt der Befehlsstrukturen des bürgerlichen Staates. Wenn diese Argumentation von „Kommunisten" akzeptiert wird, dann können sie ehrlicherweise gleich die bürgerliche Herrschaft insgesamt akzeptieren und sich nach reformistischer Manier auf das Abglätten irgendwelcher „Auswüchse" beschränken. Zweifellos ein Geschäft, wo man sich Verdienste gewinnen kann und auch eher an „Einfluß" zunimmt (weil man sich eben der bürgerlichen Ideologie anpaßt) – aber nicht zur Befreiung der Arbeiterklasse.

Der „Revolutionäre Kampf" berichtete beispielsweise in der diesjährigen Februar/März-Ausgabe von „Wir wollen alles" (Nr. 13/14), daß ein einziger Polizist sich geweigert hat, an der damaligen brutalen Räumungsaktion in der Bockenheimer Landstraße teilzunehmen – und deshalb sofort suspendiert wurde. Das war übrigens nach der erwähnten Umfrage über das „Betriebsklima" bei der Frankfurter Polizei – und gibt mehr Aufschluß über die Wirklichkeit, mit der wir es gegenüber der Polizei zu tun haben, als die Psychologen-Studie. Es würde an der Realität völlig vorbeigehen, wenn man die subjektiv möglicherweise tatsächlich bestehende „demokratische Gesinnung" einiger Polizisten für eine entscheidende Kraft innerhalb des Polizeiapparats halten würde. Abgesehen davon, daß die „ideelle" Kraft des „Pflichtbewußtseins" immer noch größer ist als die der „demokratischen Gesinnung" einzelner Beamter, haben wir es in erster Linie ohnehin auch nicht mit einzelnen Polizisten als Individuen zu tun, sondern mit der Polizei als Apparat, als Staatsorgan, bei dem die einzelnen Polizisten auf Befehlsempfang ausgetrimmte Werkzeuge sind. Und auf dieser Ebene und das ist die Ebene des Klassenkampfes, gilt entsprechend in erster Linie, daß die Polizei ein immer wieder von neuem erfahrbarer Feind der Arbeiterklasse ist, unabhängig vom graduellen Wandel des „Betriebsklimas" innerhalb der Polizei.

Allerdings, und daran sollten uns die bisher bekannten Ergebnisse dieser Studie auch erinnern, besteht für uns die Notwendigkeit, die Agitation in den Staatsapparat selbst hineinzutragen, in seine einzelnen Abteilungen, in seine „Mannschaften": Um die Widersprüche innerhalbdes Staatsapparats zu verschärfen helfen, um ihn in seiner Funktionsfähigkeit als Instrument zur Repression gegen die Arbeiterbewegung zu stören. Das ist eine Aufgabe, die auch in der Vergangenheit von den Organisationen der Arbeiterbewegung wahrgenommen wurde, und die z.B. auch in Chile von Bedeutung gewesen ist – aber wie alles, was die Unidad Popular dort unternommen hat, weitgehend reformistisch (und mit entsprechendem Mißerfolg!) „gelöst" wurde. Es geht dabei nicht um die Illusion, größere Teile dieses Staatsapparats (d.h. genauer: der „Mannschaften" dieses Staatsapparats) auf die Seite einer revolutionären Arbeiterbewegung ziehen zu können, sondern es geht in erster Linie darum, daß eine revolutionäre Strategie der Arbeiterbewegung es ausnutzen muß, **daß der bürgerliche Staat einen Teil seiner Kraft darauf verwendet, sich mit seinen eigenen inneren Widersprüchen herumzuschlagen.**

Die Polizeistudie und ihre Behandlung zeigen an, daß hier Widersprüche existieren und sich entwickeln können. Unser Anliegen und das Anliegen der Arbeiterbewegung ist es, daß diese Dinge möglichst breit in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Erstens, weil eine solche öffentliche Diskussion (unabhängig vom Standpunkt, den die beiden „Hauptkontrahenten", Müller und Petry, darin beziehen und mit welchen Interessen sie sich streiten) auch einen Lichtkegel auf die Sache wirft, um die es wirklich dabei geht: der zunehmende Polizeiterror gegen diejenigen, die sich gegen Mißstände, schreiende Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Unterdrückung auflehnen. Zweitens, weil sich die Widersprüche im bürgerlichen Staatsapparat besser unter dem Licht der Öffentlichkeit als im Dunkel der Ministerien und Amtsstuben verschärfen.

Für die Polizeiführung ist diese Studie wichtig, um daraus Schlußfolgerungen zu gewinnen, wie und mit welchen Mitteln sie die einzelnen Polizisten noch besser, bis in ihren persönlichen Bereich hinein, auf die „Verteidigung von Recht und Ordnung" (kapitalistischem Recht und kapitalistischer Ordnung!) trimmen können. Die Untersuchung ist für sie von vornherein nicht für eine öffentliche Diskussion gedacht gewesen – auf alle Fälle nicht mit diesem Ergebnis und in dieser Situation (Landtagswahlkampf). Es ist auch anzunehmen, daß bereits Maßnahmen zur „Verbesserung des Betriebsklimas" im Sinne der Polizeiführung ergriffen wurden. Vor allem: Die ideologische Bearbeitung der einzelnen Polizeibeamten zu verstärken und vor und während der Einsätze durch gezielte Gerüchte (daß die „Chaoten" sich heute „bewaffnet" hätten usw.) die einzelnen Beamten zu brutalisieren. Das ist der einzige „Wert", den diese Untersuchung für die Polizeiführung hat – nicht etwa, daß nun eine „Demokratisierung" der Polizei zu erwarten wäre! ●

KB-Gruppe Frankfurt

— LESERBRIEF —

Wer kurzarbeitet, hat Zeit zur Besinnung

Herr Korn fand einen seiner Meinung nach besonders treffenden „Aufhänger" für seinen sonst guten Beitrag. Er meint, „Lobet den Herrn" sei anläßlich der Kurzarbeit bei VW unzeitgemäß.

Anbei sende ich Ihrem Redakteur ein Gebet Solschenizyns. Er schreibt darin von dem größten Übel unserer Zeit, der Tatsache nämlich, daß wir in allem Überfluß Gott aus dem Auge verloren haben, daß wir zu selbstherrlich geworden sind und meinen, alles allein schaffen zu können. Es ist leicht, in guten Tagen Gott zu loben, aber dann ist es oft ein Loben, in Routine erstarrt, ein frommes Mänteichen ohne festen Grund. Erst wenn unser Volk, alle Völker, wieder zum Besinnen auf geistliche Werte kommen, dann kann es wieder bergauf gehen. Nun, gerade in Zeiten der Kurzarbeit, sollte doch dafür endlich einmal genügend Zeit vorhanden sein.

Margarete Matthias, 3501 Niedenstein

Nicht dem „Wachtturm" oder einem anderen Blättchen religiöser Sektierer habe ich diese „Leserzuschrift" entnommen, sondern Springers „Welt" vom 24.9.74. Dieses Fascho-Blatt kann nur begeistert zustimmen, wenn die „Zeiten des Überflusses (? !) und der Selbstherrlichkeit (? !)" sich dem Ende zuneigen, sprich die Verelendung der Bevölkerung, besonders der Arbeiterklasse, zunimmt. Die Arbeiter sollen Verelendung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht bekämpfen, sondern zum Anlaß nehmen, sich nun mal endlich auf die „geistlichen Werte zu besinnen", was immer die Bourgeoisie-Schreiberlinge darunter verstehen mögen.

Religiöse Spinner und Springer-Blätterwald haben schon immer im Auftrag der Kapitalisten den faschistischen Schmus von den „verlorengegangenen geistigen Werten", dem „Verlust der hohen Ideale" und dem „Triumph des Materiellen" verkaufen wollen und die „innere Einkehr und Selbstbesinnung" gefordert.

Man sieht, die Saat geht auf. Die Arbeiterklasse wird sich jedoch angesichts der zunehmenden Verelendung, dessen sind wir sicher, auf etwas ganz anderes „besinnen": Nämlich dieses ganze Pack zum Teufel zu jagen! ●

Ein AK-Leser

Hamburg - Altona

Hamburg - Altona

150 Kinder von der Behörde auf die Straße gesetzt

Nach den Zusagen der Arbeits- und Sozialbehörde wird die ‚Wohnunterkunft' Eggerstedtstraße Anfang 1975 abgerissen sein. Bis dahin sind die letzten Familien entweder in andere Wohnungen (Übergangswohnungen, Sanierungswohnungen, in den seltensten Fällen Neubauwohnungen) oder in andere Wohnlager „umquartiert". Damit zusammen hängt, daß die beiden Kindertagesheime, die für die Lagerkinder zur Verfügung stehen, bis Ende 1974 aufgelöst werden sollen.

Die Öffnung der Kindertagesheime für Kinder aus dem Bezirk

Seit einiger Zeit nun ist die „Umquartierung" der Familien im Gange. Dadurch wurden in den Tagesheimen einige Plätze frei. Zunächst wurden die Lagerkinder von den „normalen" Kindern aus dem Altonaer Bezirk isoliert gehalten, laut Dienstvorschrift „aus hygienischen Gründen".

Der Bedarf an Tagesheimplätzen ist jedoch im Altonaer Kerngebiet besonders hoch, nicht zuletzt deshalb, weil hier viele kinderreiche ausländische Familien wohnen. Daher wurden die Tagesheime auch den Kindern aus dem Bezirk geöffnet. Im Laufe der Zeit hat sich der Anteil der Kinder aus dem Bezirk auf über 2/3 der Gesamtzahl der Kinder vergrößert. Bei der fortschreitenden Räumung der Wohnunterkunft werden die freiwerdenden Plätze wieder an den Bezirk vergeben werden.

Beide Tagesheime haben zusammen ungefähr 150 Plätze. Den Eltern aus dem Altonaer Bezirk wurde in den meisten Fällen nichst davon gesagt, daß diese Plätze nur bis Ende dieses Jahres zur Verfügung stehen sollen. Einige Eltern haben daraufhin die Hoffnung (einige auch die „Gewißheit") geäußert, daß die Behörden für ihre Kinder sorgen müßten, daß nach einer solchen Auflösung schon Ersatzplätze zur Verfügung stehen würden.

Diese Hoffnung hat sich nunmehr als Illusion erwiesen! In Altona steht in den schon überfüllten Tagesheimen kein weiterer Platz zur Verfügung, geschweige denn Platz für 150 Kinder. Somit ist damit zu rechnen, daß die 150 Kinder der beiden Heime Ende 74 auf der Straße sitzen werden.

Was bedeutet das für die Eltern ...

Die Kinder kommen vorwiegend aus Arbeiterfamilien, die fast am Rande des Existenzminimums leben und Sozialhilfe bekommen. Die Mütter sind in den meisten Fällen arbeiten gegangen, nachdem sie ihre Kinder in den Tagesheimen untergebracht hatten. – Alleinstehende Mütter sind ohnehin auf die Berufstätigkeit angewiesen. – Zumindest ist in den meisten Fällen der Beitrag der Mütter zum Lebensunterhalt dringend notwendig, bei den anderen müssen Schulden und Raten gezahlt werden. Eine Schließung der Tagesheime würde hier also die Gefährdung der materiellen Grundlage der Familien bedeuten! Eine weitere Zahlung von Sozialhilfe aus Steuergeldern wäre nötig und eventuell ergibt sich als weitere Konsequenz eine erneute Einweisung in eine „Wohnunterkunft".

... und für die Kinder?

Die Kinder kommen auch aus der weiteren Umgebung in die Tagesheime. Sie sind aber bei Schulbeginn in die Schulen und Vorschulen eingeschult worden, die von den Tagesheimen gut zu erreichen sind. Eine Schliessung der beiden Heime würde also Schulwechsel bedeuten, bei den Vorschülern wohl auch ersatzloser Verlust des Platzes.

Zudem wird den Kindern die pädagogische Betreuung entzogen, die versucht, wenigstens einen kleinen Teil der Chancenungleichheit für Arbeiterkinder in der kapitalistischen Gesellschaft zu mildern. Ein weiterer Nachteil durch die Schließung würde die Trennung der Geschwister sein, die hier endlich einmal gemeinsam untergebracht werden konnten.

Und vor allem: ein Teil der Kinder wird in Zukunft buchstäblich auf der Straße sitzen!

Was sagen die Behörden dazu?

Die Tagesheime sind für die Lagerkinder zur Verfügung gestellt worden. Da diese ja nun mit ihren Eltern aus der Wohnunterkunft ausgezogen sind, werden die Tagesheime folglich nicht mehr benötigt. So ungefähr argumentiert die Arbeits- und Sozialbehörde, die die Tagesheime gebaut hat. Sie „vergißt" dabei die „Kleinigkeit" der Kinder aus dem Altonaer Bezirk, mit allen oben geschilderten Konsequenzen.

Die „Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime", die die Tagesheime unterhält, sieht sich nicht in der Lage, Ersatzbauten anzubieten. Die Tagesheime, die diese Kinder evtl. aufnehmen könnten, sind nicht einmal im Rohbau fertig; einige sind noch gar nicht begonnen worden.

Elterninitiative gegründet

Auf einem Elternabend nun haben die betroffenen Altonaer Eltern beschlossen, sich gemeinsam gegen die Schließung zu wehren und haben eine Elterninitiative gegründet.

Die Eltern fordern für den Fall der Schließung: entweder einen Ersatzbau oder entsprechend große Ersatzräume, die mindestens so viele Kinder aufnehmen können wie jetzt in den beiden Tagesheimen untergebracht sind.

Es ist bekannt geworden, daß die Schulbehörde über mehrere Pavillons verfügt, die nicht benötigt werden. Das Geld zur Aufstellung und zur vorschriftsmäßigen Ausstattung (Klos, Küche usw.) fehlt jedoch (130.000.– DM, bei dem Hamburger Gesamtetat eine relativ kleine Summe), damit ein Pavillon oder mehrere als Ersatz benutzt werden können.

Die Eltern wenden sich mit ihren Forderungen in Briefen an die Behörden, die Parteien und werden sich auch an (bürgerliche) Zeitungen wenden, um Öffentlichkeit herzustellen.

Was sind die nächsten Schritte?

Die Empörung der Eltern über die bevorstehende Schließung war spontan sehr groß. Sie hielten die Gründung der Elterninitiative für gut und richtig, waren es aber noch nicht gewöhnt, die eigene Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Auf eine solche passive Haltung, die konsequent aus der Erziehung der Eltern und aus ihren weiteren Erfahrungen her rührt, spekulieren die Behörden und der Staat (als ausführendes Organ der Kapitalisten). Bei einer passiven Elternschaft können Maßnahmen, wie die Schließung der Tagesheime, die direkt das Lebensniveau der Eltern bedrohen, leichter durchgeführt werden.

Um nun alle Eltern so weit wie möglich in das weitere Vorgehen einzubeziehen, wurde eine Gruppe von Eltern bestimmt, die zwischen den regelmäßig stattfindenden Elternabenden die anstehenden Aufgaben erledigt (wie Briefe entwerfen, zur Post geben, die Elternabende vorbereiten usw.). Die Elternsprechergruppe wurde aufgefordert, die Eltern regelmäßig über alle Schritte zu informieren, die unternommen werden. Nur dadurch kann vermieden werden, daß die Elternsprecher sich isolieren und einen Stellvertreterkampf führen.

Eine weitere wichtige Frage wird die Illusion vieler Eltern über die Behörden werden. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Briefe, die jetzt geschrieben sind, nicht innerhalb von kurzer Zeit zu einer guten Lösung führen, wenn sie überhaupt beantwortet werden.

Wenn jetzt der Senat „sparen" will, dann können wir sicher sein, daß er das zunächst einmal auf dem sozialen Sektor tun wird, der nicht unmittelbar Profit abwirft.

Wenn die Elterninitiative also kurzfristig keinen Erfolg haben sollte, dann wird sich bei den Eltern (die sich alle nach Kräften bemühen) zeigen, daß die einen in Resignation verfallen und aufgeben, bei den anderen sich aber die Erkenntnis durchsetzen wird, daß nur das Vertrauen in die eigene Kraft sie weiter bringt. ●

Bezirksgruppe III Altona, KB/Gruppe Hamburg

Zivildienstleistende demonstrieren gegen Gefängnisterror und Beugehaft

Am 7.9.74 fand in Uetersen, einer Kleinstadt bei Hamburg, eine Demonstration von Kriegsdienstverweigerern statt. Bei Uetersen steht eine der wenigen Fliegerschulen der Bundeswehr (BW) in der BRD, in denen die Soldaten auf die Starfighter-Ausbildung vorbereitet werden.

In der dazugehörigen Kaserne befanden sich bis vor kurzem drei nicht anerkannte Kriegsdienstverweigerer, die dort zum Militärdienst gezwungen werden sollten. Einer der drei, Ralph K., befand sich seit dem 30.8. in Militärhaft. Seit 1970 (!) kämpft er um seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer und verbüßte in der BW schon mehrere Arreststrafen wegen Befehlsverweigerung. Jetzt wurde gegen ihn ein Zivilgerichtsverfahren eingeleitet (Wehrpflichtige und zum „Dienst' gepresste Kdv können, wenn sie mehrere Disziplinarstrafen haben, in einem Zivilgerichtsverfahren zu Vorbestraften erklärt werden und sind damit von Staats wegen „Kriminelle"!). Ralph K. wurde inzwischen am 6.9. aus der (eigentlich dreiwöchigen!) Haft entlassen und befindet sich in einem Lazarett. Der Staatsapparat bereitet seine „unehrenhafte Entlassung" aus der BW vor (wegen „Gefährdung der Disziplin der Truppe"). Trotzdem wird R. vor ein Zivilgericht gezerrt werden.

R. ist nach Auskunft seiner Freunde psychisch und physisch an. Ende. Der psychische Terror gegen ihn ging so weit, daß außer den „üblichen" Verhören durch den MAD (Militärischer Abschirmdienst) eine Isolierhaft gegen ihn angeordnet wurde! Erst als der ihn betreuende Pastor (Lübbert) protestierte, durfte R. einen Kirchgang machen: in „Begleitung" eines bewaffneten Soldaten, angeblich wegen „Fluchtgefahr"; dabei bestand zu dem Zeitpunkt bei R. akut die Gefahr des Selbstmords, aber nicht im mindesten Gedanken an Flucht oder ähnliches.

Bürgerliche Politiker führen das Wort

An der Demonstration, die auf R.'s 6. (!) Anerkennungsverhandlung aufmerksam machen sollte, nahmen etwa 150 Menschen teil, darunter der größte Teil Schüler des örtlichen Gymnasiums. Zdls (Zivildienstleistende) waren relativ wenige da, z. B. aus dem nahegelegenen Pinneberger Kreiskrankenhaus nur 2 von rund 20, von anderen Krankenhäusern sah es ähnlich aus. Das und die Tatsache, daß die Zdls hier überhaupt nicht organisiert sind, ist Ausdruck des desolaten Zustands des politischen Bewußtseins der Zdls. Besonders die Abschlußkundgebung nach der Demonstration machte deutlich, daß der Terror des Staats zwar einige Empörung ausgelöst hatte, daß diese Empörung aber von Kräften aufgefangen und gesteuert wurde, die kein Interesse haben, den Ursachen dieses Falles nachzugehen. Der Pastor, unter dessen Leitung die Aktion durchgeführt wurde, beschränkte den Charakter der Demonstration und Kundgebung auf eine Frage von „Moral und Gewissen", stellte das Vorgehen der BW so dar, als müßte diesen Leuten selbst erst einmal die Augen geöffnet werden über ihr „unmenschliches Verhalten". Dabei genügte schon ein Blick in die Visagen der anwesenden MAD-Spitzel, um zu sehen, welches Fascho-Pack hier am Werk ist!

Solange aber nur das „menschliche Unglück" von R. bedauert wurde, konnten die Vertreter gerade des Staates, von dem die Terrormaßnahmen ausgehen, kräftig auf die Tränendrüse drücken und so tun, als würden sie eifrig mitputzen, um den Fleck aus der ansonsten sauberen Staatsweste wegzukriegen. So der Uetersener Bürgervorsteher (CDU!!), der sich sehr empört gab über die „menschliche Tragik" des Schicksals von R. und sich bereit erklärte, sich für ihn „einzusetzen". Er machte aber zur Bedingung, daß man bei solchen Bürgerinitiativen immer hübsch brav sein, immer schön kriechen, Bittgesuche schreiben müsse, etc., wenn man sich nicht die „Gnade" der Herrschenden verscherzen wolle. Bei ihm hörte sich das ungefähr so an: „Man kann das ja nicht eine Demonstration nennen, was wir hier heute erlebt haben, eher einen Trauermarsch (!). Aber solange die jungen Menschen ruhig (!) und sachlich (?) bleiben, so wie heute, werden sie auch Gehör finden."

Auch die SPD versäumte es natürlich nicht, sich als angebliche Kämpferin für die Interessen der Bevölkerung herauszuputzen, und leistete sich ein Glanzstück an Zynismus: Der SPD-Kreisvorsitzende (Anders) vergoß Krokodilstränen über die Schwierigkeiten der Zdls und bejammerte u. a. die Verschärfung der Disziplinarstrafen. Er verschwieg natürlich, daß es die SPD-geführte Regierung war, die diese Verschlechterung per Gesetz durchbrachte! Stattdessen quatschte er von einer angeblichen „Initiative". von SPD-Bundestagsabgeordneten für die Abschaffung des Anerkennungsverfahrens (nach dem Motto: wir machen das schon für euch, dazu sind wir ja da).

Die Heuchelei dieser bürgerlichen Kräfte wurde auch daran deutlich, wie sie auf das Auftreten von Kommunisten reagierten: Wir hatten während der Demonstration den ARBEITERKAMPF verkauft, Flugblätter zur Chile-Solidaritätsveranstaltung in Elmshorn verteilt und wollten eine Solidaritätsadresse auf der Abschlußkundgebung vorbringen. Der die Kundgebung leitende Pastor L. meinte anfangs, das könne noch am Schluß der Kundgebung geschehen. Am Schluß erklärte er dann, dies sei keine parteipolitische Veranstaltung und schloß die Kundgebung, ohne unseren Beitrag zuzulassen – und das, nachdem die CDU- und SPD-Schwätzer vom Leder gezogen hatten und nachdem eine „möglichst breite Unterstützung" für R. von eben den gleichen Rednern gefordert worden war. ●

KB-Sympathisanten Elmshorn



Demonstration von Kriegsdienstverweigerern in Uetersen

Gegen Ausländergesetz und Entrechtung der Frau

Bericht vom Bundestreffen der IAF

Am 7. und 8. September traf sich in Frankfurt die IAF, die Interessengemeinschaft westdeutscher Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind. Das sind nach Angaben der IAF 200 – 250 000 Frauen.

Während die privilegiertere Stellung des Mannes in der bürgerlichen Gesellschaft dafür sorgt, daß die Ehe eines westdeutschen Mannes mit einer Ausländerin rechtlich relativ problemlos ist, ist die Ehe einer westdeutschen Frau mit einem Ausländer durch das reaktionäre ‚Ausländergesetz' starken Erschütterungen ausgesetzt: Schwierigkeiten mit der Staatsangehörigkeit der Kinder, mit der „Arbeitserlaubnis" und „Aufenthaltserlaubnis" sowie bei der Einbürgerung des Ehemannes, Gefahr einer Ausweisung des Ehemannes.

Diesen Zustand – in parlamentarischen Bahnen, versteht sich! – zu ändern, ist das Anliegen der IAF.

Anscheinend ist dies auch das Anliegen der bürgerlichen Politiker, denn Innenminister Maihofer (FDP), der hessische DGB-Landesvorsitzende und gar der rabenschwarze CDU-Rechtsaußen Dregger (!) hatten dem Bundestreffen der IAF Grußadressen geschickt, in denen versichert wurde, diese Herren würden das Anliegen der IAF nach besten Kräften unterstützen etc. blah blah ...

Auf einer Podiumsdiskussion während des Bundestreffens der IAF traten u.a. Helmut Sieglerschmidt (SPD), ein Herr Seebach (FDP) und Hussing (CDU), ein Gewerkschaftsvertreter (Juso) auf. Es gelang diesen Herrschaften relativ glatt, die Initiative an sich zu reißen und die Veranstaltung für ihren Wahlkampf (hessische Landtagswahlen) einzuspannen. Sie waren sich einig, daß das Ausländergesetz gar nicht so schlecht sei; schlecht sei bloß die Praxis mancher Behörden, und im übrigen seien die Probleme der Frauen schicksalhaft. Das führte dann dazu, daß über einzelne „Schicksale" breit geschwatzt und ‚persönliche Hilfe' von den Politikern angeboten wurde. Auf die Frage einer Frau, was denn nun zu tun sei, damit ihr Mann eine Arbeitserlaubnis bekommt, erhielt sie die Antwort: den Rechtsweg beschreiten, sich an den Landtagsabgeordneten wenden . . . Außerdem versuchten die Politiker die Frauen darauf zu „vertrösten, daß ja nun bald ein neues Ausländergesetz verabschiedet würde, das den Kindern von westdeutschen Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind, die deutsche Staatsangehörigkeit sichern würde. Damit sei dann die Diskriminierung endgültig vorbei.

Dann kam man zu dem Komplex der politischen Rechte ausländischer Arbeiter in der BRD. An dieser Frage war offensichtlich nur ein kleiner Teil der IAF, die auf dem Treffen am aktivsten und bewußtesten auftretenden Frauen interessiert.

Vor allem von diesen Frauen wurde gefordert: „Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer nach fünf Jahren Aufenthalt in der BRD." Diese Forderung wurde neben der für „freie politische Betätigung" später in eine Resolution an die Innenministerkonferenz der Bundesländer aufgenommen – gegen den anfänglichen Protest mancher Frauen, man dürfe doch keine „unrealistischen Forderungen" aufstellen.

In der Podiumsdiskussion erdreistete sich der Juso, die Ausländer selbst für ihre politische Einflußlosigkeit in der BRD verantwortlich zu machen. Schließlich ständen ihnen genug Möglichkeiten offen, z.B. über die Gewerkschaften oder die SPD . . .

Einen gewissen (heiteren) Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Wahlrede einer KBW'lerin (Landtagskandidatin), die eine lange Latte von „Forderungen" vortrug. Danach verließ sie dann allerdings rasch den Saal – wahrscheinlich, um nicht mitzuerleben, wie die „Massen", die bekanntlich „nach links wollen" sich ganz unplanmäßig ziemlich über den „Auftritt der Roten" ereiferten; die hätten hier nichts zu suchen, würden nur bei den Herren Parteienvertretern einen schlechten Eindruck hinterlassen usw.

Dieselben Frauen reagierten ähnlich, als eine Delegation von chilenischen Frauen und Kindern, die gerade von einer Demonstration kamen, eintraf: „Was haben die denn hier zu suchen?", „Die haben doch mit unseren Problemen nichts zu tun", „Damit werden wir doch gleich in die linke Ecke getrieben" usw.

Gegen diese Auffassungen kämpften jene Frauen, die auch für die freie politische Betätigung eingetreten waren. Sie sagten: Dieselben Leute, die für die Ausweisung usw. unserer Männer verantwortlich sind, sind auch dafür verantwortlich, daß in Chile Tausende von Arbeitern ermordet und gefoltert werden. Außerdem werden wir nichts erreichen, wenn wir unsere Probleme losgelöst von anderen gesellschaftlichen Problemen betrachten.

Schon an diesem Tag war deutlich geworden, daß es in der IAF zwei Linien gibt. Der einen Gruppe ging es im wesentlichen nur um i h r eigenes Problem, um i h r e Männer, und was darüber hinaus ging, wurde als schädlich abgetan. Die andere Gruppe wollte ihr Problem in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang stellen und war auch bereit, mit jeder politischen Organisation (nicht nur den bürgerlichen Parteien!) zusammenzuarbeiten, die ihre Ziele unterstützt.

Es schien allen Frauen das erstemal so richtig bewußt zu werden, was für erhebliche Widersprüche es innerhalb der IAF gibt, und so waren die Anhänger der zweiten Gruppe (die auf diesem Treffen in der Minderheit waren) daran interessiert, diese Fragen gründlich auszudiskutieren. Dies wurde jedoch von der Vorsitzenden und der Diskussionsleitung verhindert, die bemüht waren, die Widersprüche nicht offen aufbrechen zu lassen, und offenbar Angst hatten, daß ihre beiden Resolutionen (die diese Diskussion eigentlich voraussetzten) im Eifer des Gefechts dann nicht mehr verabschiedet werden könnten.

Als sich zum Schluß noch die einzelnen Ortsgruppen mit ihrer Arbeit vorstellten, zeigte sich auch hier die Existenz der beiden Linien. ●

Bericht einer Teilnehmerin

Resolution des Bundestreffens der IAF

An die Innenministerkonferenz der Länder

Anläßlich des ersten Bundestreffens der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen (IAF) in Frankfurt, Haus Dornbusch, fordern die betroffenen Frauen und Familien die zuständigen Politiker aller Parteien auf, dafür Sorge zu tragen, daß mehr noch als zuvor dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung Rechnung getragen wird und die Lage der gemischt-nationalen Familien insbesondere in aufenthaltsrechtlicher Hinsicht verbessert wird.

Die Verwaltungsvorschrift Nr. 4a zu § 2 des AuslGesetzes stellt zwar einen ersten Schritt dar. Es ist aber festzustellen, daß diese Vorschrift nicht ausreicht und nach wie vor nicht einmal den Empfehlungen der Innenminister der Länder seitens der Ausländerbehörden Folge geleistet wird. Die Erteilung einer dreijährigen Aufenthaltserlaubnis ist in den meisten Fällen immer noch ein Privileg, das nicht viele erhalten. Weniger noch wird von der Möglichkeit, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen oder gar ein Aufenthaltsrecht zu gewähren Gebrauch gemacht, was das Mindeste wäre, um die Lage der unmittelbar mitbetroffenen deutschen Frau zu sichern.

In aller Regel gelangen nach wie vor nur die deutschen Männer, die eine Ausländerin ehelichen, in den Genuß einer auch ausländerrechtlich gesicherten Existenzgrundlage in ihrer Heimat.

Deshalb glauben die hiermit betroffenen ca. 250 000 Frauen und ihre Familien keine übersteigernden Schutzbedürfnisse zu äußern, wenn sie hergeleitet aus den verfassungsmäßig garantierten Rechten fordern:

1. Grundsätzlich Vorrang des Art. 6 Abs. 1 GG (Schutz von Ehe und Familie) vor a l l e n ausländerrechtlichen und staatlichen Belangen der BRD. Deshalb keine Ausweisung eines Ausländers, der mit einer Deutschen verheiratet ist.
2. Nach drei Jahren Ehe: Aufenthaltsrecht und Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis.
3. Ermessensfreie Behandlung der Einbürgerungsanträge für Nichteuropäer wie für Europäer aufgrund der Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte der deutschen Frau, ihr Recht in der Heimat zu leben.
4. Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer nach 5 Jahren Aufenthalt und Arbeit in der BRD.
5. Besondere – durch Fachleute besetzte – Beratungsstellen für gemischt-nationale Familien.

Die Frauen der IAF weisen die mehrfach laut gewordenen Befürchtungen, daß eine Liberalisierung des Aufenthaltsrechts für ihre Männer zu ‚Scheinehen' führen könne, als eine Diskriminierung der Frauen zurück. Eine Frau ist ebenso wie ein Mann in der Lage, die Motive einer Partnerschaft zu erkennen. Sie hat wie der Mann freie Gattenwahl. Im übrigen meinen wir, daß diese Gesetze nicht für Ausnahmefälle geschaffen werden müssen, sondern für die Regelfälle.

Wir bitten die Innenministerkonferenz der Länder diesem Problembereich ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen und zu prüfen, in welcher Form unserem Anliegen im Sinne unserer Vorstellungen Abhilfe geschaffen werden kann.

Verabschiedet am 8. September 1974

„Mao und Gott" – ein Leserbrief

Der Artikel „ ‚KVZ': Lenin und Mao diffamiert!" (AK 48, S. 32), in dem eine Pastorin als antikommunistisch bezeichnet wird, weil sie Mao in die Nähe von Gott rückte, hat in der Tat Kritik verdient. Eure redaktionelle Anmerkung dazu scheint uns aber den Kern der Sache nicht ganz zu treffen. Wenn es richtig ist, daß der antireligiöse Kampf auch heute noch einen Stellenwert besitzt, dann deshalb, weil die Religion, repräsentiert durch die Kirche, heute objektiv ein Mittel ist, die Lohnabhängigen vom Kampf gegen die Ausbeutung abzuhalten. Nichts rechtfertigt aber die Annahme, daß es nicht auch einzelne Angestellte der Kirche, sogar Pastoren geben kann, die diesen Charakter der Kirche durchschauen und versuchen, innerhalb der Kirche für die Interessen der Lohnabhängigen und Unterdrückten zu kämpfen und deren Kampf solidarisch zu unterstützen. (Dies gilt ebenso wie für die Schule, wo es fortschrittliche Lehrer gibt, obwohl die Schule als Institution u.a. einen ideologischen Auftrag hat). Zu diesen Leuten gehört allerdings niemand bloß wegen einer Äußerung über eine Beziehung zwischen Mao und Gott, die für sich genommen auch gar nicht sonderlich mutig ist, sondern höchstens wegen seines sonstigen Verhaltens. Wie jeder weiß, der mit den Auseinandersetzungen in der Hamburger Kirche vertraut ist, hat Frau Groth auch nicht wegen ihrer allerdings skurrilen Äußerung Angriffe auszustehen, sondern wegen ihrer sonstigen Tätigkeit, und auch nur deretwegen hat sie Solidarität verdient.

Auch in der Kirche setzen sich die gesellschaftlichen Widersprüche durch; und es gibt Leute, die das ausnutzen und mit den institutionellen Mitteln der Kirche, soweit sie ihnen zur Verfügung stehen, sich für den Sozialismus einsetzen (Beispiel: AK 47, S. 16). Es wäre doch undialektisch und beknackt, diese als Menschen zu verdächtigen, die bloß das lecke Schiff der Kirche wieder flottmachen wollen.

Vielleicht haben zwar die theologischen Rechtfertigungen, mit denen die Sozialisten innerhalb der Kirche ihre Tätigkeit manchmal begründen, auch den Aspekt, abgefallene „Schafe" wieder mit der Kirche im allgemeinen zu versöhnen, indem sie den insgesamt reaktionären Charakter der Kirche vertuschen, – dies ist natürlich, wie ihr richtig sagt, zu bekämpfen – , aber das darf nicht der einzige Aspekt sein, unter dem man die Tätigkeit dieser Menschen betrachtet. ●

4 AK-Leser

Anmerkung der Redaktion

Wir können den Genossen weitgehend zustimmen. Allerdings nicht in der oberflächlichen Art, wie sie die Frage des „das lecke Schiff der Kirche wieder flottmachen" behandeln. Dies wurde von uns natürlich nicht auf den Versuch bezogen, auch innerhalb der Kirche für den gesellschaftlichen Fortschritt und den Sozialismus zu kämpfen (die im Leserbrief erwähnte Sache in AK 47 bezieht sich auf die „Evangelische Studentengemeinde" in Hamburg), sondern auf den Versuch, „Mao und Gott", wissenschaftlichen Sozialismus und religiösen Aberglauben, miteinander zu „versöhnen", Jesus zum „Revolutionär" zu stilisieren und damit zu „retten" etc. –

Daß von der Kirche große Anstrengungen auch in diese Richtung unternommen werden, dürfte kaum zu bestreiten sein. ●

Frankfurt:

Fortschrittliche Erzieher in städtischen Kindergärten unter Beschuß

Für viele proletarische und andere werktätige Eltern stellt die Unterbringung ihrer Kinder in Kindergärten ein wichtiges Problem dar, von dessen Lösung oftmals abhängt, ob die Frau berufstätig sein und durch ihren Lohn mit dazu beitragen kann, daß die notwendigen finanziellen Mittel für die Familie herbeigeschafft werden können.

Schon in dem 1968 gültigen „Frauenbericht" der Bundesregierung wird gesagt, daß die Zahl von Kindergärten um mindestens ein Drittel erhöht werden müßte. Schon daran zeigt zeigt sich, welchen Schwierigkeiten gerade Arbeitereltern gegenüberstehen, denen das Geld fehlt, um ihre Kinder in teuren privaten Kindergärten betreuen zu lassen.

Diese Notlage nutzte die Frankfurter SPD für ihren kommunalen Wahlkampf 1972 aus. Sie versprach, durch den raschen Bau von 19 „Kita's" (=Kindertagesstätten), in denen sog. „repressionsarme Erziehung" praktiziert werden sollte, den Bedarf an Kindergartenplätzen in Frankfurt besser zu decken. Nach den Kommunalwahlen wurde aber bald sichtbar, daß für die SPD das Kita-Projekt ausschließlich Wahlkampftaktik war. Sie bekämpfte Forderungen und Aktionen von Eltern und Erziehern mit dem Ziel, jeden Ansatz von Erziehung der Kinder zu bewußten Arbeiterkindern wieder zu liquidieren.

Der nachfolgende Artikel will die Entwicklung der Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Kitas im Interesse der Kinder aufzeigen und die Probleme herausarbeiten, vor denen Eltern und Erzieher heute stehen.

Die schon seit langem unter Beschuß stehenden Mitarbeiter der Kitas sehen sich gegenwärtig zunehmend politischen Angriffen seitens SPD und Stadtverwaltung bzw. Schuldezernat ausgesetzt. Sieben der Kita-Erzieher sollen einzeln Verhören unterzogen werden, die offensichtlich der Feststellung der politischen Ansichten dieser Erzieher dienen. Anlaß für diese Maßnahme durch die Verwaltung war ein Flugblatt, das in Zusammenhang mit den Fahrpreiskämpfen im April 74 von städtischen

terzogen werden, die offensichtlich der Feststellung der politischen Ansichten dieser Erzieher dienen. Anlaß für diese Maßnahme durch die Verwaltung war ein Flugblatt, das in Zusammenhang mit den Fahrpreiskämpfen im April 74 von städtischen

Mitarbeitern und auch den sieben Kita-Erziehern unterschrieben worden war. In diesem Flugblatt setzten sich die Unterzeichner für das Recht auf freie Meinungsäußerung, Demonstration und Versammlung ein. Man muß dazu wissen, daß einige städtische Angestellte wegen aktiver Teilnahme an den Fahrpreisdemonstrationen entlassen worden waren, da sie nicht „das Maß an Loyalität der Stadt gegenüber gewahrt hatten, das der Arbeitgeber von ihnen erwartet".

In einer Erklärung schätzten 163 Kita-Erzieher und ÖTV-Vertrauensleute des Stadtschulamtes diesen Angriff so ein, daß *„die bisher geübte Praxis der bürokratischen Disziplinierung abgelöst wird durch die neue Taktik der politischen Disziplinierung"*, was die Betroffenen mit der Befürchtung verbinden, daß dieses Vorgehen der Bürokratie auf die Anwendung von „Berufsverboten und Gesinnungsschnüffelei" abzielt.

Mit diesen Verhören und dem dadurch ausgeübten politischen Druck greifen SPD und Verwaltung nunmehr offen die inhaltlichen Vorstellungen und die Ziele der Kita-Erzieher an und begnügen sich nicht mehr damit, durch formale Kritik (schlecht geführte Bücher über Ausgaben u.a.) die Erzieher in zunehmende Schwierigkeiten zu bringen.

Kita-Kollegen entwickeln Erziehung im Interesse der Kinder

Mit dem Kita-Projekt hatten die Initiatoren selbst Hoffnungen geweckt, daß es nun eine Möglichkeit geben würde, Erziehung statt bloßer Abrichtung der Kinder zu betreiben. So warb die Stadt Erzieher, die bereit sein sollten, „repressionsarme" Erziehung zu praktizieren, wobei die Stadt sie durch freizügige finanzielle und andere Hilfe unterstützen wolle, etc. Dieses Manöver der SPD führte – gegen ihre Absichten – dazu, daß in den Kitas Erzieher tätig wurden, die tatsächlich eine Erziehung im Interesse der Kinder betrieben. Zwar gab es anfangs Schwierigkeiten zwischen Kindern und Kita-Personal, die vor allem daher rührten, daß die Erzieher dem Spruch von „repressionsarmer" Erziehung auf den Leim gekrochen waren. Diese illusorische und – weil von einer bürgerlichen, auf Macht orientierten Partei gestellten – demagogische Forderung ging natürlich völlig an der Situation und den Bedürfnissen der Kinder vorbei. Sind die Lebensbedingungen vor allem der Arbeiterkinder geprägt von schlechten Wohnverhältnissen, mangelnden Spielmöglichkeiten zuhause und im Freien und davon, daß den Eltern im Alltagsstreß wenig Zeit für ihre Kinder bleibt, so nutzten die Kinder in den Kitas jede Möglichkeit, sich auszutoben. Angesichts mangelnden regelnden Eingreifens der auf „repressionsarme" Erziehung orientierten Kita-Kollegen machte das ungebändigte Treiben der Kinder auch vor Fensterscheiben und anderen zerstörbaren Gegenständen nicht halt. Auch zeigten die Kinder zunächst wenig Bereitschaft zu solidarischem Handeln, sie wandten untereinander die „Hackordnung" an, die sie in ihrer Umwelt ständig erfahren: Der Stärkere beherrscht den Schwächeren. Diese Erfahrungen zeigten den Kita-Erziehern, daß sie gezielte Erziehung betreiben müssen und es keineswegs genügt, den Kindern einfach freien Lauf zu lassen.

Es wurden nun feste Gruppen von meist 12 - 15 Kindern gebildet. Entsprechende Spielangebote sollen Selbständigkeit und Kritikfähigkeit der Kinder fördern. Gemeinsame Erlebnisse der Kindergruppen wie z.B. Zoo-Besuche, Baustellenbesichtigungen, Besuche der Eltern am Arbeitsplatz dienen der gemeinsamen Aufarbeitung ihrer Erfahrungen. Verbunden mit diesem gemeinsamen Lernen bemühen sich die Kita-Erzieher, den Kindern viel Zuneigung zukommen zu lassen, um so dazu beizutragen, die Kinder zum verständnisvollen und weniger aggressiven Umgang miteinander zu befähigen.

Neben der Arbeit mit den Kindern legten die Kita-Erzieher Wert darauf, in Kontakt mit den Eltern zu kommen.

SPD, Stadtverwaltung und CDU – gemeinsam im Kampf gegen Kitas

SPD, Stadtverwaltung und CDU – gemeinsam im Kampf gegen Kitas

Das Heranbilden selbstbewußter, solidarischer Kinder der Arbeiter und Werktätigen sowie die Beteiligung der Eltern an der Erziehung ihrer Kinder im Kindergarten – dieses Bemühen der Kita-Erzieher rief sehr schnell den entschiedenen Kampf von SPD, Stadtverwaltung und CDU hervor.

Die CDU, die in Frankfurt in der 'Opposition' ist, führte ihren Kampf vor allem durch ständige und üble Diffamierungen der Kita-Erzieher, z.B. mit demagogischen Fragen wie „Was eigentlich passiert in diesen Kitas? ". Ständige Verunglimpfungen der Erzieher als „dumm", „faul" „unfähig" und natürlich durch Abstempeln der Kita-Kollegen als „rot" und „links" arbeitete die CDU daran, Stimmung gegen die Kita-Erzieher zu machen, was sie verband mit der Forderung nach gründlicher Änderung der „Verhältnisse" in den Kitas.

Die SPD betreibt ihr Geschäft ganz in diesem Sinne, wobei sie systematisch und in sich allmählich steigendem Maße ihr Ziel angeht, auch die Kitas zu Arbeiterkinder-Dressuranstalten zu machen. Die versprochene Unterstützung der Kita-Erzieher durch die extra im Stadtschulamt eingerichtete Dienst- und Fachaufsicht blieb völlig aus. Das führte u.a. dazu, daß organisatorische Aufgaben die Zeit und Kraft der Erzieher unzulässig stark beanspruchten, da diese zumeist in diesen Aufgaben ungeschult sind. Auch pädagogische Beratung und Hilfe bei der Entwicklung von Teamarbeit unter den Erziehern erfolgte nicht. Damit taten sich für die Kita-Kollegen vielfältige Schwierigkeiten auf.

Diese Probleme wurden noch dadurch gefördert, daß auch die Dienst- und Fachaufsicht der bestehenden 100 Kindertagesstätten von vornherein jegliche Zusammenarbeit mit den „progressiven" Kita-Erziehern verweigerte. Das hatte seine Ursachen teilweise darin, daß die Leiterinnen der herkömmlichen Kindergärten ihre Stellung angegriffen sahen durch die Praktizierung von Teamarbeit in den Kitas. Andererseits hatte das Abwandern eines Teils der früher in den Kindertagesstätten tätigen Kindergärtnerinnen zu den Kitas dazu geführt, daß bei den bestehenden Kindergärten die Zahl der unbesetzten Planstellen zusätzlich wuchs, was für die verbleibenden Kindergärtnerinnen zu noch schlechteren Arbeitsbedingungen führte. Diese Spaltung zwischen Kindertagesstätten und den neuen Kitas konnte bislang nur ansatzweise über gewerkschaftliche Arbeit und Organisation unter dem Personal aller Kindergärten bekämpft werden.

Auf die Zermürbungstaktik von SPD und Verwaltung reagierten die Kita-Erzieher mit der Einrichtung eines festen Kita-Rates im Herbst 1972, zu dem es schon vorher Ansätze gegeben hatte. Der Kita-Rat (gebildet von gewählten Delegierten der Kitas) hat die Aufgabe, die Isolation des Kita-Personals zu überwinden und solidarisches Handeln zu ermöglichen. Darüberhinaus fordern die Kita-Kollegen, daß dieser Rat von der Stadtverwaltung als offizielles Vertretungs- und Entscheidungsgremium akzeptiert werden soll. Bislang erkannte die Verwaltung dieses Organ der Kita-Kollegen nicht an, sondern duldete allenfalls seine Existenz. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Erzieher und zur Beseitigung von Mängeln in den Kitas, die zum Teil Gefahrenquellen für die Kinder darstellen, hat der Kita-Rat zahlreiche Forderungen aufgestellt. Zu diesen Forderungen gehörte auch, daß der Kita-Rat mit der Verwaltung um eine Satzung verhandelt, die eine geregelte Elternmitbestimmung schaffen sollte. Diese Verhandlungen wurden jedoch im Mai 1973 von seiten der Bürokratie abgebrochen, und nicht wieder aufgenommen. Dies ist ein Beispiel, an dem sichtbar wird, daß sich Eltern und Erzieher nicht wie bisher auf Verhandlungen und Bitten beschränken können, wenn sie konkrete Forderungen erkämpfen wollen.

Aktion „Kind im Römer" – eine weitere Illusion wird zerstört

Ende Mai 1973 organisierten aktive Elternteile aus den Kitas mit Unterstützung der Erzieher eine Aktion „Kind im Römer". Etwa 400 Kinder, Betreuer und Eltern belagerten den Römer (=Sitz des Frankfurter Magistrats). Sie wollten damit Druck ausüben und erreichen, daß sich die

Elternteile aus den Kitas mit Unterstützung der Erzieher eine Aktion „Kind im Römer". Etwa 400 Kinder, Betreuer und Eltern belagerten den Römer (=Sitz des Frankfurter Magistrats). Sie wollten damit Druck ausüben und erreichen, daß sich die

Verantwortlichen in Magistrat und SPD wieder mehr – und im Sinne der Eltern, Kinder und Erzieher – um die Kitas kümmern sollten. Das Ergebnis dieser Aktion beschränkte sich – was die konkreten Forderungen der Eltern anbelangt – wiederum auf leere Versprechungen, diesmal vom SPD-Oberbürgermeister Rudi Arndt persönlich. Lediglich einige bauliche Veränderungen in den Kitas wurden nicht nur versprochen, sondern auch durchgeführt.

Diese Erschütterung der Hoffnungen von Eltern und Betreuern der Kinder, die SPD würde ihnen schon beistehen, wenn sie nur energisch genug auf ihre Probleme aufmerksam machen, führte zunächst zu Passivität und Resignation. Der bestehende Elternrat wurde kaum noch aktiv und verfiel damit weitgehend der Bedeutungslosigkeit; unter den Erziehern verbreitete sich Resignation, die zum Teil zu Kündigungen, also dem völligen Zurückweichen vor der Politik der SPD führte.

Verschlechtert wurde die Situation noch dadurch, daß die SPD jetzt verstärkt Repressalien einsetzte, und zwar zunächst auf bürokratischer Ebene. Untersuchungskommissionen wurden in die Kitas geschickt, um Abrechnungsbücher zu prüfen. Für Fehler in der Buchhaltung wurden Kita-Kollegen verantwortlich gemacht. Diese Kommissionen erfüllten ihren Zweck, Unsicherheit und Angst unter den Kita-Erziehern zu verbreiten, erfolgreich – im Sinne der SPD. Verstärktes Konkurrenzdenken griff wieder um sich, was die Teamarbeit erschwerte. Das Verhältnis der Erzieher untereinander verschlechterte sich; das führte z.T. erneut dazu, daß einige Erzieher kündigten. Leidtragende der entstehenden starken Fluktuation sind natürlich die Kinder.

Entlassung von Kita-Kollegen – ein neuer Schlag gegen die Erzieher

Im Sommer 1973 unternahmen vier Kita-Erzieher mit einigen Kindern eine Ferienfahrt, die von den Behörden trotz gestellter Anträge und wiederholtem Drängen seitens der Betreuer vom Amt gar nicht erst bearbeitet und nicht genehmigt worden war. Nachdem die Erzieher die Fahrt mit dem Einverständnis der Eltern trotzdem durchführten, benutzte die Verwaltung dies als Vor-

➡

Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage; Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Mitbestimmung?
Chemie–Tarifrunde 71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß
Volkskrieg und politische Lösung

UNSER WEG , Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Anzahl

○ 22
Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikommunistische Broschüre
37 Seiten
DM 2,50

○ 23
Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"
Selbstkritik Marke KBW
Propaganda der Faschisten
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten
DM 2,50

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten Großformat
DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten Großformat
DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten Buchformat
DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen !**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten Buchformat
DM 6,–

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikel unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten Buchformat
DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten Buchformat
DM 6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten (Buchformat)
DM 8,–

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten Buchformat
DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je
DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je
DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je
DM 6,–

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum der EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften.
100 Seiten Buchformat
DM 3,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten !**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden ?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD.
100 Seiten Buchformat
DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des kommunistischen Bundes

○ für 6 Ausgaben		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

○ für 6 Ausgaben		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

○ für 6 Ausgaben	DM 8,–

Anschrift: ______________________

____

____

____

(Datum) (Unterschrift)

○ **Verlags-Katalog** kostenlos
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Forts. Fortschrittliche Erzieher

wand, um diese Betreuer im November dann zu entlassen. Am 1o.1o.74 erhielten die vier Erzieher ihre Kündigung. Unter den Kita-Kollegen, die daraufhin sofort eine Vollversammlung durchführten, bildete sich die Ansicht herauf, daß gegen diesen neuerlichen Angriff und angesichts der vielen bisherigen Repressalien und Angriffe nur noch das Mittel des Streiks eine Wirkung erzielen könne. Ein Streikgremium wurde gewählt, die Vorbereitungen begannen. Die Erzieher führten Elternabende durch, um den Eltern ihre Aktion verständlich zu machen. Die Eltern stellten sich zwar nicht entschieden hinter die Kita-Erzieher, organisierten aber in den meisten Kitas Notdienste. Auch ein Teil der Kita-Angestellten selbst hielt den Kampf gegen die Entlassung der vier Kollegen für nicht gerechtfertigt und wollte sich von vornherein den Streikaktionen nicht anschließen. Damit bestand von Anfang an eine schlechte Ausgangssituation für die streikwilligen Kita-Kollegen: in sich selber gespalten und von den Eltern nur bedingt unterstützt, war keine starke Kampffront gegeben, die einen längeren Widerstand ermöglicht hätte. Zudem standen die Weihnachtsfeiertage bevor; dies veranlaßte auch die Streikwilligen, den Streik nur am 19. und 2o. Dezember durchzuführen, da eine Weiterführung zu größeren Lohnausfällen geführt hätte. Mit Streikgeld von der Gewerkschaft konnten die Streikenden nicht rechnen, da die Gewerkschaftsführung diesen „wilden" Streik erwartungsgemäß ebenfalls nicht unterstützte. Während der beiden Streiktage wandten sich die Kita-Kollegen mit Flugblättern an die Bewohner der Wohngegenden, in denen die jeweiligen Kitas liegen und versuchten, auch über Presseerklärungen, ihre Sache publik zu machen. Mit dem Kampf der Kita-Sprecher solidarisierten sich, neben Studenten der Fachhochschule für Sozialpädagogik auch GEW- und ÖTV-Mitglieder, die Lehrer der Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt (scheinbar fortschrittliches Paradebeispiel „progressiver" SPD-Schulpolitik, wo ebenfalls zunehmend ein Abbau von Freiheiten betrieben wird), das Komitee gegen Berufsverbote sowie einige Eltern. Das konnte jedoch nicht verhindern, daß der Streik nur zwei Tage dauerte und die Rücknahme der Kündigungen nicht durchgesetzt werden konnte.

Parität statt Selbstbestimmung – das ist „Arbeiterpolitik" Marke SPD

Parität statt Selbstbestimmung – das ist „Arbeiterpolitik" Marke SPD

Endgültig aufräumen will die SPD nunmehr mit den Vorstellungen von Eltern und Erziehern, die über die Schaffung von Eltern- und Kita-Räten die Kitas selbst verwalten wollen. Die SPD arbeitete eine sog. Sondergeschäftsanweisung aus, in der statt eigener Gremien der Eltern und Erzieher ein paritätisch besetztes Entscheidungsorgan geschaffen wird, das die Entscheidungsgewalt des zuständigen Dezernates letztlich nicht in Frage stellt. Darüber konnten auch scheinbare Verhandlungen nicht hinwegtäuschen, die die Verwaltung wieder mit den Kita-Angestellten aufgenommen hatte. Diese Sondergeschäftsordnung soll – bislang ist sie noch nicht in Kraft – SPD und Verwaltung als neues Druckmittel und als Disziplinierungsinstrument dienen. SPD-Stadtrat Peter Rhein erklärte: Von den Leuten, die glauben, diese Dienstvereinbarung nicht unterzeichnen zu können, werden wir uns leider trennen müssen!

Dieser bevorstehende Akt der Einschwörung auf die SPD-Politik wird erneute Auseinandersetzungen hervorrufen. Um diesem Angriff bestmöglich – verglichen mit dem, was gemessen am Stand der Kämpfe in der Gesellschaft realistisch ist – vorbereitet entgegentreten zu können, wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es den Kita-Erziehern und den aktiven Eltern noch stärker als bisher gelingt, große Teile der Eltern einzubeziehen, was ohne ständige und beschwerliche Kleinarbeit nicht zu erreichen ist. Die Aktivität der Eltern ist dabei insofern von besonderer Bedeutung, als von ihr abhängt, ob mit der Standfestigkeit proletarischer Eltern darum gekämpft wird, die besseren Erziehungsmöglichkeiten für Arbeiterkinder nicht völlig zu verlieren. Die Arbeiterkinder und Eltern können sich nicht aus ihrer gesellschaftlichen Lage zurückziehen; zurückziehen können sich allenfalls einige Erzieher, indem sie sich andere Betätigungsfelder suchen. Gegen diese drohende Verschlechterung anzugehen, wird vor allem Aufgabe der Eltern sein. ●

Eine Sympathisantin des KB in Zusammenarbeit mit Genossen der Metallzelle des KB/Gruppe Frankfurt

SPD, CDU und FDP erklären RBJ zum Verfassungsfeind Größt-Koalition gegen demokratische Jugendarbeit

Im November '72 startete die Hamburger CDU eine Hetz- und Diffamierungskampagne gegen den demokratischen Jugendverband RBJ (s. AK Nr. 32). Sie forderte den Hamburger Senat immer wieder auf, den RBJ auf seine 'Verfassungstreue' hin zu untersuchen. Für die CDU stand das Ergebnis von vornherein fest: 'verfassungsfeindlich'. Nach zweijähriger „Beobachtung" des RBJ ist die Behörde für Jugend, Schule und Berufsbildung zu dem gleichen Ergebnis gekommen. Sie ließ am 25. September durch ihre Deputation einstimmig (mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP) feststellen, daß der RBJ „nicht mehr die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bietet."

Mit dieser Feststellung der Behörde verliert der RBJ gleichzeitig seine Anerkennung als „Träger der freien Jugendhilfe". Für den RBJ heißt das: Verlust der jährlichen Förderung aus dem Landesjugendplan (ca. DM 5o.ooo,–) Das ist der Versuch, einer demokratischen Organisation den Lebensnerv abzuklemmen. Gegen diesen Beschluß der Behörde wird der RBJ natürlich gerichtlich vorgehen, nur sollte man daran keine allzu großen Hoffnungen knüpfen: die Justiz ist nicht weniger bürgerlich als die Jugendbehörde.

Junge Union düngt den braunen Acker, die SPD erntet ab – Perfektes Zusammenspiel

Um den ideologischen Boden für diese „Staatsaktion" gegen den RBJ zu bereiten, hatte die Hamburger Junge Union in den letzten Wochen einen Provokationsfeldzug gegen den RBJ gestartet. JU-Ratten tauchten regelmäßig in Veranstaltungen des RBJ auf, um ihre dreckigen Spitzelgeschäfte zu tätigen. Genauso regelmäßig machte der RBJ von seinem Hausrecht Gebrauch und setzte die JU-ler vor die Tür. Flink wie die Windhunde liefen die Jung-Unionler daraufhin in die Redaktionsstuben von Axel Springer, um sich dort als Märtyrer für die Demokratie zu verkaufen.

In der „Welt", in der „Bild" und im „Hamburger Abendblatt" (alles Springer) konnte man dann lesen, daß

daraufhin in die Redaktionsstuben von Axel Springer, um sich dort als Märtyrer für die Demokratie zu verkaufen.

In der „Welt", in der „Bild" und im „Hamburger Abendblatt" (alles Springer) konnte man dann lesen, daß

der RBJ „radikal-kommunistisch" sei ('Bild', September), daß es „unverständlich (sei), wie diese radikale Gruppe mehr Unterstützung aus Steuermitteln bekommt als mitgliederstärkere demokratische Jugendorganisationen" (diese Lüge stammt aus einem Leserbrief eines Jung-Unionlers an die 'Welt', 17.9.74), und daß die Junge Union über den RBJ sowieso schlichtweg „empört" sei (Abendblatt, 1o.9.74). Hinter allen Artikeln stand der Ruf nach der starken Hand, die dem RBJ endlich die Luft abdreht.

Am 25. September war es dann soweit: der Prüfling RBJ fiel durch die Gesinnungsprüfung der Behörde.

Bürgerliche Demokratie: Wer gegen Knebelung kämpft, wird geknebelt

Aus den Publikationen des RBJ, vor allem aus seiner zentralen Zeitung „Kämpfende Jugend", will die Behörde herauslesen, daß der RBJ „die obersten Grundwerte unseres Staates, die freiheitlich-demokratische Grundordnung" nicht bejaht. Um das zu „belegen", wird z.B. aus der diesjährigen Mai-Plattform des RBJ zitiert: *„Mit Abgrenzungsbeschlüssen, Knebelerlassen und dem Herumreiten auf einer von den Herrschenden nach Belieben ausgelegten sogenannten 'freiheitlich-demokratischen Grundordnung' ist ein abgefeimtes System politischer Unterdrückung, Verleumdung und Kriminalisierung geschaffen worden, die es jedem aufbegehrenden Demokraten zu einem bedrohlichen Risiko machen sollen, sich mit Entschiedenheit öffentlich zu äußern."*

Diese und ähnliche Aussagen des RBJ, in denen er auf starke Gefahren für Freiheit und Demokratie hinweist, nimmt die Behörde jetzt zum Anlaß, um gegen den RBJ vorzugehen: wer gegen Knebelung kämpft, soll einen Knebel verpaßt kriegen – das ist die bürgerliche Demokratie.

Wie müßte denn nun der RBJ aussehen, um der Behörde zu gefallen? Das wurde am 26. September auf NDR II in der „Umschau am Abend" bekanntgegeben. Auf die Frage der Reporterin, wo denn die Toleranzgrenze für die freie Meinungsäußerung liege, antwortete Oberregierungsrat Pagels von der Jugendbehörde : „Die zu erkennen, nich wah, ist natürlich nicht einfach, und deshalb haben wir auch diesen Zeitraum der Beobachtung gebraucht (2 Jahre, d. Red.). Wir meinen also, wenn man z.B. in einer der Publikationen (des RBJ) feststellt: 'Im Gegensatz zu den Einrichtungen der bürgerlichen Jugendpflege besteht in unseren Organisationen und ihren Einrichtungen und Veranstaltungen keine Freiheit für die Feinde der Arbeiterklasse und der demokratischen Rechte des Volkes'., daß das ein Standpunkt ist, der mit unserer pluralistischen Vorstellung in der Demokratie und mit unserer Vorstellung von politischer Jugendbildungsarbeit nicht mehr verantwortet werden kann." So klar ist das Ziel der bürgerlichen Jugendpflege selten formuliert worden: 'Öffnet den Feinden der Arbeiterklasse die Tore, laßt die Faschisten und Reaktionäre rein, dann kriegt ihr Geld'. Außerdem erläutert Herr Pagels hier auch noch einmal sehr anschaulich den Irrwitz des bürgerlichen „Pluralismus": Von der SPD bis zu den Feinden der Arbeiterklasse ist alles pluralistisch, links von der SPD setzt der Pluralismus aus.

bis zu den Feinden der Arbeiterklasse ist alles pluralistisch, links von der SPD setzt der Pluralismus aus.

Der Angriff gegen den RBJ richtet sich gegen alle fortschrittlichen Menschen und ihre Organisationen – gemeinsamer Feind, gemeinsamer Kampf

Der reaktionäre Angriff gegen den RBJ steht nicht allein auf weiter Flur da. Das Vorgehen der Bourgeoisie gegen kommunistische und demokratische Organisationen und Menschen, zeigt besonders in letzter Zeit, daß die Bourgeoisie in der Tendenz jede Stimme zum Schweigen bringen will, die sich für die demokratischen Rechte stark macht. Deshalb richtet sich jeder Angriff gegen demokratische Menschen gegen die gesamte fortschrittliche Bewegung. Deshalb müssen solche Angriffe auch gemeinsam beantwortet werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß das fast nie klappt, daß entweder irgendein Parteiladen die Tore dichtmacht, weil er nicht die Hauptrolle spielen kann, oder daß liberale Kräfte nicht mitziehen, weil Kommunisten dabei sind. Diese Erfahrungen dürfen allerdings niemanden davon abhalten, um das gemeinsame Vorgehen gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu kämpfen; darum zu kämpfen, daß sich alle Menschen, die sich in ähnlicher Lage befinden, fester zusammenschließen. ●

Kampf der Kasseler Studenten gegen die Studiengebührenerhöhung

Schon im Wintersemester 1973/74 (WS) wurde an der Universität von Kassel eine Studiengebührenerhöhung angekündigt. Damit sollte auf dem Rücken der Studenten das Defizit des Studentenwerkes (240.000,–) abgebaut werden. Dadurch, daß die studentische Krankenversicherung (SKV) Ende '74 ausläuft, und weiterhin ein Defizit von 190.000,– besteht, heißt das für die Studenten eine zunehmende finanzielle Belastung bei Wegfall der Leistung der SKV.

In einer Urabstimmung sprachen sich von 2.100 abstimmenden Studenten (insgesamt sind es etwa 4.700) 97 % gegen diese Erhöhung aus. Die Diskussionen schliefen danach ein. So traf der Beschluß des Kultusministers, die Erhöhung in Kraft treten zu lassen, die Studenten Ende des Sommersemesters unvorbereitet. Auf mehreren Vollversammlungen (VV) wurden die Kampfschritte beratschlagt. In den VV ging es fast ausschließlich darum, mit welchen Tricks und unter welchen taktischen Gesichtspunkten man am besten um die DM 10,– Erhöhung herumkommt.

Durch die einseitige Verlagerung auf die DM 10,– wurden andere wichtige Punkte vernachlässigt:

- daß die Krankenversicherung ab 1. Januar '75 abgeschafft wird, wir aber weiterhin denselben Betrag bezahlen müssen
- zwar wurde wenige Male angedeutet, daß es wohl einen Zusammenhang geben muß zwischen Studiengebührenerhöhung, Hochschulrahmengesetz, Büchertischverbot, Berufsverbote im Öffentlichen Dienst,
- aber ein wesentlicher Bestandteil sozialistischer Hochschulpolitik wurde weitgehend außer Acht gelassen, nämlich zu erklären, wie diese Maßnahmen in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß einzuordnen sind.

Gerade das ist nötig, wenn man nicht bei einer bloßen moralischen Empörung über eine Ungerechtigkeit stehen bleiben will. So kam es dann auch, daß der Erfolg der Aktion einzig und allein daran gemessen wurde, ob die DM 10,– bezahlt werden müssen oder nicht.

Die Kampfmaßnahmen im Einzelnen

800 Studenten drückten ihren Unwillen dadurch aus, daß sie die Erhöhung boykottierten, indem sie einfach den alten Betrag einzahlten. Weiterhin wurde dem Kultusminister angedroht, in unbefristeten Streik zu treten, wenn er seine Maßnahme nicht rückgängig machen würde. Doch der Kultusminister blieb hart. Zehn (!) Tage vor Semesterschluß beschloß dann die Vollversammlung auf Vorschlag des Aktionskomitees einen Streik. An der folgenden Urabstimmung beteiligte sich ein Drittel der Studenten, wovon die Hälfte für den aktiven Vorlesungsboykott stimmte, d.h. 800 Studenten erklärten ihre Streikbereitschaft.

Die zu Beginn des Artikels genannten politischen Mängel des Vorgehens führten dazu, daß sich die Vorbereitung auf Vollversammlungen reduziert hatte, auf denen dann noch vorwiegend technische Tricks zur Überlistung der Bürokratie diskutiert wurden, und über die Streikdurchführung nur formal gesprochen wurde. So war es auch weiter nicht verwunderlich, daß, als es um die inhaltliche Vorbereitung des Streiks ging, große Teile der Studenten die Vollversammlung verließen. Das heißt, das es nicht gelungen ist, die Studenten in die aktive Diskussion und Teilnahme an den Aktionen mit einzubeziehen. Erschwerend kam hinzu, daß der Streik erst drei Tage vor Semesterschluß begann. Dementsprechend bröckelte die Streikfront auch sehr schnell ab.

Da sich Ende Juli nur noch ca. 300 Studenten an den Zahlungsboykott der Studiengebühren hielten und die Bafög-Empfänger materiell nicht abgesichert waren (denn ohne vollständige Zahlung der Studiengebühren wurden keine Studienbescheinigungen ausgestellt), sah sich das Aktionskomitee gezwungen, den Bafög-Empfängern zu empfehlen, die DM 10,– nachzuzahlen.

Wir sollten jetzt nicht den Fehler machen, die Selbstkritik darauf zu beschränken, daß wir eben zu wenig mobilisiert hätten. Es kommt vor allem darauf an, die inhaltlichen Fehler unserer Vorgehensweise zu erkennen.

Wir müssen innerhalb der Studentenschaft eine breite Diskussion entwickeln über die zu erwartenden Angriffe (z. B. SKV, Angriffe auf das politische Mandat, Hausordnung etc.) und die Weiterführung unseres Kampfes. ●

Sympathisanten des KB an der Gesamthochschule Kassel

Ein SPD-Schlagwort ohne Maske

Militärhilfe für die Faschisten soll „Lebensqualität" heben

Das Schlagwort von der „Lebensqualität" ist immer stärker zum Wahlkampf-Slogan der SPD geworden. Bisher verstand man darunter Verpestung der Umwelt durch Gestank, Dreck und Gifte der kaum von Auflagen zum Umweltschutz beeinträchtigten Großindustrie; verstand man darunter Schulmisere, Mängel im Gesundheitswesen, eine Rekord-Säuglingssterblichkeit und vieles mehr.

Daß die SPD aber nicht nur im eigenen Land für „Lebensqualität" sorgt, sondern auch andere Länder damit beglücken will (nach der alten imperialistischen Devise: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen"), zeigte sich kürzlich: ***„Die militärische Ausbildungshilfe, die dem Iran von der Bundesrepublik gewährt wird, hebt nach Ansicht des Auswärtigen Amtes in Bonn die Lebensqualität in diesem Teil der Welt."*** („Frankfurter Rundschau" vom 4.9.74).

In der von der „FR" zitierten Stellungnahme des „Auswärtigen Amtes" heißt es wörtlich, durch die westdeutsche militärische Ausbildungshilfe für den Iran würden *„gesellschaftliche Konflikte abbaubar"* (welch schwarzer Humor!) und damit würde *„letztlich zur Hebung der Lebensqualität in diesem Teil der Welt beigetragen."*

Zur Frage der W a f f e n l i e f e r u n g e n an den Iran (die BRD ist nach den USA wichtigster Waffenlieferant des Schah-Regimes) heißt es in der Stellungnahme des AA, dies müßte so sein, weil sonst *„negative Auswirkungen"* für den übrigen Handel mit dem Iran zu erwarten seien. Außerdem stehe die *„Zielrichtung der iranischen Politik ... in vielen Bereichen in vollem Einklang mit den deutschen Interessen"* (jaaa, dann...!). Weiter heißt es, der Iran gehöre nicht zu einem „Spannungsgebiet" (Waffenlieferungen in „Spannungsgebiete" unterliegen formal gewissen Beschränkungen – auf dem Papier!), sondern sei vielmehr ein *„stabilisierendes Element, das zum Gleichgewicht innerhalb der Golfregion und im Gebiet des Indischen Ozeans beiträgt."*

In der Tat, das Schah-Regime „stabilisiert" z. B., indem es mit eigenen Truppen am Kampf gegen die Befreiungsbewegungen in den arabischen Golfstaaten teilnimmt, indem es Grenzüberfälle gegen den Irak unternimmt u. a. m. – Diese Region ist also kein „Spannungsgebiet" – und wenn vielleicht doch, dann jedenfalls „in vollem Einklang" mit den Interessen des BRD-Imperialismus!

Daß das Schah-Regime darüberhinaus eine faschistische Diktatur nach innen ausübt, Tausende politische Gefangene eingekerkert sind, Hinrichtungen politischer Gegner an der Tagesordnung sind, und daß die westdeutsche Militärhilfe zur „Stabilisierung" dieser Zustände beiträgt, gehört sicher zur „Lebensqualität" und zum „Abbau gesellschaftlicher Konflikte" Marke SPD! ●

Bezirkszelle Harburg/Wilhelmsburg KB / Gruppe Hamburg und AK-Redaktion



... WIR MÜSSEN DIE LEBENSQUALITÄT HEBEN! ...

Einiges über das Itzehoer Krankenhaus

Leserbrief

Das Itzehoer Krankenhaus ist zweifellos ein altes Gebäude, und die räumliche Situation ist ganz sicher nicht so, wie es den heutigen Anforderungen entspräche. Es gibt noch große Krankensäle, die Stationsflure dienen oftmals als Krankenzimmer, und die medizinischen und pflegerischen Einrichtungen lassen vieles zu wünschen übrig. Da soll ja nun in kurzer Zeit Abhilfe geschaffen werden durch den Bau den neuen Krankenhauses, das 1976 bezogen werden kann. Aber was haben diese schlechten äußeren Bedingungen mit den Vorfällen zu tun, die ich hier mal schildern möchte: Da werden nachts lautstark randalierende Betrunkene auf einer Station eingeliefert und behandelt, die gleichzeitig das Intensivpflegezimmer für schwerkranke Patienten, die äußerst viel Ruhe brauchen (z.B. Herzinfarkte), beherbergt. Da wird von einem Arzt auf die Frage eines Ehemanns, der seine junge Frau ins Krankenhaus bringt, weil sie Angstzustände hat, „Herr Doktor, was fehlt denn meiner Frau?" geantwortet: „Ihre Frau, die gehört nach Schleswig!" (Schleswig = Irrenhaus) Der Ehemann ist verwirrt und entsetzt zugleich; er kann sich gegen diese Unverschämtheit nicht wehren; schließlich war's ja der „Halbgott in Weiß", der dieses sagte. Er fragte nur noch: „Aber warum? Ich versteh' das nicht!" In sehr aggressiver Weise gibt der Arzt folgende Antwort: „Da müßte ich Ihnen einen Vortrag über psychosomatische Krankheiten halten, und dazu habe ich keine L u s t !" Das ist kein Einzelfall. Die Patienten werden oftmals nach Lust und Laune von diesem Arzt abgekanzelt!

Da müssen von den Nachtwachen auf einer Station 26 Frauen gewaschen werden; d.h. daß um 1.00, spätestens um 2.00 Uhr damit begonnen werden muß, nämlich gerade dann, wenn die Patienten fest schlafen. Dabei muß man sehen, daß viele Patienten ohnehin unter Schlafstörungen leiden und oftmals erst um Mitternacht einschlafen. Das sind nur einige Beispiele. Ich meine, daß das alles Vorfälle sind, die nichts mit den schlechten räumlichen Verhältnissen zu tun haben. Das sind Vorfälle, die klar zeigen, wie die Einstellung zu Patienten in unseren Krankenhäusern überhaupt ist. Ich weiß mit Sicherheit, daß Itzehoe kein Einzelfall ist. Da nützt nachher auch das schöne neue Gebäude nicht viel, wenn nicht alle Mitarbeiter im Krankenhaus daran gehen, mit diesen Mißständen aufzuräumen und auch den Mut aufbringen, die falschen Verhaltensweisen von Ärzten zu kritisieren und zu bekämpfen. ●

Kommunistenhetze auch zum Abendbrot

Am 13.9.74 wurde beim Abendbrot meine Aufmerksamkeit weg von der Lektüre des ARBEITERKAMPF hin zum Fernsehen gelenkt, als die Themen des um 18.55 Uhr beginnenden „Nordschau-Magazins" verlesen wurden.

Es wurden folgende Beiträge angekündigt:

1) „Sprengen die Kommunisten das Rathaus"
2) „NPD-Richter noch immer im Amt"
3) „Ein Jahr Militärdiktatur in Chile"

Außerdem noch zwei Gesangsdarbietungen.

Meine erste Reaktion war Verwunderung darüber, daß hier nur Themen behandelt wurden, die auch in unserer Presse breiten Raum einnehmen.

Zum ersten Beitrag erwartete ich nun, daß Verfassungsschützer Klose (Hamburger Innensenator) Pläne der KPD/AO vorlegen würde, aus denen ersichtlich ist, daß ähnlich dem Bonner Rathaussturm auch in Hamburg die „Kraft der Partei der Arbeiterklasse" unter Beweis gestellt werden sollte.

Oder sollte der Fernsehansager das Programm des KBW nicht richtig verstanden haben und in Wirklichkeit über die „nächsten Aufgaben der Kommunisten", den Sturz des Magistrats – Entschuldigung: des Senats – berichten wollen?

Beide Annahmen stellten sich als falsch heraus. Aber natürlich, bei diesen Organisationen hätte man ja in faschistischer Manier von Chaoten gesprochen. Gemeint waren die Revisionisten.

In Hamburg gibt es einen sog. Koalitionskrach zwischen SPD/FDP. Die FDP vertritt im Fall um die Übernahme von zwei DKP-Junglehrern ins Beamtenverhältnis eine gegensätzliche Meinung zur SPD, sie ist für die Übernahme. Wie kommt die FDP in diesem Fall nun zu diesem Urteil über die beiden sog. „Kommunisten"? Dies wurde deutlich, als die betroffenen Lehrer selbst zu Wort kamen. Übereinstimmend bekannten sie sich zu diesem „Rechtsstaat" und dem Grundgesetz und erklärten auch, beides aktiv verteidigen zu wollen. Besonderen Wert legten die beiden Revisionisten darauf, zu erklären, daß sie „jede Form von Gewalt ablehnen". Ganz offensichtlich also – keine Kommunisten! Diese Opferbereitschaft aller kommunistischen Grundsätze, verbunden mit der irrigen Hoffnung auf Legalität und Anerkennung durch den bürgerlichen Staat, will die FDP also offensichtlich belohnen, um der DKP den Wink zu geben, daß der Weg in den revisionistischen Sumpf der richtige sei, während die SPD schon heute deutlich macht, daß man darin umkommt.

Im zweiten Beitrag wurde über Dr. Wilhelm Stäglich, Richter am Finanzgericht in Hamburg und NPD-Mitglied, berichtet. Dieses Faschistenschwein hatte in der faschistischen Zeitung „Nation Europa" den Faschismus verniedlicht und behauptet, daß in den KZ's niemand getötet worden sei. Ein faschistischer Gesinnungsfreund erhielt vom Fernsehen die Möglichkeit, vor einem Wissenschaftlichkeit vortäuschenden Bildschneidegerät Dokumentaraufnahmen aus dem Todeslager Ausschwitz zu kommentieren und zu behaupten, bei allen Filmen und Bildern über KZ's würde es sich „um Fotomontagen handeln, wie sie auch auf Jahrmärkten gemacht werden."

Der Kommentar zu den oben geschilderten Filmbeiträgen gipfelte dann in dem Satz: „NS-Zeit Beschöniger und Stalin-Romantiker dürfen im Staatsdienst keinen Platz haben." Rechts und links soll also das gleiche sein, obwohl die Faschisten millionenfachen Mord und die brutalste Unterdrückung der Arbeiterklasse und die Kommunisten Souveränität aller Völker und die Befreiung der Arbeiterklasse zum Ziel haben.

Der dritte Beitrag berichtete nur kurz über den Besuch einer chilenischen sozialdemokratischen Gewerkschaftlerin in Hamburg und blieb im Rahmen der bürgerlichen Informationspolitik über die Verbrechen der Imperialisten dort.

Dieser Bericht, den man durchaus verallgemeinern kann, zeigt wohl recht deutlich, wie sich die Rechtsentwicklung auch im Regionalprogramm auswirkt, das vor einigen Jahren noch relativ „neutral" war. Selbst in solchen reinen Unterhaltungssendungen wie der „Aktuellen Schaubude" tauchte z.B. am 14.9.74 Jürgen Roland (bekannter Krimi-Regisseur) im Kampfanzug auf, berichtete schwärmerisch über das NATO-Manöver in Schleswig-Holstein (acht Tote und 30 Millionen Flurschaden), an dem er als Reservist teilgenommen hatte, und verschwand wieder mit dem Hinweis, daß sein Film über das tolle Manöver bald im Fernsehen zu sehen sei. ●

Ein Genosse der Bezirksgruppe Wandsbek/Billstedt, KB/Gruppe Hamburg

CDU auf Seiten der Waffen-SS

Sie sind alle eifrig bemüht, sich von den Faschisten zu distanzieren – die Herren Christdemokraten. Besonders die CDU-Sozialausschüsse wie dieser Leserbrief aus der „FR" vom 25.9.74 zeigt.

„NDP kein Partner für CDU
Die „große Besorgnis" der Jungdemokraten – Leserbrief vom 18.9. – angesichts angeblicher Kontakte von NPD zu CDU ist zwar rührend, aber unnötig. Nicht nur wir jungen CDU-Mitglieder sorgen dafür, daß Extreme in unseren Reihen nicht das Fünkchen einer Chance haben. Die NPD ist kein Partner für die CDU. Politisch bietet sie keine Ansätze, die Grund für Gespräche geben könnten. Auch personell ist diese Gruppe nicht ernst zu nehmen. Die von ihr lancierten Berichte sollen nur darüber hinwegtäuschen, daß über ihre Kongresse und sonstigen Taten kaum etwas publiziert wird. Und das zu Recht – für ihre markigen Reden ist die Mottenkiste ein lohnenderer Aufenthaltsort als das (ohnehin teure) Zeitungspapier.

Die CDU will nicht Leute von rechts, sondern – wie der Wiesbadener Landesparteitag einmal mehr bebewies – die von der SPD enttäuschten Sozialdemokraten, die Liberalen und die Wechselwähler. Die zukunftsweisende Grundsatzrede von Weizsäcker wird NPD-Leuten ewig fremd bleiben. – Wir werden also nicht umhinkönnen, uns von jedem Flöhehusten von NPD-Anhängern in Richtung CDU deutlich zu distanzieren. Der 27. Oktober sollte endlich Ruhe bringen. Der Wähler wird dann dieser Partei ein bis eineinhalb Prozent geben und ihr damit weitere Jahre der Bedeutungslosigkeit bescheren.
Thomas Mann, Jugendorganisation der CDU-Sozialausschüsse"

Diese Schein-'Abgrenzung' ist schon für sich hinterhältig genug. Denn dieser Schreiberling grenzt sich nicht von der NPD ab, weil sie faschistisch ist, sondern „weil diese Gruppe personell nicht ernst zu nehmen ist."

In der gleichen „FR" findet sich nun zusätzlich ein Artikel über eine Zusammenrottung von 5oo Angehörigen der „Hilfsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (IAG). Dort forderte der Faschist Willi Schäfer am 24.9.74 in Husum eine **„Tilgung des Nürnberger Schuldspruchs."** und unter lautem Beifall **„Freiheit für Rudolf Heß"**. Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und heutige Dithmarscher Kreispräsident des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein, Hermann Glüsing, vermittelte Grußworte: *„Er sagte, er freue sich darüber, 'im Kreis guter Deutscher (!) verweilen zu können!"*

Er bedauerte, daß es nicht *„gelungen sei, 'den Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS zu ihrem Recht zu verhelfen."*
(Zitate nach „FR").

Wahrlich, die CDU hat mit Faschisten nichts zu tun? !?

Der Vorsitzende des regionalen Soldatenverbandes, Pastor (!) und Obersleutnant a.D. Lemke, brachte auf dem HIAG-Treffen die Forderungen der Waffen-SS und der CDU auf den Punkt: *„Graben wir uns ein, und warten wir gemeinsam auf den Tag"* (den Tage einer erneuten faschistischen Machtergreifung). Da haben wir sie alle in trauter Eintracht: Waffen-SS, CDU und Klerus. ●

Bezirkszelle Harburg/Wilhelmsburg KB/Gruppe Hamburg

Oweia, KBW schickt „Richtigstellung"

In AK 49 veröffentlichten wir eine Stellungnahme des Hamburger IKAH („Arbeiterhilfe"), in der die Verwendung von Spendengeldern für türkische Arbeiter durch den KBW kritisiert wurde. Es handelt sich dabei um Spenden, die in Zusammenhang mit der Ermordung des Arbeiters Danis Neset durch türkische Faschisten (im Mai) gesammelt wurden.

Zu dieser Stellungnahme des IKAH haben uns die Rechtsanwälte Plähn/Schween, die dem KBW nahestehen, eine längere „Richtigstellung" geschickt, deren „vollständigen Abdruck" im AK sie „verlangen" (!). Falls wir das nicht tun, droht der KBW uns wieder einmal mit dem bürgerlichen 'Pressegesetz'. Darauf sind wir diesmal (nachdem der KBW es beim erstenmal vor einigen Monaten dann doch lieber sein ließ) ehrlich gespannt.

Denn die von den Rechtsanwälten Plähn/Schween zugeschickte „Richtigstellung" b e s t ä t i g t im Wesentlichen die Darstellung des IKAH.

1. Das IKAH hat behauptet, daß der KBW rund 1.640 DM Spendengelder für 'Propagandazwecke' – vor allem für eine Anzeige in Springers „Hamburger Abendblatt" !!! – verschleudert hat, statt sie den türkischen Kollegen zukommen zu lassen. Plähn/Schween b e s t ä t i g e n das! Von den genau 1.639,36 DM Spenden, um die es hier geht, wurden 943,51 DM als Teilbetrag für eine Anzeige im „HA" verwendet (die insgesamt rund 1.500 DM kostete, (den Rest zahlte eine Sympathisantenorganisation des KBW), der Rest für Flugblätter, Papier, Briefumschläge, Portokosten usw.

In der „Richtigstellung" von Plähn/Schween wird jedoch behauptet: *„Die (? ? !) türkischen Kollegen haben nach Diskussion (? ?) diese Verwendung akzeptiert"*. Dies Argument erschlägt uns allerdings förmlich!

2. Das IKAH behauptet, daß auf einem weiteren Konto noch 1.940 DM (Stand am 8.7.) schmoren, deren „genaue Verwendung" der KBW noch festlegen will. Dies wird vom IKAH als Versuch der politischen Einflußnahme und finanziellen Erpressung gegenüber den türkischen Kollegen interpretiert.

Aus der „Richtigstellung" von Plähn/Schween geht hervor, daß sich auf dem Konto inzwischen 2.035,76 DM befinden. Die folgende „Richtigstellung" gegenüber dem IKAH ist so goldig, daß wir sie dem Leser nicht vorenthalten wollen: *„Unsere politische Position zur Entscheidung über die Verwendung der Gelder ist, daß es ein Ausweichen vor der politischen Verantwortung (!!!) darstellt, das Geld an türkische Kollegen auszuhändigen, ohne mit ihnen über seine Verwendung gemäß der Rechtshilfebestimmung (?) zu beschließen. Das ergibt sich insbesondere daraus, daß auch (!) die türkischen Kollegen in Hamburg politisch gespalten sind und nach der Niederlage (!!) im Kampf um den Arbeiterverein eine anerkannte (?) einheitliche Führung nach unserer Erkenntnis (!!!) derzeit nicht existiert. Wir begreifen unsere Aufgabe nicht als Geldboten, sondern sind der Ansicht, daß wir als Kommunisten, insbesondere wegen des Fehlens eines anerkannten Rechtshilfeträgers (?), der Hamburger Bevölkerung (? !!) für die Verwendung der Rechtshilfegelder politisch verantwortlich sind."*

Solche Bedenken hatte der KBW allerdings offenbar nicht, als er 1.500 DM der Springer-Presse für eine Anzeige in den Rachen schmiß, und als er einige weiter hundert DM Spendengelder „für Propagandazwekke" benutzte, sie also in seine schwachsinnige Kampagne („Sturz von Innensenator Klose" und ähnlich infantiler Kram) hineinbutterte. Den türkischen Kollegen aber soll offenbar wie kleinen Kindern „geraten" werden, wer die Gelder kriegt und was damit zu tun ist.

3. Die KBW-Rechtsanwälte bestreiten, von der *„Witwe des Kollegen Danis Neset . . jemals um finanzielle Unterstützung gebeten"* worden zu sein. Ihnen war aber nach eigener Aussage bekannt, daß Ayse Danis in einer Notsituation war, Geld dringend brauchte, und auch heute noch braucht.

Es ist gewöhnlich nicht die Art der ausländischen Kollegen, um Geld zu betteln. Aus einer solidarischen Haltung heraus muß klar sein, daß da, wo antifaschistische Menschen in Not geraten sind, geholfen werden muß. Angesichts dieser Fakten kann die Behauptung – sie habe ja nicht nach Geld gefragt – nur als zynisch bezeichnet werden, auch wenn sie die Juristen des KBW für noch so hieb- und stichfest halten.

Es bestätigt sich also klar die p o l i t i s c h e Aussage des IKAH: der KBW hat Spendengelder für seine ‚Propaganda' verschleudert, statt sie den türkischen Kollegen zukommen zu lassen. Das wird ihnen auch das bürgerliche Presserecht nicht abwaschen können! ●

AK-Redaktion

Erklärung der ATÖF (Türkischer Studenten Verein) und der PEF (Patriotische Einheits Front).

Die von der „Arbeiterhilfe e.V." am 5.6.74 übergebenen 1.021,50 DM (gesammelt auf der Demo vom 1.6., die Red.) und die auf der KB-Veranstaltung am 7.6.74 gesammelten 714,56 DM wurden von uns zusammen mit anderen Spenden aufgewendet für:

Neset Danis Witwe
die anderen betroffenen Kollegen
eine Dokumentation auf türkisch zum Fall Danis in 5.000 Auflage.

Über die genaue Verwendung der Gelder liegt in der PEF und ATÖF eine Abrechnung vor. Wir sind bereit, der „Arbeiterhilfe" über Verwendung ihrer Spenden Auskunft zu geben, sobald der zuständige Genosse aus dem Urlaub zurück ist. Hamburg 25.9.74

Erklärung der Arbeiterhilfe:

Das gesamte Spendenergebnis von der Demo am 1.6. ist an die ATÖF/PEF gegangen. Darüber liegt eine Quittung vor.

Die auf der Veranstaltung des KB vom 7.6.74 gesammelten 1.429,12 DM sind zur einen Hälfte an ATÖF/PEF noch auf der Veranstaltung gegangen, darüber liegt ebenfalls eine Bestätigung vor. Die zweite Hälfte des Geldes ging an griechische Genossen.

Zusammen sind also 1.736,06 DM an die türkischen Genossen geben worden.

Am 24.9. wurde von uns das Ergebnis einer öffentlichen Sammlung der Bezirksorganisation Wilhelmsburg, 62,–DM, direkt an Ayse Danis übergeben.

Eine „kämpferische Veranstaltung"

Am 21.9.74 führte die „KPD" anläßlich des Gewerkschaftstages des IG Metall (19. – 21.9.) in Hannover eine Veranstaltung durch, zu der etwa 600 „Parteikader" aus dem ganzen Bundesgebiet herangekarrt worden waren.

Die ganze Veranstaltung umfaßte fünf Reden, die zum Schluß nochmal „zusammengefaßt" wurden. Diskussion oder Fragen an die Redner waren nicht vorgesehen. Die Aktivitäten des „Publikums" waren darauf beschränkt, die aneinandergereihten Phrasen zum Schluß jedes Beitrages ekstatisch zu beklatschen.



Kämpferisches von der "KPD" zum IGM-Tag in Hannover

Ungeschoren tobten sich sämtliche Kinderkrankheiten des Kommunismus aus. Hier sei nur ein Beispiel aus der Parteiladenkiste benannt: Weil die „KPD" als „einzige Organisation" auf den IGM-Gewerkschaftstag mit einer „kämpferischen (!) Veranstaltung geantwortet" habe, sei „wieder deutlich geworden", daß *„wir die einzigen Marxisten-Leninisten sind, die die Tagesinteressen der Arbeiterklasse vertreten."*

Entsprechend dieser „kämpferischen" Veranstaltung wurde gegen Ende eine Geldsammlung, nicht etwa für aus der Gewerkschaft ausgeschlossene Kollegen, sondern für den Parteiapparat durchgeführt.

Als wir im Anschluß der Veranstaltung mit „KPD"lern diskutieren wollten und den ARBEITERKAMPF und UNSER WEG 23 („Zur Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit der „KPD") anboten, reagierten einige Genossen recht ungehalten, da sie ihren Höhenpflug vorzeitig unterbrochen sahen. Sie erklärten rundheraus, jetzt nicht diskutieren zu wollen. Andere „KPD"-Mitglieder, die sich auf eine Diskussion gnädigst einließen, bevorzugten eine Methode, die für sie keine Konsequenzen bringt: je nach Wunsch tanzten sie zwischen Konkretem und Allgemeinem hin und her:

Angesprochen auf das Verhalten von „KPD"-Mitgliedern in der Hamburger „Alternative" (ehem. Aktionseinheit der Hamburger DRUPA-Linken – vergl. AK 49), wurde patzig geantwortet, daß diese Vorgänge „im Einzelnen" nicht „so genau" bekannt wären. Wir sollten stattdessen mal lieber die „Linie" der „KPD" kritisieren. Kritisierten wir die „KPD"-Politik grundsätzlich, wurden wir um „konkrete Belege aus der Praxis" gebeten, was wir auch reichlich taten ... immer mit dem „Erfolg", daß sich diese Vögel stets auf Uninformiertheit herausredeten, weswegen sie die Berechtigung unserer Kritik auch nicht anerkennen wollten.

Was den KB betrifft, fragten einige Mitglieder (ehrlich!), ob wir dem KBW oder der DKP näher stunden. Derartige Äußerungen ließen uns öfters am politischen Niveau der „KPD"-Mitglieder zweifeln. Wir trafen keinen an, der unseren Standpunkt zur Gewerkschaftsarbeit auch nur richtig wiedergeben konnte. – Offensichtlich wird von seiten der Führung die Auseinandersetzung mit anderen Standpunkten so betrieben, daß man mit Verdrehungen und Fälschungen arbeitet. ●

Sympathisanten des KB in Hannover

DKP-Schläger

Leserbrief

Innerhalb von einer Woche machten DKP-Schläger in Kiel drei Mal von sich reden. Es zeigte sich, was These 41 der DKP („Kampf gegen ultralinkes Sektierertum") in der Praxis der Revisionisten bedeutet.

Noch bevor zwei unserer Genossen auf einer SDAJ-Veranstaltung den ARBEITERKAMPF überhaupt angeboten, geschweige denn mit den Jugendlichen diskutiert hatten, wurden sie von einem führenden SDAJler unter dem fadenscheinigen Vorwand, kein Eintrittsgeld bezahlt zu haben, des Platzes verwiesen. Doch der eigentliche Grund blieb nicht lange verheimlicht: „Ihr seid vom KB. Wir kennen Euch. Wenn Ihr nicht sofort verschwindet, hole ich die Polizei!!" Mit dieser haßerfüllten Drohung packte er die beiden Genossen am Arm und zerrte sie dem Ausgang zu, gefolgt von einem seiner Kumpane.

Allein die Anwesenheit der Genossen reicht also schon aus, um sie rauszuschmeißen, weil die Revisionisten der DKP offensichtlich Angst vor der politischen Auseinandersetzung haben.

Auf den Protest einer mit der SDAJ Sympathisierenden hin ließ der Revi-Schläger die Katze dann vollständig aus dem Sack: „Mit denen wird nicht diskutiert! Wenn Ihr Schläge haben wollt, sagt Bescheid!"

Einen Tag später machte der gleiche SDAJler seine Drohung wahr: Er prügelte einen KB-Sympathisanten aus einem öffentlichen Lokal mit der „Begründung", er habe in Anwesenheit einiger DKP- Damen derbe Witze gerissen. In Wahrheit sollte so das politische Gespräch mit den DKP-Mitgliedern abgeblockt werden.

(DKP-Kreisvorsitzender Möbius schaute der „Auseinandersetzung" wohlwollend zu!).

Einige Tage später wurde ein „KPD/ML"er von einem DKPler beim Hausverkauf die Treppe hinuntergestürzt mit dem Hinweis: „Auf diesem Flur habe ich Hausrecht!"

Der schon an anderer Stelle aufgefallene DKP-Führer Möbius schlug einen „Roten Morgen"-Verkäufer in Kiels Haupteinkaufsstraße mitten ins Gesicht.

Neuestes Beispiel ihrer Politik gegenüber der revolutionären Linken lieferte die SDAJ auf einer DGB-Demonstration unter dem Motto „Für bessere Ausbildung und wirksamen Jugendarbeitsschutz". Wurde von KB-Teilnehmern die Parole „Gegen Ausschlußterror, für Gewerkschaftsdemokratie!" gerufen, scharte sich sofort eine Horde SDAJler mit mehreren Megaphonen um die Genossen und gröhlte im Chor: „Haut den Chaoten auf die Pfoten!" Hamburger Genossen berichteten, daß man sich auf Seiten der DKP/SDAJ auch für eine „militante" Auseinandersetzung (mit den Linken, versteht sich!) gerüstet hatte. ●

Ein Kieler Genosse

Inhalt